



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

### **Usage guidelines**

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

### **About Google Book Search**

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



## Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

## Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

## Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.

BUHR A

Filed by Preservation NEH 1992



a39015 01810953 1b

Roth ♦

Die politische Entwicklung  
in Kongresspolen während  
der deutschen Okkupation

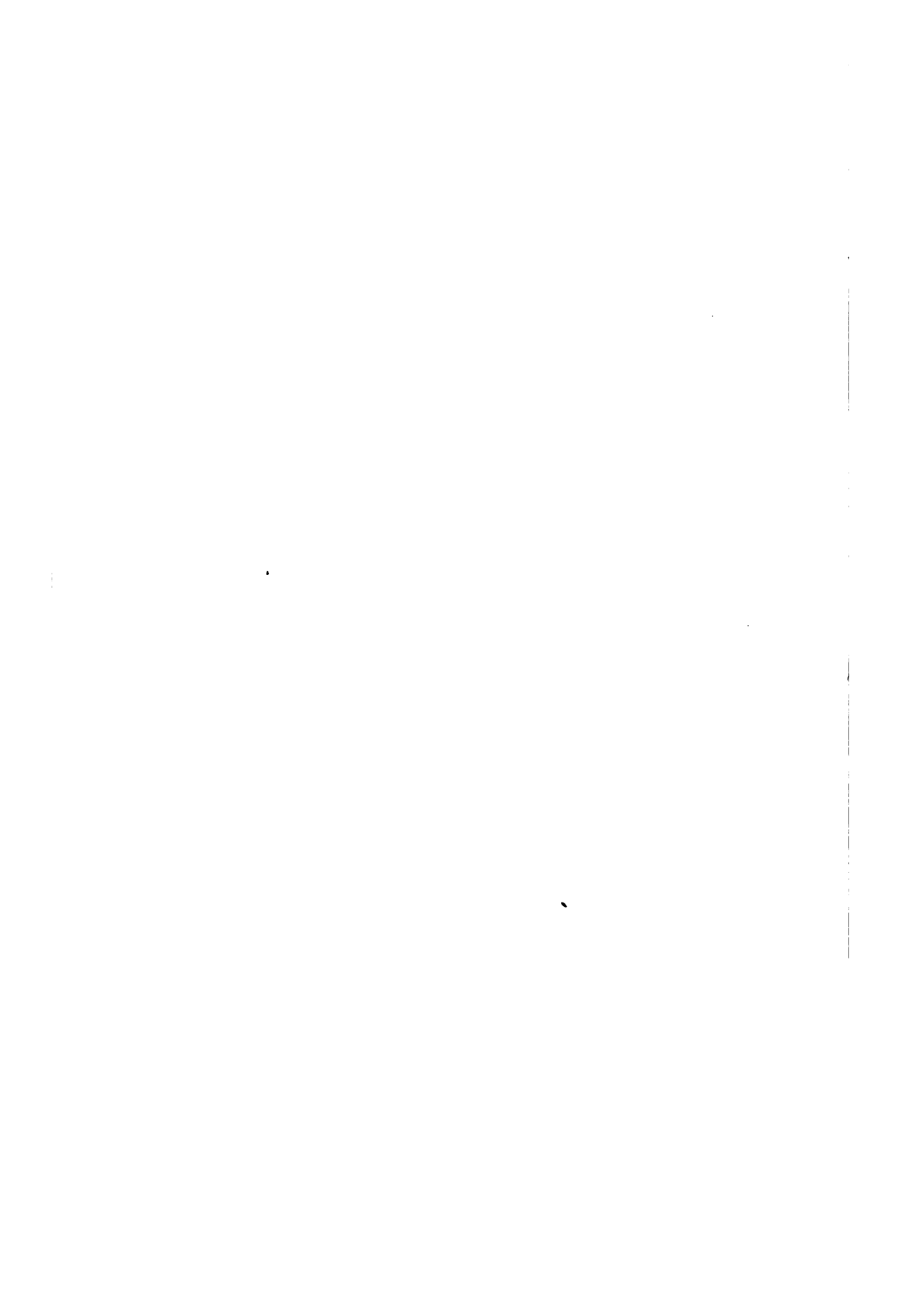
PROPERTY OF  
*University of  
Michigan  
Libraries*

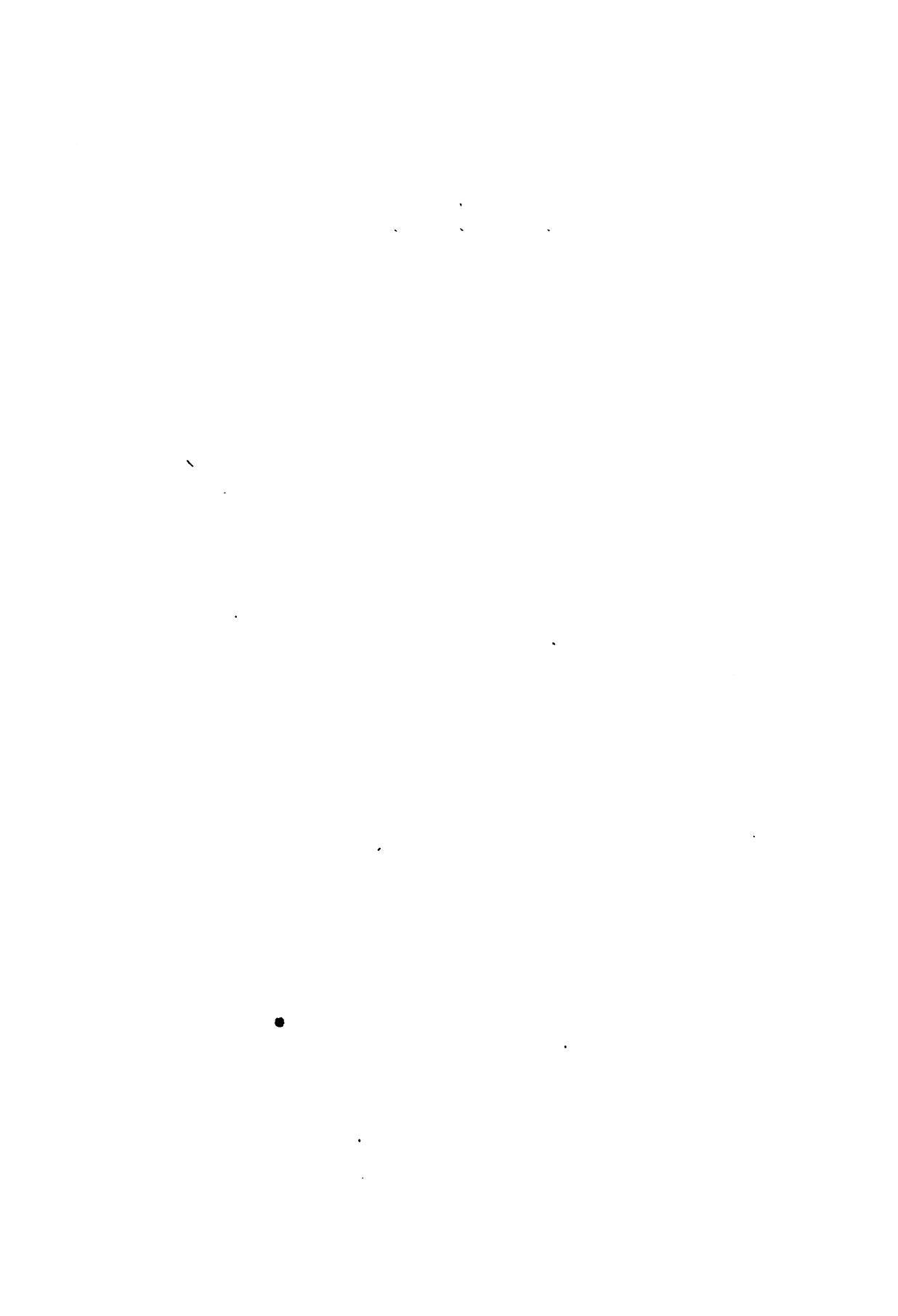
1917

OBTES SCIENTIA VERITA









# Aus der Zeit des Weltkrieges



# Die politische Entwicklung in Kongresspolen während der deutschen Okkupation

Unter Mitarbeit von Wilhelm Stein

Von

Dr. Paul Roth



---

Leipzig  
Verlag von R. F. Koehler  
1919

DK  
439  
R84

Copyright by R. F. Roehler,  
Verlag, Leipzig  
1919

Setzungs-Maschinenfabrik und Druck  
von Oscar Brandstetter in Leipzig.

## Vorwort.

An einer exakten Kenntnis der Verhältnisse in außerdeutschen Staaten hat es bei uns vor dem Kriege leider allzu sehr gefehlt. Besonders gilt dies für den Osten, für Rußland und für Polen. Ein solcher Mangel mußte verhängnisvoll wirken, wenn politische Aufgaben zu lösen waren, die bei ihrer Schwierigkeit nur auf Grund genauer Sachkunde gelöst werden konnten. Dieser Fall lag aber vor bei der durch den Krieg aufgerollten polnischen Frage.

Die etwa vier Jahre währende deutsche Okkupation in Polen ist vor allem in politischer Hinsicht ein trübes Kapitel. Eine Darstellung dieser Entwicklung, die der Verfasser in der vorstehenden Schrift versucht hat, ist eine Kette von Kritik und Anklagen, und mehr als einmal war der Verfasser bei der Niederschrift der Versuchung ausgesetzt, die Feder aus der Hand zu legen, in dem schmerzlichen Gefühl, daß wir in schwerer Zeit schon genug an Fehlern der Vergangenheit tragen. Der Verfasser hat sich schließlich doch entschlossen, die Darstellung zu Ende zu führen, einmal von dem Gesichtspunkt aus, daß unbedingte Wahrheit und Ehrlichkeit gegen uns selbst die ersten Voraussetzungen für uns sind, um uns wieder empor zu arbeiten, dann aber aus der Erwägung heraus, daß die polnische Frage, auch wenn sie territorial ohne uns oder gegen uns gelöst wird, damit doch nicht aufhört, ein außerordentlich wichtiges Problem der näheren und ferneren Zukunft zu sein, daß also alles, was zur sachlichen Information über dieses Problem beitragen kann, nützlich und notwendig ist.

Zu einer solchen sachlichen Information glaubt der Verfasser auf Grund eines mehr als dreieinhalbjährigen Aufenthaltes in Polen während der Okkupationszeit imstande zu sein.

Materialien für die vorliegende Darstellung waren außer eigener Anschauung und Erfahrung sowie gelegentlichen Aufzeichnungen zunächst die von der Presseabteilung der Okkupationsverwaltung in Warschau herausgegebenen informativischen Publikationen, an deren Ausarbeitung der Verfasser beteiligt war. Ferner stellte Herr

Universitätsprofessor Herre in Leipzig die Kriegssammlung seines historischen Instituts in liebenswürdiger Weise zur Verfügung.

Ziel der vorliegenden Arbeit ist, wie der Titel besagt, die Darstellung der politischen Entwicklung in Kongreßpolen während der Okkupationszeit. Bei der Verworrenheit und Vielgestaltigkeit des politischen Parteilbens ließ es sich nicht vermeiden, daß durch die vielen politischen Einzelvorgänge die Lektüre des Ganzen für Leser, denen die polnische Frage völlig neu ist, stellenweise etwas mühsam wird. Eine kleine alphabetische Übersicht der wichtigsten polnischen und jüdischen Parteien und Organisationen sowie ein Namensregister am Schluß sollen die Übersichtlichkeit erleichtern. Die Entwicklung in Galizien und Posen ist nur stellenweise berücksichtigt worden, wenn sie unmittelbaren Einfluß auf die Ereignisse in Kongreßpolen hatte. Nach Möglichkeit ist dagegen versucht worden, die Entwicklung in Polen im Rahmen der deutschen und der Weltpolitik während des Krieges zu schildern, soweit das einem doch immerhin Außenstehenden möglich war.

Das die politische Entwicklung im polnischen Judentum betreffende Kapitel hat dankenswerterweise Herr Wilhelm Stein übernommen, der ebenfalls von 1915 bis über das Ende der Okkupationszeit hinaus als Beamter der Presseabteilung in Polen tätig war.

Leipzig, im April 1919.

Dr. Paul Roth.

## Einleitung.

### Deutsche und Polen.

Die Beurteilung der politischen Entwicklung im ehemaligen Kongresskönigreich Polen während des Krieges ist bei uns vielfach von der Ansicht bestimmt worden, daß die Polen uns für die Befreiung vom russischen Joch zu Dank verpflichtet seien. Man kann über die moralische Berechtigung dieser Auffassung von unserer Seite streiten, nicht aber über die Tatsache, daß die politische und wirtschaftliche Entwicklung, die in den polnischen Teilgebieten im allgemeinen und in Russisch-Polen im besonderen in den letzten Jahren und Jahrzehnten vor dem Kriege vor sich gegangen war, eine solche Auffassung auf polnischer Seite für die überwiegende Mehrheit der polnischen Bevölkerung ausschloß. Denn diese Entwicklung ist charakterisiert durch einen immer schärfer werdenden Gegensatz Polens gegen Preußen-Deutschland und durch eine von starken politischen und wirtschaftlichen Gruppen getragene polnisch-russische Annäherung, vor allem nach der russischen Revolution von 1904/5.

Wohl war die russische Regierung seit der „Ara Wielopolski“ (1860—63) bis zur Revolution von 1904/5 weit davon entfernt gewesen, den nationalen polnischen Wünschen entgegenzukommen, im Gegenteil, sie hatte vornehmlich in Verwaltung, Amtssprache und Schule eine scharfe Russifizierung in Kongresspolen durchgesetzt. Auch die freiheitlichen Errungenschaften der Revolution wurden, wie in ganz Rußland, so auch für Polen durch die schon 1906 einsetzende Reaktion nach Möglichkeit eingeschränkt. Die Verminderung der Zahl der Vertreter Polens in der Duma auf ein Drittel (1907), die Abtrennung des Gouvernements Cholm (1912) sind bezeichnend für die großrussisch-nationalistische, von Stolypin († 1911) geführte innere Politik der russischen Regierung. Aber abgesehen davon, daß man in Polen, wie auch sonst im Ausland geneigt war, eine antidemokratische innere Politik in Rußland als Fehler des Regierungssystems, in Preußen als Ausfluß des Willens weiter Kreise der Bevölkerung anzusehen, stand

noch eine ganze Reihe von anderen Ursachen dem im Wege, daß etwa als Gegenwirkung gegen die Russifizierung eine Hinneigung zu Deutschland hervorgerufen worden wäre.

Die erste dieser Ursachen ist die preußische Ostmarkenpolitik, vor allem die Ansiedlungsmaßnahmen und das Enteignungsgesetz. Die russische Regierung hatte zwar Teilnehmer der November- (1830) und der Januarrevolution (1863) mit Güterkonfiskation bestraft und die weggenommenen Güter meist als Belohnung an Russen gegeben, die übrigens, der eingegangenen Verpflichtung entgegen, sich nicht in Polen aufzuhalten pflegten. Eine Ansiedlungspolitik dagegen ist auf russischer Seite nur hier und da ins Auge gefaßt worden, so z. B. von dem Senator Reichardt in seinem Bericht an den Zaren über die von ihm 1912 in Polen vorgenommene Revision, worin er die Parzellierung der eben erwähnten „Donationsgüter“ und die Ansiedlung russischer Bauern empfiehlt. Bei derartigen Projekten handelte es sich übrigens fast stets nur um das Cholmer Land, die Südostecke Kongreßpolens, dessen Russifizierung die russische Regierung dann auf anderem Wege, durch Bildung eines besonderen Gouvernements, zu erreichen suchte. Den Gedanken einer Enteignung zu Russifizierungszwecken weist aber auch Reichardt in seinem genannten Bericht mit deutlicher Anspielung auf das preußische Gesetz von sich, und der Niederschlag, den dieses Gesetz in der Publizistik Kongreßpolens fand, zeigt die Erregung, die es auslöste. Von deutschfeindlichen Parteien wurde dies Vorgehen Preußens unter wohlgefälliger Duldung der russischen Zensur agitatorisch ausgebeutet, während die aus Deutschland zurückkehrenden Sachverständigen die Stimmung der Polen jenseits der Grenze mitbrachten und unter der im übrigen politisch ziemlich gleichgültigen Landbevölkerung ausbreiteten.

Zweitens förderten wirtschaftliche und soziale Interessen wichtiger Teile des polnischen Volkes trotz aller Russifizierungsbestrebungen die polnisch-russische Annäherung. Unter geschickter Ausnutzung des alten Hasses der polnischen Bauern gegen den Adel hatte es die russische Regierung seit langem verstanden, die so oft von ihr benutzte Taktik der Auspielung eines Bevölkerungsteiles gegen den anderen auch in Polen anzuwenden. Schon bei den polnischen Aufständen, vor allem dem von 1863, hielt ein Teil der polnischen Bauern zu den Russen und durch die Miljutinschen Agrarreformen von 1865, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann, wurde der Gegensatz der Bauern gegen die Gutbesitzer und ihr Interesse an der russischen Herrschaft wieder gefestigt. Stark interessiert an der staatsrechtlichen und wirtschaftlichen Verbindung mit Rußland waren aber auch viele feudale

Elemente, die ihre Latifundien größtenteils in Podolien, Wolhynien, Minsk usw. hatten und im russischen Staatsdienst Karriere machen wollten, sowie ein großer Teil der hauptsächlich auf den Absatz in Rußland angewiesenen Großindustrie. Vornehmlich aus diesen Kreisen und einem Teil der hohen Geistlichkeit bildete sich auch 1897 die den „Ausgleich“ („Ugoda“) mit Rußland anstrebende „Partei für Realpolitik“. Eine derartige zentralistische Tendenz, die sich z. B. in dem Festhalten gewisser Elemente der Großindustrie Deutsch-Osterreichs am alten Staatenbund der Donaumonarchie und ihrem Widerstreben gegen den Anschluß an das Deutsche Reich zeigte, ist ja ein typischer Zug des anationalen Charakters des Großkapitals. Endlich ist von besonderer Bedeutung für die politische Gestaltung in Polen seit mehr als 20 Jahren und bis auf den heutigen Tag die in ihrer Entwicklung zum guten Teil von Klasseninteressen geleitete national-demokratische Partei, über deren Geschichte schon hier einige Ausführungen zu machen sind.

Die Nationaldemokratie, die sich 1896 als Partei konstituierte, war ursprünglich eine Reaktion gegen die politische Apathie, in die Rußisch-Polen nach dem Scheitern des Aufstands von 1863 versank. Die beginnende Industrialisierung schuf einen neuen Mittelstand und erweckte vorwiegend in diesem Teil der industriellen Bourgeoisie das Verlangen nach einem keiner fremden Gewalt unterworfenen Absatzgebiet. Unter dem Einfluß der in der polnischen Emigration fortlebenden nationalen Lösungen entwickelte sich aus diesem Verlangen ein polnisches Unabhängigkeitsprogramm maximalistischen Charakters. Dank der Zugkraft dieses Programmes, einer geschlossenen Organisation und der diese Partei bis heute auszeichnenden geschickten Agitation schwang sich die Nationaldemokratie bis zur russischen Revolution von 1904/05 zur schlechweg herrschenden Partei in Kongreßpolen empor; konnte sie doch bei den Wahlen zur ersten Duma 1906 in Polen alle 36 Mandate erobern. Sehr stark war der Einfluß der Nationaldemokratie auch im Posener Gebiet, geringer dagegen in Galizien.

Die erste russische Revolution hatte aber für die programmatische Entwicklung der Nationaldemokratie eine wichtige Folge: Die ihr angehörenden sozialen Schichten fühlten sich durch den Sozialismus bedroht. Die Nationaldemokratie trat daher auf die Seite der Gegenrevolution und wurde so ganz von selbst auf den Weg der Verständigung mit Rußland gedrängt, wobei sie sich der Partei für Realpolitik und anderen konservativen Gruppen näherte. Die Forderung der polnischen Unabhängigkeit schrumpfte zusammen zu dem Streben nach nationaler Autonomie im Rahmen des russischen Reiches. Um aber dem abge-

blaßten Programm neue Zugkraft zu verleihen, wurden jetzt der Kampf gegen die deutsche Gefahr und der Antisemitismus in die Taktik der Partei aufgenommen. Die Ereignisse im Posenschen und der Einfluß der Posener Presse spielten dabei eine große Rolle. Das 1908 erschienene Buch des als Führer der Nationaldemokratie bekannten Roman Dmowski: „Deutschland, Rußland und die polnische Frage“ (Niemcy, Rosja i kwestja polska) kennzeichnet den Abschluß dieser Schwenkung.

In der Zeit von der ersten Revolution bis zum Kriegsausbruch machte freilich die Nationaldemokratie mit ihrer Verständigungspolitik Rußland gegenüber völlig Fiasco. Sie erlebte im Zusammenhang hiermit auch eine Reihe von Sezessionen, wobei die abgesplitterten Gruppen, darunter der Nationale Arbeiterbund, zu dem polnischen Unabhängigkeitsideal zurückkehrten. Trotzdem war die Nationaldemokratie bei Kriegsausbruch ohne Zweifel noch die bei weitem stärkste bürgerliche Partei in Kongreßpolen, wahrscheinlich die stärkste Partei überhaupt.

Zu allen den politischen, historischen, wirtschaftlichen Motiven, die den deutsch-polnischen Antagonismus und zugleich die Möglichkeit der polnisch-russischen Annäherung erklären, mag man drittens schließlich noch die psychologischen nehmen. Will man sich dabei mit einfachen Erwägungen begnügen, so genügt schon der Hinweis auf die nähere Rassenverwandtschaft der beiden slawischen Stämme oder die Antipathie so vieler fremder Völker gegen den deutschen Nationalcharakter. Die Unbeliebtheit der Deutschen im Ausland ist ein Problem für sich, das hier nicht zu behandeln ist. Zum guten Teil dürfte sie darauf beruhen, daß der Deutsche gerade die Vorzüge hat, die man nicht liebt, aber nicht die Fehler, die man liebt. Aber bei dem Verhältnis der polnischen Psyche zur russischen kommt ein besonderes Moment hinzu, das den Polen dem Russen gegenüber sozusagen tolerant macht, nämlich das instinktive Gefühl der eigenen Überlegenheit, wie sie ja auch äußerlich in der wirtschaftlichen Position der über ganz Rußland in freien Berufen verstreuten Polen zum Ausdruck kam. Dem Deutschen gegenüber liegt die Sache gerade umgekehrt. Die giftige Geringschätzung, mit der polnische Blätter und Politiker deutschfeindlicher Richtung gern über alles Deutsche schreiben, ist im Unbewußten mitbestimmt von dem Gefühl, daß man sich in vielem dem Deutschen nicht gewachsen fühlt, was naturgemäß den Haß steigert. Der polnische Chauvinist verachtet den Russen, aber er haßt den Deutschen. Wir sind dabei weit entfernt davon, mit dieser Auffassung eine nationale Selbstbeweihräucherung treiben zu wollen; gerade die vorliegende Schrift wird vielmehr beweisen, daß es uns an Selbstkritik nicht fehlt. Aber auch der objektiv denkende Pole wird unter



vier Augen wenigstens zugeben, daß der Durchschnittsdeutsche an Fleiß, Zähigkeit, Schulung, Disziplin dem Durchschnittspolen voraus ist, also gerade an den Eigenschaften, die ein Volk als Ganzes in die Höhe bringen, während die Vorzüge des polnischen Nationalcharakters mehr auf emotionalem und ästhetischem Gebiet liegen. Daß freilich alle diese psychologischen Momente die schwächeren sind und im Zweifelsfalle vor den wirtschaftlichen und politischen das Feld räumen müssen, hat ja die Vorgeschichte und der Verlauf des Weltkriegs mehr als einmal gezeigt. Im Verhältnis zwischen Polen und Deutschen wirkten sie aber alle in einer Richtung. War der Kampf gegen das Russentum nur der von einem Bruchteil des Volkes energisch geführte Kampf gegen die nationale Unterdrückung, so war dagegen die Abneigung gegen den Deutschen eine allgemeine, tief eingewurzelte, durch das Fehlen jeglicher gemeinsamer Interessen oder irgendwelchen gegenseitigen Verständnisses verstärkte Erscheinung.

Bis diese flüchtig umrissenen Verhältnisse zeigen, war es für die deutsche Politik ein großes Wagnis, die Traditionen der Polenpolitik Friedrichs des Großen und Bismarcks zu verlassen und zu einer Begünstigung der polnischen Unabhängigkeitsbestrebungen hinüberzuschwenken. Insbesondere wurde damit auf absehbare Zeit die Möglichkeit aufgegeben, mit dem zaristischen Rußland wieder ins Einvernehmen zu kommen. Um so größere Sorgfalt und Umsicht wäre bei der Vorbereitung und Durchführung des neuen Kurses nötig gewesen, wenn die Vereitelung einer früheren oder späteren Verständigung mit Rußland durch realpolitische Gegenwerte ausgeglichen werden sollte.

# I. Vom Kriegsbeginn bis zur Novemberproklamation (1. 8. 14. — 5. 11. 16).

## 1. Die politische Lage in Polen bei Kriegsausbruch.

„Deutschland und Österreich hatten nicht die Absicht, die polnische Frage aufzurollen. Das Schicksal der Schlachten hat sie aufgerollt. Nun steht sie da und harret ihrer Lösung.“ So sprach der Reichskanzler von Bethmann Hollweg am 5. Juni 1914 vor dem deutschen Reichstag. Mit dieser Feststellung, daß Deutschland auf einen politischen Feldzug in der polnischen Frage in keiner Weise vorbereitet war, daß vielmehr nur der Gang der militärischen Ereignisse ihm dies Problem aufgedrängt hatte, war zugleich gesagt, daß Deutschland in diesem politischen Ringen eine äußerst ungünstige Position hatte. Es fehlte ihm an einem klaren Ziel in der polnischen Frage. Es besaß keine Männer, die zugleich Sachverständige für die russisch-polnische Frage und gute Diplomaten waren. Es besaß Sympathien in Polen nur bei vereinzelt Außenseitern, aber bei keiner auch nur einigermaßen bedeutsamen Gruppe oder Partei. Es war von vornherein seinem Bundesgenossen Österreich-Ungarn gegenüber stark im Nachteil. Denn das „Königreich Galizien und Lodomerien“ war nicht, wie die preußisch-polnischen Gebiete, Schauplatz einer antipolnischen Ostmarkenpolitik geworden, sondern erfreute sich weitgehender politischer und nationaler Autonomie, ja es war das Asyl vieler Polen aus dem Königreich, die aus politischen Gründen, vor allem ihrer Unabhängigkeitsbestrebungen wegen aus Rußland hatten flüchten müssen<sup>1)</sup>. In der österreichischen Monarchie spielten die polnischen Abgeordneten im Reichsrat und Herrenhaus eine ganz andere Rolle als im deutschen Reichstag oder im preußischen Herrenhaus, und die Krone Habsburg verfügte über ihr treu ergebene polnische Beamte und Diplomaten. So mit liefen schon viele Fäden zwischen Warschau und Krakau herüber

<sup>1)</sup> Diese Rolle Galiziens als Zufluchtsstätte und Sammelstelle des antirussischen Polentums tritt in der politisch gefärbten polnischen Belletristik der letzten Jahrzehnte stark hervor, z. B. in den auch deutsch erschienenen Romanen von Zeromski und Sapolska.

und hinüber, und der Gedanke, sie noch enger zu spinnen, fand hüten und drüben zahlreiche Anhänger. Osterreich konnte also der russischen Orientierung, die in Polen stark an Boden gewonnen hatte, etwas entgegensetzen, Deutschland dagegen so gut wie nichts. Die russische Orientierung war aber gerade zu Kriegsbeginn in Polen dank der dort herrschenden Auffassung der Kriegsursache und einer geschickten Politik der russischen Regierung sehr mächtig. Den einzigen starken russensfeindlichen Faktor, die polnische Unabhängigkeitsbewegung, machte sich Deutschland während der zwei Jahre, die es verstreichen ließ, ehe es an eine Lösung der polnischen Frage heranging, nicht zunutze. Als es dann aber endlich mit dieser Richtung in Verbindung trat, war es ihm nicht mehr möglich, die Ziele derselben mit den eigenen dauernd in Einklang zu bringen.

Mit Notwendigkeit entwickelte sich aus den dargelegten allgemeinen Voraussetzungen die politische Lage in Kongresspolen unmittelbar nach dem Ausbruch des Krieges. In der historischen Dumasitzung vom 8. August, die unserer Reichstagsitzung vom 4. August entspricht, sprach als Vertreter des Polenklubs Jaroski. Er faßte den Krieg auf als Zusammenstoß zwischen Slaventum und Germanentum, das geführt sei „von unserem urenigen Feinde — Preußen“, und schloß: „Mögen unser vergossenes Blut und die Schrecken des für uns brudermörderischen Kriegs zur Vereinigung des in drei Teile zerrissenen polnischen Volkes führen.“ Nikolaj Nikolajewitsch, der russische Oberstkommandierende, verwertete diesen Gedanken sehr geschickt in seinem Aufruf vom 1./14. August 1914. Er verkündete darin den Polen, daß „die Stunde der Auferstehung und der brüderlichen Versöhnung mit dem großen Rußland“ gekommen sei und rief ihnen zu: „Vereinigt euch unter dem Zephter des mächtigen Zaren.“ Er versprach damit die von der Nationaldemokratie und anderen Gruppen angestrebte Autonomie<sup>1)</sup> und die Wiedervereinigung aller polnischen Gebiete, eine Aussicht, die nur durch den Sieg der Entente verwirklicht werden konnte und daher als starkes Argument zu deren Gunsten wirkte. Die Nationaldemokratie erwiderte schon am 16. August in einer gemeinsam mit der Partei für Realpolitik, der Polnischen Fortschrittspartei und der Polnischen Fortschrittlichen Vereinigung erlassenen Kundgebung auf den Aufruf des Großfürsten. Die Kundgebung gab der Überzeugung Ausdruck, daß „die Grenzen, die die polnische Nation teilen, ver-

<sup>1)</sup> Die russische Regierung tat bekanntlich so gut wie nichts für die Einlösung dieses Versprechens; s. meinen Aufsatz „Die polnische Frage und die russische Regierung vom Kriegsbeginn bis zur Gegenwart“ in Nr. 504 der Köln. Stg. (Feldausgabe) vom 19. 11. 1917.

schwänden werden“, und schloß: „Das Blut der Söhne Polens, das in gemeinsamem Kampf gegen die Deutschen fließen wird, wird zugleich zum Opfer, das auf dem Altar des wiederauferstehenden Vaterlandes gebracht werden wird.“ Außerdem veröffentlichten am 22. August 68 in der Politik oder Gesellschaft eine hervorragende Rolle spielende Einzelpersonlichkeiten, die zumeist den gleichen Parteien angehörten, eine Ergebnissadresse an Nikolaj Nikolajewitsch, die dieselben Gedanken mit wärmeren Worten ausdrückte, den „brennenden Wunsch nach dem Sieg des russischen Heeres aussprach“ und am Schluß den Großfürsten bat, dem Zaren „die alleruntertänigsten Gefühle“ der Unterzeichner „zu Füßen zu legen“. Manche von den 68 lassen sich heute an diese Adresse nicht mehr gern erinnern.

Inzwischen waren aber bereits die beiden anderen Hauptrichtungen der polnischen Politik, die in der weiteren Entwicklung eine große Rolle spielen sollten, handelnd auf den Plan getreten. Am 3. August rief eine geheime „Nationalregierung“ in Warschau zum Kampf gegen Rußland auf und ernannte Piłsudski zum Oberbefehlshaber. Eine wirkliche Tätigkeit konnte diese Regierung aber nicht entfalten; sie scheint sich bald wieder aufgelöst zu haben. Am 6. August rückte Piłsudski mit seinen polnischen Schützen, an deren Aufstellung er seit Jahren gearbeitet hatte, von Galizien aus in Niechów in Südpolen ein, nachdem er am Tage zuvor einen Aufruf erlassen hatte, dessen grundlegender Satz lautet: „Polen hat aufgehört, ein Sklave zu sein, und will selbst über sein Schicksal entscheiden, will selbst seine Zukunft bauen.“ Zwar scheiterten die Hoffnungen, die Piłsudski an seinen Kühnen Zug knüpfte. Es gelang ihm nicht, die Machtmittel aufzubringen, um eine unabhängige Stellung zwischen den Zentralmächten und Rußland einzunehmen. Vielmehr mußte er sich schon am 22. August den Legionen des galizischen Obersten Nationalkomitees anschließen, das die österreichische Lösung des polnischen Problems anstrebte. Aber durch seine unermüdliche Tätigkeit als Führer auf dem Schlachtfeld, als Organisator der geheimen polnischen Heeresorganisation und als Verfechter des polnischen Unabhängigkeitsgedankens in den Verhandlungen mit den Zentralmächten nach der Proklamation des Königreichs Polen wurde er zum polnischen Nationalhelden, und daß er, den schon das zaristische Regime nach Sibirien verschickt hatte, später von den deutschen Okkupationsbehörden in einer deutschen Festung interniert wurde, verstärkte seinen Einfluß durch den Nimbus des Märtyrertums. So war es eine logische Folge der Ereignisse, daß er nach dem Zusammenbruch der deutschen Okkupation an die Spitze der neuen polnischen Republik gestellt wurde.

Das Oberste Nationalkomitee in Krakau schloß sich am 16. August 1914 aus den wichtigsten polnischen Parteien Galiziens zusammen. Sein Ziel war der Zusammenschluß Galiziens und Kongreßpolens und die Einfügung dieses neuen Staatsgebildes in das dadurch zum „Trialsimus“ erweiterte Österreich-Ungarn. Zur Verwirklichung dieses Zieles entfaltete das Komitee nicht nur eine ausgedehnte politische und Propagandatätigkeit, die übrigens von der Schweiz aus sich auch auf das Ausland erstreckte, sondern auch eine militärische Aktion durch Aufstellung der Legionen, die einer besonderen „Militärischen Sektion“ unterstanden und Ende 1914 vom österreichischen Armeekorpskommando die Genehmigung zur Werbung in Russisch-Polen erhielten. Natürlich nur in dem von Österreich besetzten Teil, während im deutschen Okkupationsgebiet die Zensur aus der Presse jede Erwähnung der Legionen tilgte. So zeigte sich schon damals der österreichisch-deutsche Gegensatz in der polnischen Frage, der nie wirklich überbrückt wurde und wie ein Bleigewicht den Fortschritt der ohnedies der Klarheit und des Zielbewußtseins entbehrenden deutschen Politik in Polen hemmte.

Fassen wir die Parteikonstellation in Polen unmittelbar nach Kriegsausbruch schematisch zusammen, so ergibt sich folgendes Bild: Eine starke Gruppe von Parteien unter Führung der Nationaldemokratie stand unbedingt auf Seiten Russlands und der Entente. Von der Niederlage der Zentralmächte erhoffte sie die Vereinigung der polnischen Teilgebiete zu einem autonomen Polen unter dem Szepter des Zaren. Dem stand gegenüber die Unabhängigkeitsrichtung, deren stärkste Stütze die sogenannte Rechte der Polnischen Sozialistischen Partei<sup>1)</sup> war. Zu ihr gehörten ferner einige Gruppen radikaler Intelligenz (Nationalradikale, Patriotenbund) und von dieser geworbene Anhänger unter der Bauernschaft, die sich 1915 zu der starken „Polnischen Volkspartei“ zusammenschlossen, sowie eine kleine konservative „Gruppe der

<sup>1)</sup> Die 1893 gegründete Polnische Sozialistische Partei verfolgte das doppelte Ziel der Unabhängigkeit Polens und der Verwirklichung sozialistischer Ideen. Nach der Revolution von 1904/5, an der übrigens alle polnischen und jüdischen sozialistischen Organisationen in Polen starken Anteil hatten, kam es in der Polnischen Sozialistischen Partei zu einer Spaltung: Die „Rechte“ auch „Fraktion“ genannt, wollte unter Anwendung einer terroristischen Taktik gegen Rußland weiter kämpfen mit dem Endziel der Loslösung Polens von Rußland. Die „Linke“ verwarf das nationale Ziel und proklamierte statt dessen den reinen Klassenkampf, der gemeinsam mit den sozialistischen Gruppen des russischen Reiches zu führen sei. Die „Rechte“ der Polnischen Sozialistischen Partei legte später den Zusatz „Rechte“ wieder ab; wir zitieren sie daher weiterhin nur als Polnische Sozialistische Partei. Aus der Polnischen Sozialistischen Partei ist Piłsudski hervorgegangen.

nationalen Arbeit", die sich noch im August 1914 von der Partei für Realpolitik abspaltete. Abseits von den Kämpfen um das nationale Ideal standen die beiden streng international gerichteten sozialistischen Parteien: Linke der Polnischen Sozialistischen Partei<sup>1)</sup> und Sozialdemokratie des Königreichs Polens und Litauens. Die letztere ist eine Frucht der Agitations- und Organisationstätigkeit Rosa Luxemburgs aus den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts. Diese beiden Parteien verneinten das nationale Ideal durchaus, propagierten den ausschließlichen Klassenkampf und traten für eine föderative Verbindung mit Rußland ein. Naturgemäß war für diese Parteien die Leninsche Revolution eine starke, ideelle Förderung, wie überhaupt aus der Geschichte der politischen Entwicklung in Polen zur Okkupationszeit der große Einfluß der russischen Revolutionen vom März und November 1917 hervorgehen wird.

Aus Galizien kamen dann in den ersten Kriegswochen schon die austrophilen Einflüsse herüber, die sich bald auch zur Parteibildung verdichten sollten.

Wie schon diese kurze Übersicht zeigt, ist die Parteibildung und -haltung in Kongreßpolen bei Kriegsausbruch durchaus bestimmt gewesen von außenpolitischen Gesichtspunkten, und das bleibt ein charakteristischer Zug der Partei-„Orientierungen“ in Polen während der ganzen Okkupationszeit. Die militärische Entwicklung des Kriegs, die Haltung von Wien und Berlin, die Botschaften Wilsons, die Umwälzungen in Rußland — das sind Faktoren, die bestimmend auf die innerpolitischen Gruppierungen in Polen einwirken. Eine normale Parteigruppierung nach sozialen Prinzipien beginnt in Polen eigentlich erst nach dem Fall der Okkupation.

Freilich darf man die Parteiverhältnisse in Polen nicht mit deutschen oder westeuropäischen vergleichen. Alle politischen Parteien in Kongreßpolen waren und sind auch heute noch klein. Die Parteipolitik wird überwiegend in Warschau gemacht. Die große Masse, zumal auf dem Lande, ist politisch kaum interessiert; zählte doch Kongreßpolen vor dem Kriege etwa 60 % Analphabeten. Für diese breiteren Schichten war naturgemäß die Magenfrage ausschlaggebend, ein Umstand, der wiederum nicht zugunsten der Zentralmächte wirkte, die mit der Okkupation den Hunger ins Land brachten. Und daß die Massen in Polen in den Zentralmächten, oder, wie dies einfacher formuliert zu werden pflegte, in dem deutschen Kaiser den Schuldigen am Weltkrieg sahen, versteht sich von selbst; denn sie zogen ja ihre politische Belehrung direkt oder indirekt aus der russischen und der Ententepresse.

<sup>1)</sup> Siehe Fußnote Seite 15.

## 2. Die politischen Ereignisse in Polen bis zur Errichtung des Generalgouvernements Warschau (1. 8. 14—24. 8. 15).

Ziele einer großen Politik verfolgte Deutschland zusammen mit dem österreichischen Bundesgenossen in Polen erst mit der Proklamation des Königreichs Polen vom 5. November 1916. Bis dahin, also über zwei Jahre, war Kongresspolen Okkupationsgebiet im eigentlichen Sinne des Worts. Dies gilt besonders für das erste Kriegsjahr, in dem Polen, soweit es besetzt war, noch größtenteils Etappen- oder Operationsgebiet war, während mit dem Vorrücken der Front die Kriegsergebnisse nur noch mittelbar auf Polen zurückwirkten. Im gleichen Maße entwickelten und veränderten sich auch die politischen Beziehungen zwischen Okkupierten und Okkupanten. Im ersten Kriegsjahr war im besetzten feindlichen Gebiet die freie politische Betätigung der Bevölkerung überhaupt unterbunden, während jenseits der Front, also vor allem in Warschau, die russen- und ententefreundlichen Strömungen dominierten. Im zweiten Kriegsjahr ging man dann auf Seiten der Zentralmächte dazu über, den national-kulturellen Bestrebungen der Bevölkerung freien Spielraum zu gewähren, bis dann allmählich der Gedanke sich entwickelte, mit der Proklamierung des Königreichs Polen einen geschickten Zug in dem Schachspiel des Weltkriegs zu führen. Die polnischen Unabhängigkeitsbestrebungen, die in dieser Zeit, nach der Begründung des Generalgouvernements Warschau, immer stärker hervortraten, schienen diesem Schritt den Erfolg zu sichern. Aber von Anfang an krankte der ganze Plan an bedenklichen Schwächen: Er war zu spät konzipiert, nicht aufgebaut auf einer genauen Kenntnis der politischen Verhältnisse im Lande und ließ in seiner weiteren Ausführung Folgerichtigkeit und Zielbewußtsein vermissen.

Durch den Fall Warschaws und die Errichtung des Generalgouvernements Warschau zerfällt die Okkupationszeit bis zur Novemberproklamation in zwei etwa gleich lange Abschnitte. Im zweiten Abschnitt werden sinngemäß die letzten Monate, die die politische Vorbereitung der Novemberproklamation enthalten, wieder besonders zusammengefaßt.

Die schweren Kämpfe im Osten, die mit der teilweisen Eroberung Polens zusammenhängen und sich an die Namen Hindenburg und Ludendorff knüpfen, sind wohl auch heute noch in frischer Erinnerung. Mehrmals wälzten sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1914 die Massen der kämpfenden Heere über das polnische Land. Mitte Oktober standen die deutschen Truppen wenige Kilometer vor Warschau, dessen wichtigste Behörden eilig „evakuiert“ worden waren. Darauf folgte der berühmte Hindenburgsche Rückzug, bis nach einem erneuten

deutsch-österreichischen Vorstoß gegen Ende des Jahres — am 6. Dezember fiel Lodz endgültig in deutsche Hand — ein stabiler Zustand eintrat. Erst im Frühsommer 1915, nach dem Durchbruch Mackensens bei Gorlice, setzte sich auch die polnische Front wieder in Bewegung. Am Morgen des 5. August betraten die ersten deutschen Patrouillen Warschau, und wenige Wochen später waren die Russen aus ganz Kongreßpolen vertrieben.

Naturgemäß war in dieser Zeit der militärischen Operationen das politische Leben nicht sehr rege. Auf seiten der Zentralmächte betätigte sich politisch das deutsche Oberkommando („Oberost“), vor allem in Gestalt der Ende Dezember in Lodz errichteten Presseverwaltung, sowie von Galizien her das Oberste Nationalkomitee.

Nachdem schon in den ersten Kriegswochen polnische Flugblätter mit der Unterschrift „Das Oberkommando der deutschen und österreichisch-ungarischen Ostarmeen“ den Polen versprochen hatten, daß mit den Fahnen der Zentralmächte „Freiheit und Unabhängigkeit“ zu ihnen komme, erschien vom 22. September ab in Lhorn eine zur Verbreitung in Rußisch-Polen bestimmte „Gazeta Wojenna“ (Kriegszeitung), die ebenfalls den in ihrem Einführungsartikel ausgesprochenen Satz „Der Sieg Deutschlands bedeutet die Freiheit Polens“ propagierte. Sie bestand als Wochenschrift bis gegen Ende des Jahres. Energisch nahm dann von Ende Dezember 1914 ab der Geheime Regierungsrat **Eleinow** als Leiter der Presseverwaltung beim Oberbefehlshaber Ost die Politik in die Hand. Die Richtlinien der Politik Eleinows lassen sich etwa zusammenfassen in den Schlagworten: Niederhaltung der polnischen Unabhängigkeitsbestrebungen; Bekämpfung der österreichischen Einflüsse; Beeinflussung der Polen im antirussischen und deutschfreundlichen Sinne; Förderung des Deutschtums in Polen. Ob ein solches Programm auch bei einem für die Zentralmächte siegreichen Ausgang des Krieges durchführbar war, scheint zweifelhaft. Die natürlichen Annäherungsbestrebungen zwischen Kongreßpolen und Galizien sowie die starke Unabhängigkeitsbewegung in Polen hätten nur durch eine rücksichtslose Ausdehnung der preußischen Ostmarkenpolitik nach entsprechenden Annerktionen bekämpft werden können, und auch für den Anhänger einer derartigen Machtpolitik mußte sich die Frage erheben, ob nicht die Verschärfung und Ausdehnung des Nationalitätenkampfes im deutschen Osten eine übermäßige Belastung bedeuteten. Immerhin hatte Eleinow vor vielen anderen, die sich im Laufe des Krieges in der polnischen Politik betätigt haben, voraus, daß er Sprache, Land und Leute kannte und im allgemeinen wußte, was er wollte. Die Art und Weise seines Vorgehens war rücksichtslos militärisch.



Mit Hilfe der geheimen Feldpolizei wurden unliebsame Zeitungen unterdrückt und unerwünschte polnische Führer und Agitatoren abgeschoben. Eine strenge Zensur — die Presseverwaltung errichtete Filialen in Błockawek, Plock, Łschensstochau — sorgte dafür, daß die einheimischen Zeitungen die Politik der Presseverwaltung nicht störten.

Cleinow suchte ferner Fühlung mit dem eingeseffenen Deutschtum in Łodz. Schon am 8. Februar 1915 war die amtliche „Deutsche Łodzer Zeitung“ gegründet worden, die zunächst vorwiegend Frontzeitung war, aber sich auch immer mehr unter den Łodzer Deutschen einführte. Um aber auch den entschieden national gesinnten Deutschen in Łodz und Umgegend zu der Möglichkeit einer freien Meinungsäußerung zu verhelfen, veranlaßte Kleinow diese Kreise, vom 1. Juli 1915 ab in Łodz eine Wochenschrift „Deutsche Post“ herauszugeben. Dazu trat dann noch vom 10. August 1915 ab die amtliche „Deutsche Warschauer Zeitung“. Kleinow erstreckte ferner schon in Łodz seine Pressepolitik auch auf die Juden, indem er jüdische Zeitungen gründete.

Der politischen Entwicklung des Judentums in Polen ist in der vorliegenden Schrift ein besonderes Kapitel gewidmet, dem Deutschtum dagegen nicht, und zwar nicht sowohl deswegen, weil das Judentum zahlenmäßig erheblich stärker ist — etwa 2 Millionen gegen 4—600 000 —, sondern vor allem, weil die jüdische Frage bedeutend komplizierter liegt. Den Juden gegenüber handelte es sich für die deutschen Okkupanten um die Frage, inwieweit und in welcher Weise sie in die entwickelten innerjüdischen Probleme eingreifen und von diesem Gesichtspunkt aus das Judentum als politischen Faktor in die Politik in Polen einstellen wollten. Im Verhältnis zu den Deutschen dagegen war das Problem nur das, wie und in welchem Maße deren nationale Bestrebungen gegenüber dem Polentum zu fördern seien. Insofern derartige Maßnahmen der Okkupationsbehörden auf die Gesamtpolitik in Polen zurückgewirkt haben, werden sie am gegebenen Orte zu betrachten sein. Zur Charakteristik des Deutschtums in Polen im allgemeinen seien hier einige einführende Erläuterungen gegeben.

Hauptstamm des Deutschtums in Polen ist das Industrierevier von Łodz und Umgegend. Verdankt doch die vor dem Krieg so blühende Łodzer Industrie ihre Entstehung und ihren Aufschwung fast ausschließlich Deutschen, wie die Namen gerade der größten Werke — Scheibler, Seyer, Heinzl, Krusche und Ender u. a. — heute noch zeigen. Außerdem gibt es in der Łodzer Gegend, im Gebiet von Kalisz im Westen, Lipno und an der Weichsel im Norden, vereinzelt auch im Osten (Cholm) zahlreiche deutsche bäuerliche Kolonisten, zum Teil in geschlossenen Siedelungen. Diese bäuerlichen Kolonisten, die erst im

19. Jahrhundert einwanderten<sup>1)</sup>, haben ihr Deutschtum im allgemeinen bewahrt, ohne aber mit nationaler Agitation hervorzutreten.

Etwas anders liegen die Dinge bei den Deutschen im Industriegebiet. Der Übergang zum großindustriellen Fabrikbetrieb schuf hier zunächst ein zahlenmäßig stark überlegenes polnisches Arbeiterproletariat. Auf die oberen Schichten des Deutschtums dagegen wirkten russische und polnische Einflüsse stark ein. Die Großindustrie war am Absatz nach Rußland stark interessiert; auch begünstigte die russische Regierung aus politischer Berechnung in manchem das loyale Deutschtum gegenüber den Polen. Andererseits ließen sich gewisse deutsche Kreise vom Polentum assimilatorisch beeinflussen, wobei vor allen Dingen die zum guten Teil polonisierte evangelische Geistlichkeit eine große Rolle spielte. Es ist bezeichnend, daß die verbreitetste, heute noch bestehende deutsche Zeitung in Lodz, die „Neue Lodzjer Zeitung“, national völlig indifferent war und ist. So war es nur eine Minderheit der Deutschen in der Lodzjer Gegend, meist kleiner und besserer Mittelstand, die bewußt am Deutschtum festhielt und unter der Führung von Eichler und Flierl während der Okkupation für den ideellen und wirtschaftlichen Zusammenschluß des Deutschtums eifrig tätig war, und zwar mit bemerkenswertem Erfolg. Freilich wird dieser Teil der Deutschen im neuen Polen einen schweren Stand haben. Denn soviel sich auch die Polen auf ihre traditionelle nationale und religiöse Toleranz zugute tun — die „schicksalsbedingte Seelenverfassung“<sup>2)</sup> dieses Volkes ist doch ohne Zweifel in dieser Hinsicht stark „aggressiv“ und wird es wohl auch auf lange Zeit hinaus bleiben.

Wie zielbewußt das galizische Oberste Nationalkomitee vorging, zeigte sich darin, daß es schon im Oktober 1914 in Rapperswyl ein Polnisches Pressebureau gründete, das ein Jahr später seine Zentrale nach Bern verlegte. Aus den Bestrebungen des Nationalkomitees ergab sich eine besondere Pflege der Beziehungen zur Wiener Regierung. Dadurch wurde schon Anfang Dezember 1914 die Gleichstellung der Legionen mit den Truppen der österreichisch-ungarischen Armee erreicht. Im Januar entstand in Lodz die „Liga des Polnischen Staatswesens“.

<sup>1)</sup> Von den älteren deutschen Siedelungen in Polen, von denen u. a. der typisch deutsche städtebauliche Charakter von Alt-Warschau zeugt, kann hier nicht gehandelt werden; sie haben auch in nationaler Hinsicht kaum Spuren hinterlassen, außer in zahlreichen, im polnischen Gewande bisweilen seltsam anmutenden Familiennamen.

<sup>2)</sup> So der Karlsruher Professor von Zwi ed i n e d, der 1915—18 als Mitarbeiter später als Leiter der Presseabteilung Lodz (nach Verlegung der Zentrale nach Warschau) wirkte, in einem am 27. September 1917 in Anwesenheit des Generalgouverneurs von B es e l e r in Lodz gehaltenen Vortrag „Zum Nationalitätenproblem in Polen“.

die nach dem Fall Warschaws dorthin übersiedelte und in der polnischen Politik die österreichische „Orientierung“ vertrat. Als dann im Frühjahr 1915 die große militärische Wendung im Osten begann, überreichte das Nationalkomitee der österreichisch-ungarischen Regierung eine Denkschrift, die Anfang Juni auf einer Tagung in Petrikau im österreichischen Okkupationsgebiet, an der auch Vertreter aus dem deutschen Okkupationsgebiet teilnahmen, erörtert wurde. Ihre wesentlichen Forderungen waren: Garantie der politischen Unteilbarkeit der polnischen Gebiete, Ausgestaltung der Legionen zu einer polnischen Armee an der Seite Österreichs, Selbstverwaltung der okkupierten Gebiete, soweit es die strategischen Bedingungen zuließen. Petrikau war auch seit Ende Februar 1915 der Sitz der „Militärischen Sektion“ des Obersten Nationalkomitees.

Die zentralmächtefeindlichen Parteien konnten sich in dieser Periode der Okkupation naturgemäß wenig rühren. In Lodz sammelten sich Anhänger der Nationaldemokratie in der „Nationalen Vereinigung“, die auch später als Provinzorganisation bestehen blieb. Daß das Okkupationsregiment — übrigens entgegen Kleinows Wünschen — auch die sozialistische Presse unterdrückte, war insofern ein Fehler, als in diesem Lager ja die entschiedensten Russenfeinde standen. Dieser Fehler, innerpolitische, an sich anfechtbare Prinzipien auf Fragen der äußeren Politik zu übertragen, wurde im Laufe der Okkupation noch oft genug gemacht.

Die Okkupation machte einen umfangreichen Verwaltungsapparat nötig. Von den Verwaltungsmaßnahmen der Militärverwaltung hat die sogenannte Hindenburgsche Städteordnung, die am 1. Juli 1915 in Kraft trat, eine gewisse Berühmtheit erlangt. Ihr Muster war die Steinsche Städteordnung der ostpreussischen Provinzen, doch wurden zunächst die Stadtverordneten ernannt und an die Spitze der größeren Kommunen deutsche Bürgermeister gestellt. Das wichtige politische Machtmittel, das die Okkupation damit in der Hand hatte, wurde aber nicht immer geschickt gehandhabt. In Lodz z. B., wo zu Stadtverordneten je zwölf Polen, Deutsche und Juden ernannt wurden, brachte man nicht einmal eine sichere deutschfreundliche Mehrheit zustande. Eine besondere Zivilverwaltung wurde zunächst für die westlichen Gebiete ins Leben gerufen, die (nach vorübergehendem Bestehen einer Oberost unterstellten Verwaltung mit dem Sitz in Breslau, September—Oktober 1914) ihren Sitz am 15. Januar in Posen nahm. Im Mai 1915 wurde sie nach Kalisch, im September nach Warschau verlegt. Im österreichischen Okkupationsgebiet bestanden Etappenverwaltungen in Michów und Petrikau, die im Mai 1915 in „Militär-

gouvernements“ umgewandelt wurden. Mehrfache Abkommen zwischen den beiden Mächten — Posener Abkommen vom 10. Januar 1915, Rattowitzer Abkommen vom 22. April 1915 — regelten die Abgrenzung. Den Abschluß und die Ergänzung dieser Verträge bildete das auf Beratungen in Leschen im September 1915 getroffene Abkommen. Das Okkupationsgebiet wurde im wesentlichen in eine nördliche und eine südliche Hälfte geteilt. Längs der deutschen Grenze bis zur Dreikaiser-Ecke zog sich ein schmaler Streifen deutschen Okkupationsgebietes hinunter. Das berühmte Kloster auf der Jasna Góra bei Tschenstochau bildete eine österreichische Enklave. Die durch das Leschener Abkommen festgesetzte Grenze des deutschen und des österreichischen Okkupationsgebietes war durchaus nicht identisch mit der Teilungsgrenze von 1795. Im Nordosten verlief sie weit südlicher, ging aber im Nordwesten stark darüber hinaus. In einzelnen Punkten war die Linienführung un zweckmäßig, so z. B. wurde Lodz von seiner Gouvernementshauptstadt Petrikau und damit u. a. vom Grundbuchverkehr abgeschnitten. Von manchen Seiten wird behauptet, es habe damals der Gedanke mitgespielt, das österreichische Okkupationsgebiet so zuzuschneiden, daß es bei einem Friedensschluß mit Rußland als eventuelles Kompensationsobjekt gegen Ostgalizien dienen könne.

Es liegt außerhalb unserer Aufgabe, die Entwicklung und Tätigkeit der Okkupationsverwaltung zu schildern, so weit sie nicht mittelbar oder unmittelbar politisch wirksam war. Sie hat mit relativ geringen Kosten — das letzte Jahresbudget des Generalgouvernements Warschau betrug rund 296 Millionen Mark, von dem aber über die Hälfte für Besatzungsheer und polnische Truppen verwandt wurde — und mit einem relativ geringen Personalbestand — zuletzt etwa 13 000 Personen einschließlich aller technischen und Bureauhilfskräfte — eine umfangreiche Arbeit geleistet, und manche Früchte dieser Arbeit, z. B. im Gesundheitswesen und im Straßenbau, werden noch auf Jahre hinaus für Polen wertvoll sein. Daß die Polen Leistungen einer als Fremdherrschaft empfundenen Verwaltung nicht anerkannten, liegt in der Natur der Dinge, und es war eine neue Selbsttäuschung, wenn man glaubte, die Polen durch eine geordnete Verwaltung zu beglücken und ihre Dankbarkeit in Anspruch nehmen zu können. Dazu kamen als Umstände, die das deutsche Regiment verhaßt machten, und die schon im ersten Halbjahr 1915 hervortraten, die Ungeschicklichkeit vieler Beamten und Militärs im amtlichen und privaten Verkehr mit Landeseinwohnern und die überaus drückenden Beschlagnahmen von Lebensmitteln und Rohstoffen. Daß man Organisationen schuf, um die brotlos gewordenen Arbeiter anzuwerben und nach Deutschland zu

bringen, verschärfte nur die Gegensätze, zumal den Arbeitern vielfach über Urlaub und Kündigungsmöglichkeit Zusicherungen gegeben wurden, die in Deutschland nicht eingehalten wurden. —

In Warschau gestattete die russische Regierung zwar die Bildung eines lokalen Bürgerkomitees für Wohltätigkeits- und Unterstützungszwecke (3. August 1914), sowie eines Zentralbürgerkomitees (10. September 1914), das die gleichen Aufgaben für das ganze Land erfüllen sollte und Anfang März 1915 mit 394 Filialorganisationen in Verkehr stand; es geschah aber zunächst nichts zur Verwirklichung des Autonomieverprechens des Großfürsten Nikolaj Nikolajewitsch. Die Haltung der russischen Zensur und anderer Amtsstellen soll sogar auf eine Zurückziehung dieses Versprechens haben schließen lassen. Erst Anfang April 1915 wurde Polen im Verordnungswege mit Gültigkeit vom 1. Januar 1916 ab die russische Städteordnung von 1892 zugestanden, und eine sogenannte polnisch-russische Verständigungskommission aus je sechs Mitgliedern beider Seiten trat Anfang Juni, zur Zeit des beginnenden russischen Rückzuges, in Petersburg zu fruchtlosen Beratungen zusammen. Auf der anderen Seite zeigte die Russifizierungstätigkeit der russischen Okkupation in Ostgalizien, daß die russische Regierung keinen Wert auf die Befriedigung polnischer Ansprüche legte.

Die Parteigruppierung in Warschau blieb fast völlig die alte. Einen besonderen Verband ging die Nationaldemokratie mit der Partei für Realpolitik in dem sogenannten „Nationalkomitee“ ein, das bei seiner Entstehung am 26. November 1914 einen Aufruf für die Entente erließ. Dieses Nationalkomitee ist deshalb auch späterhin von Bedeutung, weil es mit den Russen zusammen Warschau verließ und seine Politik mit dem Ziele der polnischen Autonomie in Petersburg fortsetzte. Als der Verlauf der russischen Revolution zeigte, daß Polen von Rußland kaum noch etwas zu befürchten, aber auch keine wirksame Hilfe zu erwarten hätte, wurde aus diesen Kreisen das polnische Nationalkomitee in Paris gebildet, das der Entente gegenüber als einzig moralisch berechtigte politische Vertretung Polens auftrat, von ihr offiziell aber erst im Sommer 1918 als oberste politische Instanz der polnischen Truppen auf der Seite der Entente anerkannt wurde<sup>1)</sup>. Etwas weitergehende Ansprüche als die beiden Parteien des Nationalkomitees vertraten die beiden Fortschrittsparteien, die ein föderatives Verhältnis Polens zu Rußland forderten. Eine kleine Gruppe der

<sup>1)</sup> Im ententefreundlichen Sinne wirkte auch sehr eifrig und geschickt die bereits im September 1915 in Lausanne gegründete „Polnische Zentralagentur“.

„Nationalen Partei“, vornehmlich Großgrundbesitzer, splitterte von der Nationaldemokratie ab, um sich dem Unabhängigkeitsprogramm zuzuwenden. Dagegen scheint der Versuch, polnische Freiwilligenlegionen auf russischer Seite zu bilden, den der Oberst Gorczyński im November 1914 anregte, aber erst Januar 1915 wirklich unternommen konnte, nur von sehr geringen Erfolgen begleitet gewesen zu sein. Die anti-russisch gesinnten Unabhängigkeitsparteien endlich schlossen sich im November 1914 zu einem „Unabhängigkeitsblock“ zusammen, der aber nicht lange bestand.

Als der Fortschritt der militärischen Operationen die baldige Vertreibung der Russen aus ganz Kongresspolen wahrscheinlich machte, begab sich der Reichskanzler von Bethmann Hollweg mit dem Staatssekretär von Jagow nach Wien. Dort ist wohl in den Hauptzügen die Abmachung über die Teilung der Okkupationsgebiete getroffen und als allgemeine Richtlinie vereinbart worden, den national-kulturellen polnischen Wünschen entgegenzukommen, ohne daß man jedoch über die staatsrechtliche Zukunft der besetzten Gebiete bereits Pläne faßte. Zwei Wochen nach dem Fall Warschaws sagte Bethmann Hollweg im Reichstag zur polnischen Frage: „Ich hoffe, daß die heutige Besetzung der polnischen Grenzen gegen Ost den Beginn einer Entwicklung darstellen wird, die alle Gegensätze zwischen Deutschen und Polen aus der Welt schaffen und das vom Ruffentum befreite Land einer glücklichen Zukunft entgegenführen wird, in der es die Eigenart seines nationalen Lebens pflegen und entwickeln kann.“ Mehr als der Wunsch nach einem deutsch-polnischen Ausgleich, wie dies auch der Kaiser bei der Vereidigung des neuen Erzbischofs von Posen-Gnesen, Dalbor, am 11. September 1915 betonte, und die Zusicherung kultureller nationaler Freiheiten ist also in dieser Auslassung Bethmann Hollwegs nicht enthalten.

Am 24. August wurde General von Beseler zum Generalgouverneur in Warschau ernannt, als Verwaltungschef wurde ihm der Leiter der bisherigen Zivilverwaltung in Polen, von Kries, früher Landrat in Fiehe, beigegeben. Die österreichisch-ungarische Regierung verlegte das am 1. September 1915 errichtete Militär-Generalgouvernement Kielce Anfang Oktober nach Lublin und setzte an die Spitze des neuen Generalgouvernements den Freiherrn von Diller.

Nachdem im Laufe des September die Grenzen des Generalgouvernements Warschau bis zum Bug und Narew ausgedehnt worden waren, umfaßten die beiden Generalgouvernements Warschau und Lublin das frühere Kongresskönigreich mit folgenden Ausnahmen: Der Ostpreußen vorgelagerte Teil des Gouvernements Suwalki hatte seine eigene, Ober-

oft unterstehende Verwaltung, die später mit der Wilnaer vereinigt wurde; am Bug blieben die Kreise Konstantynów, Biala, Radzyn und Wlodawa, die den nördlichen Teil des russischen Gouvernements Cholm bildeten, bis zum Ende der Okkupation deutsches Etappengebiet; der Südtteil des Gouvernements Cholm wurde zunächst zur österreichischen Etappe geschlagen. Am 5. Juni 1916 erließ aber das österreichische Armeekommando einen Armeebefehl, durch den diese Kreise — Cholm, Hrubieszów, Lomaszów — an das Militärgouvernement Lublin angeschlossen wurden. „Durch diese Verfügung“, heißt es in dem Armeebefehl, „wird ein Herzenswunsch des polnischen Volkes erfüllt, das die von den Russen vollzogene Abtrennung des Cholmer Gouvernements von Polen als einen Schlag ins Gesicht empfand.“ Die deutsche Militärbehörde verfuhr mit der Bugetappe aber gerade umgekehrt, wobei sie außerdem dort eine antipolnische ukrainische Agitation duldete und förderte.

Die beiden Generalgouvernements machten eine Fläche von über 100 000 qkm mit über zehn Millionen Einwohnern aus. Der deutsche Anteil an Fläche und Bewohnern war etwas größer als der österreichische. Nicht unwesentlich, aber für Deutschland ungünstig war, daß in das von ihm verwaltete Okkupationsgebiet die großen Industriezentren — Warschau, Lodz, Sosnowitz — fielen, was die Schwierigkeiten in der Arbeitslosen- und Ernährungsfrage vermehrte.

### 3. Von der Errichtung des Generalgouvernements Warschau bis zum Zusammentritt des Warschauer Stadtrates (24. 8. 15 — 24. 7. 16).

Nicht uninteressant ist es, die Aufrufe, die die beiden Generalgouverneure von Beseler und von Diller alsbald nach ihrem Amtsantritt erließen, einander gegenüberzustellen. In dem Aufruf Beselers hieß es u. a.: „Ich sehe meine Aufgabe darin, in dem vom Kriege heimgefuchten Lande Ordnung und Ruhe aufrecht zu erhalten, und, soweit es sich mit der Fürsorge für unser im Kampf stehendes Heer vereinigen läßt, den zerrütteten Wohlstand wieder aufleben zu lassen.“ In dem Dillerschen Aufruf dagegen hieß es: „Warschau, Lublin, Wilna, Chelm und alle anderen geschichtlichen Stätten eurer alten Kultur befinden sich im Besitze der Verbündeten. Wenn wir auch ferner... vom Kriegsglück begünstigt sein werden, wird für euch und euer Heimatland eine neue Ära der freien nationalen Entwicklung und allseitigen Fortschritts heranbrechen... Euer Gedenken und Wohl liegt uns am Herzen, und es wird meine schönste

Aufgabe sein, auch unwiderlegliche Beweise unserer warmen Fürsorge und unseres freundlichen Empfindens zu liefern.“

Beseler soll durch diese Gegenüberstellung nicht abfällig kritisiert werden. Sein Aufruf sagt nüchtern und ehrlich, was der damaligen Situation entsprach. Zudem hat Beseler sich später, als die offiziellen politischen Ziele Deutschlands in Polen weiter gesteckt wurden, seiner Aufgabe mit Pflichtbewußtsein und Wärme angenommen. Es war für ihn an und für sich eine schwierige Aufgabe, in seiner Person die Wahrung der deutschen Interessen als kaiserlicher Statthalter mit der Fürsorge für das Wohl des Landes als dessen oberste Behörde zu vereinen. Auch konnten weder die militärischen Qualitäten Beselers noch seine Gelehrtennatur ihn ohne weiteres für die Lösung des ihm aufgebürdeten schwierigen politischen Problems befähigen. Sein persönliches Wohlwollen, sein ernstes Bestreben, den polnischen Ansprüchen gerecht zu werden, ist auch in polnischen Kreisen vielfach anerkannt worden. Immer und immer wieder wurden seine eigenen Tendenzen durch andere Instanzen durchkreuzt, die teils in Warschau, teils in Berlin und im Großen Hauptquartier selbstherrlich Polenpolitik trieben, wobei Beseler selbst mehr als einmal geflissentlich umgangen wurde.

Jedenfalls aber zeigt der Aufruf Dillers den Vorsprung, den die österreichische Polenpolitik und die Idee der österreichischen Lösung von vornherein gegenüber der deutschen hatte. Nicht belastet durch eine Ostmarkenpolitik, nicht bedroht durch die Gefahr einer polnischen Forderung in wichtigen Grenzprovinzen, konnte Österreich den Polen mit offenen Armen entgegenkommen. Sehr geschickt nutzte es die Möglichkeit aus, den nationalen Empfindungen der Polen dadurch Rechnung zu tragen, daß im besetzten Gebiet überwiegend österreichische Polen als Beamte angestellt wurden. Damit war auch die Möglichkeit der politischen Information und Beeinflussung weit größer als auf deutscher Seite, da ja die deutschen Beamten sich größtenteils mit der Bevölkerung nicht einmal ohne Dolmetscher verständigen konnten. Nach dem gleichen Prinzip bestellte Österreich-Ungarn auch seine offiziellen Vertreter in Warschau.

Mit dem Abzug der Russen aus Warschau vertauschten sich die Rollen der Parteirichtungen. Die Russophilen traten zurück und die polnischen Unabhängigkeitsparteien, die unter der russischen Polizeiherrschaft nur im geheimen existierten, konnten sich jetzt frei regen. Neben beiden warb alsbald die österreichische Richtung. Gemeinsam war diesen drei Hauptgruppen das Bestreben, sich zu konsolidieren und zusammenzuschließen und in der polnischen Öffentlichkeit festen Fuß zu fassen.



Als erste von den Hauptrichtungen trat das galizische Oberste Nationalkomitee auf den Plan. Bereits drei Tage nach dem Fall Warschaws veröffentlichte es ein langes Manifest, in dem es die „Vereinigung des ungeteilten Polens mit dem ungeteilten Galizien“ als notwendiges Ziel bezeichnete. Eine gleiche Erklärung erließ zwei Tage später der Wiener Polenklub, der außerdem dem österreichischen Kaiser eine Huldigungsdepesche übersandte. Schon Ende August waren galizische Politiker in Warschau bemüht, Verbindungen mit den dortigen Parteien anzuknüpfen. Die Liga des Polnischen Staatswesens siedelte von Lodz nach Warschau über.

Gleichzeitig sammelten sich die Unabhängigkeitsparteien. Es bildete sich ein „Unabhängigkeitsverband“ und schließlich — am 17. Dezember 1915 — das Zentralnationalkomitee (Centralny Komitet narodowy), das insgesamt sechs Parteien umfaßte, darunter die starken Anhang in den breiten Schichten der Bevölkerung zählenden Gruppen Polnische Sozialistische Partei, Polnische Volkspartei und Nationaler Arbeiterbund, ferner einige von der Nationaldemokratie abgesplitterte kleine Parteien. Die Liga des Polnischen Staatswesens blieb dem Zentralnationalkomitee fern, wie dies nach ihrem Programm ja nur logisch war. Sie teilte mit dem Zentralnationalkomitee wohl die anti-russische Tendenz, aber nicht das reine Unabhängigkeitsprogramm, da sie ja nach Osterreich neigte. Außerhalb des Verbandes der Unabhängigkeitsparteien wirkte ferner eine unter Führung Studnickis um den „Goniec“ gescharte Gruppe. Diese Gruppe, die sich schon 1908 als ein Teil der sogenannten „Fronde“ von der Nationaldemokratie getrennt hatte, und sich Mitte 1916 zum „Klub der Anhänger des polnischen Staatswesens“ zusammenschloß, hat in der politischen Entwicklung in Polen während der Okkupation eine große Rolle gespielt. Nicht ihrer zahlenmäßigen Stärke wegen — sie war ebenso wie der ihr geistesverwandte kleine „Nationale Bauernbund“ unter Führung Alexander Zawadzki stets numerisch schwach —, sondern weil sie die erste Partei war, die die deutsche Orientierung vertrat und die einzige, die dies aus ehrlicher eigener Überzeugung tat. Vor allen Dingen gilt dies von ihrem Führer Studnicki selbst, der nach einem in politischer und persönlicher Hinsicht wechselvollen Leben sich nach der Einnahme Warschaws der Aufgabe widmete, seine Landsleute davon zu überzeugen, daß die Zukunft Polens in dem an der Seite Deutschlands geführten Krieg gegen Rußland liege, der die Ostgrenzen Polens bis zur Düna und Beresina vorschieben müsse. Er ließ sich in dieser Politik weder dadurch irre machen, daß die Militärverwaltung Oberost in den Gebieten, die er Polen ange-

gliedert wissen wollte, insbesondere in dem eine stark polnische Minderheit aufweisenden Litauen eine rücksichtslos antipolnische Politik vertrat<sup>1)</sup>, noch durch die vielen Mißbelligkeiten, denen ihn seine deutschfreundliche Haltung aussetzte. Äußerungen von ihm selbst, aus seiner Partei und seinem Blatt sind vor allem vor der Proklamation des polnischen Königreiches von deutscher Seite in stark übertriebener Weise ausgenutzt worden als Beweis für eine bedeutsame politische Wandlung in Polen. Selbst wenn diese Schönfärberei nicht wider besseres Wissen erfolgt sein sollte, ist sie unverzeihlich wegen des damit befundeten Mangels an Sachkunde. Übrigens fehlte es auch Studnicki für seine eigene Person stark am richtigen Blick für die reale Kräfteverteilung.

Endlich schlossen sich auch diejenigen Parteien zusammen, die unter der Ruffenherrschaft den Gedanken der polnischen Autonomie vertreten hatten, die man also bis zu einem gewissen Grade als Ruffophile, sicherlich aber als Entente Freunde und Gegner einer Annäherung Polens an die Zentralmächte ansprechen kann. Sie bildeten Anfang September 1915 den „Interparteilichen Klub“ (Międzypartyjne Kolo Polityczne). Der Bestand dieses Interparteilichen Klubs, der die ganze Okkupation überdauerte, hat in dieser Zeit manche Veränderungen erfahren. Da dieser Verband während der Okkupationszeit naturgemäß nichts Positives im Sinne seiner Ziele unternehmen konnte, mußte er sich im wesentlichen darauf beschränken, eine ihm unwillkommene politische Entwicklung zu hemmen. Er tat dies vor allem durch rein passives Verhalten gegenüber den politischen Bemühungen der Zentralmächte, was der Richtung den Namen des Passivismus eintrug, während die Parteien, die sich an der Politik der Zentralmächte tätig beteiligten, Aktivistern genannt wurden. Freilich hat der Aktivismus in seiner Zusammensetzung im Laufe der Jahre viel stärkere Wandlungen erfahren als der Passivismus.

Von der internationalen Sozialdemokratie ist während der ganzen Okkupationszeit nichts prinzipiell Neues zu berichten. Sie bekämpfte mit gleicher Schärfe die ihr feindlichen polnischen Parteien wie die deutschen Okkupationsbehörden, und sie konnte diese Fehde um so leichter verbinden, als die Entwicklung schließlich — 1917 — dazu

<sup>1)</sup> Die gesamte Politik im Oberostgebiet, die nationale Fragen durch militärische Verfügungen und zwangsweise Maßnahmen regeln wollte, war verfehlt und im Grunde ein gefährlicher Dilettantismus. Für das trübe Gesamtbild der deutschen Politik im Osten ist auch die gegenseitige Geringschätzung und Abneigung zwischen Oberost und Generalgouvernement Warschau bezeichnend.

führte, daß die deutsche Politik sich im wesentlichen nur auf einige kleine rechtsstehende polnische Gruppen stützte.

Bis in den Herbst des Jahres 1916 ist die deutsche Politik im ersten Jahre des Generalgouvernements Warschau charakterisiert durch die Bemühungen, den national-kulturellen Wünschen der Polen entgegenzukommen unter gleichzeitiger Abweisung weitgehender politischer Ansprüche, insbesondere der Unabhängigkeitsbestrebungen. Doch bildete sich allmählich immer klarer der Entschluß der Mittelmächte heraus, Polen nicht an Rußland zurückfallen zu lassen. Ein gutes Bild der Tendenzen der deutschen Politik gibt eine Zusammenstellung von Zitaten aus Reden Bethmann-Hollwegs und Beselers. Schon am 9. Januar 1916 forderte Bethmann-Hollweg im Reichstag: „Weder im Osten noch im Westen dürfen unsere Feinde von heute über Einfalls-tore verfügen.“ Den gleichen Gedanken unter besonderer Bezugnahme auf das Weichselland führte Bethmann-Hollweg, wieder vor dem Reichstag, am 5. Juni desselben Jahres aus. Die polnische Frage, deren Aufrollen eine Folge des Krieges sei, werde von Deutschland und Österreich gelöst werden. „Einen status quo kennt nach solchen Erschütterungen die Geschichte nicht.“ Der Generalgouverneur von Beseler dagegen wies eine polnische Deputation, die ihm nach der Zulassung der Feier des 3. Mai<sup>1)</sup> den Dank für die „Achtung der nationalen Gefühle“ der Polen aussprach, nachdrücklich daraufhin, daß die Politik die „Kunst des Erreichbaren sei“ und daß man Opfer bringen müsse, um nur „ein gewisses Maß von politischen Zielen zu erreichen“. Am ersten Jahrestag der Begründung des Generalgouvernements Warschau sagte Beseler ferner: „Wir haben den Versuch gemacht, durch eine gerechte, wenn auch strenge, und — wenn es nötig war — durchgreifende Regierung das Land davon zu überzeugen, daß es nicht mit einem kaltherzigen Eroberer, sondern mit einem fürsorgenden Hausvater zu tun habe, und dann haben wir vor allen Dingen versucht, dem Land nach 140 jähriger Knechtschaft seine Nationalität wiederzugeben.“

Die führende Persönlichkeit in der deutschen Politik in Polen war zwei Jahre hindurch — bis zum Herbst 1917 — der Vertreter des Auswärtigen Amtes beim Verwaltungschef in Warschau, Botschaftsrat von Mutius. Was ihn den vielen Gelegenheitspolitikern, die sich in der polnischen Frage, leider auch oft in einflussreicher Stellung, betätigten, überlegen machte, war, daß er ein klares Ziel verfolgte,

<sup>1)</sup> Polnischer Nationalfeiertag, Jahrestag der am 3. Mai 1791 vom sog. großen oder vierjährigen polnischen Landtag angenommenen Konstitution.

und zwar ohne die von seiten der Militärs im Generalgouvernement so beliebte Methode der Echternacher Springprozeßion. Er sah klar ein, daß Polen, wenn überhaupt, dann nur durch Gewährung politischer Selbständigkeit auf die Seite der Zentralmächte gebracht werden könne, und ließ sich in der richtigen Erkenntnis, daß politische Umwälzungen dieser Art eine Sache von Jahrzehnten seien, durch Mißerfolge im einzelnen von dieser Richtlinie nicht abbringen. Bei den außerordentlichen sachlichen und persönlichen Widerständen, auf die er stieß, ist es kein Wunder, daß er nicht durchdrang. Hatte er doch in der Zentrale der Zivilverwaltung selbst, von seinen nächsten Mitarbeitern abgesehen, überwiegend politische Gegner. Ein subjektiver Fehler seiner Politik war freilich, daß er die gewandten und einnehmenden Formen polnischer Politiker allzusehr als sachliches Entgegenkommen faßte und in diesem Irrtum auch manche tatsächlich stark schönfärbenden Darstellungen nach Deutschland gelangen ließ. Auch wäre es wohl kaum nötig gewesen, den Polen zuliebe die Bestrebungen der entschieden nationalen Lodzer Deutschen soweit zu dämpfen, daß ihnen z. B. die Genehmigung des um die Jahreswende 1915/16 gegründeten „Bundes der Deutschen in Polen“ versagt wurde. Dieser Bund bildete sich dann als „Verein der Deutschen für Lodz und Umgegend“, was freilich im Effekt auf dasselbe hinauskam. Später erhielt er den Namen „Deutscher Verein, Hauptsitz Lodz“.

Mit der Einnahme Warschaws war auch die Zentrale der Presseverwaltung, die bis dahin ein maßgebender Faktor der deutschen Politik in Polen gewesen war, von Lodz nach Warschau übergesiedelt. Ende September wurde die Presseverwaltung als Abteilung der Zivilverwaltung eingegliedert und ihr Chef, Kleinow, damit eines großen Teils seiner bisherigen Bewegungsfreiheit beraubt. Sein Widerstreben hiergegen und seine Versuche, weiterhin politisch tätig zu sein, schufen ihm viele persönliche Gegner, sodaß seine Stellung allmählich immer schwieriger wurde. Soweit seine Politik sich in der Richtung einer Beeinflussung der Polen in deutschfreundlichem Sinne bewegte, paßte sie auch in das neue politische System in Polen. Einen wichtigen Schritt in dieser Richtung tat Kleinow durch die Heranziehung des obererschlesischen Zeitungsverlegers und Reichstagsabgeordneten Napierałski, der auch in Deutschland die Idee der deutsch-polnischen Verständigung vertrat. Napierałski gründete mit Hilfe der deutschen Zivilverwaltung<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Nachdem nach Ende der Okkupation Warschauer Blätter aus aufgefundenen Papieren Beweise dieses Zusammenhangs publiziert haben, ist eine derartige Angabe wohl keine Indiskretion mehr.

mehrere polnische Zeitungen in Polen, die einer „Polnischen Verlagsgesellschaft“ gehörten, vor allem in den letzten Tagen des Dezember 1915 in Lodz die „Godynia Polski“, die im Juli 1917 ihre Hauptredaktion nach Warschau verlegte und es dank einer geschickten redaktionellen Aufmachung und ihrem guten Nachrichtendienst zu einer großen Auflage brachte. In ihrem einführenden Programmartikel hieß es u. a.: „Die Stunde Polens schlägt ... Der Weg liegt klar vor uns: in der Anlehnung an die Zentralmächte liegt die Zukunft Polens.“ In unmittelbarer Verbindung mit der Presseabteilung stand ferner die „Östliche Telegraphenagentur“, nach den Anfangsbuchstaben ihres polnischen Namens als „Wat“ bezeichnet. Dagegen blieb Kleinow ein Gegner der Bildung eines starken Polens, das er territorial möglichst beschränkt wissen wollte. Die Konflikte, in die ihn seine eigene Politik brachte, wobei er sich auch unnötig manchen Gegner schuf, machten seine Lage schließlich unhaltbar, wenn auch die Art und Weise, wie er im Sommer 1916 abgesetzt wurde, wenig schön war.

An Konflikten und Reibungen zwischen dem Okkupationsregiment und den Polen fehlte es schon in den ersten Monaten des Generalgouvernements nicht, teils aus wirtschaftlichen Gründen, teils infolge von polnischen Selbstständigkeitsbestrebungen.

So wurde im September das Zentrale Bürgerkomitee in Warschau mit der Begründung aufgelöst, daß es sich über seine Befugnisse hinaus, die nur eine charitative Tätigkeit einschlossen, politische Übergriffe habe zu schulden kommen lassen, indem es im Lande Richter einsetzte, Steuern einzog, Waffenscheine ausgab u. a. m.<sup>1)</sup> Auch die von dem Warschauer Bürgerkomitee nach dem Abzug der russischen Behörden eingesetzten Gerichte wurden der Verordnung des Generalgouverneurs vom 8. September 1915 zufolge durch deutsche ersetzt. Am 12. September erließ der Ortskommandant von Lodz eine übrigens sehr ungeschickte Warnung vor Umzügen und „sonstigen nach außen hin wirkenden revolutionären Schritten“, wobei er ein „Einschreiten mit allen Machtmitteln“ und „unnachsichtlicher Strenge“ androhte. Am 25. September wurde durch Verordnung für das ganze Generalgouvernement die Zensur aller Druckschriften, insbesondere der Presse, eingeführt und diese Zensur, in die etwa ein Duzend Behörden mit ständig wechselnden Direktiven hineinregierten, wurde immer mehr eine Crux der Presse wie der — Zensoren, wenn es auch zu Zeitungsverboten erst ganz

<sup>1)</sup> Anfang 1916 wurde der „Hauptfürsorgerat“ als polnische Wohltätigkeitsorganisation genehmigt, der mithin gewissermaßen einen Ersatz des früheren Zentralen Bürgerkomitees bildete.

am Ende der Okkupationszeit gekommen ist. Was auch zentralmächtefreundliche Polen an dem Okkupationsregiment auszusetzen hatten, stellt ein Exposé des Polnischen Pressebureaus in Rapperswyl vom 3. Dezember 1915 anschaulich dar. Das Bureau, eine dem gallizischen Obersten Nationalkomitee unterstehende Stelle, schreibt nach dem „Werner Tageblatt“, nachdem es zunächst die „Förderung des nationalen Lebens“ in Schule und Sprache anerkannt hat: „Weniger zufrieden stimmt das staatspolitische Verhalten der Deutschen... Verständnis für die politische Eigengestaltung Polens besitzen die Deutschen nicht, mag es nun die Richtschnur ihrer Politik oder Folge des Umstandes sein, daß die Beamten den Reihen der ‚Kenner Polens‘, d. h. der polenfeindlichen Ostmärker entstammen. Das Zentrale Bürgerkomitee ist aufgelöst, die Vorzensur eingeführt, Versammlungen sind verboten. Auch die Requisitionen, die Mehl- und Kartoffelausfuhr, die Herabsetzung der industriellen Schutzzölle, Erhöhung der Bahnfrachten haben verstimmt... Mit den antirussischen Leuten hat man es durch den unfreundlichen Empfang der Vertreter der polnischen Legion verborben. Man ließ den Führer Pilsudski nicht öffentlich auftreten und schloß die Werbestellen nach Wochen.“ (Die Eröffnung solcher Werbestellen war nicht lange nach dem Fall Warschaws erfolgt.)

Die Kritik des Rapperswylers Pressebureaus richtete sich also gegen die deutsche Politik, soweit sie nicht kulturell-nationale Fragen betraf, gegen wirtschaftliche Maßnahmen des Okkupationsregiments und gegen das Verhalten von Angehörigen der Okkupationsverwaltung. Von den politischen Fragen ist bereits gehandelt worden; überdies nahm ja die deutsche Politik im Herbst 1916 auch eine Wendung in Richtung der „politischen Eigengestaltung Polens“. Unbestreitbar ist dagegen, daß die wirtschaftliche Lage des Landes schwer war und sich in den folgenden Jahren fortgesetzt verschlimmerte. Vor der Okkupation war die Bevölkerung die niedrigen russischen Lebensmittelpreise gewöhnt. Die Industrie arbeitete teilweise für Heeresbedarf, die russischen Offiziere in den Städten warfen mit Geld um sich. Die deutsche Okkupation brachte Stilllegung der Industrie, Teuerung, Lebensmittelnot. Rohstoffe, Metalle, Maschinen wurden beschlagnahmt. Die Bodenprodukte des Landes reichten nicht zu, die Bevölkerung samt den Okkupationsstruppen auskömmlich zu ernähren<sup>1)</sup>, zumal die Verwüstungen des Kriegs und die zurückgehende Intensität der Ackerbestellung die Er-

<sup>1)</sup> Nach der russischen Statistik (Statistisches Jahrbuch für 1913), die als Jahresbedarf pro Kopf der Bevölkerung 15 Pud Roggenfrüchte annahm, deckte Polen in Friedenszeiten diesen eigenen Bedarf gerade.

träge immer weiter herabminderten. Trotzdem wurden in wachsendem Maße, meist auf Verlangen und für Zwecke der Heeresverwaltung, Lebensmittel aus dem Lande ausgeführt. In Verbindung mit dem Lieferungszwang für die einzelnen Kreise, der im Okkupationsgebiet eingeführt wurde, und der strengen Absperrung beider Okkupationsgebiete gegeneinander entwickelte sich als Gegensatz zu dem Massenelend unter den Besitzlosen in den Großstädten ein gewinnbringender Schmuggel und Kettenhandel, der Lebensmittel und Delikatessen aller Art zu hohen Preisen auf den besten Markt, d. h. gerade in die Großstädte brachte und dort zur Schau stellte<sup>1)</sup>. Zum Teil können die Lebensmittel- und Rohstoffrequisitionen — auch Holzausfuhr spielte dabei eine große Rolle — wohl durch die Not in Deutschland selbst entschuldigt oder gerechtfertigt werden. Zum mindesten aber hätte das Vorgehen der Kriegsrrohstoffstellen vielfach in rücksichtsvollerer Form erfolgen und die Bezahlung der beschlagnahmten Waren eine bessere sein müssen, wie man überhaupt in Polen oft am falschen Ende sparte. Das Vorgehen der leitenden Stellen, die naturgemäß in der Regel mit deutschen Konkurrenten der polnischen Industrie besetzt waren, war nur allzuoft geeignet auf polnischer Seite als planmäßige Absicht einer Lahmlegung dieser Industrie über die Kriegszeit hinaus aufgefaßt zu werden. Jedenfalls hätte man, wenn man einmal in Polen moralische Eroberungen machen wollte, auch die Taktik in diesen wirtschaftlichen Fragen darauf einrichten müssen.

Berechtigt sind leider auch die Klagen über das Verhalten zahlreicher Angehörigen der Okkupationsverwaltung, und zwar nicht nur von „Unteroffizieren und Mannschaften“, die, wie es in einem Erlaß des Generalgouverneurs vom 16. September 1916 heißt, Landeseinwohner vielfach einer „groben, verletzenden Behandlung“ aussetzten. Diese an sich nicht zu billigenden, in politischer Hinsicht verhängnisvoll wirkenden Methoden waren in der Regel nicht einmal Ausfluß einer persönlichen moralischen Minderwertigkeit, sondern das Produkt der Kriegsverhältnisse und mangelnder politischer Reife. Eroberer im besetzten Gebiet zu sein, verführte unwillkürlich zu einem gewissen Herrenstandpunkt, und der Mangel an einer wirklichen Kenntnis des Auslandes — die Völker des Ostens und Südostens galten doch bei uns

<sup>1)</sup> Durchreisende nahmen aus Warschau häufig den Eindruck mit, als ob dort alles in Hülle und Fülle, wenn auch zu horrenden Preisen, zu haben sei. Dies war aber lediglich eine Folge des Fehlens der Rationierung (außer für Brot, Zucker und dgl.), und darf nicht darüber täuschen, daß die Ernährung der Bevölkerung der größeren polnischen Städte etwa von 1916 ab noch weit kümmerlicher war als die der deutschen Großstädte.

herkömmlicherweise als kulturell nicht vollwertig — in Verbindung mit den politischen Ansichten, wie sie in Offizierkorps und höherer Bureaukratie üblich waren, führten viele dazu, alles, was sie vom deutschen Gesichtspunkt aus nicht verstanden, gering zu schätzen und zu verurteilen. Guter Wille, sich über die im allgemeinen gewissenhaft, ja mit warmem Interesse ausgeführten Dienstpflichten hinaus in die nationalen, ethnologischen, wirtschaftlichen Verhältnisse des fremden Landes zu vertiefen, konnte auf dieser Basis kaum gedeihen. Eine Reihe von rühmlichen Ausnahmen bestanden allerdings. Die Militär- und Zivilverwaltung tat leider nichts, um in dieser Hinsicht systematisch bessernd zu wirken<sup>1)</sup>.

Leider bildete sich neben diesen Übelständen im Laufe der Jahre eine Erscheinung heraus, die ein häßlicher Schandfleck auf der Geschichte der deutschen Verwaltung in Polen genannt werden muß. Trotz mehrfacher strenger Zirkulare des Generalgouverneurs zeigte sich, daß sich Okkupationsangehörige vielfach als bestechlich erwiesen, und zwar nicht nur unter den LandsturMLEuten, bei denen dies sehr verbreitet, wenn auch bei ihren geringen Bezügen und den großen Versuchungen bis zu einem gewissen Grade begreiflich war, sondern auch in höheren Kreisen<sup>2)</sup>. Es sei uns erspart, Einzelheiten zum Beweis anzuführen, die nur allzu leicht beigebracht werden könnten. Es versteht sich auch von selbst, daß es genug Beamte, Offiziere und Soldaten gab, die sich als intakt gegenüber dieser Seuche erwiesen. Aber auf den Ruf des Deutschen, der so stolz auf die russische Korruption hingewiesen hatte, wirkte diese Erscheinung verheerend.

Nicht hinreichend gepflegt wurde, was gerade in Polen wirkungsvoll gewesen wäre, eine deutsche Kulturpropaganda, wie sie beispielsweise in der Schweiz getrieben wurde. Was in dieser Beziehung in Warschau von deutscher Seite, z. B. an Konzert und Theater geboten wurde, war nicht erstklassig, vielfach auch nicht einmal zweitklassig, und stets fast nur auf die Bedürfnisse der Deutschen selbst zugeschnitten.

Viel getan wurde dagegen gerade in diesem Abschnitt von der Be-

<sup>1)</sup> Es wurde wohl beim Generalgouvernement eine Landeskundliche Kommission gebildet, die eine Reihe ethnographischer, geographischer und anderer Arbeiten produzierte, u. a. das „Handbuch für Polen“. Von diesen aber konnte ein entsprechender Einfluß auf die Beamten und Offiziere nicht ausgehen. Hier wären systematische Belehrungen durch geeignete Persönlichkeiten, Kurse usw. am Platze gewesen.

<sup>2)</sup> Wie fest dieses Übel in den Verkehrsitten des Ostens eingewurzelt ist, zeigen die seit dem Frühjahr 1919 in der polnischen Presse und im polnischen Landtag immer stärker auftretenden Klagen über Bestechlichkeit unter den eigenen polnischen Beamten.



gründung des Generalgouvernements Warschau bis zur Proklamation des Polnischen Königreiches, um ganz im Gegensatz zur russischen Herrschaft dem nationalen Leben der Polen wieder freie Entwicklung zu geben. Daß dies von polnischer Seite nur zum Teil anerkannt wurde, liegt in den Verhältnissen begründet. Daß diese Politik aber trotz aller hämischen Kritik auch im Ausland Eindruck machte, zeigt u. a. der Umstand, daß die polnischen Abgeordneten in Petersburg der russischen Regierung gegenüber, die trotz aller schönen Worte mit dem Abbau der polnischen Ausnahmegesetze nicht zustande kam, wiederholt auf die Entwicklung im Okkupationsgebiet hinweisen konnten.

Eine ganze Reihe von Maßnahmen, die den Bewohnern Kongreßpolens in Sprache, Schule, Festen die ihnen von den Russen vorenthaltenen nationalen Rechte zurückgaben, lassen sich aufzählen. Zum großen Teil gingen sie in den beiden Generalgouvernements<sup>1)</sup> ziemlich parallel. Polnischen Orten wurden ihre alten Namen statt der russischen zurückgegeben: Modlin statt Nowogeorgiewsk, Dohlin statt Zwangorod. Der von den Russen schon wenige Jahre nach der Revolution wieder unterdrückte polnische Schulverein „Macierz Szkolna“ wurde wieder genehmigt und entfaltete bald eine rege Tätigkeit<sup>2)</sup>. In den Pässen wurde die polnische Staatsangehörigkeit anstelle der russischen eingesetzt. Die Anteilnahme der Bevölkerung an der bereits erwähnten Feier des 3. Mai kam in Warschau in einem wirklich imposanten Umzug zur Geltung. Die wichtigsten Errungenschaften auf diesem Gebiet waren aber die Eröffnung der polnischen Hochschulen — Universität und Technische Hochschule — in Warschau und die Einrichtung städtischer und ländlicher Selbstverwaltungskörper. Die Warschauer Hochschulen, die ja schon längst keine polnischen mehr waren, hatten die Russen vor ihrem Abzug in das Innere Rußlands verlegt. Schon ein Vierteljahr nach dem Fall Warschaus konnten die neuen polnischen Hochschulen, deren Begründung der Generalgouverneur von Beseler ein besonderes Interesse gewidmet hatte, ihre Pforten öffnen. Im Sommer 1916 ergingen dann in beiden Okkupationsgebieten die neuen Verordnungen über die Bildung von Stadträten durch Wahlen. Wie die Wahlordnungen zeigten, handelte es sich freilich um ein Mehrklassenwahlrecht — Warschau z. B. wählte in 6 Kurien —, was die Kritik der linksstehenden Parteien herausforderte. Auch blieb selbstverständlich die Oberhoheit der Okku-

<sup>1)</sup> Im Militär-Generalgouvernement Lublin trat Anfang Mai 1916 Feldzeugmeister von Kul an Stelle des Freiherrn von Diller.

<sup>2)</sup> In diesem Schulverein entwickelte sich später ein Kampf um den maßgebenden Einfluß zwischen radikalen und merkantilen Strömungen, in dem schließlich die Merkantilen siegten.

pationsverwaltung in Theorie wie Praxis bestehen. Der Fortschritt gegenüber der Russenzeit war aber doch unverkennbar.

Bei den Wahlen zum Warschauer Stadtrat — die Wahlen in den anderen Städten erfolgten erst Anfang 1917 — ereignete sich übrigens der merkwürdige Fall, daß in den ersten fünf Kurien nicht oder nur pro forma (in der dritten) gewählt wurde. Für vier Kurien wurde eine gemeinsame Kandidatenliste durch Kompromiß aufgestellt, wobei von 60 Mandaten 26 dem Nationalen Wahlkomitee (Interparteilicher Klub), 19 dem demokratischen Wahlkomitee (Unabhängigkeitsparteien) und 15 einer jüdischen Wahlvereinigung zugesprochen wurden. Nur in der 6. Kurie (Arbeiter) kam ein Wahlkampf zustande, und zwar mit dem Ergebnis, daß das Nationale Arbeiterwahlkomitee 7, die jüdischen Nationalisten 4, die Polnische Sozialistische Partei 2 und die internationale Sozialdemokratie, sowie der mit der „Linken“ der Polnischen Sozialistischen Partei zusammengehende jüdische „Bund“ je ein Mandat erhielten.

Die große Masse der polnischen Bevölkerung ertrug die Lasten der Okkupationszeit tatsächlich mit Geduld. Während der vier Jahre der Okkupation kam es niemals zu ernsteren Auflehnungen. Streiks waren allerdings in den Industriegebieten ziemlich häufig. Ein sich im Lande breitmachendes Banditentum, das stellenweise politischen Einschlag hatte, bildete für die Bevölkerung selbst eine Plage. Bei den politisch interessierten Kreisen wuchs das Verlangen immer mehr, Polen aus diesem Krieg in neuer Gestalt hervorgehen zu sehen, wobei zunächst für die Passivsten der Gedanke der Vereinigung aller polnischen Gebiete, für die Unabhängigkeitsparteien die staatliche Selbständigkeit im Vordergrund stand. Daraus wird es verständlich, daß eine Bewegungsfreiheit lebiglich in kulturellen Fragen, wie sie die deutsche Okkupationsverwaltung den Polen einräumte, den polnischen Ansprüchen nicht genügte. Als Beweis dafür lassen sich eine Reihe bemerkenswerter offizieller Kundgebungen von polnischer Seite anführen. Zu ihnen gehört die sogenannte „Erklärung der Hundert“ vom 22. Februar 1916. Sie ist unterzeichnet von sieben Parteien, darunter der Polnischen Sozialistischen Partei, der Liga des Polnischen Staatswesens, der Polnischen Volkspartei und der Fortschrittlichen Vereinigung, sowie hundert im politischen und geistigen Leben hervorgetretenen Einzelpersonen. Die Erklärung beginnt: „In einer geschichtlich wichtigen Zeit, in der die Schicksale der Nationen auf der Waagschale liegen, wollen wir nicht länger in der stummen Erwartung der Ereignisse verharren. Das Schweigen dieses Teiles Polens, den die Kriegsereignisse von der russischen Herrschaft befreit haben, kann ungerechtfertigterweise

Zweifel über die wesentlichen Bestrebungen der Polen erwecken. Um diesem Stand der Dinge ein Ende zu bereiten, erklären wir, daß die Wiederherstellung eines unabhängigen Staates durch eine eigene Wehrmacht das Streben der polnischen Nation bildet.“ Bedeutender noch ist die Erklärung, die in der ersten Sitzung des neugewählten Warschauer Stadtrats<sup>1)</sup> am 24. Juli 1916 gemeinsam vom Interparteilichen Klub, dem Zentralnationalkomitee, der Gruppe der Nationalen Arbeit<sup>2)</sup> und der Liga des Polnischen Staatswesens eingebracht wurde und der sich auf der Sitzung selbst auch noch die „Jüdische Vereinigung“ anschloß, so daß von polnischen Parteien nur die internationalen Sozialisten, von den jüdischen der Bund und die Nationalisten sich an dieser Kundgebung nicht beteiligten. Ihr wesentlicher Absatz lautet: „Unsere Arbeit werden wir in der Erkenntnis erfüllen, daß die Selbstverwaltung Warschaus der erste Schritt ist zum Wiederaufbau des polnischen Staates. Ein unabhängiger polnischer Staat, ausgestattet mit Organen und Mitteln, die seine Unabhängigkeit ausdrücken und sichern — das ist das höchste Ziel der früheren und jetzigen Bemühungen der polnischen Nation. Das ist auch unser heiliges Ziel, nach dem wir streben.“

Nach alledem dürfte den Abschluß dieses Abschnittes bis zur Einleitung der vorbereitenden Schritte für die Novemberproklamation ein Artikel der „Neuen Züricher Zeitung“ vom 28. August 1916 nicht unrichtig charakterisieren, in dem es u. a. heißt: „Es darf bei der Beurteilung der deutsch-polnischen Beziehungen nicht außer acht gelassen werden, daß der deutsch-polnische Gegensatz dem deutsch-russischen an Schärfe nicht nachsteht und daß somit durch die Verschärfung des zweiten der erste noch nicht beseitigt werden konnte . . . Aus der polnischen Presse geht klar hervor, daß (die Polen) die kulturellen Maßnahmen der deutschen Behörde mit großer Anerkennung würdigen, ihnen jedoch keine bindende politische Bedeutung beimessen und sie auch nicht als eine Wendung der Polenpolitik Deutschlands ansehen.“

Viel schärfer urteilten natürlich die von vornherein deutschfeindlichen Kreise, insbesondere die nationaldemokratischen. Die Zensur hatte die

<sup>1)</sup> Unseren Stadtverordneten entsprechend, während die Stadtratsbehörde in Polen als Magistrat bezeichnet wird.

<sup>2)</sup> Die Gruppe der Nationalen Arbeit ist eine schon 1914 von der Partei für Realpolitik abgespaltene kleine Partei. Die Gruppe vertrat zunächst das Unabhängigkeitsprogramm, gehörte dann dem Interparteilichen Klub an und vereinigte sich schließlich nach dem Akt vom 5. November 1916 mit der Nationalradikalen und der Fortschrittlichen Vereinigung, die schon im Sommer 1916 aus dem Interparteilichen Klub ausgetreten war, zu der aktivistischen „Vereinigung demokratischer Parteien“.

Folge, daß man sich, wie es ja zur Kuffenzeit schon üblich war, in ausgedehntem Maße illegaler Zeitungen, Flugblätter und Flugchriften bediente. Diese „unterirdische Literatur“ schwoll in den folgenden Jahren außerordentlich an, und selbst zentralmächtefreundliche Kreise umgingen vielfach auf diese Weise die Zensur, um programmatische Äußerungen in einer Form publizieren zu können, die sie auf legalem Wege nicht hätten verbreiten können. Charakteristisch für die nationaldemokratische Agitation um die Mitte des Jahres 1916 ist eine umfangreiche, heimlich verbreitete Broschüre „Von Jasna Góra nach Hellberg“, die schon im Titel — Hellberg ist die deutsche Übersetzung von Jasna Góra, dem Standort des berühmten Klosters bei Eschenstochau — die Okkupationsmächte der Germanisierungsbestrebungen bezichtigte. Die Schwierigkeit der polnischen Frage für die Zentralmächte ist in dieser Broschüre vom nationaldemokratischen Gesichtspunkt aus nicht ungeschickt formuliert in dem Absatz: „Unsere Lage gegenüber den germanischen Staaten ist schwer, aber wir müssen zugeben, daß die Lage der germanischen Staaten gegenüber der polnischen Frage kummervoll ist. Die Unabhängigkeit können sie uns nicht geben, einen Staatsverband aus dem ganzen polnischen Gebiet zu machen, sind sie nicht imstande, und dabei harret noch das Dilemma folgenden Inhalts seiner Lösung: Gewinnung der unerschütterlichen Freundschaft Polens bei gleichzeitiger Wahrung der alten Rechte des polnischen Volkes.“

#### 4. Vom Zusammentritt des Warschauer Stadtrats bis zur Novemberproklamation (24. 7. 16—5. 11. 16).

Im Hochsommer 1916 wurden zwischen den Regierungen des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns erneute Verhandlungen angeknüpft, die die politische Entwicklung des polnischen Problems vorwärts bringen sollten. Eine Erwähnung der polnischen Regionen, die in gewissem Sinne die polnische Unabhängigkeitsidee verkörperten, im deutschen Heeresbericht war wohl das erste äußere Zeichen, daß man auf seiten der Okkupationsmächte über die bisherigen, kulturell-nationalen Zugeständnisse hinausgehen wolle. Vom 10. bis zum 12. August weilten dann der Reichskanzler von Bethmann Hollweg und der Staatssekretär von Jagow in Wien.

Bald darauf wiesen Ereignisse in Polen auf eine neue Wendung der Dinge hin. Am 3. September 1916 veranstaltete der Klub der Anhänger des polnischen Staatswesens in der Philharmonie in Warschau eine große Versammlung, die folgenden Beschluß faßte: „Der rücksichtsloseste Gegner des polnischen Staatswesens und der Wiederher-

stellung des polnischen Staates ist im gegenwärtigen Augenblick Rußland. Ein Sieg Rußlands<sup>1)</sup> droht unserer nationalen Existenz die Vernichtung. Die russische Niederlage ist die notwendige Vorbedingung unserer staatsrechtlichen Wiederherstellung... Die gegenwärtige Situation fordert von uns den aktiven Kampf um die nationale und staatliche Existenz. Aus diesen Gründen wenden wir uns an die Zentralmächte wegen der möglichst schnellen Proklamation des polnischen Staates und der Ermöglichung der Bildung eines polnischen Heeres, das im gegenwärtigen Kriege gegen Rußland für die selbständige Existenz des polnischen Staates kämpfen soll." Freilich veröffentlichte der Interparteiliche Klub unmittelbar darauf eine scharfe Gegenerklärung (die aber in der Warschauer Presse unterdrückt wurde und infolgedessen auch nicht nach Deutschland gelangte), in der dem Klub der Anhänger des polnischen Staatswesens die Berechtigung, im Namen der Allgemeinheit aufzutreten, abgesprochen und die Versammlung bei ihrem Beschluß als irreführend bezeichnet wurde. „Unter diesen Verhältnissen,“ schließt die Erklärung, „sind die gefassten Beschlüsse der ‚vieltausendköpfigen‘ Versammlung nichts anderes, als nur das eigenmächtige Auftreten sehr weniger einzelner Personen, die durch ihr Vorgehen eine tiefe Empörung in den weitesten Kreisen der Nation hervorgerufen haben.“ Eine von der Liga des polnischen Staatswesens am 17. September in Petrikau abgehaltene Tagung stattete dem galizischen Obersten Nationalkomitee offiziell Dank ab und brachte damit indirekt zum Ausdruck, daß sie bei der zu erwartenden neuen Entwicklung unverändert an der österreichischen Lösung festhalte. Insbesondere wurde dies hervorgehoben bei der Anerkennung der Verdienste des Nationalkomitees um die Legionen, die bezeichnet wurden als „stärkste Äußerung des unerschütterlichen Willens der Nation zur Wiedererrichtung eines eigenen Staatswesens“, als „lebendiges Symbol der Zusammengehörigkeit des Königreichs Polen und Galiziens“. Wenige Tage später wurde mit der Anerkennung der Legionen als eines österreichischen „Hilfskorps“ eine programmatische Forderung des Polnischen Obersten Nationalkomitees erfüllt. Pilsudski, der Führer der ersten Legionsbrigade, der von der österreichischen Regierung wiederholt die Lösung der Legionsfrage im Sinne der polnischen Unabhängigkeit gefordert hatte, gab daraufhin seine Demission. Die Liga des polnischen Staatswesens sandte übrigens, wie dies auch der Klub der Anhänger des polnischen Staatswesens getan hatte, von ihrer Petrikauer Tagung aus ein Danktelegramm an den ungarischen Ministerpräsidenten Graf Tisza, der im

<sup>1)</sup> Die große Offensive Brussilows war noch nicht ganz zum Stehen gekommen.

ungarischen Abgeordnetenhaus wiederholt warm für Polen eingetreten war, zuletzt am 15. Juni 1916, wo er unter dem Beifall des Hauses feststellte, daß die „ungarische Nation die tiefste Sympathie für die Sache der Polen“ hege. Vor Lisza war Andrássy schon im Herbst 1915 in der deutschen Presse für eine „gesicherte staatsrechtliche Individualität Polens“ eingetreten.

Der Protest des Interparteilichen Klubs hatte auf den weiteren Verlauf der Aktion der Zentralmächte keinen Einfluß. In Berlin fanden Besprechungen zwischen deutschen Parlamentariern und polnischen Politikern, sowie eine deutsch-polnische Konferenz statt, zu der von deutscher Seite Professor v. Wilamowitz, Dr. Naumann und Jaech einluden. Der österreichische Minister des Äußeren Graf Burian traf am 17. Oktober im deutschen Hauptquartier ein, wo in Anwesenheit der maßgebenden Instanzen die letzten Verhandlungen geführt wurden. Ende Oktober suchte eine polnische Deputation Berlin (am 28.) und Wien (am 30.) auf. Die Deputation, der u. a. der Warschauer Bürgermeister Chmielewski, der Universitätsrektor Brudziński und Graf Adam Koniecki angehörten, wurde vom Reichskanzler empfangen. Brudziński führte in einer Ansprache aus, daß Polen zum Westen gehöre; es werde „ein treuer Bundesgenosse der Staaten sein, die die Wiederaufrichtung eines starken, allseitiger Entwicklung fähigen Polens“ vollziehen. In dieser vorsichtig, aber deutlich gestellten Bedingung drückt sich also unverkennbar aus, daß auch die polnische Minderheit, die an die Seite der Zentralmächte zu treten bereit war, dies auf keinen Fall um den Preis der territorialen und staatsrechtlichen Einengung des zukünftigen polnischen Staates tun wollte, eine Bedingung, die in der ganzen späteren Entwicklung der deutschen Politik viel zu wenig beachtet worden ist. Brudziński forderte einen Staatsakt, der verwirklicht werden solle durch die Einsetzung eines Regenten, die Aufhebung der Okkupationsgrenze<sup>1)</sup>, die Einsetzung eines Provisorischen Staatsrates, der eine Verfassung ausarbeiten und die polnische Verwaltung organisieren solle, und die Bildung eines Militärdepartements bei diesem Staatsrat. Bethmann-Hollweg sagte in seiner Erwiderung die Bildung eines polnischen Staates und eines polnischen Heeres „in festem Anschluß an die Kaiserreiche“, namentlich auch in militärischer Hinsicht“, zu. Doch könne die Ausgestaltung und die Festlegung der Grenzen des neuen

<sup>1)</sup> Dies ist eine immer wieder, aber vergeblich wiederholte polnische Forderung. Sie entsprang teils dem politischen Wunsch, die an eine Teilung erinnernde Zerschneidung Kongresspolens aufgehoben zu sehen, teils den Bedürfnissen von Wirtschaft und Verkehr, die tatsächlich durch die streng gehandhabte Absperrung sehr zu leiden hatten.

Staatswesens erst nach Kriegsende erfolgen. Der Empfang der polnischen Deputation in Wien spielte sich entsprechend ab.

Inzwischen hatte man von seiten der Okkupationsregierung, der neuen Situation entsprechend, Schritte getan, die dem Deutschtum in Polen bei der Erhaltung seiner Nationalität förderlich sein sollten. Vertreter der Lodzer Deutschen aus den Kreisen des Deutschen Vereins hatten im Sommer des Jahres dem Generalgouverneur eine große Denkschrift über die nationalen und wirtschaftlichen Bedürfnisse des Deutschtums in Polen übermittelt. Ihre Führer waren daraufhin persönlich von Befehlern empfangen worden. Am 13. Oktober wurde das Statut eines deutschen Landeschulrates genehmigt, am 26. Oktober in Anwesenheit des Generalgouverneurs eine deutsche Schule in Warschau eröffnet.

Gleichzeitig suchten sich die Polen Galiziens in Verhandlungen mit der österreichischen Regierung dagegen zu sichern, daß ihre nationalen und staatlichen Bestrebungen durch den bevorstehenden nun Kongreßpolen betreffenden Akt in den Hintergrund gedrängt würden. Die Aufrihtung eines selbständigen Kongreßkönigreiches bedrohte ja unmittelbar den Plan einer Vereinigung des Königreichs mit Galizien. Das Ergebnis dieser Verhandlungen, die zeitweise zu starken Spannungen führten, war der Erlaß des österreichischen Kaisers vom 4. November, der die Sonderstellung Galiziens im österreichischen Staatsverband ankündigte. Freilich war dieser Erlaß durch den Verlauf der Ereignisse schon in einem halben Jahre überholt. Dadurch wurde auch der ohnedies nicht ausgeführte Auflösungsbeschluß, den das galizische Oberste Nationalkomitee nach dem 5. November 1916 wiederholt faßte, hinfällig.

Der 5. November brachte dann die feierliche Proklamation des Königreichs Polen, die der Generalgouverneur im Kolonnenfaal des alten Warschauer Königsschlusses verlas. Sie lautet:<sup>1)</sup>

An die Bewohner des Generalgouvernements Warschau!

Seine Majestät der Deutsche Kaiser und Seine Majestät der Kaiser von Osterreich und Apostolischer König von Ungarn, getragen von dem festen Vertrauen auf den endgültigen Sieg ihrer Waffen und von dem Wunsche geleitet, die von ihren tapferen Heeren mit schweren Opfern der russischen Herrschaft entriessenen polnischen Gebiete

<sup>1)</sup> Um die Darstellung nicht mit Material zu überladen, ist nur von besonders wichtigen Dokumenten der Wortlaut gegeben worden. Eine umfassende quellenmäßige Arbeit findet diese Unterlagen in den von der Presseabteilung Warschau unter der Leitung von Dr. Mohr herausgegebenen Sammlungen „Warschauer Tafeln“, „Tagesberichte aus der polnischen und jüdischen Presse“, „Warschauer Mitteilungen“, „Berichte aus der unterirdischen Presse“, die in ihrem rein sachlichen Text im allgemeinen objektiv sind, wenn auch die Hervorhebung des wirklichen Kräfteverhältnisses der politischen Gruppen in Kongreßpolen überall fehlt.

einer glücklichen Zukunft entgegenzuführen, sind dahin übereingekommen, aus diesen Gebieten einen selbständigen Staat mit erblicher Monarchie und konstitutioneller Verfassung zu bilden. Die genauere Bestimmung des Königreichs Polen bleibt vorbehalten. Das neue Königreich wird im Anschluß an die beiden verbündeten Mächte die Bürgschaften finden, deren es zur freien Entfaltung seiner Kräfte bedarf. In einer eigenen Armee sollen die ruhmvollen Überlieferungen der polnischen Heere früherer Zeiten und die Erinnerung an die tapferen polnischen Kämpfer in dem großen Kriege der Gegenwart fortleben. Ihre Organisation, Ausbildung und Führung wird in gemeinsamem Einvernehmen geregelt werden.

Die Verbündeten Monarchen geben sich der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß sich die Wünsche nach staatlicher und nationaler Entwicklung des Königreichs Polen nunmehr unter gebotener Rücksichtnahme auf die allgemeinen politischen Verhältnisse Europas und auf die Wohlfahrt und Sicherheit ihrer eigenen Länder und Völker erfüllen werden.

Die großen westlichen Nachbarmächte des Königreichs Polen aber werden an ihrer Ostgrenze einen freien, glücklichen und seines nationalen Lebens frohen Staat mit Freude neu erstehen und aufblühen sehen.

Auf Allerhöchsten Befehl Seiner Majestät des Deutschen Kaisers.

Der Generalgouverneur  
v. Beselet.

Gleichzeitig erging eine Amnestie „in Anerkennung des von der Bevölkerung des Generalgouvernements Warschau gegenüber den deutschen Truppen und Behörden bewiesenen ruhigen und guten Verhaltens“. Die Amnestie sollte Personen betreffen, die von den deutschen Militärgerichten verurteilt worden waren, soweit es sich nicht um Verbrechen aus ehrloser Gesinnung handelte. Die Militärgouvernementsgerichte wurden angewiesen, entsprechende Vorschläge zu machen; freilich gab es in solchen Fällen — Amnestien wurden noch mehrfach verkündet — Militärgouverneure, die die tatsächliche Bedeutung eines solchen Schrittes nach Möglichkeit einzuschränken suchten.



## II. Von der Novemberproklamation bis zum Ende des Provisorischen Staatsraats (5. 11. 16—25. 8. 17).

### 1. Von der Novemberproklamation bis zum Zusammentritt des Provisorischen Staatsrats (5. 11. 16—14. 1. 17).

Man kann an der Novemberproklamation von verschiedenen Gesichtspunkten aus Kritik üben und hat dies getan. Die rechtsstehenden Parteien in Deutschland fanden diesen Schritt vor Kriegsende verfrüht und sahen in der Aufrichtung eines selbständigen Polenstaates eine Gefährdung des Deutschtums im Osten. Als die weitere Entwicklung in Polen immer wieder ins Stocken kam, verfehlten sie nicht, ihre von vornherein ablehnende Haltung als gerechtfertigt hinzustellen. Von demokratischer Seite war einzuwenden, daß es einem neuzeitlichen staatsrechtlichen Empfinden widerspräche, einen Staat durch den Gnadenakt zweier Monarchen, und zwar von vornherein, ohne Befragung des Volkes, mit vorgeschriebener monarchischer Staatsform ins Leben zu rufen. Endlich wurde, vor allem im feindlichen Ausland, geltend gemacht, daß die tiefere Ursache der Polenfreundlichkeit der beiden Kaiser wohl nur eine Spekulation auf das polnische Soldatenmaterial sein dürfte.

Aber alle diese Kritik tut der Tatsache keinen Abbruch, daß die Novemberproklamation in Polen und im Ausland einen tiefen Eindruck machte. Die langen und besorgten Erörterungen der Entente-pressen, die übrigens schon 1915 nach dem Fall Warschaus einen ähnlichen Schritt von deutscher Seite befürchtet hatte, die Kundgebungen wichtiger polnischer Parteien und die politischen Umgruppierungen, die in Warschau vor sich gingen, beweisen, daß dieser Schritt der Zentralmächte einen unmittelbaren Erfolg vorstellte. Freilich bedeutet dieser Erfolg der deutschen Politik zugleich auch ihren Höhepunkt. Schon unmittelbar danach geht es wieder abwärts, wenn dies auch für den Außenstehenden deutlich erkennbar erst im Frühjahr 1917 zutage treten sollte. Die Ursachen dieses Niedergangs liegen teils in Momenten, die außerhalb der Voraussicht der Zentralmächte lagen, wie der russischen Revolution und der langen Kriegsbauer, teils in den Fehlern, die auf deutscher Seite in kleinen und großen

Dingen immer und immer wieder begangen wurden. Die Frage, ob auf dem mit der Novemberproklamation eingeschlagenen Wege bei dem einmal vorhandenen deutsch-polnischen Gegensatz überhaupt auf eine befriedigende Lösung des polnischen Problems gerechnet werden konnte, wird im Schlußkapitel erörtert werden.

Jedenfalls hat die Novemberproklamation die polnische Frage aus einem russisch-deutschen Grenzproblem zur internationalen Frage gemacht, obwohl Deutschland gerade hiergegen sich bis zuletzt sträubte. Von Petersburg aus regnete es Proteste. In einem allen Mächten überreichten Protest erklärte die russische Regierung den Akt der Zentralmächte für null und nichtig und die Provinzen des polnischen Königreiches für „einen integrierenden Bestandteil des russischen Reiches“, während die Petersburger Telegraphenagentur ein offizielles Communiqué verbreitete, in dem es u. a. hieß: „Unsere Feinde verfolgen offensichtlich den Zweck, in Russisch-Polen Rekruten auszuheben, um ihre Heere zu ergänzen. Die Kaiserliche Regierung erblickt in diesem Akt Deutschlands und Osterreich-Ungarns eine neue schwere Verletzung der grundlegenden Grundsätze des Völkerrechtes, die verbieten, daß die Bevölkerung militärisch besetzter Gebiete gezwungen werde, die Waffen gegen das eigene Vaterland zu erheben<sup>1)</sup>... Rußland hat sich schon zweimal seit Kriegsausbruch über das Wesentliche der polnischen Frage ausgesprochen.“<sup>2)</sup> Sazonow hielt Konferenzen ab mit den Botschaftern Englands, Frankreichs und Italiens. In Duma und Reichsrat protestierten die durchaus nationaldemokratisch bestimmten polnischen Fraktionen. Szabelko wies dabei im Reichsrat auf den Gegensatz hin, daß die Zentralmächte in Kongresspolen das nationale Leben der Bevölkerung förderten, während in Rußland noch die alten Rechtsbeschränkungen beständen. Harusewicz sagte in der Duma u. a.: „Wir protestieren entschieden gegen diesen deutschen Akt, der die Teilung Polens bestätigt und die historische Notwendigkeit einer polnischen Einigung zu verhindern sucht. Eine solche Einigung ist unmöglich ohne Krakau, Posen, Schlesien und das polnische Meer.“ Wollte aber die russische Regierung den Akt der Zentralmächte überbieten, so mußte sie notwendig nicht nur größere territoriale, sondern auch weitergehende staatsrechtliche Zusicherungen machen. Daß eine bloße Autonomie selbst den russophilen, polnischen Kreisen in Petersburg nicht mehr genügte, beweist eine am 28. November veröffentlichte gemeinsame Erklärung der polnischen Fraktionen in Reichsrat und Duma, sowie des Peters-

<sup>1)</sup> Einen ähnlichen Protest erließ auch die Entente.

<sup>2)</sup> In Wirklichkeit sogar dreimal, aber den Worten waren nie Taten gefolgt.

burger Nationalkomitees, die die Selbständigkeit Polens verlangte und die Entente zur Lösung der polnischen Frage aufforderte. Welche Gefahr die russische Regierung in dem Akt vom 5. November erblickte, zeigen u. a. die Armeebefehle, die der Zar und mehrere russische Heerführer am 12. Dezember erließen. Diese Armeebefehle, die allen Formationen vorgelesen werden sollten, waren lange historisch-politische Polemiken gegen Deutschlands Stellung zu Polen. Daß in dem Armeebefehl des Zaren an einer Stelle von einem „freien“ Polen die Rede war, wurde von nationaldemokratischer Seite sofort agitatorisch ausgenutzt. Im weiteren Verlauf der Dinge, besonders nach der russischen Revolution vom 8. März 1917, entwickelte sich dann in Rußland immer deutlicher der Gegensatz zwischen der ententefreundlichen Nationaldemokratie, die die Entwicklung in Warschau bekämpfte und negierte und den demokratischen Unabhängigkeitselementen unter Führung Lednickis, die der Emigration das Recht absprachen, eine Politik gegen Warschau zu treiben.

Die unmittelbare und wesentliche Folge der Novemberproklamation für die innerpolitische Entwicklung in Kongresspolen war eine Stärkung und ein Zusammenschluß der aktivistischen Unabhängigkeitselemente. Am 12. November bildete sich aus neun Parteien der Nationalrat (Rada Narodowa). Unter diesen Parteien befanden sich von größeren Gruppen die Polnische Sozialistische Partei, die Volkspartei, der Nationale Arbeiterbund. Auch die Liga des polnischen Staatswesens trat ihm bei, sowie zwei Gruppen, die sich im Sommer 1916 vom Interparteilichen Klub getrennt hatten, nämlich die Nationale Partei und die Fortschrittliche Vereinigung, die sich in der Vereinigung demokratischer Parteien mit zwei kleineren aktivistischen Gruppen zusammenschloß. Außerhalb des Nationalrates blieben der Klub der Anhänger des Polnischen Staatswesens und der Nationale Bauernbund, die beide entschieden aktivistisch, aber wegen ihrer ausgesprochenen Deutschfreundlichkeit isoliert waren. Innerhalb des Nationalrates blieb das Zentralnationalkomitee als Zusammenschluß der linksstehenden Parteien bestehen. Es umfaßte damals alle Parteien des Nationalrates außer der Liga des polnischen Staatswesens und der Nationalen Partei.

Einige bemerkenswerte Kundgebungen zeigen, wie diese aktivistischen Elemente den Akt vom 5. November auffaßten. Die Liga des polnischen Staatswesens übermittelte noch am selben Tage dem deutschen Kaiser eine Depesche, die ihm die Dankbarkeit der Liga ausdrückte und das Vertrauen der verbündeten Monarchen mit gleichem Vertrauen zu erwidern erklärte. Eine von der Liga organisierte Tagung

in Petrikau am 15. November beschloß: „Den Akt vom 5. November, der den unabhängigen polnischen Staat proklamiert, betrachten wir als Grundlage für die Entwicklung einer intensiven Tätigkeit zur Schaffung der unentbehrlichen staatlichen Organe und zur Mobilisierung einer selbständigen polnischen Militärmacht, die auf die Regionen als Kadern gestützt werden würde. Wir fordern, daß möglichst schnell aus einer bei uns populären, katholischen und herrschenden Dynastie ein Regent Polens berufen werde, der den geschaffenen nationalen Behörden die Sanktion erteilen würde.“ Dieser Hinweis auf den Erzherzog Karl Stephan<sup>1)</sup> war wohl nicht mißzuverstehen.

Das Zentralnationalkomitee verbreitete noch am 5. November einen längeren Aufruf, aus dem folgende Absätze hervorzuhoben sind: „Eine große Stunde in der Geschichte unseres Volkes hat geschlagen ... Die Anerkennung der Rechte unseres Volkes auf eine selbständige Existenz durch zwei gewaltige Mächte Europas eröffnet eine Ara der Geschichte. Der polnische Staat soll wiederhergestellt und wir sollen selbständig werden ... Der konstitutionelle durch die breitesten Schichten unseres Volkes gewählte Landtag<sup>2)</sup> hat über Polens inneren Bau zu bestimmen und die Grundsteine seiner Macht zu legen. Einzig das Volk kann Polen Kraft und Bedeutung verleihen ... Ein Volk, das Freiheitsgefühl besitzt, muß eine eigene Wehrmacht ins Leben rufen und dadurch das Zeugnis ablegen, daß es einer freien Existenz würdig ist ... Wir glauben auch, daß unsere bewaffneten Reihen die siegreiche Standarte nach den Ostmarken der ehemaligen Republik bringen, daß sie Litauen mit der Krone vereinigen werden ...“

Die Passivisten schwiegen, wenigstens der Öffentlichkeit gegenüber. Ihre Ansicht, zum mindesten die der Nationaldemokraten, dürfte derjenigen ihrer Petersburger Parteigenossen ähnlich gewesen sein. Einen neuen Zuzug erhielten sie durch die Bildung einer „Vereinigung für wirtschaftliche Selbständigkeit“; sie bestand vorwiegend aus Lodzer und Warschauer Industriellen, die an der Verbindung mit dem russischen Absatzgebiet interessiert und außerdem durch die Beschlagnahme von Rohstoffen und Maschinen besonders gereizt waren. Diese Elemente hätte man bei einer anderen Wirtschaftspolitik in Polen vielleicht auf die Seite der Zentralmächte bringen können, denn die nationallistische Tendenz der übrigen Parteien des Interparteilichen Klubs lag ihnen

<sup>1)</sup> Der Erzherzog Karl Stephan, dessen Wohnsitz Saybusch (polnisch: Żywiec) in Galizien war, hatte gute Beziehungen zum Polentum. Er sprach polnisch, von seinen drei Töchtern war eine an einen Czartoryski, eine an einen Radziwiłł verheiratet.

<sup>2)</sup> Diese Übersetzung des polnischen Wortes „Sejm“ ist bei uns üblich geworden. Richtiger wäre, in Anknüpfung an die Geschichte, „Reichstag“.

zunächst fern. Führer der neuen Gruppe war der Lodzer Industrielle Grohmann, ein polonisierte Deutscher.

Die Kundgebungen der aktivistischen Parteien bewiesen, daß sie mit einem rasch fortschreitenden, vorwiegend aus eigener Kraft und nach eigenen Wünschen erfolgenden Aufbau des polnischen Staates rechneten. Der Fortgang der Dinge entsprach diesen Erwartungen nicht, und zwar nicht erst, als nach der Ablehnung des ja ohnehin aussichtslosen Friedensangebotes der Monarchen der Zentralmächte vom 12. Dezember 1916 der Krieg sich unabsehbar in die Länge zog, sondern von Anfang an. Also war man sich auf deutscher Seite entweder über die Forderungen der Aktivisten nicht klar, ehe die Novemberproklamation erging; dann wäre dieser wichtige Akt ungenügend vorbereitet gewesen. Oder man hoffte, die Polen hinhalten zu können; aber es hätte von vornherein einleuchtend sein müssen, daß man damit das an sich schwierige Problem in der gefährlichsten Weise belastete. Freilich hat es in der deutschen Polenpolitik in Warschau von der Novemberproklamation bis zum Ende der Okkupation an Klarheit, einheitlicher Leitung und Zielbewußtsein sehr gefehlt. Die vier in Frage kommenden Zentralstellen — Großes Hauptquartier, Wien, Berlin und Warschau — arbeiteten häufig ohne Fühlung miteinander oder selbst gegeneinander. Im Okkupationsgebiet hatte einen klaren, der Novemberproklamation entsprechenden Kurs nur von Mutius. Das ernste und ehrliche Bestreben des Generalgouverneurs, den Polen gegenüber eine wohlwollende, der Proklamation des kaiserlichen Kriegsherrn entsprechende Politik zu führen, trug den innerpolitischen Verhältnissen in Polen häufig nicht hinreichend Rechnung — eine Schuld derjenigen, die den Generalgouverneur informierten — und wurde vor allem immer und immer wieder durchkreuzt durch die Haltung und die Maßnahmen nachgeordneter Organe — Chef des Stabes, Militärgouverneure und viele kleinere Militär- und Zivilbeamte —, die die Geste des Eroberers nicht ablegen konnten oder wollten. Man könnte einwenden, daß das deutsche Regime in Polen vielleicht in Form und Methoden verfehlt war, daß aber wirtschaftliche und militärische Notwendigkeiten dazu nötigten, das Land fest in der Hand zu behalten; daß ferner die Polen kein geschultes Beamtenmaterial besaßen und in manchen Fällen die an Stelle deutscher Behörden getretenen polnischen Beamten dem altpreussischen Beamtenideal nicht entsprachen. Dem ist aber entgegenzuhalten, daß man das Land in hinreichendem Maße militärisch und wirtschaftlich sichern konnte, auch wenn man den Polen in innerpolitischen Dingen größere Konzessionen machte; daß es für uns viel vorteilhafter war, wenn Polen eine weniger vollkommene

Verwaltung hatte, die es befriedigte, als eine deutsche, die es mehr und mehr haßte; und vor allem, wenn man einmal in Polen weitgesteckte politische Ziele verfolgte, daß dann diese Ziele nicht allen anderen, bald verwaltungstechnischen, bald wirtschaftlichen, bald militärischen untergeordnet werden durften.

Der einige Wochen vor der Novemberproklamation von der Obersten Heeresleitung im Okkupationsgebiet angeordnete Arbeitszwang und der Werbeauftrag der beiden Generalgouverneure vom 9. November sind Maßnahmen, die typisch zeigen, wie sehr die deutsche Politik in Polen der Einheitlichkeit und Geschicklichkeit entbehrte. Die zwangsweise Einreihung Arbeitsloser in Arbeiterbataillone, eine Erfindung von Oberost, hatte eine gewisse Berechtigung in der Demoralisation arbeitsscheuer Elemente, lieferte aber ein sehr geringes praktisches Ergebnis, obwohl sie in manchen Provinzstädten in aufreizender Weise durchgeführt wurde. In Warschau war sie bereits angeordnet, unterblieb aber infolge entrüsteter Proteste aus polnischen Kreisen, wie ja in vielen Fällen Warschau besser behandelt wurde als die Provinz<sup>1)</sup>. Ein größerer Fehler und vor allem ein verhängnisvoller Fehlschlag war aber der „Aufruf zur Bildung eines polnischen Freiwilligenheeres“ vom 9. November. In dem Aufruf hieß es u. a.: „Der Ernst und die Gefahren dieser schweren Kriegszeit und die Fürsorge für unsere vor dem Feinde stehenden Heere zwingen uns, einstweilen die Verwaltung eures neuen Staates noch selbst in der Hand zu behalten. Gern aber wollen wir euch mit eurer eigenen Hilfe schon jetzt allmählich die staatlichen Einrichtungen geben, die seine feste Begründung, seinen Ausbau und seine Sicherheit verbürgen sollen. Dabei steht allem voraus ein polnisches Heer. Noch ist der Kampf mit Rußland nicht beendet; es ist euer Wunsch, daran teilzunehmen. So tretet denn freiwillig an unsere Seite, um unseren Sieg über euren Unterdrücker vollenden zu helfen.“ Der Erfolg dieses Aufrufes war kläglich. Während von aktivistischer Seite die Aufstellung einiger Divisionen in Aussicht gestellt worden war und die Oberste Heeresleitung wohl überhaupt nur im Hinblick hierauf

<sup>1)</sup> Schon der Unterschied zwischen Warschau und Lodz war auffallend. Warschau verlor nie seinen polnischen Charakter noch ein gewisses nationales Selbstbewußtsein. In Lodz, wo die Polizisten jeden Offizier und Beamten grüßten und die Dienst-männer ihre Kommissionen in militärischer Haltung entgegennahmen, fühlte man sich in eine ganz andere politische Atmosphäre versetzt. Zum Teil lag dies allerdings daran, daß Lodz eher okkupiert worden war und seine Verwaltung von Anfang an nach militärischem System eingerichtet wurde. Lodz hatte z. B. bis zur Auflösung der Okkupation dem deutschen Polizeipräsidenten unterstehende Polizei, während man in Warschau die Bildung einer einheimischen Miliz zuließ.

der Begründung eines Polenstaates zugestimmt hatte, während die Ententepresse bis zu 1 200 000 Soldaten berechnet hatte, die Polen stellen könne, meldeten sich nur einige Hundert, und darunter noch viel minderwertiges Material. Und doch hätte jeder auch nur einigermaßen über die Stimmung der polnischen Parteien Unterrichtete vorherzusagen können, was Flugblätter und über Nacht an den Straßenecken angeschlagene Aufrufe verkündeten, von denen insbesondere ein Aufruf des Zentralnationalkomitees vom 10. November hervorzuheben ist. Das Zentralnationalkomitee bezeichnete darin die Schaffung einer nationalen Armee als eine Notwendigkeit, stellte aber kategorisch fest, daß „die Armee, den reinsten Ausdruck des Willens und der Begeisterung des Volkes, die polnische Regierung berufen müsse, die einzig berechtigt sei, mit dem polnischen Blut zu schalten.“ Dann wurde auf die Legionen als bereits bestehende Kadets verwiesen und erklärt: „In Josef Pilsudski haben wir den Führer, in dessen Hände das polnische Volk mit vollem Vertrauen sein Schwert legen kann.“ Am 26. November erklärte auch der Nationalrat offiziell, daß nur polnische Behörden ein polnisches Heer bilden könnten.

Auch die Verhandlungen über die Bildung der ersten staatlichen Organe Polens schritten nur mühsam vorwärts. Eine erste Verfügung des Generalgouverneurs v. Beseler vom 12. November über die Bildung eines Staatsrats und eines Landtags trat überhaupt nicht in Kraft. Sie beschränkte den Staatsrat auf die Begutachtung ihm vom Generalgouverneur überwiesener Gesetzesentwürfe und die Stellung eigener Anträge. Die in der Regel monatlichen Sitzungen sollte der Verwaltungschef einberufen, die Geschäftsordnung vom Generalgouverneur festgesetzt werden. Selbst die aktivistischen Parteien lehnten diesen Entwurf entschieden ab. Auch eine zweite Verordnung über „die Bildung des Provisorischen Staatsrats in Polen“ vom 26. November stieß noch auf starken Widerspruch von polnischer Seite und wurde erst am 6. Dezember veröffentlicht. Die Landtagsfrage wurde vorläufig zurückgestellt. Nach dieser zweiten Verordnung sollte der Staatsrat aus 25 Mitgliedern bestehen, die von den beiden Generalgouverneuren ernannt werden sollen, und zwar 15 aus dem deutschen, 10 aus dem österreichischen Okkupationsgebiet. Seinen Vorsitzenden mit dem Titel Kronmarschall sollte der Staatsrat selbst wählen, ebenso seine Geschäftsordnung selbst beschließen. Seine Kompetenzen waren gegenüber dem ersten Entwurf wesentlich erweitert, blieben aber nach wie vor nur beratender Art. Nach dem diese Frage betreffenden § 7 sollte er berufen sein, „an der Schaffung weiterer staatlicher Einrichtungen im Königreich Polen mitzuwirken“, insbesondere sollte er „die Einrichtung

einer polnischen Staatsverwaltung vorbereiten“, „an der Bildung der polnischen Armee mit dem hiermit betrauten höchsten militärischen Befehlshaber der verbündeten Mächte mitwirken“, und „Beschlüsse über die Behebung der Kriegsschäden und über die wirtschaftliche Belebung des Landes fassen und die hierzu erforderlichen Mittel aus den von den beiderseitigen Verwaltungen zur Verfügung gestellten Krediten anweisen oder durch Zuschlag zu den direkten Steuern oder durch Aufnahme von Anleihen aufbringen.“ Derartige Beschlüsse sollten, „wenn sie die Zustimmung derjenigen Verwaltung finden, auf deren Gebiet sie sich erstrecken, von dieser Verwaltung durch Verordnung in Vollzug gesetzt“ werden. Die beiden Generalgouverneure entsandten je einen Regierungskommissar in den Staatsrat, die gemeinsam zur konstituierenden Sitzung einzuladen hatten und die jederzeit gehört werden mußten. Von deutscher Seite wurde in dieses Amt Graf Lerchenfeld, von österreichischer Freiherr von Konopka berufen. Graf Lerchenfeld, der bis zum Ende der Okkupation in der politischen Abteilung der Zivilverwaltung tätig war<sup>1)</sup>, war bemüht, die Mutiusche Politik auch nach dessen Rücktritt im Herbst 1917 weiterzuführen. Das vorwärts drängende Temperament, das jenem eigen war, besaß er freilich nicht. Doch hielt er gute Fühlung mit polnischen Kreisen und war einer von den nicht allzu vielen Okkupationsvertretern, die sich auch polnische Sprachkenntnisse aneigneten. Nach der Erledigung der Frage der Staatsratsfassung kam die nicht minder schwierige Frage seiner Zusammensetzung an die Reihe. In die Verhandlungen hierüber griff der Generalgouverneur persönlich ein, indem er am 15. Dezember eine Reihe von führenden polnischen Politikern zu sich berief und in einer Ansprache vor ihnen darlegte, daß Polen in langsamer und systematischer Arbeit Hand in Hand mit den Zentralmächten seine staatlichen Einrichtungen aufbauen müsse, an erster Stelle aber das Heer. Unmöglich sei in Kriegszeiten die Einberufung eines Parlamentes, auf die u. a. der Interparteiliche Klub hinarbeitete, während er die Heeresfrage vertagt wissen wollte. Danach war eine Teilnahme des Interparteilichen Klubs am Provisorischen Staatsrat kaum mehr möglich und der Klub zog sich von den Verhandlungen hierüber bald zurück. Zum Abschluß kamen diese Verhandlungen erst nach mehr als drei Wochen. Wie schwer die deutsche und die polnische Auffassung von dem Akt des 5. November sich vereinbaren ließen, geht noch aus einem Erlaß des Generalgouverneurs vom 30. Dezember hervor, in dem die „irrigte Ansicht“ bekämpft wurde, die besonders unter

<sup>1)</sup> Graf Lerchenfeld war Kommissar des Reiches bei den obersten polnischen Behörden; Vertreter des Auswärtigen Amtes war Prinz Dettingen-Wallerstein.



der Landbevölkerung herrsche, „als habe die deutsche Verwaltung nun nichts mehr zu befehlen, als sei Polen ein völlig unabhängiges Land, das gänzlich von den Lasten des Krieges ... befreit sein müsse.“ „Fügt euch willig“, so ermahnt der Erlaß, „den Anordnungen der deutschen Behörden, die nur die augenblicklichen Platzhalter der polnischen Behörden sind“; „Säumige und Widerwillige“ wurden unter Hinweis auf die Kriegsgesetze gewarnt.

So war der politische Himmel in Warschau schon in den ersten Monaten nach der Novemberproklamation recht bewölkt. Einen lichten Punkt dagegen bildet der feierliche Einzug der Legionen in Warschau am 1. Dezember. Die Bevölkerung empfing sie enthusiastisch, der Gouverneur und der Generalgouverneur begrüßten sie mit Ansprachen, und am Abend fand ein Bankett statt, auf dem Beseler eine Rede hielt, die bemerkenswert war durch den warmen, herzlichen Ton, auf den sie gestimmt war. „Bringen Sie uns Vertrauen entgegen!“ rief Beseler den polnischen Vertretern zu, und die so oft und nachdrücklich von deutscher Seite betonte Notwendigkeit des Anschlusses Polens an die Zentralmächte faßte er in die Worte: „Die verbündeten Mächte streben darnach hin, dieses so unendlich entwicklungsfähige Land, das so viele Keime einer großen und bedeutenden Zukunft in sich trägt, geistig und politisch zu fesseln, nicht mit Sklavenketten, sondern mit dem Band einer wirklichen, aufrichtigen und treuen Freundschaft.“ Ein schöner Idealismus, für den freilich auf beiden Seiten die sachlichen Voraussetzungen fehlten. Mitte Dezember traf auch Piłsudski in Warschau ein. Bei der Paroleausgabe am Neujahrstag 1917, an der auch polnische Truppen teilnahmen, schloß der Generalgouverneur die Ansprache, die er auf dem Sachsenplatz hielt, mit den Worten: „Es lebe unser Verbündeter, das Königreich Polen!“ Als dann am 11. Januar die Liste der Mitglieder des Provisorischen Staatsrats offiziell bekannt gegeben werden konnte, war immerhin eine Basis hergestellt, von der aus der Aufbau des polnischen Staates versucht werden konnte.

Die 25 Mitglieder des Staatsrates entstammten ausschließlich den aktivistischen Parteien. Am stärksten war mit 5 Anhängern, darunter Lempiecki, die Liga des polnischen Staatswesens vertreten. Von bekannteren Politikern sind ferner zu nennen: Kunowski (Polnische Sozialistische Partei), Graf Kostworowski (Nationale Partei), Grendyszyński (Vereinigung demokratischer Parteien) und Piłsudski. Die beiden nicht dem Nationalrat angehörenden aktivistischen Gruppen hatten ebenfalls je einen Vertreter bekommen, so daß auch Studnicki dem Staatsrat angehörte. Die Zuziehung Studnickis entsprach dem unmittelbaren Wunsche des Generalgouverneurs; eine Erleichterung der

Verständigung mit dem Staatsrat bedeutete sie freilich bei der allgemeinen Abneigung gegen die Studnickigruppe nicht. Mindestens 6 der Staatsratsmitglieder lassen sich nur als parteilose Aktivisten klassifizieren.

Am 14. Januar 1917. eröffnete Besefer den Provisorischen Staatsrat. In seiner Ansprache ließ er die Mahnung durchklingen, „die schwierigen Verhältnisse des noch fortdauernden ernststen Kriegszustandes“ zu berücksichtigen, während der Lubliner Generalgouverneur v. Ruß besonders darauf hinwies, daß ein Staat „kein bloßes Geschenk des Schicksals“ sein dürfe, sondern das Volk selbst „sich den Staat erringen“ und bereit sein müsse, „für ihn zu kämpfen und zu bluten“. Ihnen erwiderte der spätere Kronmarschall (Vorsitzende) des Staatsrates Niemojowski, der seine Wahl wohl gerade dem Umstand verdankte, daß er keine ausgeprägte politische Persönlichkeit war<sup>1)</sup>. Er schloß seine Erwiderung folgendermaßen: „Die Bildung einer den eigenen Fahnen folgenden, nationalen, zum Kampfe im Dienste des Vaterlandes bereiten Armee wird neben der Arbeit zur Organisierung des polnischen Staates unsere große Aufgabe sein. Wir sind uns unserer historischen Mission bewußt, die die Ausdehnung unserer Grenzen auf die von russischer Herrschaft befreiten, zu Polen gravitierenden Gebiete verlangt. Dankbar für die edle Ankündigung der Monarchen, im festen Glauben an deren volle und glückliche Erfüllung, werden wir an unser Werk mit der tiefsten Überzeugung schreiten, daß eine auf gegenseitigem Vertrauen herrschende Arbeit dauernde Ergebnisse zeitigen wird.“ Hervorzuheben ist aus diesen vorsichtig abgewogenen Forderungen die „eigenen Fahnen folgende“ Armee. Hier steckte bereits der Keim eines langwierigen Konflikts mit den Okkupationsmächten.

## 2. Vom Zusammentritt des Provisorischen Staatsrats bis zur Tagung des Nationalrats (14. 1. 17—2/3. 5. 17).

Der Zusammentritt des Provisorischen Staatsrats wirkte auf die Parteikonstellation in Polen unverkennbar in einem dem Aktivismus günstigen Sinne ein. Derartige Folgeerscheinungen, die sich stets zeigten, wenn etwas Positives für den Aufbau des polnischen Staates geschah, durften und dürfen natürlich nicht überschätzt werden. Denn abgesehen davon, daß Rückschläge nie ausblieben, war immer wieder zweierlei zu bedenken: Erstens, daß einem Aufbau Polens

<sup>1)</sup> Direkte Vorfahren Niemojowskis spielten in der polnischen Unabhängigkeitsbewegung in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts eine hervorragende Rolle; auch dies mag mit zu seiner Wahl beigetragen haben.

unter Führung der Zentralmächte immer nur von einem Teil des polnischen Volkes zugestimmt wurde, der Anfang 1917 allerdings recht beträchtlich war, später aber immer mehr zusammenschmolz; dann aber vor allem, daß die Harmonie in den politischen Zielen zwischen Okkupationsmächten und polnischen Kreisen aus inneren Gründen immer nur eine vorübergehende sein konnte, denn über Tempo und Maß bei der Zuteilung weiterer staatlicher Attribute an das neue Königreich bestanden auf beiden Seiten sehr verschiedene Vorstellungen. Immerhin war damals, Mitte Januar 1917, der Eindruck der Einsetzung einer obersten nationalpolnischen Behörde so stark, daß selbst der Interparteiliche Klub es nicht wagte, von vornherein unbedingt negierend aufzutreten. Trotz mancher ungünstig wirkenden Momente, wie des scharfen Zusammenstoßes zwischen Korsanty und dem Minister von Loebell im preussischen Landtag am 19. Januar und der Botschaft Wilsons an den Senat vom 23. Januar<sup>1)</sup> behauptete sich der Staatsrat in seiner relativ günstigen Position fast zwei Monate. Dann begann unter dem Eindruck der russischen Revolution und der nicht vom Fleck kommenden Verhandlungen mit den Okkupationsmächten, bei denen die Heeresfrage die erste Rolle spielte, der Boden unter ihm allmählich abzubröckeln.

Am Tage nach seinem Zusammentritt wandte sich der Provisorische Staatsrat mit einem längeren Aufruf an die Polen. Weitgesteckte Ziele waren es, die er sich in diesem Aufruf setzte: Ausdehnung des durch den „denkwürdigen Akt vom 5. November“ verkündeten „unabhängigen Staatswesens“ auf „alle Rußland entrissenen, zu Polen gravitierenden Gebiete“; baldige Vorbereitung eines gesetzgebenden Landtags; Bildung einer zahlreichen, schlagfertigen Armee, und zwar durch Werbung unter Verwendung der Legionen als Kadets; Organisierung des polnischen Finanzwesens und aller Zweige der Landesverwaltung; Übernahme einzelner Zweige des öffentlichen Dienstes; wirtschaftliche Wiederbelebung des Landes. Am Schluß fordert der Staatsrat die Nation zur Mitarbeit auf, indem er feststellt, daß er „keine beliebige, der oder jener Lösung dienende politische Organisation“ sei, sondern „die oberste polnische Staatsbehörde“. Von einer Anlehnung an die Zentralmächte stand nichts in dem Aufruf.

Die Anteilnahme der Öffentlichkeit zeigte sich in zahlreichen Kundgebungen. An erster Stelle erließ der Nationalrat, aus dem ja der

<sup>1)</sup> In dieser Botschaft erklärte Wilson es für allgemeine Ansicht der Staatsmänner, „daß es ein vereinigt, unabhängiges und selbständiges Polen geben solle“. In Warschau fanden daraufhin freundliche Demonstrationen von Studenten vor dem amerikanischen Konsulat statt.

Staatsrat hervorgegangen war, noch am 14. Januar einen Aufruf, in dem er dem Staatsrat seine Mitarbeit zusicherte. Er bezeichnete in diesem Aufruf als „dringendste nationale Aufgaben“ die „Übernahme aller Gebiete der öffentlichen Verwaltung durch die polnische Staatsgewalt“ und „die Organisierung einer starken polnischen Armee“. Ferner richteten eine ganze Reihe von politischen, sozialen und öffentlichen Organisationen Adressen an den Staatsrat, in denen sie ihre Zustimmung und die politische Unterordnung dem Staatsrat gegenüber zum Ausdruck brachten. An erster Stelle ist hier zu nennen das Zentralnationalkomitee, das gelobte, bis zur Bildung eines Landtags die Arbeit des Staatsrates, „die die Verwirklichung des unabhängigen polnischen Staates anstrebt“, zu unterstützen. Im gleichen Sinne äußerten sich eine Reihe einzelner Parteien, in der Regel unter Betonung der Notwendigkeit der Armeebildung. Der Hauptfürsorgerat und der Zentrale Landwirtschaftsverein, beides große Organisationen, deren Mitglieder zum großen Teil dem Interparteilichen Klub nahestanden, beschloßen, sich in allen Fragen an den Staatsrat zu wenden; der polnische Schulverein dagegen lehnte Mitte Februar eine Adresse an den Staatsrat ab. Viele der Anfang 1917 zum erstenmal gewählten Stadträte<sup>1)</sup> nahmen bei ihrem Zusammentritt dem Staatsrat huldigende Resolutionen an; bei manchen, wie in Kalisch und Lschinstochau, fanden derartige Anträge keine Mehrheit. In vielen Städten fanden ferner öffentliche Manifestationen für den Staatsrat statt; in Warschau veranstaltete das Zentralnationalkomitee am 21. Januar eine solche eindrucksvolle Demonstration.

Besondere Hervorhebung verdient aber die Huldigungsadresse der sogenannten Polnischen Heeresorganisation (Poliska Organizacja Wojskowa). Die Polnische Heeresorganisation war die Fortsetzung schon vor dem Krieg in Kongresspolen bestehender geheimer Verbände, die parteipolitisch mit der Polnischen Sozialistischen Partei zusammenhängen und ähnlich den galizischen Schützenformationen organisiert waren. Nach dem Abzug der Russen wurde ein Teil der Heeresorganisation „mobilisiert“ und trat in die Legionen ein. Ein Teil blieb jedoch zurück, um im Lande den Unabhängigkeitsgedanken zu vertreten und nötigenfalls als festgegliederte militärische Macht für diesen Gedanken eintreten zu können. Oktober 1916 wurde auch die Einrichtung eines „Polnischen Heereschages“, der bereits 1912 bestand, wieder erneuert.

<sup>1)</sup> Die polnischen Stadtratswahlen sind ferner besonders interessant wegen des Hineinspiels der Judenfrage, da die Juden in vielen mittleren polnischen Städten die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen. Selbst in Lodz erlangten die Polen keine Mehrheit, da 23 Polen, 29 Juden und 8 Deutsche gewählt wurden.

Die numerische Stärke der Organisation scheint sich immerhin auf Zehntausende belaufen zu haben. Durch persönliche und parteipolitische Beziehungen stand sie in engster Verbindung mit Piłsudski. Diese Organisation, die also eine Vertreterin des radikalen Unabhängigkeitsgedankens war, erklärte es in einer Adresse an den Staatsrat vom 16. Januar für ihre „ehrenvolle Pflicht, dem Provisorischen Polnischen Staatsrat ihre Kräfte und ihr Blut zur Verfügung zu stellen“.

Der Interparteiliche Klub mußte den Staatsrat als eine auf der Verständigung mit den Zentralmächten aufgebaute Behörde politisch ablehnen. Auf der anderen Seite war der Staatsrat der Träger der Entwicklung der polnischen Staatlichkeit und konnte als solcher bei der Schaffung der staatsrechtlichen Grundlagen und des Beamtenapparates eine starke und richtunggebende Stellung gewinnen. Dieser innerpolitischen Entwicklung gegenüber sich absolut passiv zu verhalten, war daher riskant und konnte zu einer Ausschaltung bei der Gesetzgebung und Amterbesetzung führen, die dem Interparteilichen Klub schon in sozialer Hinsicht sehr fatal gewesen wäre. Er schlug daher die in späteren ähnlichen Fällen wiederholte Taktik ein, sich zwar seinen prinzipiellen Standpunkt vorzubehalten und eine ihm unerwünschte äußere politische Entwicklung nach Möglichkeit zu hemmen, sich aber durch Beteiligung an der praktischen Arbeit im Innern den gewünschten Einfluß auf diesem Gebiet zu sichern. Von diesem Gesichtspunkt aus wird ein Communiqué des Interparteilichen Klubs verständlich, das wohl dem Staatsrat den Charakter einer nationalen Regierung abspricht, aber unter Hinweis auf die praktischen Aufgaben des Staatsrats bei der „staatlichen Organisation Polens“ erklärt, ihn erst „nach seinen Taten“ bewerten zu wollen. Einige Mitglieder des Interparteilichen Klubs arbeiteten sogar in den Departements mit, die der Provisorische Staatsrat einige Wochen nach seinem Zusammentritt einrichtete, so z. B. Prälat Chelmiccki, der spätere Generalsekretär des Regenschaftsrates, der Stadtpräsident Fürst Lubomirski, später Mitglied des Regenschaftsrates und der Führer der Gruppe für wirtschaftliche Unabhängigkeit Grobmann. Lubomirski übernahm den Vorsitz der Departements für Landtag und Verfassung. Von der Nationaldemokratie, die in ihrer ablehnenden Haltung gegen alles, was mit den Okkupationsmächten zusammenhing, stets am konsequentesten war, beteiligte sich auch in dieser Form niemand an den Arbeiten des Staatsrats.

Der Zusammentritt des Staatsrats wirkte aber nicht nur auf die ihm fernstehenden passivistischen Kreise, sondern auch auf die aktivistischen Parteien, aus denen er hervorgegangen war. Die Tatsache, daß der Beginn positiver Arbeit gekommen schien, stärkte die gemäßigten

Elemente und tat damit der Organisation der Radikalen, dem Zentralnationalkomitee, Abbruch. Ende Januar trat der „Bund der Unabhängigkeit“ aus dem Zentralnationalkomitee aus und bildete mit der „Bürgerlichen Vereinigung“ und einigen Mitgliedern des Klubs der Anhänger des polnischen Staatswesens die „Partei der polnischen Demokratie“. Die neue Partei, die vorwiegend städtischen Charakter trug, nahm in ihr Programm die „Unabhängigkeit des Königreichs Polen mit berechtigter Hoffnung auf Erweiterung der Grenzen“, aber auch die „gleichmäßige Anlehnung an Deutschland und Osterreich-Ungarn“ auf. Am 17. Februar verließ auch der Nationale Arbeiterbund das Zentralnationalkomitee, gleichzeitig aber auch die Polnische Sozialistische Partei, so daß das nominell noch aus zwei Parteien<sup>1)</sup> bestehende Komitee tatsächlich zerfallen war. Der Zug nach rechts, den diese ganze Entwicklung bedeutete, veranlaßte die Polnische Sozialistische Partei Ende Februar auch aus dem Nationalrat auszutreten. Ihr offizielles Organ, die „Jedność Robotnicza“ motivierte diesen Schritt mit den Worten: „Wir befinden uns am Vortag des Kampfes um die Demokratie in Polen, und in diesen Dingen ist es unmöglich, von einem Einvernehmen zwischen dem sozialistischen Lager und irgendwelchen sozial gemäßigten Gruppen zu reden.“ Die Partei erklärte aber gleichzeitig ausdrücklich, am Aktivismus festhalten zu wollen. Außerhalb des Zentralnationalkomitees entstand aus dem schwachen deutschfreundlichen Nationalen Bauernbund durch Verschmelzung mit kleinen Bauerngruppen die „Volksvereinigung“, die in Gegensatz trat zu der radikalen „Volkspartei“.

An der Kaisergeburtstagsfeier im Schloß nahmen auch die Mitglieder des Staatsrats teil. Außerdem fand bei dieser Gelegenheit ein Telegrammwechsel zwischen dem Staatsrat und dem Kaiser statt. In den preußischen Kammern und im Reichstag kam die Frage der deutsch-polnischen Beziehungen wiederholt zur Sprache. Teilweise geschah dies freilich in der Form scharfer Angriffe Posener nationaldemokratischer Abgeordneter wegen der Lage in Kongresspolen oder der preußisch-polnischen Frage; so sprach z. B. Trampczyński am 15. Februar im preußischen Abgeordnetenhaus über die Behandlung der polnischen Arbeiter in Deutschland, während Seyda am 2. März im Reichstag die Beseitigung der polnischen Ausnahmegesetze forderte. In dieser Erörterung der Ostmarkenfragen zeigte sich der innere Widerspruch, an dem die deutsche Polenpolitik krankte. Freilich schlug in derselben

<sup>1)</sup> Polnische Volkspartei und Partei der nationalen Unabhängigkeit, eine nach der Novemberproklamation entstandene Gruppe der radikalen Intelligenz, die bis dahin der Polnischen Sozialistischen Partei angehört hatte.

Reichstagesitzung Fürst Ferdinand Radziwiłł versöhnliche Töne an. Wenige Tage nach dieser Sitzung trafen die Staatsratsmitglieder Mikulowski-Pomorski und Graf Rostworowski in Berlin ein, konferierten mit den polnischen Landtagsabgeordneten und wurden vom Reichskanzler empfangen. Auch hier zeigten sich also Bestrebungen, Hindernisse für den Aufbau des polnischen Staatsrats aus dem Wege zu räumen.

Aus der organisatorischen Tätigkeit des Staatsrats ist hervorzuheben die Einrichtung der Departements, Kommissionen und Kommissariate. Die Departements<sup>1)</sup>, die etwa den Ressorts von Ministerien entsprachen, hatten die Vorarbeiten für die Organisation der einzelnen Zweige der Staatsverwaltung zu leisten. An der Spitze der Departements und Kommissionen standen Staatsratsmitglieder, mit Ausnahme der Landtags- und Verfassungskommission, zu deren Direktor Fürst Lubomirski gewählt wurde. Die Landeskommissare waren Vertreter des Staatsrats in der Provinz; sie sollten die nötige Fühlung des Staatsrats mit der Bevölkerung herstellen. Doch stieß diese Organisation auf Widerspruch bei den Okkupationsbehörden. Durch beide Institutionen wurden eine ganze Reihe von nicht dem Staatsrat angehörenden Personen zur Mitarbeit herangezogen.

Den Höhepunkt der Geschichte des Provisorischen Staatsrates bildet die vom Departement des Innern am 16. und 17. März in Warschau abgehaltene, von etwa 1000 Delegierten besuchte Landestagung. Auf dieser Tagung berichteten einige Staatsratsmitglieder über die Tätigkeit des Staatsrates, während aus der Mitte der Delegierten Forderungen und Resolutionen eingebracht wurden. Graf Rostworowski, der Direktor des politischen Departements, hob hervor, daß der Staatsrat sich nicht als einzige Vertretung der offiziellen polnischen Politik ansehen, sich aber bemühen werde, zur Regierung zu werden oder eine Regierung aus sich hervorzubringen. In Resolutionen wurde die Übergabe der Legionen an den Staatsrat, die Armeebildung durch Rekrutierung (was Lempicki noch besonders im Schlußwort betonte), die Übernahme der Verwaltung des Staatsvermögens durch den Staatsrat, die Aufhebung der Okkupationsgrenze, die Wiederbelebung der Industrie verlangt. Pilsudski, der auch selbst über die nationale Armee sprach, wurde mehrfach durch Ovationen begrüßt.

<sup>1)</sup> Die gebildeten Departements (Kommissionen) und ihre Direktoren waren folgende: Kultus und Unterricht Mikulowski-Pomorski; Inneres Lempicki; Finanzen Ratanon; Heerwesen Pilsudski; Landtag und Verfassung Fürst Lubomirski; Arbeit Kunowski, nach dessen Rücktritt Kaczorowski; Politisches Departement (das das Ministerium des Äußeren ersetzen sollte) Graf Rostworowski; Justiz Bulowiecki; Volkswirtschaft Janicki.

Schon hatten sich jedoch die inneren und äußeren politischen Bedingungen der Existenz des Staatsrats erheblich geändert. Am 8. März war in Petersburg die erste russische Revolution ausgebrochen, die den alten Bau des Zarenreiches wie ein Kartenhaus wegfegte. Damit war für Polen zwar noch nicht jede Bedrohung durch den großrussischen Imperialismus beseitigt, da ja die Kadetten mit Miljukow als Minister des Äußeren an der Spitze im ersten Kabinett des Fürsten Krow eine sehr starke Stellung innehatten. Immerhin schien aber eine Russifizierungspolitik alten Stils nunmehr ausgeschlossen. Vor allem aber wirkte der Sieg der Liberalen und Sozialisten in Rußland außerordentlich anfeuernd und ermutigend auf die verwandten Parteien in Polen. Dazu kam, daß die Verhandlungen mit den Okkupationsbehörden durchaus nicht in der von dem Staatsrat erwarteten Weise fortschritten. Endlich verschärften sich die wirtschaftlichen und sozialen Spannungen im Okkupationsgebiet. Die Ernährungsverhältnisse wurden noch schlechter, in Warschau und Lodz brachen Streiks<sup>1)</sup> aus. Alle diese Umstände bewirkten, daß die ursprüngliche Stärkung der gemäßigten Elemente im Staatsrat einer rückläufigen, sich fortgesetzt steigernenden Bewegung Platz machte. Die radikalere Elemente traten energischer auf und übten einen entsprechenden Druck auf die Haltung des Staatsrats aus, dessen Beziehungen zu den Okkupationsmächten dadurch immer gespannter wurden. Schließlich kam es zum Bruch zwischen den radikalen und den gemäßigteren aktivistischen Parteien und diese Spaltung des aktivistischen Lagers hatte zur Folge, daß die Basis des Staatsrats und damit der Politik der Zentralmächte in Polen erheblich schmaler wurde.

Bereits in der zweiten Märzhälfte hatten die polnischen demokratischen und die nationaldemokratischen Organisationen in Petersburg in Aufrufen ihre programmatischen Forderungen aufgestellt. Die Demokraten legten dabei den Nachdruck auf die volle staatliche Unabhängigkeit Polens, dessen Regierungsform der aus demokratischen Wahlen hervorgehende konstituierende Landtag zu bestimmen habe. Die Nationaldemokraten nebst der Partei für Realpolitik hoben dagegen die Notwendigkeit des Sieges der Entente über den „aggressiven deutschen Imperialismus“ hervor, suchten ihre bisherige russophile Politik zu bemänteln und sprachen von den Formen, in denen durch den freien Entschluß des polnischen und russischen Volkes die Übereinstimmung ihrer internationalen Interessen zum Ausdruck gebracht werden müsse. Ende März traten dann der Arbeiter- und Soldatenrat und die Provisorische

<sup>1)</sup> Da die einheimische Industrie immer mehr zum Stillstand kam, handelte es sich vorwiegend um kommunale oder von den Okkupationsbehörden unterhaltene Betriebe.



Regierung in Petersburg, die ja damals nebeneinander regierten, mit Kundgebungen hervor. Während der erstere Polen das Recht auf völlige staatliche und internationale Unabhängigkeit zuerkannte, erklärte die letztere die Schaffung eines unabhängigen polnischen Staates aus allen Gebieten mit überwiegend polnischer Bevölkerung wohl für das Unterpfand eines dauerhaften Friedens, setzte aber hinzu: „Mit Rußland durch eine freie Militärunion verbunden, wird der polnische Staat einen festen Wall bilden wider den Druck der Zentralmächte gegen das Slaventum.“ Die nationaldemokratischen Kreise bemühten sich in der Folge, ihrem Standpunkt durch die Bildung polnischer Korps auf russischer Seite praktische Bedeutung zu verleihen. Tatsächlich kam es auch zur Bildung einiger Korps, die dann noch 1918 auch in den deutsch-polnischen Beziehungen eine Rolle spielen sollten, vor allem das 1. polnische Korps unter dem General Dowbor-Muśnicki. Je mehr sich aber die russische Regierung nach links entwickelte, desto stärker wurde der Einfluß der demokratischen polnischen Elemente unter dem Kerenskij nahestehenden Lednicki, die im Gegensatz zur Nationaldemokratie den Nachdruck auf die volle staatliche Unabhängigkeit legten. Lednicki wurde auch mit der Leitung der Ende April in Petersburg ins Leben tretenden polnischen Liquidationskommission betraut. Nach der böhmisch-wirtschaftlichen Novemberrevolution ging dann die offizielle Führerstellung des Polentums in Rußland an die entsprechenden polnischen Kreise über; die Liquidationskommission wurde durch ein polnisches Kommissariat unter Leszczyński ersetzt.

Die provisorische russische Regierung versprach durch ihre vom 30. März datierte Kundgebung weit mehr, als der Akt vom 5. November bot, wenn auch der Kriegskarte zufolge ihre Versprechungen eben nur Versprechungen sein konnten. Trotzdem war die Ablehnung dieser Kundgebung für den Warschauer Staatsrat nicht leicht. Sie erfolgte schließlich durch eine Erklärung vom 6. April, die aber, man kann sagen, unvermeidlicherweise, indirekt nicht minder deutlich gegen eine Bevormundung Polens durch die Zentralmächte gerichtet war. Dies geht schon aus folgenden Sätzen der Erklärung deutlich hervor: „Die neue russische Regierung bietet den Polen Länder an, die ihrer Herrschaft nicht unterstehen, überträgt die Festlegung der Grenzen des polnischen Staates der russischen Konstituante und sieht überdies von vornherein eine militärische Union der beiden Mächte vor. Jede uns aufgezwungene Verbindung beschränkt das Wesen der Unabhängigkeit und widerspricht der Ehre einer freien Nation. Wir müssen uns überhaupt gegen jegliche Bedingung verwahren, die unseren freien nationalen Willen fesselt.“ Immerhin wurde in der Erklärung der Akt vom

5. November wiederholt als Basis der Wiederherstellung Polens hervorgehoben. Entschiedener war der Protest, den ebenfalls Anfang April die Auslandsvertretung der Polnischen Sozialistischen Partei in der Schweiz gegen eine Militärunion mit Rußland erließ, wobei sie prinzipiell die Unterstützung eines imperialistischen Eroberungskrieges zugunsten der Entente ablehnte. Sehr geschickt ließ eine Rundgebung des Interparteilichen Klubs die Forderung nach einer Vereinigung der polnischen Gebiete und die Ablehnung der „halben“ Maßnahmen der Zentralmächte durchblicken.

Bezeichnend ist dagegen, in welcher Form die Anhänger der österreichischen Lösung das Manifest der russischen Regierung ablehnten. Die Liga des polnischen Staatswesens erklärte sich zwar einfach gegen jede staatsrechtliche Verbindung mit Rußland. Die Petrikauer „Wiedomości Polskie“ aber, das offiziöse Organ des galizischen Obersten Nationalkomitees, schrieben im gleichen Zusammenhang am 26. April: „Wir können lediglich mit Österreich in eine staatsrechtliche Verbindung in dieser oder jener Form eintreten.“ Überhaupt trat Galizien in dieser Zeit in der polnischen Politik wieder stark hervor, wie übrigens stets, wenn die Entwicklung in Warschau stockte. Die schon bestimmt ins Auge gefaßte, von einigen Instanzen bereits beschlossene Auflösung des Obersten Nationalkomitees unterblieb. Dafür drängte der Polenklub energisch auf staatsrechtliche Schritte in der Durchführung der Sonderstellung Galiziens und erlangte unter dem Eindruck der russischen Revolution am 23. April von der österreichischen Regierung auch bestimmte Zusagen. Beachtenswert ist in diesem Zusammenhang, daß am 26. April Graf Szeptycki, der bisherige Kommandeur der Legionen, der im Februar und März zwei persönliche Audienzen bei Kaiser Karl gehabt hatte, zum Militärgeneralgouverneur in Lublin ernannt wurde.

Schließlich reichten die Nachwirkungen der russischen Revolution auch bis in die innerdeutsche polnische Frage hinein. Am 28. März stellte der Minister von Breitenboch im Preussischen Herrenhaus den Abbau der polnischen Ausnahmegeetze in Aussicht, und am 19. April gab der Bundesrat einem mehrmaligen Beschluß des Reichstages auf Aufhebung der Sprachenparagrafen des Vereinsgesetzes Folge.

Aber in Warschau selbst ging die Entwicklung teils gar nicht, teils nicht in einem die Unabhängigkeitsrichtung befriedigenden Sinne vorwärts. Nachdem der Staatsrat am 7. März in dringenden Telegrammen an die beiden Kaiser der Zentralmächte um Beschleunigung der Heeresbildung gebeten und am 19. März die Zurückziehung der

Legionen aus dem Generalgouvernement mit der Mandatsniederlegung zu erwidern gedroht hatte, erfolgte zwar am 1. April durch beide Kaiser gemeinsam die Überweisung des polnischen Hilfskorps als Stamm der polnischen Armee. Es wurde aber, den Forderungen der Linken des Staatsrates zuwider, nicht einer polnischen Instanz, sondern dem Generalgouverneur von Beseler unterstellt. Sehr stark geltend machte sich in der Heeresfrage der Einfluß der Polnischen Heeresorganisation, die am liebsten die Heeresbildung selbst übernommen hätte. Dabei bildete sich auch immer stärker ein noch lange nachwirkender Gegensatz zwischen dieser Organisation und jenem Teil der Legionen heraus, der nicht der Pilsudskirichtung entstammte, sondern eine galizisch-österreichische Politik verfolgte. Der Einfluß der Polnischen Heeresorganisation überwog jedoch in den Legionen selbst wie in der öffentlichen Meinung des Königreiches. Da außerdem auch in relativ geringfügigen Fragen, wie der Erleichterung der Paß- und Reisebeschwerden und des Warenverkehrs kein nennenswertes Entgegenkommen von deutscher Seite zu erzielen war, da Lebensmittelnot und Streiks die öffentliche Stimmung gegen die Zentralmächte weiter beeinflussten, suchte der Staatsrat seine Stellung durch ein energisches Auftreten gegen die Okkupationsmächte zu festigen, indem er am 1. Mai in einem langen Beschluß den Zentralmächten als eine Art Ultimatum eine Reihe von Forderungen unterbreitete. Der Beschluß beklagt zunächst, daß die Heeresangelegenheit noch unentschieden sei, das Verhältnis der Okkupanten zur Bevölkerung noch keine freundlicheren Formen angenommen habe und gesetzgeberische Maßnahmen nach wie vor ohne Berücksichtigung des Staatsrates erlassen würden. Die Idee des Aktes vom 5. November habe unter diesen Umständen merklich gelitten, und halbe Maßnahmen könnten demgegenüber nicht helfen. Der Staatsrat forderte schließlich die Berufung eines Regenten, der den Wünschen des Landes entspräche, durch den Staatsrat und die sofortige Bildung einer provisorischen polnischen Regierung. Da eine definitive Antwort der Zentralmächte auf diese Forderungen nicht bald erfolgte, trat der Staatsrat in eine Art Streik ein, der wochenlang dauerte<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> Am 17. Mai stellte der Staatsrat seine gesamte Tätigkeit ein. Das Wolffsche Büro mußte ein objektiv unwahres Dementi dieser Nachricht verbreiten, in dem es u. a. hieß, daß „die Unterbrechung der regelmäßigen Sitzungen durch die Pfingstfeiertage hervorgerufen wurde“. Wenn dieser Unterdrückung des wahren Sachverhalts vielleicht auch die Absicht zugrunde lag, eine folgenschwere Zuspizung der Beziehungen zu vermeiden, so war die ganze Methode doch schon deswegen sehr anfechtbar, weil ja die Wahrheit bekannt werden mußte, vor allem durch die Schweizer Presse.

Auf der Tagung des Nationalrates am 2. und 3. Mai kam die oppositionelle Stimmung der Unabhängigkeitsparteien deutlich zum Ausdruck. Die radikalen Parteien erlangten die Oberhand; die einheitliche Front des polnischen Aktivismus und damit die Basis des Aktes vom 5. November waren gesprengt.

### 3. Von der Tagung des Nationalrats bis zur Mandatsniederlegung des Provisorischen Staatsrats (2/3. 5. 17—25. 8. 17).

Die Tagung des Nationalrates bildet keinen äußerlich so markanten Abschnitt der politischen Entwicklung in Polen wie etwa die Demission des Staatsrates oder die Rückwirkungen des Brester Friedens mit der Ukraine. Und doch ist die Veränderung in der Parteigruppierung, als deren Wendepunkt die Nationalratstagung abgesehen werden kann, zwischen der Novemberproklamation und der Katastrophe der Okkupation das bedeutsamste Ereignis für die deutsche Politik in Polen. Bis dahin hatte trotz der vielen selbstverschuldeten und unverschuldeten Hemmungen die deutsche Polenpolitik eine tragfähige Basis, die breite Front der Unabhängigkeitsparteien. Zwar waren auch diese Parteien an sich schwerlich die Mehrheit im Lande. Hätte sich aber das schwere Problem lösen lassen, die Ziele der deutschen Politik und der polnischen Unabhängigkeitsparteien in eine Übereinstimmung zu bringen, wie dies von Mutius anstrebte, so wäre voraussichtlich einem solchen tatsächlichen und moralischen Erfolge gegenüber die passivistische Opposition in wenig aussichtreicher Lage gewesen. Dieses Problem wurde aber nicht gelöst; über sein Scheitern entschied die Tagung des Nationalrates, in der die radikale Richtung sich durchsetzte, die das weitere Zusammengehen mit den Zentralmächten unter den bisherigen Bedingungen ablehnte. Es dauerte eine ganze Reihe von Wochen, bis die entsprechende Neugruppierung der Parteien des Nationalrates organisatorisch vollzogen war. Es ergaben sich dabei logischerweise zwei Hauptgruppen: die Unabhängigkeitsparteien auf der einen Seite, die sich zur Demokratischen Union zusammenschlossen, und die nunmehr als Aktivistischen zu bezeichnenden Parteien, deren größerer Teil das Nationale Zentrum bildete. Da diese Parteien schwach und in sozialer Hinsicht gemäßigt waren, ergab sich eine doppelte Folge: Erstens mußte die deutsche Politik für eine Verstärkung der allzu schwachen Grundlage Fühlung mit anderen Gruppen suchen. In Frage kam nur der Interparteiliche Klub. Wenn es aber auch schließlich gelang, diese Parteien zum Teil aus ihrem Passivismus hervorzulocken, so waren sie doch ihren Prinzipien gemäß stets nur

eine sehr unsichere Bundesgenossenschaft und nur aus opportunistischen Gründen praktischen Zugeständnissen von Fall zu Fall zugänglich, wobei sich die Nationaldemokratie übrigens stets ausschloß. Zweitens bekam die deutsche Politik einen Zug nach rechts. Sie lud damit ein Odium auf sich, mit dem sie im Ausland von jeher behaftet war und das der ideologischen Auffassung des Weltkrieges im Sinne der Entente neue Nahrung gab. Nach alledem muß es als der verhängnisvollste Schlag für die deutsche Politik in Polen bezeichnet werden, daß sie die Verbindung mit den Unabhängigkeitsparteien in Polen nicht aufrecht erhalten konnte.

Bis der offizielle Bruch der Linken mit dem Staatsrat erfolgte, vergingen noch zwei Monate mit inneren und äußeren Verhandlungen, wobei nach wie vor die Heeresfrage eine große Rolle spielte. Zunächst vertröstete der österreichische Staatsratskommissar von Konopka am 15. Mai den Staatsrat wegen seiner Forderungen vom 1. Mai um wenige Tage. „Es handelt sich darum,“ sagte er u. a., „eine Grundlage zu finden, auf der sich die berechtigten Bestrebungen des Staatsrates zur Verwirklichung des Aktes vom 5. November 1916 mit den aus der Tatsache der militärischen Besetzung des Landes und aus dem Krieg sich ergebenden Forderungen in Einklang bringen lassen.“ Der Staatsrat hatte aber keine Geduld und stellte zwei Tage darauf seine Tätigkeit ein. Anknüpfungsversuche zwischen Passivisten und Aktivisten sowie zwischen Passivisten und demokratischen Parteien blieben ohne wesentlichen Erfolg. Aus dem Nationalrat traten eine ganze Reihe von Parteien aus. Die Volksvereingung motivierte ihren Austritt in einem Beschluß, der der Leitung des Nationalrates vorwirft, durch Unterhandlungen mit den Passivisten „vom Standpunkt der Realisierung des durch den Akt vom 5. November proklamierten polnischen Staates abgegangen“ zu sein. Mit zwei anderen der ausgetretenen Parteien, der Partei der polnischen Demokratie und der Liga des polnischen Staatswesens, schloß sie sich am 29. Mai zum Nationalen Zentrum zusammen. Außerhalb dieses neuen aktivistischen Bundes blieb also vor allem wieder die Studnickigruppe. In einer programmatischen Erklärung stellte das Nationale Zentrum als Ziele auf eine konstitutionelle Monarchie auf demokratischer Grundlage, eine starke Regierung und ein starkes Heer, sowie „eine kontinuierliche Fortführung der Arbeit an der Realisierung des polnischen Staates ohne Rücksicht auf den Ausgang des Krieges“. Die deutliche Wendung gegen die Linke lag u. a. in der Verwerfung aller Versuche, „die polnische Frage von der realen Grundlage abzutrennen“.

Am 8. Juni konnten endlich die Regierungskommissare dem Staats-

rat die Antwort auf seine Forderungen vom 1. Mai vorlegen. Sie bestand aus drei Punkten: Dem Wunsch nach Einsetzung eines Regenten wurde zugestimmt; bis zu seiner Einsetzung sollte die Leitung der dem polnischen Staate übergebenen Verwaltungszweige einer vom Staatsrat zu präsentierenden Persönlichkeit übertragen werden, wofür ausdrücklich der Kronmarschall als persona grata bezeichnet wurde. Der Staatsrat, den die Zentralmächte schon jetzt als den „Vertreter des sich bildenden polnischen Staates“ ansahen, solle möglichst bald seine Vorarbeiten für die Verfassungs- und Verwaltungsorganisation beenden. Ferner solle der Staatsrat Anträge über die Übernahme einzelner Verwaltungszweige ausarbeiten, wobei außer Justiz- und Schulwesen (deren Übergabe Beseler schon am 13. April einer Deputation des Staatsrates gegenüber zugesagt hatte) u. a. genannt wurde die Mitarbeit des Staatsrates an der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung. Diese Antwort befriedigte auch in aktivistischen Kreisen nicht in vollem Maße, zumal sie wenig sofort Greifbares bot. Jedoch nahm der Staatsrat nun sehr eifrig seine Tätigkeit in der Richtung auf, positive Grundlagen im Sinne der Antwort der Zentralmächte zu schaffen. Die Verhandlungen, die hierbei geführt wurden, führten zu einer immer weitergehenden Spaltung zwischen den Aktivisten und den im Staatsrat in der Minderheit befindlichen Unabhängigkeitsvertretern.

Schon vorher aber waren neue störende Reibungen zwischen den Okkupationsbehörden und der Bevölkerung auf wirtschaftlicher und politischer Basis entstanden. Die wachsende Lebensmittelnot führte zu erneuten Streiks, gelegentlich auch zu Plünderungen von Lebensmittel-läden und zu einer manchmal recht offen zutage tretenden Erbitterung. Schließlich erließen Stadtrat und Magistrat von Warschau am 22. Juni eine Kundgebung, in der sie wiederholt betonten, daß die Lebensmittelrationen durchaus unzureichend seien, daß sie aber, abhängig von der Okkupationsregierung, keine Besserung herbeiführen könnten. Mehr Aufsehen nach außen hin machte der Studentenstreik, der Anfang Mai als Demonstration gegen die Verhaftung einiger Studierender der Technischen Hochschule wegen an sich unbedeutender Zusammenstöße bei dem Umzug vom 3. Mai ausgebrochen war. Alle Versuche, diesen Streik beizulegen, blieben umsonst. Ziel des Streiks wurde bald die völlige Unabhängigkeit der Hochschulen von den deutschen Behörden. Schließlich ließ der Generalgouverneur am 22. Juni die Hochschulen schließen oder vielmehr den Hochschulbetrieb einstellen, der dann erst nach dem Übergang des Unterrichtswesens an polnische Behörden wieder aufgenommen wurde. Nicht in Warschau beheimatete Studierende

bekamen Anweisung, die Stadt zu verlassen. Das Wiener Kultusministerium — ein pikanter kleiner Zug zur Politik der beiden Bundesbrüder — erließ eine Verfügung an die österreichischen Hochschulen, die die gastfreundliche Aufnahme von Studierenden aus Kongresspolen anordnete.

Auch außerhalb des Generalgouvernements Warschau brachte das Frühjahr 1917 der deutschen Politik wenig Günstiges. Zwar nahmen im Mai (und ein zweitesmal Anfang Juli) polnische Politiker aus Warschau, u. a. Graf Kostworowski, einer der Hauptführer des Aktivismus, und der Sozialist Kunowski mit deutscher Zustimmung an polnischen Konferenzen in Stockholm teil. Aber abgesehen davon, daß ihnen der Interparteiliche Klub die Berechtigung absprach, im Namen Kongresspolens aufzutreten, konnten sie nach der Lage der Dinge nur eine Fühlungnahme mit denjenigen polnischen Faktoren Rußlands herbeiführen, die bereits dem Gedanken des Staatsaufbaues in Warschau zugestimmt hatten und eine eigenmächtige Emigrationspolitik ablehnten, also mit den demokratischen Gruppen unter Führung Lednickis. Auf die Haltung der Nationaldemokratie wirkten die Stockholmer Tagungen nicht ein. Viel bedenklicher für die Stellung Deutschlands in der polnischen Frage waren dagegen die Vorgänge im Generalgouvernement Lublin und vor allem in Osterreich. Im Generalgouvernement Lublin machte die Neigung für die austropolnische Lösung Fortschritte. Schon daß mit dem bisherigen Legionskommandanten Graf Szeptycki ein Pole an die Spitze der Verwaltung gestellt worden war, wurde von der Bevölkerung mit Sympathie aufgenommen. Szeptycki verstand es auch, durch Erleichterungen von Kriegsschwierigkeiten und durch mehrere Inspektionsreisen diese Stimmung zu fördern. Vor allem stellte er der Bevölkerung die Mitbestimmung über die brennende Frage der Lebensmittelversorgung durch die Errichtung eines wirtschaftlichen Landesrates in Aussicht, der dann im August des Jahres in Tätigkeit trat.

In Osterreich hatten inzwischen der polnische Landesteil und seine Vertreter außerordentlich an politischer Bedeutung gewonnen. Im Reichsrat, der am 30. Mai wieder eröffnet wurde, war ohne sie keine Mehrheit zu bilden, und tatsächlich stürzten sie ja im Juni durch ihre Abstimmung gegen das Budget das Kabinett Clam-Martinič. Die Stockung der Entwicklung in Warschau stärkte ferner die Stellung Krakaus in der polnischen Frage, und die russische Revolution ermunterte zu weitergehenden Forderungen. Unter diesen Umständen nahm der Gedanke der austropolnischen Lösung, der ja in Galizien seit Kriegsbeginn energische Vertreter gefunden hatte, eine neue Form an. Wäh-

rend bis dahin der Anschluß Kongreßpolens an Galizien oder die Ernennung eines österreichischen Erzherzogs zum polnischen König als die praktischen Möglichkeiten der österreichisch-polnischen Verbindung propagiert worden waren, tauchte jetzt der Plan auf, ein Großpolen durch Personalunion mit der habsburgischen Krone zu bilden und den jungen tatelustigen Kaiser Karl für diese Form des Trialismus zu gewinnen. Seinen markantesten Ausdruck fand dieser Plan in den Krakauer Beschlüssen vom 28. Mai. Unter großer Begeisterung wurde von den versammelten polnischen Abgeordneten des galizischen Landtages, des Reichsrates und des österreichischen Herrenhauses, sowie von Vertretern Kongreßpolens und Schlesiens folgende von dem Volkspartei-Letmajer eingebrachte Resolution gegen zwei Stimmen angenommen:

Der Polnische Landtagsklub stellt fest, daß das einzige Bestreben der polnischen Nation die Wiederherstellung eines unabhängigen vereinigten Polens mit dem Zugange zum Meere ist, und daß er sich mit diesem Bestreben solidarisch erklärt.

Der Polnische Landtagsklub stellt ferner den internationalen Charakter dieser Angelegenheit fest und erklärt ihre Verwirklichung für die Gewähr eines dauernden Friedens.

Der Polnische Landtagsklub gibt der Hoffnung Ausdruck, daß der uns geneigte Kaiser Österreich diese Sache in seine Hand nehmen wird.

Die Wiederherstellung des polnischen Staates mit Hilfe Österreichs wird ihm einen natürlichen und dauernden Verbündeten sichern.

Wenn auch dieser Beschluß mehrfach, so z. B. von dem galizischen Sozialdemokraten Daszyński, dahin ausgedeutet wurde, daß der freie regulierte Schifffahrtsweg auf der Weichsel als Zugang zum Meer genüge, enthielt er doch unverkennbar Ansprüche auf deutsch-polnische Gebiete. Warnungen der Warschauer Staatsratsvertreter Mikulowski-Pomorcki und Dzierzbicki, den Akt vom 5. November nicht außer acht zu lassen, wurden von der Versammlung entschieden zurückgewiesen, Studnicki bei einem Zwischenfall von der Tagung ausgeschlossen. Eine ganze Reihe von Körperschaften und Verbänden schloß sich der Krakauer Resolution an, darunter der galizische Episkopat und der Stadtrat von Lublin, und aus den galizischen Parteien der Nationaldemokratie, der Volkspartei und der Nationalen Vereinigung bildete sich im Juli in Krakau ein Interparteilicher Verband, der diese Resolution als sein Programm bezeichnete. Daß der Gedanke der habsburgischen Lösung der polnischen Frage auch bei der österreichischen Regierung auf fruchtbaren Boden gefallen war, sollte sich im Spätherbst zeigen.

Trotz der wenig günstigen äußeren Umstände gingen die Verhandlungen in Warschau vorwärts, nachdem einmal die Krisis vom Mai beigelegt war. Fortgesetzte Schwierigkeiten bereitete hierbei die



Heeresfrage. Die Schließung der Werbebureaus in der Provinz, Anfang Juni, wirkte verstimmend. Vom Generalgouvernement wurde sie als vorübergehende Maßnahme damit motiviert, daß das Werbepersonal selbst einer praktischen Ausbildung unterworfen werden müsse und in der Erntezeit der Landwirtschaft keine Hilfskräfte entzogen werden sollten. Auch wurde darauf hingewiesen, daß die Werbetätigkeit an sich nicht eingestellt war; ihr praktischer Erfolg war ja bekanntlich äußerst gering, zumal manche Werbestellen auf eine Erfüllung ihrer offiziellen Aufgabe gar keinen Wert legten. Monatlang schwebte ferner die Frage der Eidesformel der Legionen. Ursprünglich widerstrebten die Okkupationsmächte, da ihnen die vom Staatsrat angenommene Formel die militärische Unterordnung unter die militärischen Führer und die Monarchen der Zentralmächte nicht hinreichend zum Ausdruck brachte. Später lag der Widerstand auf der Seite der polnischen Linken und führte am 9. Juli zur Eidesverweigerung eines großen Teiles der Legionen, von der noch die Rede sein wird. Endlich bildete längere Zeit die geplante Aussonderung der österreichischen Staatsangehörigen aus den Legionen den Gegenstand von Protesten aus Kongresspolen wie aus Galizien, bis am 3. Juli die österreichische Regierung im Staatsrat erklären ließ, daß sie eine derartige Maßnahme nicht verlange.

Der Staatsrat übertrug die in der Antwort der Zentralmächte auf sein Ultimatum geforderten Ausarbeitungen konkreter Vorschläge einer „Gemischten Kommission“ von vierzehn Staatsratsmitgliedern und zehn zugewählten Politikern, unter denen sich Fürst Lubomirski, Graf Adam Larnowski und der Nationaldemokrat Stecki befanden. Die Teilnahme der Unabhängigkeitslinken an dieser Arbeit dauerte aber nur wenige Tage. Die Zusammensetzung der Kommission, vor allem die eingebrachten Entwürfe entsprachen ihren Forderungen ganz und gar nicht. Sie zog sich aus der Kommission zurück und schloß sich zur „Demokratischen Union“ zusammen, deren Organ die sogenannte „Verständigungskommission“ bildete; dieser Koalition gehörten an die Polnische Sozialistische Partei, die Polnische Volkspartei, die Vereinigung der demokratischen Parteien und die Partei der polnischen Unabhängigkeit. Wie weit die Entwicklung bei diesen Parteien von dem Akt des 5. November hinweggeführt hatte, zeigte ihre Erklärung vom 20. Juni, in der sie „der Begehrlichkeit der eingessenen Reaktion wie der Eroberungskraft der Okkupanten“ den Kampf ansagten, dem nach demokratischen Grundsätzen gewählten Landtag die Bestimmung über Polen vorbehalten wissen wollten und sich für die republikanische Staatsform aussprachen. Die Vertreter der Union, unter ihnen auch Pilsudski, traten aus dem

Staatsrat aus, während die Polnische Sozialistische Partei ihr Mitglied Kunowski schon einige Wochen vorher abberufen hatte.

Die „Gemischte Kommission“ des Staatsrates arbeitete indessen eifrig. Schon am 3. Juli konnte das Plenum des Staatsrates einen „Entwurf der provisorischen polnischen Organisation der obersten staatlichen Behörden“ annehmen. Dieser Entwurf sah vier oberste Behörden vor: Staatsrat, Ministerpräsidium, Ministerrat, Ministerien und Departements. Die Staatsratsmitglieder, 40 bis 50 an der Zahl, sollten eine besondere dreigliedrige Kommission ernennen, die aus dem Warschauer Erzbischof, dem Kronmarschall und einer dritten, nicht dem Staatsrat entnommenen Persönlichkeit bestehen sollte; aus dieser Kommission entwickelte sich später der Regentschaftsrat. Die wichtigsten Aufgaben des Staatsrates sollten sein Gesetzgebung, Verwaltungskontrolle, Berufung des Landtages und Beschlussfassung über den Regenten. Dem Ministerpräsidenten kam die Vertretung des polnischen Staates nach außen und die Ernennung der Beamten zu, dem Ministerrat die Genehmigung der vom Staatsrat beschlossenen Gesetze. Fünf Ministerien — Justiz, Kultus und Unterricht, Finanzen, Inneres, Arbeit und soziale Fürsorge — und zwei Departements — Heereswesen und politische (äußere) Angelegenheiten waren in dem Entwurf vorgesehen. Bis zum Zusammentritt des Landtages sollten ohne Zustimmung des Staatsrates neue Gesetze und Steuern, die den Wirkungsbereich der polnischen Behörden betrafen, nicht oktroyiert werden. Auf der Staatsratsitzung vom 3. Juli stellten sich die Vertreter der Zentralmächte diesem Entwurf sehr freundlich gegenüber. Graf Hutten-Czapki<sup>1)</sup> wies darauf hin, daß die Übergabe von Justiz und Schulwesen bald erfolgen werde, daß eine Einigung wegen der Teilnahme des Staatsrates an der Lebensmittelversorgung erreicht sei und stellte den unverzüglichen Beginn von Beratungen über den weiteren Ausbau des polnischen Staates in Aussicht. Der Beginn dieser Beratungen zog sich freilich noch einige Wochen hin, zumal Mitte Juni die Kontinuität der Reichsleitung durch den Rücktritt Bethmann-Hollwegs unterbrochen wurde. In diese Zwischenzeit fallen noch zwei Ereignisse, die die schwierige politische Lage des Staatsrates wie der deutschen Okkupationsregierung grell beleuchteten, die Eidverweigerung eines großen Teiles der Legionen am 9. und die Verhaftung Pilsudski am 22. Juli.

<sup>1)</sup> Graf Hutten-Czapki ist nach außen in der polnischen Frage kaum hervorgetreten, spielte aber durch seine persönlichen Beziehungen eine große Rolle. Nach Mitteilungen aus bester Quelle soll z. B. der Reichskanzler von Bethmann-Hollweg sich auf sein Gutachten hin für die Politik der Novemberproklamation entschieden haben.

In seiner Sitzung vom 3. Juli beschloß der Staatsrat, den Generalgouverneur um die Anordnung der baldigen Vereidigung der Legionen zu ersuchen. Dem wurde entsprochen und die Vereidigung auf den 9. Juli angesetzt; sie sollte als öffentliches Schauspiel an historischer Stelle vor sich gehen. In letzter Stunde bekamen die Okkupationsbehörden Informationen, daß unter den Legionären sich starke Widerstände gegen die Eidesleistung geltend machten, so daß vorsichtshalber die öffentliche Feier abgesagt und die Zeremonie in eine Kaserne verlegt wurde; der geduldige Draht mußte nach Deutschland Verlegung „wegen eines Unwetters“ melden. Tatsächlich verweigerte in Warschau und an den nächsten Tagen auch in der Provinz ein erheblicher Teil der Legionäre den Eid. Die deutschen Militärbehörden ließen die Eidverweigerer in Internierungslagern in Szczepiorno (in der Nähe von Kalisch) und Benjaminów unterbringen. Der ganze Konflikt selbst war eine unmittelbare Folge des Gegensatzes der Staatsratsmehrheit und der Okkupationsbehörden zu der Linken, wobei die Polnische Heeresorganisation eine besonders einflußreiche Rolle spielte. Diese Kreise hatten wohl einige Monate vorher den Heeresplänen und der Eidesformel des Staatsrates zugestimmt, was ihnen jetzt von den Aktivisten nachdrücklich entgegengehalten wurde. Sie hatten aber inzwischen mit der Politik des Staatsrates gebrochen und weigerten sich infolgedessen auch, ihm die wichtigste Stütze, die bewaffnete Macht, zu liefern. Die demokratische Union protestierte am 11. Juli in einem Aufruf gegen die Eidesleistung, der Interparteiliche Klub sprach dem Staatsrat das Recht ab, „Schritte zu bestimmen, die in die Legionen Auflösung und Desorganisation bringen.“ Das Nationale Zentrum dagegen trat gegen die Eidverweigerer auf. Seine erschütterte Haltung suchte der Staatsrat dadurch zu festigen, daß er am 15. Juli Beschlüsse faßte und danach in einem langen Aufruf kundgab, deren Grundgedanken war: Der Staatsrat ist der „einzige legale Vertreter des polnischen Staates“, und als solcher auch in politischer Hinsicht die „oberste nationale Instanz“ der Legionen; „das polnische Heer kann nicht anders verwendet werden, als im Dienst der vaterländischen Sache und im Einverständnis mit dem Staatsrat. Im gegenwärtigen Augenblick will der Staatsrat den spärlichen Keim des eigenen Heeres nicht in den Strudel des Kampfes werfen und die Kadets des künftigen polnischen Heeres dadurch schmälern“. Genau genommen war dies eine Neutralitätserklärung<sup>1)</sup> des polnischen Heeres, die unter

<sup>1)</sup> Auch ein seinerzeit viel bemerktes Interview des Generalgouverneurs von Beseler in der Frankfurter Zeitung vom 17. August 17 stellt das Aufkommen der „neutralistischen Stimmung“ ausdrücklich fest.

dem Druck der Linken und des Passivismus erfolgte Ablehnung der Heeresgefolgschaft gegenüber den Mittelmächten. Gleichzeitige Vorstellungen des Staatsrates bei dem Generalgouverneur gegen die Internierung der Eidverweigerer blieben fruchtlos.

Ein noch schwererer Schlag als der Konflikt mit den Legionen war für die Stellung des Staatsrates die Verhaftung Pilsudskis, die am frühen Morgen des 22. Juli erfolgte. Als äußerer Anlaß wurde von deutscher Seite offiziell angegeben, daß Pilsudski sich bei einer Reise nach Krakau eines gefälschten Ausweises bedient habe, eine nie recht erwiesene und wenig wahrscheinliche Beschuldigung. Auch die Behauptung, er sei von russisch-polnischen Truppen zum Führer ausgerufen worden, war nur eine Übertreibung der Tatsache, daß ihn ein Kongreß polnischer Heeresangehöriger in Petersburg zum Ehrenvorsitzenden ernannt hatte. So blieb als tieferer Grund dieser Schritte nur die einflußreiche Stellung bestehen, die Pilsudski in der Unabhängigkeitsbewegung und besonders in der Polnischen Heeresorganisation hatte, die nach einem halbamtlichen, in der deutschen Presse verbreiteten Kommentar einen Staat im Staate zu bilden versuchte und revolutionäre Unruhen plante. Vor und nach der Verhaftung Pilsudskis erfolgten in Warschau und der Provinz zahlreiche Verhaftungen unter Politikern der Linken. Sie wurden teils im Generalgouvernement, teils in Deutschland interniert, Pilsudski selbst anfangs in Wesel, später in Magdeburg. Fast wider Erwarten blieb Warschau ziemlich ruhig, bis auf einige eingeschlagene Fensterscheiben, zu denen die des Staatsrates gehörten. Dagegen erfolgten zahlreiche Protestkundgebungen, besonders aus Galizien. Der Polenklub ersuchte den Ministerpräsidenten Seidler um Intervention, und die österreichische Regierung erklärte, an Pilsudskis Verhaftung nicht beteiligt zu sein. Ein Schreiben des Staatsrates an Besele, das die Repressalien bedauerte und als ungeeignete Mittel bezeichnete, hatte keinen Erfolg. Unzweckmäßig waren derartige Repressalien bei den politischen Plänen Deutschlands in Polen zweifellos. Aber schließlich war das Vorgehen des Generalgouvernements gegen Pilsudski nur eine Konsequenz des längst vollzogenen Bruches mit der Unabhängigkeitsrichtung, den wir bereits als verhängnisvolle Wendung der deutschen Politik in Polen bezeichneten. Pilsudski selbst kehrte erst am Vorabend des Zusammenbruchs der Okkupation nach Warschau zurück; gerade rechtzeitig genug, um zu verhüten, daß dieser Zusammenbruch in ein Blutbad ausartete.

Der letzte Monat des Bestehens des Provisorischen Staatsrates bietet insofern ein fast seltsames Bild, als zwei sich widersprechende Entwicklungen nebeneinander hergehen. Auf der einen Seite machte

die Zerfetzung des Staatsrates weitere Fortschritte, auf der anderen Seite wurde mit Vertretern der Zentralmächte intensiv verhandelt, um eine Verständigung über die Vorlagen des Staatsrates vom 3. Juli zu erzielen. Die Krise des Aktivismus ergriff zunächst die Liga des polnischen Staatswesens, die eine Schwentung nach links machte. Als sie auf der Sitzung des Nationalen Zentrums mit einigen Aufrufen, die ein schärferes Auftreten gegen die Okkupanten und eine Fühlungnahme mit der Linken bezweckten, nicht durchdrang, trat sie aus diesem Verband aus. Eine Minorität der Liga wiederum mit Lempicki an der Spitze sah in diesem Schritt ein Aufgeben der alten Prinzipien, trat daher ihrerseits aus der Liga aus und verblieb als „Gruppe der aktiven Politik“ im Nationalen Zentrum. In ihrer programmatischen Kundgebung erklärte sie sich ausdrücklich für den Bund mit den Zentralmächten, ohne die der Bau des polnischen Staates jetzt unmöglich sei. Am 2. August schloß der Staatsrat gegen eine Stimme Studnicki aus, der in einem offenen Brief den Kronmarschall Niemojowski der Willenslosigkeit und Unfähigkeit geziehen und zur Amtsniederlegung aufgefordert hatte. Überhaupt hatte Studnicki im Staatsrat sich nicht nur stets im Widerspruch zu dessen überwiegender Mehrheit gesetzt, sondern ihn auch in der Presse und in Flugschriften scharf angegriffen. Am 7. August legte der der Nationalen Partei nahestehende Janicki sein Mandat nieder. Am 10. August ging der Nationale Arbeiterbund zur Opposition über. Am Ende war der Staatsrat von 25 auf 15 Mitglieder zusammengeschmolzen.

In der gleichen Zeit gingen die Verhandlungen, die seit Ende Juli in Warschau zwischen deutschen, österreichischen und polnischen Vertretern gepflogen wurden, trotz aller Widerstände vorwärts. Von deutscher Seite waren aus Berlin Fürst Hatzfeld und Unterstaatssekretär Lewald gekommen. Hatzfeld und Weseler galten als die Führer der Richtung, die entgegen antipolnischen deutschen Strömungen den raschen weiteren Ausbau des polnischen Staates befürwortete. Hierbei gewann der Plan eines Regentenschaftsrates immer klarere Gestalt. Als dessen Mitglieder waren zunächst vorgesehen und vom Staatsrat gewählt der Warschauer Erzbischof Rakowski, Fürst Lubomirski und der Kronmarschall Niemojowski. Gegen den Kronmarschall machte sich aber bald eine Agitation des Interparteilichen Klubs geltend, der erklärte, daß keiner der Staatsratsmitglieder der Regentenschaft angehören dürfte und am liebsten als dritten Mann im Regentenschaftsrat eine ihm näherstehende Persönlichkeit gesehen hätte. Der Wunsch gewisser konservativer Kreise des Interparteilichen Klubs, an dem weiteren Ausbau des polnischen Staates nicht unbeteiligt zu sein, fand

### III. Vom Ende des Provisorischen Staatsrats bis zum Zusammenbruch der Okkupation (25. 8. 17—11. 11. 18).

#### 1. Vom Ende des Provisorischen Staatsrats bis zur Einsetzung des Regentenschaftsrats (25. 8. 17—27. 10. 17).

Die Epoche des Provisorischen Staatsrates bedeutete den Versuch, den Aufbau Polens auf die alten polnischen Unabhängigkeitsparteien zu stützen. Dieser Versuch scheiterte. Der polnische Regentenschaftsrat, der ein volles Jahr hindurch seines Amtes waltete, stellt einen neuen politischen Kurs dar. Wie schon im vorigen Abschnitt dargelegt wurde, nötigte der Übergang der radikalen Linken zur Opposition dazu, neben dem arg zusammengeschmolzenen Aktivismus weitere Stützen für die staatliche Organisation Polens zu suchen. Schon die Auswahl der drei Regenten aus klerikal-feudalen Kreisen zeigt, daß man solche Stützen bei dem rechtsstehenden Passivismus suchte und bis zu einem gewissen Grade auch fand. Gleichzeitig wurde aber dadurch eine neue Spaltung des Aktivismus hervorgerufen. Wenn die passivistischen Kreise sich auch an der inneren Ausgestaltung des polnischen Staates beteiligten, hatten sie doch kein Interesse daran, dem sonderbaren staatsrechtlichen Zustand Polens als einer Monarchie ohne Herrscher und ohne Grenzen ein Ende zu machen, denn in der Hinsicht blieben sie stets passivistisch, daß sie Polens Schicksal erst auf der Friedenskonferenz und nur durch internationale Entscheidung bestimmt wissen wollten. Dem stand aber das politische Ziel gewisser aktivistischer Gruppen, als deren geistige Führer Studnicki und Lempicki gelten können, diametral entgegen. Diese Richtung legte den größten Nachdruck darauf, daß Polen noch während des Krieges an die Seite der Zentralmächte trete, ein Heer bilde und sein Gebiet mit bewaffneter Hand nach Osten erweitere, um in dieser Beziehung die Friedenskonferenz bereits vor ein fait accompli stellen zu können. Diesem stets nur schwachen Flügel des Aktivismus, für den die Benennung „entschiedene“ oder „radikale“ Aktivisten aufkam, folgte aber die aktivistische Mehrheit, der „gemäßigte“ Aktivismus deswegen nicht, weil er als Preis für ein Zusammengehen mit

weiteren Aufbaues des polnischen Staates hielt der Staatsrat also trotzdem fest.

Die Regierungskommissare der Zentralmächte gaben einige Tage später dem Staatsrat gegenüber eine Erklärung ab, in der sie dessen Mandatsniederlegung bedauerten, zumal die Verhandlungen wegen der Einsetzung einer polnischen Regierung vor dem Abschluß stünden. Weder der weitere Aufbau der Armee Polens noch seiner staatlichen Einrichtungen sei aufgegeben. Die Abkommandierung der Legionen wurde mit militärischer Notwendigkeit begründet und ihre spätere Rückgabe für die polnische Heeresbildung angedeutet. Eine amtliche Mitteilung ähnlichen Inhalts ging Ende August von Wien aus.

Allem Anschein nach — und die nachträglichen Kundgebungen politischer Stellen bestärken in dieser Vermutung — ist die plötzliche Verfügung über die polnischen Legionen eine selbständige Maßnahme des vom militärischen Gesichtspunkt aus hierfür zuständigen deutschen Großen Hauptquartiers gewesen. Es sei dahingestellt, ob man sich dabei über die politischen Folgen eines solchen Schrittes nicht klar war oder sie sogar wollte. Jedenfalls kann die angegebene militärische Notwendigkeit durchaus nicht als hinreichender Anlaß angesehen werden, die an sich schwierige Lage der deutschen Politik in Warschau in der bedenklichsten Weise zu gefährden. Denn dem Gewinn von wenigen tausend Mann, deren Verwendbarkeit nach allem Vorhergegangenen zweifelhaft schien — was spätere Ereignisse ja bestätigten —, stand die Gefahr gegenüber, den dünnen Faden der deutschen Politik in Warschau gänzlich abzuschneiden. Letzten Endes ist also die Herausziehung der Legionen aus Kongresspolen ein politischer Schritt, der nicht anders bezeichnet werden kann als eine Quertreiberei gegen die Richtung der eigenen deutschen Politik. Für diese Auffassung spricht auch, daß von Mutius kurze Zeit danach seinen Posten in Warschau aufgab und an die Front versetzt wurde.

### III. Vom Ende des Provisorischen Staatsrats bis zum Zusammenbruch der Okkupation (25. 8. 17—11. 11. 18).

#### 1. Vom Ende des Provisorischen Staatsrats bis zur Einsetzung des Regentschaftsrats (25. 8. 17—27. 10. 17).

Die Epoche des Provisorischen Staatsrates bedeutete den Versuch, den Aufbau Polens auf die alten polnischen Unabhängigkeitsparteien zu stützen. Dieser Versuch scheiterte. Der polnische Regentschaftsrat, der ein volles Jahr hindurch seines Amtes waltete, stellt einen neuen politischen Kurs dar. Wie schon im vorigen Abschnitt dargelegt wurde, nötigte der Übergang der radikalen Linken zur Opposition dazu, neben dem arg zusammengeschmolzenen Aktivismus weitere Stützen für die staatliche Organisation Polens zu suchen. Schon die Auswahl der drei Regenten aus Merkals-feudalen Kreisen zeigt, daß man solche Stützen bei dem rechtsstehenden Passivismus suchte und bis zu einem gewissen Grade auch fand. Gleichzeitig wurde aber dadurch eine neue Spaltung des Aktivismus hervorgerufen. Wenn die passivistischen Kreise sich auch an der inneren Ausgestaltung des polnischen Staates beteiligten, hatten sie doch kein Interesse daran, dem sonderbaren staatsrechtlichen Zustand Polens als einer Monarchie ohne Herrscher und ohne Grenzen ein Ende zu machen, denn in der Hinsicht blieben sie stets passivistisch, daß sie Polens Schicksal erst auf der Friedenskonferenz und nur durch internationale Entscheidung bestimmt wissen wollten. Dem stand aber das politische Ziel gewisser aktivistischer Gruppen, als deren geistige Führer Studnicki und Lempicki gelten können, diametral entgegen. Diese Richtung legte den größten Nachdruck darauf, daß Polen noch während des Krieges an die Seite der Zentralmächte trete, ein Heer bilde und sein Gebiet mit bewaffneter Hand nach Osten erweitere, um in dieser Beziehung die Friedenskonferenz bereits vor ein fait accompli stellen zu können. Diesem stets nur schwachen Flügel des Aktivismus, für den die Benennung „entschiedene“ oder „radikale“ Aktivisten aufkam, folgte aber die aktivistische Mehrheit, der „gemäßigte“ Aktivismus deswegen nicht, weil er als Preis für ein Zusammengehen mit



den Zentralmächten gewisse Mindestforderungen stellte, deren wichtigste die territoriale Integrität des Kongresskönigreichs war. Wie starken Widerständen eine solche Zusicherung auf deutscher Seite begegnete, ist bekannt. Sie gingen besonders von militärischen Stellen aus, die den Gedanken der Sicherung der Ostgrenze vertraten und erst im Herbst 1918, als die verhängnisvolle Wendung an der Westfront eingetreten war, sich den territorialen polnischen Wünschen der Aktivisten geneigter zeigten. Da es ausgeschlossen war, in Polen gestützt auf den „radikalen“ Aktivismus Politik zu treiben, ergab sich als Basis des Regentenschaftsrats eine Verbindung von gemäßigttem Aktivismus und passivistischen Kreisen, eine Basis, die freilich weniger einem soliden Block als einem Eizien auf zwei Stühlen verglichen werden kann. So kommt es, daß die alten Begriffe des Aktivismus und des Passivismus in der Zeit des Regentenschaftsrates sehr zu modifizieren sind.

Ein gemeinsames Interesse hatten diese beiden Gruppen allerdings, da sie beide besitzende Klassen repräsentierten, nämlich die Abwehr des Bolschewismus, der im November 1917 in Petersburg zur Herrschaft kam. Daher wirkte diese Revolution im Gegensatz zur Märzrevolution auf die deutsche Politik in Polen nicht in ungünstigem Sinne ein. Die programmatisch dem Bolschewismus nahestehenden polnischen Parteien, in erster Linie die Sozialdemokratie Polens und Litauens, waren noch zu schwach, um aus Lenins Sieg erheblichen Vorteil ziehen zu können. Doch brachte das Rückfluten polnischer Flüchtlinge schon 1918 eine starke bolschewistische Agitation ins Land. Wenn es ihr nur allmählich gelang, Boden zu gewinnen, so lag das besonders an der Forderung des Anschlusses Polens an die föderative Sowjetrepublik, was dem polnischen staatlichen Unabhängigkeitsgedanken zuwiderlief. Wirksamere war diese Agitation in rein sozialer Hinsicht, wobei sie in gleicher Weise und in schärfster Form sich gegen Okkupationsmächte wie polnische Behörden wandte. In dieser doppelten Opposition standen während der ganzen Epoche des Regentenschaftsrates auch die Unabhängigkeitsparteien und vor allem die Polnische Sozialistische Partei.

Die Grundzüge dieser in Umrissen dargestellten Parteigruppierung, die erst im Herbst 1918 bei dem herannahenden deutschen Zusammenbruch neuen Schwankungen unterlag, waren bei dem Rücktritt des Staatrates bereits herausgebildet. Außerdem fiel dieses Ereignis mitten hinein in intensive Verhandlungen zwischen Berlin, Wien und Warschau<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Graf Ronikier reiste wiederholt nach Berlin, am 1. September weilte Staatssekretär v. Kühlmann in Wien, am 5. September kamen Graf Czernin und der frühere österreichische Delegierte in Warschau Freiherr von Andrian nach Berlin.

über die Neubildung oberster polnischer Staatsbehörden, wobei auf deutscher Seite schließlich doch die Meinung durchgedrungen war, trotz aller Widerstände und Mißerfolge „fest und energisch bei der Stange zu bleiben“, wie sich Beseler in einer Rede am zweiten Jahrestag der Errichtung des Generalgouvernements ausdrückte. Unter diesen Umständen stellte der Rücktritt des Staatsrates nur den effektvollen Zusammenbruch eines längst morschen Baues vor, neben dem ein neues Gebäude bereits im Rohbau fertig war. Die Fertigstellung des neuen Baues wurde aber dadurch eher beschleunigt als verzögert. Am 1. September erfolgte die Übergabe des Justizwesens, am 1. Oktober die des Schulwesens an die polnischen Behörden, d. h. an die vom Provisorischen Staatsrat hinterlassene Übergangskommission. Am 15. September verkündeten dann die beiden Generalgouverneure in Warschau und Lublin drei wichtige Dokumente, nämlich ein kaiserliches Handschreiben, einen gemeinsamen Erlaß der beiden Generalgouverneure und ein Patent betreffend die Staatsgewalt im Königreich Polen, sämtlich datiert vom 12. September. Das wichtigste dieser drei Dokumente, das Patent, lautet:

Artikel 1.

1. Die oberste Staatsgewalt im Königreich Polen wird bis zu ihrer Übernahme durch einen König oder Regenten unter Wahrung der völkerrechtlichen Stellung der Okkupationsmächte einem Regenschaftsrat ü ertragen.
2. Der Regenschaftsrat besteht aus drei Mitgliedern, die von den Monarchen der Okkupationsmächte in ihr Amt eingesetzt werden.
3. Die Regierungsakte des Regenschaftsrates bedürfen der Gegenzeichnung des verantwortlichen Ministerpräsidenten.

Artikel 2.

1. Die gesetzgebende Gewalt wird vom Regenschaftsrat unter Mitwirkung des Staatsrates des Königreichs Polen nach Maßgabe dieses Patentes und der hier nach zu erlassenden Gesetze ausgeübt.
2. In allen Angelegenheiten, deren Verwaltung der Polnischen Staatsgewalt noch nicht überlassen ist, können gesetzgeberische Anträge nur mit Zustimmung der Okkupationsmächte im Staatsrat behandelt werden. In diesen Angelegenheiten kann ne en den nach Ziffer 1 genannten Organen des Königreichs Polen bis auf weiteres auch der Generalgouverneur, jedoch nur nach Anhörung des Staatsrates, Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen. Außerdem kann der Generalgouverneur zur Wahrung wichtiger Kriegsinteressen die unausweichlich notwendigen Anordnungen mit Gesetzeskraft erlassen, sowie ihre verbindende Kundmachung und Durchführung auch durch Organe der Polnischen Staatsgewalt verfügen. Die Verordnungen des Generalgouverneurs können nur auf demselben Wege, auf dem sie erlassen sind, aufgehoben oder abgeändert werden.
3. Gesetze sowie Verordnungen der Polnischen Staatsgewalt, die Rechte und Pflichten für die Bevölkerung begründen sollen, müssen dem Generalgouverneur der Okkupationsmacht, in deren Verwaltungsgebiet sie in Kraft treten sollen, vor ihrer Erlassung zur Kenntnis gebracht werden und können nur bindende Kraft

erlangen, wenn dieser nicht dagegen innerhalb vierzehn Tagen nach Vorlage Einspruch erhebt.

Artikel 3.

Der Staatsrat wird nach Maßgabe eines besonderen Gesetzes getilgt, das der Regenschaftsrat mit Zustimmung der Okkupationsmächte erläßt.

Artikel 4.

1. Die Aufgaben der Rechtspflege und Verwaltung werden, soweit sie der Polnischen Staatsgewalt überlassen sind, durch polnische Gerichte und Behörden, im übrigen für die Dauer der Okkupation durch die Organe der Okkupationsmacht ausgeübt.

2. Der Generalgouverneur kann in Angelegenheiten, die die Rechte oder Interessen der Okkupationsmacht berühren, die Überprüfung der Gesetz- und Rechtmäßigkeit von Entscheidungen und Verfügungen der polnischen Gerichte oder Behörden im gesetzmäßigen Instanzenzuge veranlassen und bei der Schöpfung des Urteils oder der Entscheidung in oberster Instanz die betroffenen Rechte oder Interessen durch einen Vertreter geltend machen.

Artikel 5.

Die völkerrechtliche Vertretung des Königreichs Polen und das Recht zum Abschluß internationaler Vereinbarungen können von der Polnischen Staatsgewalt erst nach Beendigung der Okkupation ausgeübt werden.

Artikel 6.

Dieses Patent tritt mit der Einsetzung des Regenschaftsrates in Kraft.  
v. Beseler. Szejtynski.

In dem Erlaß der beiden Generalgouverneure wird der Regenschaftsrat als „geeignetes Mittel“ bezeichnet, „die künftige Monarchie vorzubereiten“. Seine erste Aufgabe sei die Berufung eines Ministerpräsidenten. Der Staatsrat, der „in neuer, erweiterter Gestalt und mit vermehrten Rechten“, insbesondere mit beschließender Stimme auf dem Gebiete der Gesetzgebung wieder aufleben solle, sei der „Vorläufer des polnischen Landtags“. Das kaiserliche Handschreiben endlich bedauerte, daß der Kriegsverhältnisse halber die Berufung eines Monarchen noch nicht möglich sei und sprach die Hoffnung aus, daß Polen „im freien, selbstgewählten Anschluß an die in treuer Freundschaft zu ihm stehenden Mittelmächte einer friedlichen und gesegneten Zukunft entgegengehe“. Den „rückhaltslosen freien Anschluß an die Mittelmächte“ betonte Beseler noch ausdrücklich bei der feierlichen Übergabe der Urkunden an die Übergangskommission des Provisorischen Staatsrates. Mikulowski-Pomorcki als Vorsitzender dieser Kommission bezeichnete die Erlasse als einen „mächtigen Schritt vorwärts in der Ausgestaltung der allgemeinen Bestimmungen des Manifestes vom 5. November 1916“ und bat, den beiden Kaisern „Huldigung und tiefempfundenen Dank übermitteln zu wollen“.

Die Oberhoheit der Okkupationsmächte war offensichtlich in dem Septemberpatent nach wie vor vollauf gewahrt. Tatsächlich konnte

nach Artikel 2, Abs. 2 und 3 und Artikel 4, Abs. 2 der Generalgouverneur jede ihm genehme Maßnahme anordnen, jede ihm nicht genehme verbieten, selbst auf dem Gebiete der bereits in polnische Hände übergebenen Justiz; leider ist sogar in diesem letzten Falle wiederholt von der formellen Kompetenz der Okkupationsgewalt Gebrauch gemacht worden, und zwar durchaus nicht immer „in gesetzmäßigen Instanzenzug“. Die diplomatischen Befugnisse waren dem Regentschaftsrat ausdrücklich entzogen, der „freie“ Anschluß an die Zentralmächte stark betont. Von den schwebenden Fragen, die die Öffentlichkeit in Polen noch stark in Spannung hielten, vor allem der Regionsfrage, war in keinem der Dokumente die Rede. So boten die neuen staatsrechtlichen Grundlagen der polnischen Seite genügend Anlaß zur Kritik. Aber trotzdem zeigte sich hier wieder wie bei der Novemberproklamation, daß schon der Eindruck eines positiven Fortschrittes des polnischen Staatsbaus günstig auf die polnische Öffentlichkeit wirkte. Aber eine entsprechende Lehre zog man aus dieser Erfahrung auf deutscher Seite nicht.

Die Stellungnahme der großen Parteigruppen zum Septemberpatent war durch die Vorgeschichte dieses Patentes vorgezeichnet. Im Interparteilichen Klub zeigte sich eine vorsichtige Hinneigung zu der neuen Staatsgewalt. Um so stärker betonte der Klub, getreu seiner neutralistisch-passivistischen Haltung in der äußeren Politik, „daß der Regentschaftsrat in den heutigen Übergangsverhältnissen, ohne sich auf den Willen des Volkes zu berufen, weder die Grenzen noch die Verfassung des polnischen Staates präjudizieren noch jemand die polnische Krone anbieten noch politische oder wirtschaftliche Verträge abschließen dürfe, die das weitere Schicksal Polens vorzeitig entscheiden würden“. In der Betonung der alleinigen Zuständigkeit des Volkes, d. h. des Landtags, begegnete sich der Interparteiliche Klub mit den in der Demokratischen Union zusammengeschlossenen Unabhängigkeitsparteien der Linken. Selbst die Linke lehnte den Regentschaftsrat nicht von vornherein ab, sondern gab zu, daß er „ein weiterer Schritt auf dem Wege der Realisierung des polnischen Staates werden könne“, wenn sie auch „weitgehende Zweifel“ hierbei ausdrückte. Als Vorbedingung einer erfolgreichen Tätigkeit des Staatsrates und zugleich ihrer eigenen Mitarbeit bezeichnete sie „die Anerkennung der bürgerlichen Freiheiten, in erster Linie die Aufhebung der Repressalien gegenüber den wegen Streiks und politischer Angelegenheiten Verhafteten, Freilassung der internierten Legionäre, die Rückkehr Josef Pilsudskis in die Heimat, die Freiheit der Presse und der Versammlungen“. Von diesen Bedingungen wurde aber keine erfüllt und die Linke blieb in der Opposition. Die aktivistischen Gruppen endlich brachten, je nach ihrer Färbung, ihre Zustimmung zum Sep-

temberpatent mehr oder weniger entschieden zum Ausdruck, am klarsten das Nationale Zentrum, das sogar für ein Bündnis mit den Zentralmächten eintrat. Die meisten aktivistischen Kundgebungen betonten ferner die Forderung der Rückgabe des polnischen Hilfskorps, das den Stamm der eilig zu bildenden polnischen Armee abgeben sollte.

Dieses polnische Hilfskorps war vom Königreich aus Ende August zunächst nach Przemyśl in Galizien verlegt worden. Dort brachen aber schon Anfang September in der Truppe, die die Abkommandierung aus Kongresspolen als politische Maßregelung empfand, Unruhen aus. Es kam zu zahlreichen Verhaftungen, mehrere Regimenter wurden aufgelöst, die österreichischen Behörden drohten mit schärfsten Maßregeln. Eine Anzahl von Legionären wurde in österreichische Formationen übernommen, wobei die in den Legionen erlangten militärischen Grade ihnen verloren gingen. Viele wollten auch den Legionen nicht mehr angehören und suchten um ihre Versetzung zur K. K. Armee nach<sup>1)</sup>. Bei den vermittelnden Verhandlungen, die das Armeeeoberkommando später einleitete, beteiligte sich besonders Graf Adam Tarnowski.

Graf Tarnowski spielte auch bei den weiteren Verhandlungen in Warschau eine Rolle. Zunächst handelte es sich hier um die Bestimmung des dritten Mitgliedes des Regentschaftsrates, da Riezmosowski infolge des Einspruches des Interparteilichen Klubs auf die Wahl verzichtete. Um diesen Posten konkurrierten verschiedene Richtungen. Der Interparteiliche Klub suchte seinen Führer Swiezynski durchzubringen, die Aktivisten präsentierten Mikulowski-Pomorski. Die provisorische Staatsratskommission aber trug dem Grafen Tarnowski diese Würde an, wohl in der Absicht, den Parteikonflikten aus dem Wege zu gehen. Tarnowski lehnte jedoch ab, bemerkte aber, daß er sich für ein anderes Amt gern zur Verfügung stelle. Welches Amt damit gemeint war, sagt eine Erklärung der Liga der polnischen Staatlichkeit, nach der „der glückliche nationale Instinkt“ Tarnowski bereits zum Vorsitzenden des Kabinetts ausersehen habe. Man wird unter diesen Umständen wohl nicht fehl gehen, wenn man hinter den Versuchen, den Grafen Tarnowski in eine leitende Stellung der neuen polnischen Staatsbehörden zu bringen, das Streben nach der austro-

<sup>1)</sup> Die Zahlenangaben der polnischen Blätter stimmen nicht ganz untereinander überein. Nach dem Warschauer „Głos“ vom 8. Oktober 17 standen in Przemyśl etwa 7500 Legionäre, in Kongresspolen zurückgelassen waren rund 3000 bei militärischen Formationen, in Lazaretten u. dgl., etwa 3500 in den Interniertenlagern. Zur österreichischen Armee übergetreten waren nahezu 3500. Von den Internierten leistete später noch ein Teil den Eid, auf der anderen Seite hatten die Formationen in Kongresspolen stark unter Desertionen zu leiden.

polnischen Lösung sucht. Zum dritten Mitglied des Regenschaftsrates bestimmte die Staatsratskommission schließlich den Gutsherrn Ostrowski und am 18. September wurden den Regierungskommissaren der Zentralmächte als von dieser Kommission gewählte Mitglieder präsentiert Erzbischof Alexander Kakowski, Fürst Jozislaw Lubomirski und Josef Ostrowski<sup>1)</sup>. Nach dem Patent vom 12. September stand die Einsetzung des Regenschaftsrates den Regierungen der Zentralmächte zu. Die Verständigung über seine Mitglieder dürfte aber wohl vor der offiziellen Präsentation erzielt worden sein.

Die drei Mitglieder des Regenschaftsrates waren sämtlich Männer, die, ohne überragende Persönlichkeiten zu sein, im öffentlichen Leben ihres Landes eine große Rolle gespielt hatten oder auch noch spielten. Dies bedarf keines Nachweises für eine Persönlichkeit wie den Warschauer Erzbischof. Zwar behaupten gute Kenner der polnischen Volkspsyche, daß die Frömmigkeit der polnischen Bauern<sup>2)</sup>, so augenfällig sie in Erscheinung tritt, doch nicht tief im Gemüt wurzelt, aber das ändert nichts an der Tatsache des großen Einflusses des Klerus vor allem auf dem Lande<sup>3)</sup>. Fürst Lubomirski entstammte einer in der polnischen Geschichte oft hervorgetretenen feudalen Familie. Seine Ehe mit einer Braniczka — die Braniczki gehören zu den reichsten Großgrundbesitzern in Polen — verstärkte seine wirtschaftliche Basis. Die Russen ernannten ihn als den Vorsitzenden des Warschauer Bürgerkomitees bei ihrem Abzug zum Stadtpräsidenten von Warschau und die Okkupationsbehörden übertrugen ihm nach der Einführung der kommunalen Selbstverwaltung den gleichen Posten, den er erst kurz vor der feierlichen Einführung des Regenschaftsrates niederlegte. Aus dem Interparteilichen Klub, dem Fürst Lubomirski bis dahin angehört hatte, schied er im September aus. Ebenso trat Ostrowski aus der Partei der Realpolitik aus, in der er 1905—10 als Mitglied des russischen Reichsrates eine führende Rolle gespielt hatte. Als Ostrowski Mitglied des Regenschaftsrates wurde, war er ein Mann von 67 Jahren, der sich vom politischen Leben bereits zurückgezogen hatte. Der Austritt der beiden Regenschaftsratsmitglieder aus den passivistischen Par-

<sup>1)</sup> Gewöhnlich als Graf Ostrowski bezeichnet, er war jedoch nur päpstlicher Graf. Die in amtlichen deutschen Texten übliche Benennung von Ostrowski ist nur eine Anpassung an deutschen Sprachgebrauch. Das Polnische kennt ein solches Adelsprädikat ebensowenig wie das Russische. Wdige Polen und Russen legten es sich bisweilen auf Reisen in Deutschland bei. Wird es im Polnischen zugefügt, so soll es den Betreffenden gewöhnlich als deutschfreundlich kennzeichnen.

<sup>2)</sup> Vgl. hierzu den auch deutsch erschienenen bedeutenden Roman Remonts „Die polnischen Bauern“.

<sup>3)</sup> In den Bauernparteien spielen häufig Pfarrer eine führende Rolle.

teien, denen sie früher angehört hatten, bedeutete in gewissem Sinne eine Abgabe an den Passivismus, war aber wohl noch mehr von der Erwägung bestimmt, daß die obersten Repräsentanten des Staates nicht durch Parteizugehörigkeit beeinflusst werden dürften. Ihre politische Herkunft aus dem passivistischen Lager verleugneten die Regentschaftsratsmitglieder niemals ganz. Sie waren stets außerordentlich reserviert und vorsichtig und vermieden es, entscheidende politische Schritte zu unternehmen.

Von dem Erlaß des Septemberpatents bis zur offiziellen Ernennung des Regentschaftsrates verging noch ein voller Monat. Von den Verhandlungen, die in der Zwischenzeit vor sich gingen, waren die schwierigsten die über die Abgabe einer programmatischen Erklärung des Regentschaftsrates. Endlich kam am 15. Oktober von Berlin der kaiserliche Erlaß über die Einsetzung des Regentschaftsrates. Als der Erlaß noch am Abend in den Theatern bekanntgegeben wurde, wo Festvorstellungen zu Ehren des hundertsten Todestages Kościuszkos stattfanden, brachte das Publikum den zufällig anwesenden Fürst Lubomirski und Ostrowski Ovationen und spannte ihnen nach der Vorstellung die Pferde aus. Der gleiche Tag brachte freilich auch eine Manifestation der Polnischen Sozialistischen Partei für Piłsudski.

Auch in Litauen war am 23. September die politische Entwicklung mit der Einsetzung des Landesrates, der sogenannten Laryba, zu einem gewissen Abschluß geblieben. Es ist hier nicht der Ort, dazulegen, daß die von Oberost getriebene Politik auch in Litauen fehlerhaft und aussichtslos war, sondern in diesem Zusammenhang ist nur festzustellen, daß sie unbedingt und bewußt antipolnisch war. Als im September 1915 deutsche Truppen Wilna einnahmen, erließ ihr Führer Graf Pfeil einen Aufruf an die Bevölkerung, in dem von der Befreiung der polnischen Stadt von der russischen Herrschaft die Rede war. Drei Jahre später saßen die Führer des Polentums in Wilna in deutscher Haft, darunter — eine Ironie des Schicksals — der Bruder Studnickis. Dies Bestreben der Oberostpolitik, Polen territorial einzuengen, stieß auf einmütigen Widerspruch aller polnischen Parteien. Während des ganzen Sommers 1918 häuften sich die Erörterungen in der polnischen Presse und die Proteste polnischer Parteien, die teils den starken polnischen Bevölkerungsanteil Litauens hervorheben, teils auf die Erneuerung der historischen polnisch-litauischen Lubliner Union vom Jahre 1569 abzielen.

In Galizien führten die Rückwirkungen der Ereignisse im Königreich, insbesondere die Abkommandierung der Legionen, zu scharfen Parteikämpfen und Spaltungen. Wieder erhob sich, wie nach der Novemberproklamation, die Frage der Auflösung des Obersten National-

Komitees. Während die Konservativen und Demokraten sich aus realpolitischen Erwägungen gegen die Krakauer Beschlüsse vom 28. Mai wandten, die Realisierung des Aktes vom 5. November forderten und an der Einheit Galiziens im Rahmen der österreichischen Monarchie festhielten, wandte sich die Nationaldemokratie wie die Linke in der schärfsten Weise gegen diese Tendenzen und sprengte durch ihre Session die Tagung des Landtagsklubs vom 2. September. Diese Parteikonstellation war also ein schärfer ausgeprägtes Abbild der Verhältnisse im Königreich. Die Einsetzung des Regentschaftsrates wirkte mildernd auf diese Gegensätze, zumal es dem Wiener Polenklub gelang, sich mit dem Grafen Czernin in der Regionsfrage zu verständigen. Daß die Resolution Letmajer vom 28. Mai ihre Zugkraft nicht eingebüßt hatte, daß vor allem die Idee der austropolnischen Lösung durch Personalunion Polens und Österreichs noch längst nicht ausgespielt hatte, sollten die nächsten Monate zeigen.

Wie vor dem Erlass der Novemberproklamation, so waren auch um die Zeit des Septemberpatentes in Warschau Bestrebungen im Gange, die nationale Autonomie des Deutschen für die Zukunft zu sichern, Bestrebungen, die zusammen mit der Forderung des Schutzes der jüdischen Minderheit auch in der reichsdeutschen Presse mehrfach vertreten wurden. Am 20. September wurde ein Gesetz über den deutschen Landesschulverband veröffentlicht. Danach sollten in jeder Gemeinde mit mehr als 50 deutschen Kindern Volksschulen mit deutscher Unterrichtsprache errichtet werden. Darüber hinaus wurde das Recht zur Bildung von Schulvereinen auch bei kleinerer Kinderzahl sichergestellt. Eine zweite Aktion betraf Verfassungsreformen der evangelischen Kirche in Polen<sup>1)</sup>. Im Juni 1917 unterbreitete der Deutsche Verein für Lodz und Umgegend dem evangelischen Konsistorium in Warschau Forderungen, die den deutschen Charakter der evangelischen Kirche durch eine „friedlich sich vollziehende Trennung der Lutheraner deutschen und polnischen Volkstums“ bezweckten. Bereits im Januar desselben Jahres hatten einheimische deutschgesinnte evangelische Geistliche eine Eingabe an das Generalgouvernement gerichtet, in der sie die Trennung der evange-

<sup>1)</sup> Die Zahl der deutschsprechenden Katholiken in Polen ist sehr gering. Auf sie zu wirken bestimmt war der Münchner Erzbischof von Faulhaber, der im Oktober 1917 in Polen weilte und ihnen folgenden Gruß hinterließ: „Wir deutschen Katholiken wissen, wie tief unsere polnischen Glaubensbrüder geschichtlich im Boden der katholischen Kirche eingewurzelt sind. Wir deutschen Katholiken möchten aber auch unseren polnischen Glaubensbrüdern beweisen, daß Deutschsein und Katholischsein keine unvereinbaren Gegensätze sind, wie Wasser und Feuer, daß vielmehr unter den deutschen Kronen die Treue zur Kirche und die Treue zum Vaterland sich die Hände reichen, wie Bruder und Schwester“.



ischen Kirche vom Staat anstreben und sich insbesondere dagegen wandten, daß der polnische Staat der evangelischen Kirche gegenüber die Rechte der früheren russischen Zentralbehörden erhalten sollte. Die Eingabe schlug für eine neue Kirchenverfassung eine sehr starke Beteiligung des Laienelements an der Synode vor, als Gegengewicht gegen die vielfach polonisierte Geistlichkeit. Für den 18. Oktober berief dann der Generalgouverneur nach Lodz eine Tagung der evangelischen Synode ein, die über eine neue, auf Grund dieser Eingabe vom Generalgouvernement ausgearbeitete Synodalverfassung der evangelischen Kirche beraten sollte. Auf dieser Tagung zeigte sich der polonophile Charakter des größeren Teiles der einheimischen evangelischen Geistlichkeit in sehr starkem Maße. Außerdem kam es zu sehr bedauerlichen Zwischenfällen und Folgeerscheinungen, u. a. zur Sezession einer sehr starken Minderheit, unter der sich fast alle einheimischen Geistlichen befanden. Ein Rechtsanwalt Reçzlerski, der in durchaus sachlicher Weise die rechtliche Zuständigkeit des Generalgouverneurs für die Abänderung der Synodalverfassung bestritt und die Überweisung des Entwurfs an den Regenschaftsrat verlangte, wurde nach der Tagung verhaftet und wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen eine Verfügung des Generalgouverneurs vor ein deutsches Militärgericht gestellt. Da es sich hierbei auch um die Befugnisse des Regenschaftsrates handelte, bekam die Affaire einen allgemein politischen Charakter und drohte noch vor der Einführung des Regenschaftsrates zu einem Konflikt zu führen. Reçzlerski wurde freigesprochen; da man aber bei einer Haussuchung bei ihm einen alten Revolver gefunden hatte, wurde er wegen unbefugten Waffenbesitzes zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Durch Ungeschicklichkeit und blinden Eifer wurde so der ungünstige Eindruck der ganzen Aktion, die ein im Grunde berechtigtes Ziel auf militärischem Verordnungswege erreichen wollte, auf polnischer Seite noch verstärkt und der Anlaß gegeben, von einer Germanisierung<sup>1)</sup> der evangelischen Kirche in Polen zu sprechen. Damit aber warf man der eigenen Politik in Polen Steine in den Weg.

Ob diese Art des Vorgehens im Sinne Beselers lag, läßt sich nach den Ausführungen, die er bei einem Besuch in Lodz Ende September 1917 machte, bezweifeln. Er sagte dort zwar dem Deutschum in Polen volle Unterstützung zu, machte aber darauf aufmerksam, daß man „kleine Opfer bringen müsse, um Großes nicht zu gefährden“, und riet vor allem, sich nicht auf Schutz von oben zu verlassen, sondern

<sup>1)</sup> Freilich war man auf polnischer Seite in diesem Punkte sehr empfindlich; auch rein defensive Maßnahmen zum Schutze des Deutschums wurden in der Regel als Germanisierungsbestrebungen gedeutet.

die eigenen Kräfte zu sammeln. Aber der gute Wille Beselers, in der praktischen Politik den deutschen staatsrechtlichen Kundgebungen zu entsprechen, fand ja bekanntlich schon in der Haltung seiner nächsten Umgebung seine Schranken.

Kurz vor der feierlichen Einführung des Regentschaftsrates fand in Berlin die Begründung einer deutsch-polnischen Gesellschaft statt. Auf deutscher Seite beteiligten sich hieran Kenner des Ostens und Vertreter der Linken, auf polnischer Seite Vertreter der deutsch-polnischen Verständigung aus dem Reich und aus Kongresspolen, vor allem Fürst Drucki-Lubecki und Graf Ronikier. Graf Ronikier, der sich im aktivistischen Sinne schon als Mitglied der Berliner Delegation im Oktober 1916 und durch die Begründung des Nationalen Zentrums bestätigt hatte, sprach auf der Gründungsversammlung am 24. Oktober. Nach Artikeln und Interviews von ihm, die in der gleichen Zeit durch die Berliner und Wiener Presse gingen, dürfte er ausgeführt haben, daß die Einsetzung des Regentschaftsrates einen Wendepunkt in der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen bedeute. Die Zentralmächte hätten damit bewiesen, daß es ihnen mit dem Akt vom 5. November ernst sei; Polen werde zeigen, daß es die Kräfte zu einer Staatsbildung besitze, und man werde erkennen, daß zwischen Polen und den Zentralmächten nur durch die Zeitverhältnisse bedingte Reibungen, aber keine unvereinbaren Gegensätze bestünden.

Am 27. Oktober fand dann im Warschauer Schloß die feierliche Einsetzung und in der Kathedrale die Eidesleistung des Regentschaftsrates statt<sup>1)</sup>. Die beiden Generalgouverneure überreichten den Mitgliedern des Regentschaftsrates die Ernennungsurkunden. Das Hoch auf Polen und den Regentschaftsrat wurde mit einem Hoch auf die Kaiser der Zentralmächte erwidert und auf dem Schloß, dessen einer Flügel dem Regentschaftsrat eingeräumt wurde, die polnische Fahne gehißt. Die Krise des Provisorischen Staatsrates war damit äußerlich überwunden, und wenn auch die politische Wendung, die hierin lag, ihre schweren Bedenken und Gefahren hatte, stellte sie sich doch unmitttelbar als ein äußerer Erfolg dar.

<sup>1)</sup> Bei der Einsetzungsfeier kam es trotz des sorgfältig ausgeklügelten Zeremoniells zu einigen Zwischenfällen, die an sich nur anekdotischer Art sind, aber wie ein Symbol der Entwicklung in Polen wirken. Der Regentschaftsrat fuhr an einem falschen Portal des Schloßes vor und wurde von dem wachhabenden Untersoffizier, der entsprechende Ausweise verlangte, die der Regentschaftsrat natürlich nicht besaß, zunächst nicht eingelassen. Am Schluß der Feier sollten die polnische und die deutsche Hymne gespielt werden. Nach der polnischen Hymne wartete man einige Minuten in veinlicher Verlegenheit, bis sich herausstellte, daß die Musiker bereits abgezogen waren, so daß die Feier ohne die deutsche Hymne schloß.

## 2. Von der Einsetzung des Regenschaftsrats bis zum Frieden mit der Ukraine (27. 10. 17—9. 2. 18).

Die Geschichte des Regenschaftsrates von seiner Einsetzung bis zum Bresker Frieden zeigt eine starke Verwandtschaft mit der Geschichte des Provisorischen Staatsrates. Beide Male entstand auf Grund eines feierlichen Staatsaktes eine oberste polnische Behörde, und obwohl Zusammensetzung und Kompetenzen dieser Behörden von vornherein der Kritik eines Teiles der polnischen Parteien begegneten, löste doch in beiden Fällen die Tatsache der Schaffung einer polnischen Regierungsgewalt günstige Rückwirkungen auf die polnische Öffentlichkeit aus. Da aber in der Folge die von der polnischen Seite erhofften Fortschritte in der Ausgestaltung der Machtbefugnisse der polnischen Obrigkeit und in der Lage des Landes nicht eintraten, steigerte sich die Opposition im Innern und schließlich gab die Nichterfüllung einer Fundamentalforderung den Anlaß zur demonstrativen Demission zwar nicht des Regenschaftsrates, den starke polnische Parteigruppen doch nicht wieder preisgeben wollten, aber des ersten polnischen Ministerkabinetts. Für den Staatsrat schuf seinerzeit die Legionsfrage den Konfliktfall, für den Regenschaftsrat handelte es sich um den Abschluß des Friedens mit der Ukraine, der ohne Zulassung polnischer Vertreter und im strikten Gegensatz zu polnischen Gebietsansprüchen zustande kam.

Die Bresker Friedensverhandlungen sind wohl das wichtigste, aber nicht das einzige außenpolitische Moment, das auf die Entwicklung der polnischen Frage in diesem Zeitraum einen starken Einfluß ausübte. Gleich am Anfang der Amtszeit des Regenschaftsrates steht zunächst ein starker Vorstoß von Wien aus zugunsten einer austropolnischen Lösung. Wegen dieser von galizischen Kreisen während des ganzen Krieges betriebenen Lösung der polnischen Frage hatte Wien schon in den ersten Kriegsjahren in Berlin mehrfach sondiert und Bethmann-Hollweg soll ihr nicht abgeneigt gewesen sein. Einen schweren Schlag erlitt sie durch die österreichische Niederlage bei der Brussilowoffensive im Sommer 1916, die Bedenken erweckte, ob Osterreich eine noch weiter nach Rußland hin vorgeschobene Reichsgrenze werde schützen können, und der Akt vom 5. November 1916 in Verbindung mit der gleichzeitig proklamierten Sonderstellung Galiziens mußte logischerweise, auch wenn die Grenzfrage noch offen blieb, als Ablehnung der Verschmelzung Galiziens und Kongresspolens gedeutet werden. Wie dann im Laufe des Jahres 1917 die triallistische Idee in neuer Gestalt auflebte, wurde bereits im vorigen Kapitel erwähnt. Daß sie gerade im Herbst 1917,

zur Zeit der großen italienischen Offensive, energisch hervortrat, war wohl kein bloßer Zufall.

Am 2. November hatte Graf Hertling den Reichskanzler Michaelis abgelöst. Schon in den ersten Tagen seiner Amtsführung hatte der neue Kanzler sich intensiv mit der polnischen Frage zu befassen. Es fanden in Berlin Besprechungen mit dem Grafen Czernin statt, der wohl damals als treibende Kraft im Sinne der austropolnischen Lösung angesehen werden kann, und am 5. November trat der Kronrat unter Teilnahme von Hindenburg und Ludendorff zu einer Sitzung zusammen, in der über die polnische Frage verhandelt wurde. In den nächsten Tagen berichtete die Presse in mehr oder weniger entschiedenem Ton, daß diese Kronratssitzung sich für die austropolnische Lösung entschieden habe. Das „Neue Wiener Journal“ brachte sogar einen Leitartikel „Kaiser Karl — König von Polen“. Über die nähere Ausgestaltung dieses Projektes wurde mitgeteilt, daß an Stelle des Trialismus ein „Subdualismus“ treten solle, indem das durch Personalunion mit der Krone Habsburg verbundene Polen mit Osterreich ein ähnliches Verhältnis eingehen solle wie Kroatien mit Ungarn. Dadurch solle vermieden werden, daß Ungarn majorisiert werden könnte<sup>1)</sup>. Auf deutscher Seite plane man als „Kompensation“ die Verbindung von Litauen-Kurland mit der Krone Preußen. Über die Grenzen dieser neuen Herzogtümer gegen Polen gingen die Meldungen auseinander. Nach einer Version hätten die Vertreter der Obersten Heeresleitung die Narewlinie gefordert, was wohl auch zutreffen dürfte. Nach einer anderen sollten Suwalki und Grodno zur Abrundung an Polen fallen, was aber die „Kownoer Zeitung“, das Organ von Oberost, mit einer gewissen Enttäuschung dementierte. An allen diesen Meldungen scheint das eine richtig zu sein, daß der Kronrat vom 5. November tatsächlich eine derartige Lösung der polnischen Frage und weitere Verhandlungen in diesem Sinne ins Auge gefaßt hat, ohne aber endgültige Beschlüsse zu fassen. Als bald erklärten Graf Hertling, Graf Czernin und von Seidler, daß Entscheidungen in der polnischen Frage noch nicht gefallen seien, und daß man das Selbstbestimmungsrecht Polens achte, allerdings mit der mehr oder weniger deutlich ausgesprochenen Voraussetzung, daß es dieses Selbstbestimmungsrecht nicht entgegen den Interessen der Zentralmächte ausüben werde.

Bald aber stellte sich heraus, daß die austropolnische Lösung auf große Schwierigkeiten stieß. In Kongresspolen selbst würde sie wohl

<sup>1)</sup> Diesen Gedanken entwickelte der ungarische Ministerpräsident von Bekere am 23. November vor dem ungarischen Parlament.

trotz der grundsätzlichen Gegnerschaft aller nichtaktivistischen Gruppen gegen eine vorzeitige Festlegung Anklang gefunden haben, falls sie nicht mit Gebietsabtrennungen im Westen und Norden verbunden wurde, und unter den galizischen Parteien zählte sie Anhänger bis in die Reihen der Sozialdemokratie, darunter Daszynski. Aber im übrigen Österreich und in Deutschland war die Gegnerschaft doch sehr stark. Im österreichischen Reichsrat protestierten die Südslawen, die Ruthenen, die Rumänen, die Tschechen, auch die deutschen Sozialdemokraten. Die Deutsch-Nationalen waren für das Ausscheiden Galiziens aus Österreich, denn das verschaffte ihnen eine Mehrheit, aber aus eben diesem Grunde wollten die anderen Nationen die Polen nicht ziehen lassen. Besonders heftig protestierten die Ruthenen, die nicht mit Galizien von einem Großpolen übernommen werden wollten. Dazu kamen noch wirtschaftliche und finanzielle Bedenken. In Deutschland ging die Gegnerschaft gegen die austropolnische Lösung von verschiedenen Seiten aus. Ernsthaftige Politiker und gute Kenner des Ostens wie von Massow bekämpften sie als eine Gefahr für die zukünftigen Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland. Der Rechten war die Abspaltung Deutschlands mit Litauen und Kurland zu wenig; mindestens wünschte sie eine sehr starke Beschneidung Polens. Die Sozialdemokratie erblickte in den baltischen Projekten abzulehnende Annerxionspläne und bekämpfte eine Präjudizierung der polnischen Frage ohne Entscheidung der polnischen Bevölkerung.

So wurde aus der austropolnischen Lösung nichts. Als aber die Oberste Heeresleitung durch ihre bestimmende Einwirkung auf die Brest-Litovsker Friedensverhandlungen, wie sie in dem Eingreifen des Generals Hoffmann zum Ausdruck kam, ihren politischen Einfluß gerade in der zukünftigen Gestaltung der östlichen Gebietsfragen stark geltend zu machen begann, trat eine ganz andere Konzeption der polnischen Frage in den Vordergrund: die Idee eines kleinen, eingeengten Polens, dem Grenzstreifen im Norden und Westen als militärische und wirtschaftliche<sup>1)</sup> Sicherungen wegzunehmen wären und das ringsum, auch gegen Großrußland hin, durch Nachbarstaaten eingeengt und abgeschlossen sein sollte. Eine Vorbereitung hierfür sollte wohl die am 1. Februar 1918 vollzogene Zusammenlegung der beiden Militärverwaltungen Litauen und Bialystok-Grodno zur Militärverwaltung Litauen mit dem Sitz in

---

<sup>1)</sup> Denkschriften der Dypelner Handelskammer spielten hierbei eine große Rolle, die bedeutende Annerxionen in den an Oberschlesien angrenzenden polnischen Gebietsteilen forderten.

Wilna sein. Richard Schmidt nennt diese Konzeption eines polnischen „Schachtelstaates“ die „Idee der Isolierung Polens“<sup>1)</sup>.

Inzwischen war aber bereits auf der Seite der Entente die Lösung aufgestellt worden, die der Ausgang des Weltkrieges zur maßgebenden machen sollte: Am 8. Januar 1918 sprach Wilson vor dem Kongreß über sein Kriegszielpogramm und forderte darin für Polen „einen unabhängigen Staat, der alle Gebiete mit unzweifelhaft polnischer Bevölkerung umfassen sollte“. Am selben Tage, am 24. Januar, erwiderten Graf Hertling und Graf Czernin auf diese Kriegszielforderungen, aber in auffallend verschiedener Weise. Graf Hertling lehnte den internationalen Charakter der polnischen Frage ab: „Man möge es Deutschland, Österreich-Ungarn und Polen überlassen, sich über die zukünftige Gestaltung dieses Landes zu einigen.“ Graf Czernin dagegen machte sich die Wilsonsche Formel fast wörtlich zu eigen und sagte ferner: „Was Polen betrifft, so wollen wir gar nichts von diesem neuen Staat. Frei und unbeeinflusst soll Polens Bevölkerung ihr eigenes Schicksal leben.“ Die polnische Frage dürfe den Friedensschluß nicht um einen Tag hinauschieben. Ob diese auffallende Diskrepanz zwischen den Wortführern der Zentralmächte, die in Polen wie im Ausland wohl vermerkt wurde, nur auf einen Regiefehler zurückzuführen ist, läßt sich stark bezweifeln. Zu wessens Gunsten sie wirkte, braucht nicht auseinandergesetzt zu werden.

Ihre eigene Entwicklung gingen die Dinge in Rußland. Am 7. November stürzte Lenin das Kabinett Kerenskis und richtete die Diktatur der Sowjets auf. Dadurch wurden diejenigen polnischen Kreise, die nicht selbst mit dieser extremen Richtung sympathisierten, dazu gedrängt, sich der politischen Entwicklung in der Heimat zu nähern. Es bildeten sich, vornehmlich aus Grundgrundbesitzern Litauens und der westlichen Ukraine, neue Parteigruppen wie die National-Konservativen, die sich ausdrücklich von der nationaldemokratischen Emigrationspolitik abwandten. Aber selbst dieser letzteren Richtung angehörige Körperschaften wie der Nationale Klub und das ehemalige Warschauer Zentral-Bürgerkomitee in Petersburg faßten Anfang 1918 Beschlüsse, in denen sie dem Regentschaftsrat „Huldigung und Ehrerbietung“ darbrachten. Bemerkenswert ist auch, daß das Gros der polnischen Truppen in Rußland, vor allem das 1. Korps unter dem General Dowbor-Muśnicki, in

<sup>1)</sup> „Die neuen Richtpunkte der Organisation Polens“ in der Zeitschrift für Deutsche Politik 1918, Heft 3. — Vergleiche hierzu auch den Protest, den mehrere hundert Vertreter der polnischen Wissenschaft am 1. Februar 1918 in Krakau gegen die „tendenzlose Einengung des Begriffs Polen“ erließen, die in der Bezeichnung Kongreßpolens als Polen schlechthin bestehe.

immer schärfere Konflikte mit der Sowjetregierung geriet, die schließlich zu blutigen Zusammenstößen führten. Mit dieser Formation trat der Regenschaftsrat dann in direkte Verbindung. Die Beziehungen zu Lednicki, dem Führer der demokratischen Richtung, die zuerst sich für den Staatsaufbau in der Heimat ausgesprochen hatte, waren bereits im September 1917 durch eine Zusammenkunft in Stockholm fortgesetzt worden; von Warschau aus war u. a. Graf Kostworowski zugegen.

Die innere Entwicklung im Königreich Polen, die sich auf dem eben dargestellten größeren politischen Hintergrund abspielte, ließ sich zunächst äußerlich nicht ungünstig an. In der Rede, die das Mitglied des Regenschaftsrates Ostrowski bei der Einsetzungsfeier am 27. Oktober hielt, erklärte er im Namen des Regenschaftsrates, daß er sich in seinem Bestreben, das polnische Volk der staatlichen Unabhängigkeit entgegenzuführen, auf den Boden der Akte vom 5. November 1916 und 12. September 1917 stelle „mit der Loyalität, die des Ernstes und der Größe des historischen Augenblicks, der Ehre des polnischen Volkes würdig ist“. Zugleich drückte er beiden Monarchen „das Gefühl tiefer Dankbarkeit aus“. Dieselben Wendungen enthielt ein gleichzeitig überreichtes Notifikationschreiben an die Kaiser der Zentralmächte. In seinem Antwortschreiben vom 17. November gab der deutsche Kaiser seinem Vertrauen zu dem Regenschaftsrat sowie der Überzeugung Ausdruck, daß der Anschluß Polens an die Zentralmächte ihm die Bedingungen einer glücklichen Zukunft verschaffe. In Erlassen der beiden Generalgouverneure von Anfang November, von denen der Lubliner natürlich um eine Note wärmer war, wurden die Okkupationsbehörden angewiesen, die polnischen staatlichen Organe zu unterstützen. Von den Parteien des Interparteilichen Klubs sicherten vor allem die christlichen Demokraten in ihrem Organ, dem Polak-Katolik, dem Regenschaftsrat unbedingte Unterstützung zu. Die Gruppe der wirtschaftlichen Unabhängigkeit begrüßte sein Entstehen, die Fortschrittspartei und die Partei für Realpolitik gestatteten ihren Mitgliedern die Mitarbeit, legten ihnen aber in diesem Fall den Austritt aus der Partei nahe. Dieser Aufforderung folgte unter anderem der Prälat Chelmicki, der im Zivillkabinett des Regenschaftsrates den leitenden Posten des Generalsekretärs übernommen hatte, eine interessante Persönlichkeit und ein kluger Kopf, der als das geistige Haupt des Regenschaftsrates galt. Streng passivistisch blieb die Nationaldemokratie; wenn ihr Organ, die „Gazeta Poranna“, am 25. November auf Grund des Notifikationschreibens des Regenschaftsrates feststellte, daß er Polen „als fünften Partner dem Vierbund zuführe“, so bedeutete eine solche Formulierung von dieser Seite aus zugleich die

schärfste Kritik. Auf Seiten der aktivistischen Parteien wurde Mitte November noch einmal versucht, in einem „Seniorenkonvent“ einen losen Zusammenschluß der Hauptgruppen zu schaffen, der aber nicht von langem Bestand war. Vertreter dieser Parteien und der Liga des polnischen Staatswesens, die sich mit dem Seniorenkonvent nur von Fall zu Fall verständigen wollte, suchten am 15. November den Generalsekretär Chelmicki auf und versicherten ihn ihrer Unterstützung, insoweit Regenschaftsrat und Regierung aktivistisch sein würden. In der Laftache, daß jetzt die Aktivisten Vorbehalte machen mußten, kommt die Verschiebung der politischen Position deutlich zum Ausdruck. Chelmicki erklärte lediglich — auch das ist charakteristisch —, daß der Regenschaftsrat nach einer raschen Ausgestaltung des staatlichen Apparates streben werde. Wie weit die Richtungen des Aktivismus auseinander gingen, zeigen Erklärungen des Nationalen Arbeiterbundes und des Nationalen Zentrums aus der ersten Hälfte des November. Ersterer verlangte die völlige Unabhängigkeit Polens und die baldige Einberufung eines Landtages; letzteres erstrebte die Realisierung der Akte der Zentralmächte noch während des Krieges und forderte unter Ablehnung der Wahl die Ernennung des Staatsrates, dem nur auf diesem Wege der aktivistische Charakter gesichert werden könne. Die Scheidung des Aktivismus in einen gemäßigten und einen radikalen Flügel, die schon bei der Kabinettsbildung hervortreten sollte, kann als vollzogen gelten mit der Begründung des Verbandes für den Aufbau des polnischen Staates vom 9. Januar 1918. Diese Organisation, deren Mitglieder in politischer Hinsicht größtenteils der ehemals passivistischen Nationalen Partei, in sozialer Hinsicht dem ländlichen Grundbesitz entstammten, war recht eigentlich der Ausdruck des politischen Milieus der polnischen Regierung.

Die Bildung dieser polnischen Regierung stieß zuerst dadurch auf Schwierigkeiten, daß nach dem Septemberpatent der Ministerpräsident der Bestätigung der Okkupationsmächte bedurfte. Zweimal präsentierte der Regenschaftsrat für diesen Posten den Grafen Adam Larnowski, für den sich schon die Liga des polnischen Staatswesens so warm eingesetzt hatte, stieß aber beide Male auf Ablehnung. Man kann wohl annehmen, daß Deutschland dem österreichischen Einfluß doch nicht einen so weitgehenden Umfang einräumen wollte, wie er in der Berufung eines österreichischen Diplomaten zum polnischen Ministerpräsidenten lag. Eine solidarische Erklärung von sieben aktivistischen Parteien für die Berufung Larnowskis zeigt aber, daß auf dieser Seite eine solche Folge nicht unerwünscht schien. Schließlich schlug der Regenschaftsrat den Historiker und Publizisten Jan Ruchar-



zewski als Ministerpräsidenten vor, der am 21. November auch die Zustimmung der Okkupationsmächte fand. Rucharzewski hatte früher der Nationaldemokratie nahegestanden, sich aber von ihr schon bald nach der Revolution von 1904/5 zurückgezogen. Während des Krieges war er in der Schweiz für die polnische Unabhängigkeitsidee literarisch tätig gewesen, hatte aber dabei mit den politischen Kreisen beider kriegsführenden Mächtegruppen Fühlung zu halten gesucht. Im provisorischen Staatsrat hatte er bereits in der Sektion für höheres Schulwesen des Kulturdepartements gearbeitet.

Die Liga des polnischen Staatswesens begrüßte seine Ernennung „mit aufrichtigem Vertrauen“. Schon dies Anzeichen läßt darauf schließen, daß Rucharzewski die österreichische Lösung der polnischen Frage anstrebte<sup>1)</sup> und andere Umstände bestätigen diese Vermutung. Gerade von diesem Gesichtspunkt aus dürfte aber die Wahl des Regenschaftsrates auf ihn gefallen sein. Denn es unterliegt kaum einem Zweifel, daß dem Regenschaftsrat, nach dessen Ernennung das galizische Oberste Nationalkomitee sich aufzulösen beschloß, als nächstes Ziel die Vereinigung Galiziens und des Königreiches vorschwebte, ohne daß er damit auf weitere Möglichkeiten, falls sie sich bieten sollten, verzichten wollte. Sagte doch beim Empfang einer Delegation aus Krakau am 12. Dezember 1917 Fürst Lubomirski, daß dem Regenschaftsrat die ihm überbrachte Huldigung „Kräfte verleihen werde, um fest zu bleiben, treu zu arbeiten... vor den Augen das einzige, leuchtende Ziel, das unteilbare, unabhängige Polen“, und „so Gott will, werden wir uns in Kürze über den Lauf der Weichsel... die brüderliche Hand reichen“. Daß ferner die Liga des polnischen Staatswesens, die Rucharzewski so warm begrüßte, ihr altes Ziel der Verbindung Galiziens mit dem Kongreßkönigreich auf dem neuen Weg der dynastischen Union zwischen Polen und Österreich-Ungarn verwirklicht zu sehen wünschte, stellte sie mehrfach, u. a. in einer Erklärung vom 1. Dezember, offiziell fest.

Rucharzewskis Aufgabe war schwer und undankbar. Die polnische Öffentlichkeit erwartete einen raschen Aufbau des polnischen Staatsorganismus und einen entsprechenden Abbau der Okkupationsverwaltung; aber es erfolgte in dieser Hinsicht nichts von Bedeutung, von dem bereits übergebenen Schul- und Gerichtswesen abgesehen. Die Parteien, auf die sich der neue Regierungschef stützen sollte, strebten letzten Endes nach ganz verschiedenen Zielen. Also mußte er andauernd

<sup>1)</sup> Nach einem Interview im „Pester Lloyd“ vom 16. Januar 1918 soll er geradezu gesagt haben: „Ich bin für die sogenannte austrophile Lösung der polnischen Frage.“

lavieren und in prinzipiellen Fragen eine Entscheidung geradezu vermeiden. Die Erklärungen, die er am 3. Dezember vor Pressevertretern über die Aufgaben der neuen Regierung machte, sind ein Muster dafür, mit vielen Worten nichts zu sagen; was ihm das volle Lob des früher streng, damals nur noch gemäßigt passivistischen „Kurjer Warszawski“ brachte.

So wurde auch die Bildung des ersten Kabinetts für Rucharzewski nicht leicht. Bei den Verhandlungen mit dem Seniorenkonvent bekannte er sich — nach dessen offizieller Mitteilung — als konsequenten Aktivist und erklärte sich u. a. für schnellen Aufbau des Staates auf der Basis der Akte der Zentralmächte und für baldige Schaffung einer regulären Armee. Der Seniorenkonvent wünschte freilich Garantien für die Durchführung eines solchen Programmes. Verhandlungen mit dem Interparteilichen Klub blieben ohne positives Ergebnis. Für die Linke war Vorbedingung aller Beteiligung am Staatsaufbau: Freilassung der internierten Legionäre und Pilsudskis. Ein Parteiministerium konnte Rucharzewski nach alledem nicht bilden; sein Kabinett, das am 7. Dezember zustande kam, bestand daher zum guten Teil aus Männern wenig ausgeprägter Parteistellung, hatte aber im ganzen den Charakter des gemäßigten Aktivismus mit einem starken Einschlag der Liga des polnischen Staatswesens<sup>1)</sup>. Von neuen Persönlichkeiten in diesem Kabinett waren die interessantesten Jan Stecki und Jan Kanty Steczkowski. Stecki, der Minister des Innern, früher Dumaabgeordneter, der während der letzten Jahre schon in Lublin eine führende Rolle gespielt hatte, schied vor seinem Eintritt in das Kabinett aus der nationaldemokratischen Partei aus. Er galt für die stärkste Persönlichkeit im neuen Kabinett. Steczkowski, Mitglied des österreichischen Herrenhauses, Finanzmann aus Galizien, übernahm das Portefeuille der Finanzen und wurde später der Vorsitzende der zweiten polnischen Regierung. Der entschiedene Aktivismus war von der Zusammensetzung der ersten polnischen Regierung tief enttäuscht. Das Nationale Zentrum erhob den Vorwurf, daß die Vertreter des organisierten Aktivismus völlig übergangen seien. In eine rein negative Opposition konnten diese Parteien freilich ihrer ganzen Richtung wegen nicht treten. Zufrieden waren die „Regierungsparteien“, die gemäßigten Aktivist und Passivisten.

Die offiziellen Beziehungen der neuen Regierung zu Berlin und

<sup>1)</sup> Die Zusammensetzung des Kabinetts war folgende: Inneres Stecki, Justiz Bukowiecki, Unterricht Ponikowski, Finanzen Steczkowski, Landwirtschaft und staatliche Güter Mikulowski-Pomorski, Handel und Industrie Zagleniczyn, Öffentliche Fürsorge und Arbeit Staniszewski, Lebensmittel Przanowski.

Wien wurden eifrig gepflegt. Auf Einladung des Reichskanzlers, Graf Hertling, weilte Kucharzowski Ende Dezember in Berlin. Mehrfach traf er mit dem Staatssekretär von Kühlmann zusammen. Anfang Januar stattete dann der Regenschaftsrat in Begleitung von Kucharzowski und Chelmicki dem Berliner und dem Wiener Hof einen offiziellen Besuch ab. Die beiden Kaiser bereiteten dem Regenschaftsrat einen Empfang „voll Achtung und Würde“, wie es in einem offiziellen Warschauer Communiqué über diese Reisen heißt. Der Empfang in Wien zeigte freilich in den äußeren Formen und in den gewechselten Reden deutlich die engere wechselseitige Verbindung. Ausdrücklich stellt das offizielle Warschauer Communiqué fest, daß das Zeremoniell in Wien und Laxenburg „ein Ausdruck der Anerkennung der staatlichen Souveränität Polens“ gewesen sei. Fürst Lubomirski begrüßte in seiner Ansprache den Kaiser Karl als den „mächtigen Monarchen, der, an der Überlieferung seines erlauchten Hauses festhaltend, von wohlwollenden Gefühlen und Absichten gegenüber dem polnischen Volke beseelt sei“, und Kaiser Karl erwiderte: „Polnische Kultur und Sprache haben in der Monarchie stets eine sichere Heimstätte gefunden.“ Solche Worte konnten allerdings in Berlin nicht fallen.

Worum es sich sachlich bei den Verhandlungen des Regenschaftsrates und Kucharzowskis in Berlin und Wien in der Hauptsache handelte, geben am besten einige Sätze aus dem schon mehrfach erwähnten Warschauer Communiqué vom 16. Januar wieder. Es heißt da:

Während des Aufenthaltes in Berlin wurden die Frage des polnischen Heeres und seiner Organisation auf nationaler Grundlage besprochen, ferner die Frage der Organisation des Staatsrats, der Übernahme der Verwaltung, polnischer Vertretungen im Auslande, ferner die Frage der Beseitigung einer ganzen Reihe von Ausnahmegeetzen im Königreich Polen, wie auch die Frage der Amnestie und der Aufhebung der Repressiv-Maßnahmen gegenüber einer Reihe von Personen<sup>1)</sup>. Bei Durchführung dieser Verhandlungen gab man sich davon Rechenschaft, daß in Berlin zwei Richtungen sich kreuzen; eine uns günstige Strömung mit einer anderen. Dieses ist bei unserer Stellungnahme stets im Auge zu behalten.

Eine der die Öffentlichkeit heute am meisten beschäftigenden Fragen, die Frage der Teilnahme der polnischen Regierung an den Friedensverhandlungen wurde in Berlin und in Wien behandelt. Sie ist bereits in gewissem Grade günstig entschieden. Doch verhandelt die polnische Regierung noch weiter darüber, indem sie umfassendere Forderungen stellt. Was die endgültige Entscheidung des Schicksals Polens anbetrifft, so gingen sowohl der Erlauchteste

<sup>1)</sup> Gemeint sind die Verhaftungen und Internierungen von Politikern der Linken, in erster Linie Pilsudskis und der Legionäre in Szczyptorno und Benjaminów; das Interniertenlager von Szczyptorno war Ende Dezember größtenteils nach Lomza verlegt worden.

Regentschaftsrat, wie auch der Ministerpräsident auf ihrer Reise stets von der Voraussetzung aus, daß das polnische Volk selbst in dieser Hinsicht frei seinen Entschluß zum Ausdruck bringen wird, hielten es aber andererseits für ihre Pflicht, sich über die verschiedenen Ansichten der Lösung der polnischen Frage zu informieren, denn sie sind sich bewußt, daß sie in Kürze der Vertretung der Nation konkrete Anträge hierüber vorzulegen haben werden.

Zugleich welche Entscheidungen waren also, wie sich zwischen den Zeilen des vorsichtig abgefaßten Berichtes lesen läßt, nicht gefallen.

In den Fragen, die den Gegenstand der Verhandlungen des Regentschaftsrates in Wien und Berlin bildeten, waren aber bereits manche Reibungen im Okkupationsgebiet selbst entstanden oder im Entstehen begriffen. Sie entsprangen vornehmlich drei Quellen: Der Regionsfrage einschließlich der Frage der Internierten und Pilsudskis, der Forderung des Abbaues der Okkupation und dem polnischen Verlangen, zu den Brester Friedensverhandlungen zugelassen zu werden.

Noch im November kam es in Szczyplorno zu Konflikten zwischen der Mehrzahl der Internierten und solchen, die nachträglich den Eid leisten wollten. Eine abfällige Darstellung dieser Zwischenfälle in der „Deutschen Warschauer Zeitung“ rief einen Protest von vielen aktivistischen Parteien hervor, in dem die Rückgabe des Hilfskorps und die Bildung des polnischen Heeres gefordert wurde. Weit größere Erregung riefen bald darauf Konflikte der Lagerverwaltung mit den Internierten hervor, die durch passive Resistenz und Hungerstreik gegen das Annähen von Kriegsgefangenennummern demonstrierten. Am 9. und 10. Dezember, kurz nach der Bildung des polnischen Kabinetts, kam es in Warschau zu Straßendemonstrationen zugunsten der Internierten und Pilsudskis. Bei ihrer Unterdrückung gab es eine Reihe von Verwundeten. Wie aus dem Bericht des Regentschaftsrates über seine Reise nach Berlin und Wien hervorgeht, hat er sich in dieser Angelegenheit fortgesetzt, aber vergeblich bemüht. Am 20. Januar 1918 richteten auch einige polnische Abgeordnete des österreichischen Reichsrates in dieser Sache eine Interpellation an die Wiener Regierung.

Einen bösen Konflikt bildete ferner der „Fall Kosiński“. Mitte Dezember ließ der polnische Richter Kosiński eine Reihe von Lebensmittelspekulanten verhaften. Die deutschen Behörden verfügten deren Freilassung, da sie deutsche Heereslieferanten seien und gingen ihrerseits gegen Kosiński vor. Nach der ersten, später dementierten Darstellung sollte Kosiński selbst verhaftet worden sein. Das Verfahren gegen Kosiński, der feindliche Äußerungen gegen deutsche Behörden gebraucht haben sollte, wurde schließlich eingestellt. Wieviel Staub es aufgewirbelt hatte, bewiesen die Äußerungen der Blätter des öster-

reichischen Okkupationsgebietes<sup>1)</sup> und Galiziens. Die polnische Presse sah in diesem Fall einen Eingriff in die Polen schon überlassenen Gebiete staatlichen Lebens und damit zugleich eine Schmälerung des Ansehens und der Befugnisse der polnischen Regierung, während doch gerade der Drang nach einer Ausdehnung des eigenen staatlichen Lebens, d. h. nach einem Abbau der Okkupation, immer stärker wurde. Eine Streikwelle, die im Januar 1918 über das Land ging und das Kohlenrevier von Dombrowa, Warschau und Lublin ergriff, zeigte neben dem wirtschaftlichen einen immer stärker hervortretenden politischen Charakter mit den Hauptforderungen: Einberufung eines Landtages und Aufhebung der Okkupation<sup>2)</sup>. Die Verhandlungen in Brest, die einerseits befürchten ließen, daß dort auch über die Zukunft Polens Abmachungen getroffen wurden, andererseits die Hoffnung erweckten, daß ihnen bald ein allgemeiner Frieden folgen werde, verstärkten in allen polnischen Parteien, vornehmlich aber bei denen, die nicht an die Seite der Zentralmächte treten wollten, also bei der Linken und dem Interparteilichen Klub, die Forderung nach Selbstbestimmung, politischer Unabhängigkeit und nicht zuletzt Vereinigung aller polnischen Gebiete<sup>3)</sup>.

<sup>1)</sup> Die Zensur im österreichischen Okkupationsgebiet war erheblich milder als im deutschen, besonders dann, wenn es sich um Kritik der deutschen Okkupationsbehörden handelte.

<sup>2)</sup> Über die Stimmung in polnischen sozialistischen Kreisen gegenüber der deutschen Okkupationsmacht vgl. folgenden Auszug aus einer um die gleiche Zeit von dem galizischen Sozialisten Daszyński im Polenklub namens seiner Partei niedergelegten Resolution: „Weder der Akt vom 5. November noch das Septembepatent bilden eine Grundlage für den polnischen Staat . . . Weder die ernannten Regenten noch die mit Genehmigung und entsprechend dem Bedürfnis der Zentralmächte gebildete Regierung, noch schließlich der projektierte Staatsrat brüden den Willen des polnischen Volkes aus . . . Inzwischen geht in der deutschen Okkupation folgendes vor sich: fürchterliche Aushungerung und Verwüstung des Landes zugunsten des Deutschen Reiches, Massenverhaftungen der Jugend, Polizeipogrome, Festhaltung einer halben Million polnischer Arbeiter in Deutschland als moderne Sklaven. Den polnischen Heerführer, Brigadier Pilsudski, hat man ohne Urteil in deutsche Gefangenschaft gebracht . . . Der Polenklub stellt fest, daß das Königreich Polen nur durch einen polnischen konstitutionellen Landtag repräsentiert werden kann . . . und daß nur der polnische Landtag über die polnische Armee sowie über die Regierungsform Bestimmungen treffen kann.“

<sup>3)</sup> Vgl. hierzu eine am 3. Februar in Warschau als Plakat angeschlagene Erklärung von 113 politischen, wirtschaftlichen und sozialen Organisationen, die zum meißt der Nationaldemokratie nahe standen, mit dem Warschauer Stadtrat an der Spitze. Es heißt darin u. a.: „Es ist der unerschütterliche Wille des polnischen Volkes, ein vereinigtes Polen als einen unabhängigen Staat wiederherzustellen, und zwar unabhängig in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht, in ethnographischen Grenzen, die ihm die wirtschaftliche Lebensfähigkeit sichern, mit einem Zugang zum Meer . . . Über die Verfassung des entstehenden polnischen

zur Zeit der großen italienischen Offensive, energisch hervortrat, war wohl kein bloßer Zufall.

Am 2. November hatte Graf Hertling den Reichskanzler Michaelis abgelöst. Schon in den ersten Tagen seiner Amtsführung hatte der neue Kanzler sich intensiv mit der polnischen Frage zu befassen. Es fanden in Berlin Besprechungen mit dem Grafen Czernin statt, der wohl damals als treibende Kraft im Sinne der austropolnischen Lösung angesehen werden kann, und am 5. November trat der Kronrat unter Teilnahme von Hindenburg und Ludendorff zu einer Sitzung zusammen, in der über die polnische Frage verhandelt wurde. In den nächsten Tagen berichtete die Presse in mehr oder weniger entschiedenem Ton, daß diese Kronratsitzung sich für die austropolnische Lösung entschieden habe. Das „Neue Wiener Journal“ brachte sogar einen Leitartikel „Kaiser Karl — König von Polen“. Über die nähere Ausgestaltung dieses Projektes wurde mitgeteilt, daß an Stelle des Trialismus ein „Subdualismus“ treten solle, indem das durch Personalunion mit der Krone Habsburg verbundene Polen mit Osterreich ein ähnliches Verhältnis eingehen solle wie Kroatien mit Ungarn. Dadurch solle vermieden werden, daß Ungarn majorisiert werden könnte<sup>1)</sup>. Auf deutscher Seite plane man als „Kompensation“ die Verbindung von Litauen-Kurland mit der Krone Preußen. Über die Grenzen dieser neuen Herzogtümer gegen Polen gingen die Meldungen auseinander. Nach einer Version hätten die Vertreter der Obersten Heeresleitung die Narewlinie gefordert, was wohl auch zutreffen dürfte. Nach einer anderen sollten Suwalki und Grodno zur Abrundung an Polen fallen, was aber die „Kownoer Zeitung“, das Organ von Oberost, mit einer gewissen Entzückung dementierte. An allen diesen Meldungen scheint das eine richtig zu sein, daß der Kronrat vom 5. November tatsächlich eine derartige Lösung der polnischen Frage und weitere Verhandlungen in diesem Sinne ins Auge gefaßt hat, ohne aber endgültige Beschlüsse zu fassen. Als bald erklärten Graf Hertling, Graf Czernin und von Seidler, daß Entscheidungen in der polnischen Frage noch nicht gefallen seien, und daß man das Selbstbestimmungsrecht Polens achte, allerdings mit der mehr oder weniger deutlich ausgesprochenen Voraussetzung, daß es dieses Selbstbestimmungsrecht nicht entgegen den Interessen der Zentralmächte ausüben werde.

Wald aber stellte sich heraus, daß die austropolnische Lösung auf große Schwierigkeiten stieß. In Kongresspolen selbst würde sie wohl

<sup>1)</sup> Diesen Gedanken entwickelte der ungarische Ministerpräsident von Bekele am 23. November vor dem ungarischen Parlament.

trotz der grundsätzlichen Segnerschaft aller nichtaktivistischen Gruppen gegen eine vorzeitige Festlegung Anklang gefunden haben, falls sie nicht mit Gebietsabtrennungen im Westen und Norden verbunden wurde, und unter den galizischen Parteien zählte sie Anhänger bis in die Reihen der Sozialdemokratie, darunter Daszynski. Aber im übrigen Österreich und in Deutschland war die Segnerschaft doch sehr stark. Im österreichischen Reichsrat protestierten die Südslawen, die Ruthenen, die Rumänen, die Tschechen, auch die deutschen Sozialdemokraten. Die Deutsch-Nationalen waren für das Ausscheiden Galiziens aus Österreich, denn das verschaffte ihnen eine Mehrheit, aber aus eben diesem Grunde wollten die anderen Nationen die Polen nicht ziehen lassen. Besonders heftig protestierten die Ruthenen, die nicht mit Galizien von einem Großpolen übernommen werden wollten. Dazu kamen noch wirtschaftliche und finanzielle Bedenken. In Deutschland ging die Segnerschaft gegen die austropolnische Lösung von verschiedenen Seiten aus. Ernsthafte Politiker und gute Kenner des Ostens wie von Massow bekämpften sie als eine Gefahr für die zukünftigen Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland. Der Rechten war die Abspaltung Deutschlands mit Litauen und Kurland zu wenig; mindestens wünschte sie eine sehr starke Beschneidung Polens. Die Sozialdemokratie erblickte in den baltischen Projekten abzulehnende Amerionspläne und bekämpfte eine Präjudizierung der polnischen Frage ohne Entscheidung der polnischen Bevölkerung.

So wurde aus der austropolnischen Lösung nichts. Als aber die Oberste Heeresleitung durch ihre bestimmende Einwirkung auf die Brest-Litovsk-Friedensverhandlungen, wie sie in dem Eingreifen des Generals Hoffmann zum Ausdruck kam, ihren politischen Einfluß gerade in der zukünftigen Gestaltung der östlichen Gebietsfragen stark geltend zu machen begann, trat eine ganz andere Konzeption der polnischen Frage in den Vordergrund: die Idee eines kleinen, eingeengten Polens, dem Grenzstreifen im Norden und Westen als militärische und wirtschaftliche<sup>1)</sup> Sicherungen wegzunehmen wären und das ringsum, auch gegen Großrußland hin, durch Nachbarstaaten eingeengt und abgeschlossen sein sollte. Eine Vorbereitung hierfür sollte wohl die am 1. Februar 1918 vollzogene Zusammenlegung der beiden Militärverwaltungen Litauen und Bialystok-Grodno zur Militärverwaltung Litauen mit dem Sitz in

---

<sup>1)</sup> Denkschriften der Oppelner Handelskammer spielten hierbei eine große Rolle, die bedeutende Annerxionen in den an Oberschlesien angrenzenden polnischen Gebietsteilen forderten.

daß Deutschlands militärische Leistungen im Frühjahr 1918 ihren äußeren Höhepunkt erreichten und damit die Aussichten, die polnische Frage anders als im Einverständnis mit den Zentralmächten zu lösen, gering schienen. Es war die Zeit, in der deutsche Truppen in Finnland und im Kaukasus einrückten, Rußland durch den zweiten Brestler Frieden in seiner territorialen Ausdehnung in die Zeit vor Peter dem Großen zurückgeworfen wurde, wo Rumänien kapitulierte, und im Westen die deutsche Offensive bis vor Amiens und über die Marne führte, während Paris unter dem Feuer deutscher weittragender Geschütze lag. Die Rückwirkung der militärischen Lage auf die polnische Frage äußerte sich darin, daß unter dem Einfluß der Militärs die Idee der „Isolierung Polens“ in den Vordergrund trat und die austro-polnische Lösung zurückgedrängt wurde.

Man kann darüber streiten, welcher Weg zur Lösung der polnischen Frage der beste oder der am wenigsten schlechte gewesen wäre, und im Schlußkapitel wird diese Frage ausführlicher zu erörtern sein. Aber gerade an dieser Stelle scheint eine Auseinandersetzung darüber am Platze, daß es ein taktischer Fehler war, die polnische Frage je nach dem jeweiligen Stand der Kriegskarte zu behandeln, und daß ferner die militärische Beeinflussung der Politik deren Wesen grundsätzlich widerspricht.

Die großen Grund- und Richtlinien der Politik, die man zu treiben imstande ist, müssen natürlich gewisse Voraussetzungen realer Macht haben. In der polnischen Frage mußte man sich also zunächst darüber klar sein, ob man bei der Entscheidung über Polens Zukunft die Entente ausschalten könnte. Daran hat unsere Reichsleitung offenbar niemals gezweifelt. Um so verhängnisvoller mußte es auf Polen wie auf das neutrale und feindliche Ausland wirken, daß man bei der Behandlung der polnischen Frage im einzelnen auf jede Schwankung der Machtverhältnisse mit einem Kurswechsel reagierte. Denn eine solche Diplomatie mußte den Verdacht erwecken, Opportunitätspolitik ohne System oder Charakter zu treiben und der klaren Ziele zu ermangeln.

Daß die polnische Frage einen derartigen schwankenden Charakter zeigte und überdies nicht recht vom Fleck kam, war ja durchaus nicht Schuld der Militärs allein. Aber ihr Einfluß in den ganzen östlichen Problemen war doch unverkennbar, und wenn der Ausgang des Krieges für die Zentralmächte siegreich gewesen wäre, würde wohl die Reichstagsresolution vom 22. März 1918, die die Berücksichtigung des Selbstbestimmungsrechtes Polens, Litauens und Kurlands forderte, so wenig positiven Erfolg gehabt haben, wie die bekannte Friedensresolution vom 19. Juli 1917. Man braucht aber nicht nur auf das



Beispiel. Bismarcks hinzuweisen, der wesentliche Friedensbedingungen im schärfsten Widerspruch zu den Generälen durchsetzte, um zu zeigen, daß Politik dem Wesen und der Aufgabe des Strategen fern liegt. Es sei hierbei auch ganz abgesehen davon, daß einerseits die politische Orientierung aus dem Offizierkorps hervorgegangener Leute sehr einseitig zu sein pflegt und daß andererseits unsere offizielle Diplomatie im Kriege manchen schweren Fehler begangen hat, vor allem den, daß sie ihre Unabhängigkeit nicht bewahrte. Es genügt vielmehr, sich Klar zu machen, daß Strategie und Politik nach verschiedener Methode arbeiten und nach verschiedenen Zielen streben, um einzusehen, daß beides nicht in einer Hand liegen darf. Der Stratege beginnt wohl mit einem ausgearbeiteten Plan. Aber der Verlauf der militärischen Operationen zwingt ihn, in oft momentanen Entschlüssen seine Maßnahmen zu ändern und ein mißglückter Angriff, ein geglückter Durchbruch des Gegners kann über einen Feldzug entscheiden. Politik ist dem gegenüber ein langfristiges Geschäft. Die Früchte eines diplomatischen Feldzuges reifen vielfach erst in Jahrzehnten, und eine einzelne Schlappe kann in der Regel in ruhigen Kombinationen ausgeglichen werden. Vor allem aber ist das Ziel des Diplomaten der Frieden, der modus vivendi mit den anderen Mächten, der Feind von heute ihm der mögliche Bundesgenosse für morgen. Der Stratege muß auf den Sieg ausgehen, auf die Vernichtung des Gegners, die Unterwerfung des Feindes. So ist es nur allzu verständlich, daß der Stratege den Diplomaten nicht versteht, der seine Erfolge nicht nach Quadratkilometern eroberten Gebietes und der Menge militärischer Trophäen bemißt, sondern diese Siegeszeichen womöglich preisgibt, um der Möglichkeit willen, daß aus dem niedergeworfenen Gegner mit der Zeit ein Freund wird. Vielleicht macht der Völkerbund, wenn er in der Form kommt, wie wir ihn selber wünschen, solche Raisonnements überflüssig. Bis er da ist, muß es aber als logische Tatsache angesehen werden, daß das Schwert die Feder nicht ersetzen kann, und dies gilt von dem ganzen östlichen Problem, insbesondere von der polnischen Frage. —

Bei seinem Entschluß, im Amte zu bleiben, fand der Regentschaftsrat nicht nur die Zustimmung des Seniorenkongresses der aktivistischen Parteien, sondern auch des Interparteilichen Klubs. Zur Fortführung der Ministerialgeschäfte wurde ein Beamtenprovisorium geschaffen<sup>1)</sup>. Versuche, eine Einheitsfront aller Parteien herzustellen,

<sup>1)</sup> Die Leiter der Ressorts in dem provisorischen, am 28. Februar bestellten Kabinett waren: Ponikowski (Wort, Kultus und Unterricht), Wróblewski (poli-

scheiterten, dagegen konsolidierte sich der gemäßigte Aktivismus durch einen programmatischen und organisatorischen Ausbau des Verbandes für den Aufbau des polnischen Staates. In seiner Tagung vom 22. und 23. Februar faßte dieser Verband eine Reihe von Beschlüssen, in denen er den Regenschaftratsrat als oberste Staatsbehörde anerkannte, ihn zur Berufung eines neuen Kabinettes aufforderte und sich für die Bildung eines politisch und wirtschaftlich unabhängigen polnischen Staates mit Kongresspolen als Kern erklärte. Der Bund für den Aufbau des polnischen Staates wurde in der Folge immer mehr zum Mittelpunkt des gemäßigten Aktivismus, dessen Parteien sich um ihn scharten, und zugleich zur Basis der Politik der polnischen Regierung. Die radikalen Aktivisten scheiden aus der praktischen Politik immer mehr aus und befinden sich in ständiger Opposition zu ihrer eigenen Regierung. Durch den Zerfall der Gruppe für aktive Politik erhielt ihr äußerster, deutschfreundlicher Flügel eine Verstärkung, indem Mitte April Lempicki aus einem Teil dieser Gruppe die Polnische Staatspartei bildete. Wenn auch Lempicki, ein früherer Dumaabgeordneter, ein tatkräftiger, wort- und febergewandter Mann war, blieb trotz dieser Umgruppierung innerhalb des radikalen Aktivismus das deutschfreundliche Häuflein nach wie vor in splendid isolation.

Vertreter des gemäßigten Aktivismus unter Führung des Grafen Konikier versuchten schon wenige Wochen nach dem Ukrainer Frieden eine Verständigung in Berlin anzubahnen, wobei sie die von weitgehendem Optimismus zeugende Ansicht verbreiteten, in Polen sei ein Stimmungsumschwung zugunsten des Aktivismus eingetreten. Auch in Wien fanden gleichzeitig Besprechungen statt. In Berlin traten die polnischen Vertreter in Beziehungen zu deutschen Parlamentariern — Erzberger, Naumann und David — und stellten in gemeinsamen Beratungen eine Erklärung auf, die später in Warschau von polnischen Parteien unterzeichnet werden sollte. Diese Erklärung gibt das Programm des gemäßigten Aktivismus ziemlich getreu wieder, dessen Hauptpunkte waren: Politisches und wirtschaftliches Bündnis mit den Zentralmächten, Verzicht der Zentralmächte auf Gebietsabtrennungen von Kongresspolen, rasche Bildung der Armee und Übergabe der Staatsgewalt, Ausdehnungsmöglichkeiten für Polen im Osten, Revision der ukrainischen Grenzfrage. Auch dem Reichskanzler wurde dieses Programm zur Kenntnis gebracht. Mit ihrer Erklärung fanden die pol-

---

sches Departement), Makowski (Justiz), Dziewulski (Inneres), Wieniawski (Finanzen, Handel und Industrie), Kaczorowski (Arbeit und soziale Fürsorge), Janicki (Landwirtschaft und Verpflegung).

nischen Vertreter in Warschau freilich wenig Gegenliebe. Die Parteien scheuten offenbar eine Festlegung, die agitatorisch gegen sie hätte ausbeutet werden können. Offenbar ist aber diese Erklärung der Vorläufer der wichtigen Note, die das zweite polnische Kabinett am 29. April 1918 nach Berlin und Wien richtete.

Die Bildung eines neuen Kabinetts hatte der Regentschaftsrat dem Finanzminister aus dem Kabinett Kucharzewski, Jan Kanty Steczkowski übertragen. Die Regierungsbildung war am 4. April im wesentlichen beendet<sup>1)</sup>. Die politische Physiognomie dieses Kabinetts war der des ersten in bezug auf die Parteizugehörigkeit seiner Mitglieder sehr ähnlich. Eine bemerkenswerte neue Persönlichkeit war vor allem Prinz Janusz Radziwill, ein Sohn des preussischen Herrenhausmitgliedes Fürst Ferdinand Radziwill, der aber wegen der Bewirtschaftung der Familiengüter in Rußland seinerzeit die russische Staatsangehörigkeit angenommen hatte. Die Note des Kabinetts Steczkowski, die Tätigkeit des Prinzen Radziwill und die näheren Umstände des späteren Sturzes dieses Kabinetts lassen darauf schließen, daß Steczkowski, der mit an den Parlamentarierkonferenzen in Berlin beteiligt war, im Gegensatz zu Kucharzewski die sogenannte deutsch-polnische Lösung anstrebte, d. h. unter Verzicht auf die sofortige Verbindung Kongresspolens mit Galizien einzugehen bereit war auf eine Staatsbildung mit dem ungeschmälerten Kongresspolen als Kern und Erweiterungen nach Osten hin unter Abschluß fester Verträge mit den Zentralmächten, darunter einer Militärkonvention mit Deutschland. Der Text der Note vom 29. April, der der Öffentlichkeit erst mehrere Monate später bekannt wurde, lautet:

„Die neugebildete polnische Staatsregierung erlaubt sich unter Bezugnahme auf die der Kabinettsbildung vorausgegangenen und durch den Unterfertigten in Berlin und Wien geführten Besprechungen Ew. Erzellenz zur gefälligen Kenntnis zu bringen, daß sie es für sehr wünschenswert erachten würde, wenn sie in die Lage käme, in Verhandlungen über die definitive politische, militärische und wirtschaftliche Lösung der polnischen Frage schon jetzt einzutreten. Ein baldiger Beginn dieser Verhandlungen scheint uns schon aus dem Grunde notwendig zu sein, weil die in letzter Zeit neuerdings und mit großer Schärfe aufgetauchten Gerüchte über die angeblich beabsichtigten Grenzregulierungen die öffentliche Meinung im Lande im allerhöchsten Grade beunruhigt haben und weil die

<sup>1)</sup> Dem Kabinett gehörten außer Steczkowski an: Ehdzko (öffentliche Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Arbeitsschutz), Dzierzicki (Landwirtschaft und Kronlüter), Higersberger (Justiz), Ponilowski (Kultus und Unterricht), Stecki (Inneres), Prinz Janusz Radziwill (Politisches Departement); dazu die am 17. April ernannten Broniewski (Handel und Industrie) und Prinz Franz Radziwill (Heereskommission).

polnische Regierung aus von ihr gänzlich unabhängigen Gründen bisher nichts zu erreichen vermochte, was als Festlegung des durch den großherzigen Akt der beiden verbündeten Monarchen neugeschaffenen Staatsgebildes betrachtet werden könnte. Diese bedauerliche Sachlage wird unmöglich auf den bald zusammen tretenden Staatsrat bei seiner Stellungnahme gegenüber der Regierung ohne Einfluß bleiben können. Die polnische Regierung will selbstredend der Frage nicht vorgreifen, welche bei den in Betracht kommenden und bis jetzt in Erwägung gezogenen Lösungen der polnischen Frage das Ergebnis der in nächster Zeit stattfindenden Besprechungen der beiden Kaisermächte bilden wird. Sie gestattet sich jedoch zu bemerken, daß sie nur eine solche Lösung als eine den beiderseitigen Interessen entsprechende betrachten könnte, welche dem polnischen Staate unter Voraussetzung eines Bündnisses mit den Zentralmächten und einer Militärkonvention Unabhängigkeit, Integrität des bisherigen Territoriums Kongresspolens, eine den strategischen Notwendigkeiten entsprechende Grenzregulierung gegenüber der Ukraine, territoriale Kompensationen in den ethnographisch-polnischen Gebieten, Möglichkeit der Narew—Bober—Njemenlinie für den Verlust der vier nördlichen Kreise des Gouvernements Suwalki, schließlich die Möglichkeit der wirtschaftlichen Entwicklung durch Abschluß eines auch den Zugang zum Meere (freie Schifffahrt auf der Weichsel) gewährleistenden Handelsabkommens sichern würde. Die polnische Regierung erlaubt sich der Überzeugung Ausdruck zu geben, daß der auf diese Weise an die Zentralmächte angelehnte und in seinen vitalsten Interessen befriedigte polnische Staat den besten Schutz Mitteleuropas gegen Osten dauernd bieten und die sogenannten Grenzregulierungen politisch und militärisch durchaus entbehrlich machen würde.“

Diese Note ist wohl der größte politische Erfolg Deutschlands in Polen. Denn wenn auch die Akte vom 5. November 1916 und 12. September 1917 ein zustimmendes Echo in einem Teil der polnischen Öffentlichkeit und bei zeremoniellen Anlässen gefunden hatten, so lag doch hier zum erstenmal eine offizielle Erklärung einer polnischen Regierung vor, die im Grunde ein Bündnisangebot bedeutete, wenn auch von polnischer Seite wiederholt betont wurde, daß es sich dabei um Mindestforderungen handelte. Von der polnischen Regierung war dies zweifellos sehr realpolitisch gedacht, und sie täuschte sich wohl dabei auch über die Möglichkeit, die vom polnischen Standpunkt aus in diesem Angebot liegenden Verzichte den ganz anders orientierten Parteigruppen der Linken und des Interparteilichen Klubs schmachthaft machen zu können. Aber die deutsche Regierung überhob sie zunächst dieser Notwendigkeit solange, bis dies überhaupt unmöglich geworden war; auf der Höhe ihrer militärischen Erfolge stehend, zeigte sie gar keine Neigung, auf die Note Steczkowskis einzugehen. Wohl aber häufen sich in dieser Zeit die Kundgebungen von den höchsten Stellen im Reich und in Preußen, von offiziellen Blättern und der obersten militärischen Stelle, die übereinstimmend besagen, daß das Deutschtum in der Ostmark und die strategische Position des Reichs im Osten durch An-

nerionen polnischen Gebiets gestügt werden müsse<sup>1)</sup>. Wiederholt stellte der preußische Minister des Inneren Drews im preußischen Abgeordnetenhaus den Schutz des Deutschtums in der Ostmark in Aussicht und erklärte sich u. a. von diesem Gesichtspunkt aus für Verhältnismäßen im preußischen Osten, während der Generalgouverneur in Warschau bei dem Entwurf der polnischen Landtagswahlordnung eine Berücksichtigung der deutschen Minorität verlangte. Verstimmend mußte es auch in Polen wirken, daß die Aprilnote unbeantwortet blieb, während um dieselbe Zeit die Selbständigkeitswünsche der baltischen Landesräte und der litauischen Laryba Berücksichtigung fanden, was zugleich die Frage der Besetzung der neugeschaffenen Fürstenthrone aktuell machte. Daß die austropolnische Lösung in den Hintergrund getreten war, wurde von der deutschen Presse wiederholt festgestellt, insbesondere nach einer Zusammenkunft der beiden Kaiser im deutschen Hauptquartier Mitte Mai, bei der die polnische Frage überhaupt nur eine nebensächliche Rolle gespielt haben soll. Wenn die österreichischen Polen demgegenüber immer und immer wieder versicherten, daß „österreichisch-ungarischerseits kein Grund vorhanden sei, auf die austropolnische Lösung zu verzichten“<sup>2)</sup>, so war dies wohl tatsächlich nur Stimmungsmache, wobei man auf den Grafen Durian rechnete, der Anfang April den bei den Polen seit dem Bresler Frieden geradezu verhaßten Grafen Czernin als Minister des Äußeren abgelöst hatte.

Um so eindrucksvoller mußte es sein, wenn am 3. Juni die in-

<sup>1)</sup> Am 19. Februar erklärte die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, daß über Polens Schicksal noch nichts entschieden sei. Die Entscheidung werde „von der Haltung des befreiten Polens abhängen“.

Am 25. Februar spricht Graf Hertling im Reichstag die Hoffnung aus, daß in der Cholmer Frage ein Ausgleich möglich sein werde. „Von deutscher Seite wird bei Regelung der Grenzfrage nur das aus militärischen Gründen Unerläßliche gefordert werden.“

Am 9. April sagte der preußische Landwirtschaftsminister von Eisenhart-Rothe im preußischen Herrenhaus: „Preußen kann verlangen, daß bei den Abmachungen über die Grenze das militärische Interesse maßgebend berücksichtigt wird, wenn dabei auch der Uebelstand in Kauf genommen werden muß, daß die Zahl der Polen in Preußen vermehrt wird, die ihr eigenes Wollen mit dem des preußischen Staates nicht in Einklang bringen können.“

Am 26. April telegraphiert Hindenburg: „Den nationalliberalen Verband für Westpreußen bitte ich, versichert zu sein, daß ich nicht unterlassen werde, eine ausreichende strategische Sicherung unserer Ostmark zu erwirken.“

Am 13. Mai antwortet Graf Hertling auf eine Eingabe des Magistrats von Graudenz, die erhebliche Grenzsicherungen insbesondere gegen Polen verlangt: „Der Magistrat kann versichert sein, daß die Frage unserer östlichen Grenzsicherung von der Reichsregierung eingehend erwogen werden wird.“

<sup>2)</sup> Mitteilung der Polnischen Presseagentur in Wien vom 22. Mai 1918.

Versailles versammelten Ministerpräsidenten Frankreichs, Großbritanniens und Italiens erklärten, daß „die Schaffung eines vereinigten und unabhängigen polnischen Staates mit freiem Zugang zum Meer eine der Bedingungen eines gerechten und dauerhaften Friedens und eines auf das Recht gegründeten Regimes in Europa bilde“. Das Warschauer Kabinett erwiderte hierauf in einer sehr gewundenen Rundgebung, daß es auf die Versailler Resolution an sich nicht eingehen wolle, daß aber „der Zeitpunkt, nicht der Inhalt der Resolution den eigentlichen Charakter verleihe“. Für die polnische Regierung sei allein maßgebend eine nüchterne Beurteilung der polnischen Interessen. Eine ganz andere Haltung nahm der Interparteiliche Klub ein, der feststellte, daß die Versailler Resolution „einen lebhaften Widerhall in der Seele der polnischen Nation finden werde“. Die Partei für Realpolitik unterzeichnete diesen Beschluß nicht mit. Daraus geht hervor, daß an den immer wieder auftauchenden Gerüchten von einer Trennung dieser Partei vom Interparteilichen Klub wenigstens das eine richtig war, daß die „Realisten“ der dem Aktivismus am nächsten stehende Flügel unter den Parteien dieses Klubs waren.

Die Erklärung, mit der das Kabinett Steczkowski am 5. April vor die Öffentlichkeit trat, war im wesentlichen ein Arbeitsprogramm. Die Konstituierung des Staatsrates wird darin als eine dringende Aufgabe bezeichnet, um die Bedingungen für die Berufung eines Landtags schaffen zu können, die um so eiliger sei, weil die internationale Entwicklung, insbesondere die Gestaltung der Verhältnisse in Rußland „zu einer raschen Festsetzung der rechtlichen und politischen Formen des polnischen Staates und der Bestimmung seines Standpunktes im engen Einvernehmen mit den Zentralmächten zwingt“. Dem Ausbau der Staatsverwaltung und der staatlichen Tätigkeit im Innern sowie der Schaffung eines polnischen Heeres ist die Regierungserklärung im übrigen gewidmet.

Bei der Stelle, die sich mit dem polnischen Heer befaßt, wird festgestellt, „daß bedeutende Teile der aus der früheren russischen Armee ausgesonderten und bisher noch außerhalb der Grenzen unseres Landes gebliebenen Korps eine willkommene Verstärkung der polnischen Wehrmacht werden bilden können“. Dies bezog sich auf die polnischen Korps, die teils auf großrussischem Gebiet — in der Gegend von Bobrußk —, teils in der westlichen Ukraine standen. Die Entwicklung verlief aber durchaus nicht in der von der polnischen Regierung erhofften Weise, sondern führte vielmehr zu neuen scharfen polnisch-deutschen Gegensätzen.

Ende Februar traten die vorrückenden deutschen Truppen in Bo-

brückt mit dem Kommando des 1. polnischen Korps unter Generalleutnant Dowbor-Mušnicki in Fühlung. Es wurde ein Vertrag abgeschlossen, wonach dem polnischen Korps als neutraler Truppe ein bestimmtes Gebiet zugewiesen wurde, das es gegen bolschewistische Angriffe halten sollte. Anfang März trafen Delegierte dieses Korps in Warschau ein, die erklärten, daß das Korps sich unter die Gewalt und den Befehl des Regenschaftsrates stelle. Dieselbe Erklärung gab gleichzeitig eine Delegation des „Obersten Rates der polnischen Wehrmacht“ für die polnischen Formationen in Weißrußland und der Ukraine ab, deren politische Oberbehörde dieser Rat vorstellte. Der Regenschaftsrat übernahm in einem Schreiben an den General Dowbor-Mušnicki „die politische Leitung“ des 1. polnischen Armeekorps und teilte mit, daß er sich mit den ukrainischen Formationen in Verbindung setzen werde.

Es gelang aber nicht, eine Verständigung zwischen der Warschauer Regierung und den deutschen Heeresbehörden zu erzielen, die es insbesondere rundweg ablehnten, daß ehemalige Formationen des russischen Heeres dem Befehl des Regenschaftsrates unterstellt wurden und statt dessen deren rückhaltlose Unterordnung unter den deutschen Oberbefehl forderten. In einem schroffen Schreiben vom 8. Mai machte der Warschauer Generalgouverneur dem Regenschaftsrat hiervon Mitteilung. Der Regenschaftsrat entband daraufhin das erste polnische Korps von dem bereits geleisteten Eid und legte seinem Kommandeur dabei nahe, einen scharfen Konflikt zu vermeiden. Dem ersten polnischen Korps wurde dann ein Vertrag abgezwungen, dessen wichtigste Paragraphen lauten: „Das 1. polnische Korps wird aufgelöst und an der Bestellung von Kadern zur polnischen Wehrmacht nicht beteiligt. Dem Regenschaftsrat werden keinerlei Rechte in den Angelegenheiten des ersten polnischen Korps zuerkannt. Jedweder Verkehr zwischen Korps und Regenschaftsrat wird untersagt.“ Die Angehörigen dieses Korps trafen dann allmählich in Warschau und dem übrigen Königreich ein und belebten das Straßenbild mit ihren strammen soldatischen Erscheinungen und den russischen Uniformen und Abzeichen (die zu tragen später verboten wurde) in seltsamer Weise. Etwa ein halbes Jahr später war General Dowbor-Mušnicki polnischer Oberstkommandierender in — Posen.

Das Ende des zweiten polnischen Korps war noch trüber. Die polnischen Truppen in der Ukraine standen unter dem Oberbefehl des Generals Michelis, später des Generals Dsiński. Das zweite Korps bekam Anfang März eine Verstärkung durch einen Teil des polnischen Hilfskorps. Der größere Teil dieses Hilfskorps versuchte einige Tage nach dem Brestler Frieden nach der Ukraine überzutreten, was aber nur

einem Teil unter dem Brigadier Haller glückte. Der Rest des Hilfskorps wurde umzingelt, entwaffnet und interniert, ein Teil an die italienische Front geschickt, ein Teil vor das Kriegsgericht gestellt, das ganze Hilfskorps aufgelöst. Der Prozeß hielt monatelang die polnische Öffentlichkeit in Aufregung, bis ihn Kaiser Karl im Herbst schließlich niederschlug. Anfang April schloß das 2. polnische Korps mit der ukrainischen Regierung ein Abkommen, in dem es als neutrale Formation anerkannt wurde und im Gouvernement Tschernigow ein Konzentrationsgebiet zugewiesen erhielt. Anfang Mai verlangten die Militärbehörden der Zentralmächte auch in der Ukraine die Demobilisierung der polnischen Truppen. Auch das 2. Korps machte den vergeblichen Versuch, sein Geschick in die Hände des Regenschaftrates zu legen. Schließlich wurde das Korps von deutschen Truppen überraschend umzingelt und bei Raniow angegriffen. Nach mehrtägigem schweren Kampf (nach der polnischen Darstellung) streckte ein Teil des Korps die Waffen. Ein Teil aber, und mit ihm Brigadier Haller, entkam über den Dnjepr, zog über Moskau, wo sich Haller noch durch weitere polnische Freiwillige verstärkte, nach der Murmanküste und gelangte von dort auf Schiffen der Entente nach Frankreich. Dort übernahm Haller das Kommando über die polnischen Truppen auf der Seite der Entente, die offiziell als verbündete Armee anerkannt und in politischer Hinsicht dem polnischen Nationalkomitee in Paris unterstellt wurden. Diese Truppen sind es, deren Übersendung die polnische Regierung nach dem Sturz der Okkupation immer und immer wieder von der Entente erbat, wobei es Anfang April wegen der Forderung ihres Transportes über Danzig zu gespannten Verhandlungen zwischen der Entente und Deutschland kam.

Das 3. polnische Korps, das numerisch nur schwach war, wurde nach Meldungen Kiewer Blätter Mitte Juni in der Ukraine von österreichisch-ungarischen Truppen zur Demobilisierung gezwungen.

Die Möglichkeit, Polen im Frühjahr 1918 ein kleines Heer zu verschaffen, war also vorhanden; die ersten beiden polnischen Korps dürften zusammen 30—40 000 Mann gezählt haben. Ob die „militärischen Notwendigkeiten“, die mehr als einmal die Politik während des Krieges bedenklich belastet hatten, wirklich unbedingt zwingend waren? Das eine hatten sie erreicht: Die Legionen, die freiwillig gegen Rußland gefochten hatten, die russisch-polnischen Formationen, die im schärfsten Gegensatz zur bolschewistischen Regierung standen, fanden nirgends einen Platz als auf der Seite der Entente.

In der inneren Politik hatte die polnische Regierung auch nicht viele Erfolge zu verzeichnen. Beratungen über die eventuelle Übergabe



von Verwaltungszweigen an polnische Behörden, die Anfang Mai unter dem Vorsitz des Verwaltungschefs von Steinmeister<sup>1)</sup> stattfanden, blieben so gut wie ohne konkrete Ergebnisse. Dagegen erschwerten eine ganze Reihe von Reibungen die Beziehungen zu den Okkupationsmächten. Den Unruhen und Demonstrationen nach dem Brestler Frieden folgten zahlreiche Verhaftungen und Verurteilungen. Aufsehen erregte die Verurteilung des Lodzger Stadtverordneten Kemiszewski zu mehrjähriger Zuchthausstrafe. Kemiszewski hatte im Stadtrat in Lodz eine Geldspende für die bei den Demonstrationen nach dem Brestler Frieden Verletzten beantragt und leitete überdies, wie sich bei einer Haus-suchung herausstellte, den Nachrichtendienst der Polnischen Heeresorganisation. Streiks traten immer wieder auf, besonders im Kohlenrevier. Im Hauptausschuß des deutschen Reichstags übte Trampczynski erneut scharfe Kritik an der Festhaltung polnischer Arbeiter in Deutschland und an den rücksichtslosen Requisitionen der Kriegserohstoffstellen in Polen bei minimaler Entschädigung. Vergeblich bemühte sich Steczkowski um Milderung der Zensur in Warschau. Der Lubliner Generalgouverneur von Liposcał, der Nachfolger des Grafen Szepczycki, löste Anfang April den Lubliner Stadtrat wegen passiver Resistenz auf. Anfang Juni wurden in Warschau einige Führer des Interparteilichen Klubs verhaftet und der als Haupt der Fortschrittspartei angesehene de Kossiet, der bereits als Staatsratsmitglied gewählt war, wegen Verbreitung illegaler Druckschriften zu dreijähriger Gefängnisstrafe verurteilt.

Als positive Erfolge, die die polnische Regierung in dieser Zeit buchen konnte, blieben nach alledem eigentlich nur die Anerkennung von Seiten weiter Kreise der Polen in Rußland und das Zustandekommen des Staatsrates.

Unter den zahlreichen Kundgebungen für die Warschauer Regierung ist besonders bemerkenswert ein Beschluß einer Versammlung in Petersburg am 10. April, die von einer ganzen Reihe von polnischen Parteien der Emigration beschickt war. Diese Resolution überreichte dem Regent-schaftsrat zusammen mit anderen Huldigungsadressen der schon mehrfach erwähnte Lednicki persönlich, als er Ende April auf einige Wochen

<sup>1)</sup> Von Steinmeister war eigentlich nur Stellvertreter des wegen parlamentarischer Geschäfte im November 1917 beurlaubten Verwaltungschefs von Kries, und zwar seit dem Tode seines ersten Ende Januar 1918 verstorbenen Stellvertreters von Sandt, des früheren Verwaltungschefs in Brüssel. Von Kries hatte aber wohl von vornherein nicht die Absicht, auf seinen Posten zurück-zukehren, und legte im August 1918 offiziell sein Amt nieder, worauf von Steinmeister auch formell zum Verwaltungschef ernannt wurde.

nach Warschau kam. Schon vorher hatte ihn der Regentschaftsrat zum diplomatischen Vertreter<sup>1)</sup> bei der Sowjetrepublik ernannt. Lednicki hatte freilich in Moskau fortgesetzte Schwierigkeiten, mit dem Volkskommissar der Auswärtigen Angelegenheiten Tschitscherin überhaupt in Verbindung zu kommen. Tschitscherin erklärte wiederholt, der Regentschaftsrat sei lediglich ein Organ der deutschen Okkupation, und es sei daher für ihn viel einfacher, mit den deutschen Vertretern direkt zu verkehren. Wiederholt konnte Lednicki nur durch energische Intervention der deutschen Gesandtschaft (und später des Generalkonsulats) in Moskau Verhandlungen mit der russischen Regierung führen. Übrigens gelang es dem Regentschaftsrat auch, Vertretungen in den Hauptstädten der Vierbundmächte einzurichten, die Berliner Vertretung übernahm Mitte Juni Graf Konikier.

Schon vor dem Breslauer Frieden war der Entwurf des polnischen Staatsrates fertig. Danach sollte der Staatsrat 110 Mitglieder zählen, von denen 55 von den Kreistagen und Stadträten gewählt, 43 vom Regentschaftsrat ernannt und 12 als Spitzen der Kultus-, Unterrichts- und Justizbehörden ipso jure dem Staatsrat angehören sollten. Den Vorsitzenden (Marschall) sollte der Regentschaftsrat ernennen. Nachdem die Vorbereitungen für die Wahlen durch die Folgen des Breslauer Friedens ins Stocken gekommen waren, setzte sie das Provisorische Kabinett im Auftrag des Regentschaftsrates erneut auf den 9. April an. Die Linke boykottierte die Wahlen und den Staatsrat von vornherein, aber auch die in sozialer Hinsicht am weitesten links stehenden Parteien des Interparteilichen Klubs und der Aktivistin, nämlich die christlichen Demokraten und der nationale Arbeiterbund<sup>2)</sup> versagten ihre Beteiligung, vor allem, um gegen die undemokratische Zusammen-

<sup>1)</sup> Da das Septemberpatent dem Regentschaftsrat die diplomatische auswärtige Vertretung vorenthielt, erkannte man deutscherseits Lednicki nur als einen „Bevollmächtigten“ an, und die Warschauer Zensur mußte dafür sorgen, daß in der polnischen Presse stets Vertreter in „Bevollmächtigter“ korrigiert wurde. Polnischerseits wurde die Funktion Lednickis zweifellos als diplomatische Vertretung aufgefaßt.

<sup>2)</sup> Über die Stimmung dieser aktivistischen Partei gegenüber den Okkupationsmächten vgl. folgenden Punkt 2 einer am 9. April abgegebenen Erklärung; „Die politische Unterdrückung, in der sich die ganze Bevölkerung des Landes befindet, lastet am empfindlichsten auf der Arbeiterklasse: Die Knebelung der Presse aller politischen Richtungen durch die Zensur, und besonders der Arbeiter-Presse, namentlich der radikal-nationalen, die Erziehung der organisatorischen Lebens, die Überfüllung der Gefängnisse mit den die Unabhängigkeit Polens, die Verfolgung der inoffiziellen und die Vaterlandes — der Legionäre — nimmt die itlichkeit des früheren moskowitzischen Paris“

setzung des Staatsrates zu protestieren. Zwei ernannte Mitglieder des Nationalen Arbeiterbundes lehnten die Annahme des Mandats ab. Die Wahlen ergaben einen Sieg des Interparteilichen Klubs, der 37 Kandidaten durchbrachte gegen 12 Aktivisten<sup>1)</sup>. Wenn auch die Wahlkörper selbst — nach Kurienwahl gewählte Stadträte und von den Okkupationsbehörden ernannte Kreistage — ziemlich willkürlich gebildet waren, ließ dieses Ergebnis doch bereits Schlüsse auf die Stimmung der bürgerlichen Elemente in Polen zu. Der Regenschaftsrat machte nun von seinem Ernennungsrecht in der Weise Gebrauch, daß er 32 Aktivisten, vorwiegend gemäßigte, und nur 7 Anhänger des Interparteilichen Klubs (ferner 4 Juden und einen deutschen Bauern) ernannte, woraus deutlich die Absicht hervorging, die beiden Hauptgruppen im Staatsrat etwa gleich stark zu machen, um nötigenfalls mit Hilfe der Virilmitglieder wechselnde Mehrheiten zur Verfügung zu haben. Wären die Aktivisten eine geschlossene Gruppe gewesen wie der Interparteiliche Klub, so hätten sie eine knappe Mehrheit gebildet, wie sich z. B. bei der Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden zeigte. Aber das aktivistische Lager war in sozialer und auch in außenpolitischer Hinsicht nicht homogen und das sollte schließlich auch den Sturz des Kabinetts Steczowski herbeiführen. Zum Staatsratsmarschall ernannte der Regenschaftsrat den aus einer podolischen Gutsbesitzersfamilie stammenden Historiker Franciszek Pulaszki, einen konservativen, gemäßigten Aktivisten.

Am 22. Juni wurde der Staatsrat mit einer Thronrede des Fürsten Lubomirski eröffnet. Die Thronrede stellte als wichtigste Aufgaben des Staatsrates hin Schaffung des Landtagswahlgesetzes, des Militärgesetzes und die Feststellung von Entwürfen für Verwaltungs- und Finanzwesen im Hinblick auf die „schon in Angriff genommene Übernahme der Verwaltung“. Bemerkenswert ist aus der Thronrede die trotz der vorsichtigen Wahl der Worte starke Unterstreichung der Verbindung mit den Zentralmächten, wie sie in folgendem Absatz zum Ausdruck kommt: „Wir stützen uns auf den großherzigen Akt der mächtigen Herrscher, die Polen ein unabhängiges Dasein verbürgen. Diese Bürgschaft ist einerseits die Quelle tiefer Dankbarkeit für die Monarchen, andererseits für uns und unsere Regierung die Grundlage der Überzeugung, daß die Verwirklichung der staatlichen Unabhängigkeit Polens, in ihrem engen Einvernehmen mit den beiden Zentralmächten fortschreitend, in einem dauernden Vertrag mit diesen zum Ausdruck kommen wird.“

<sup>1)</sup> Dazu kamen einige Juden; einige Wahlen, z. B. in Lublin, wo der Stadtrat aufgelöst war, kamen nicht zustande, so daß der Regenschaftsrat die fehlenden Mandate ebenfalls durch Ernennung besetzte.

#### 4. Vom Zusammentritt des Staatsrats bis zur Demission des Kabinetts Steczkowski (22. 6. 18—5. 9. 18).

Die erste Session des Staatsrates, die etwa 6 Wochen dauerte, sollte seine einzige bleiben. Der Staatsrat selbst mit seiner einseitigen Zusammensetzung war nur ein unvollkommenes Parlament, und in der politischen Entwicklung im Königreich Polen stellte er nach der Wendung, die im Herbst eintrat, nur eine Episode dar. Aber trotzdem ist ein Studium seiner Verhandlungen von Interesse, wenn es ihm auch nicht gelang, Zensurfreiheit für die Preßberichterstattung zu erreichen.

Steczowski trug in der ersten geschäftlichen Sitzung des Staatsrates am 26. Juni ein offizielles Exposé des Kabinetts vor. Er konnte darin nichts Positives bieten. Alle wichtigen Fragen, von der Heeresfrage bis zur Übernahme der Landesverwaltung, befanden sich noch im Stadium der Verhandlungen mit den Okkupationsmächten, und wohl mit Recht sprach Steczowski die Vermutung aus, „daß sie so lange nicht in einer dem notwendigen Bedürfnis des Aufbaues des Staates entsprechenden Weise erledigt werden würden, als nicht die politische Lösung und die Regelung der Verhältnisse des polnischen Staates zu den Zentralmächten eintreten werde.“ Für die Regelung dieser politischen Frage verwies er auf die Note der polnischen Regierung vom 29. April und teilte mit: „Auf diese Note haben wir eben erst von dem Herrn Reichskanzler die Antwort erhalten, daß die durch uns ausgedrückten Wünsche gründlich und wohlwollend mit der I. und II. Regierung betrachtet und erörtert werden würden. Der Herr Reichskanzler versichert uns hierbei, daß die endgültige Lösung nicht erfolgen wird ohne Verständigung mit den eigentlichen Organen der polnischen Nation. Auf demselben Standpunkt steht auch die Leitung der äußeren Angelegenheiten der österreichisch-ungarischen Monarchie.“

Die Redner der einzelnen Gruppen des Staatsrates nahmen zum Exposé der Regierung Stellung. Nur die radikalen Aktivisten — Lempicki und Studnicki<sup>1)</sup> — betonten in erster Linie die Notwendigkeit, ein Bündnis mit den Zentralmächten abzuschließen. Für den Interparteilichen Klub stellte Swiezynski fest, daß er den Optimismus des Minister-

<sup>1)</sup> Studnicki war der „Staatspartei“ Lempickis beigetreten. Vor und während der Staatsratssession machte vor allem in der galizischen Presse viel Aufsehen die Aufdeckung eines angeblich von ihm geplanten Staatsstreiches zur Beseitigung des Regentenschaftsrats und seiner Ersetzung durch eine ausgesprochene aktivistische Regierung. Da diese Affaire kaum praktische Bedeutung hat und vermutlich nur auf ungeschickte Äußerungen Studnickis zurückgeht, behandeln wir sie nicht weiter.

präsidenten nicht teilen könne, denn in einem Zeitpunkt, da die ganze Welt die polnische Frage als eine internationale und die polnischen politischen und nationalen Bestrebungen als gerecht anerkannt habe, geschehe nichts von seiten der Zentralmächte, was ihr Bestreben nach einem wirklichen Wiederaufbau des polnischen Staates beweisen könne. Trotzdem erklärte Świeżyński die Bereitwilligkeit des Interparteilichen Klubs, an der sachlichen Arbeit des Staatsrates teilzunehmen, um dem Landtag möglichst schnell den Weg zu ebnen. Die gemäßigten Aktivisten endlich betonten mehr oder minder energisch, daß sie ihre prinzipielle Bereitwilligkeit zu einem Bündnis mit den Zentralmächten an Bedingungen knüpfen, die namens der „Verständigungskommission“ der aktivistischen Parteien im Staatsrat Graf Kostworowski folgendermaßen formulierte: „Wenn der Herr Ministerpräsident uns erklärte, daß die Regierung konkrete Wege sucht, um ... den Akt vom 5. November gegen einen mehr konkreten und positiven umzutauschen, so kann er sicher sein, daß wir dies für das einzige heute angezeigte politische Programm halten, und kann auf diesem Wege auf unsere Unterstützung und Mitarbeit rechnen... Ein Bündnis mit den Zentralmächten muß durch das polnische Volk als die Sicherung seiner Lebensinteressen und nicht als ein Anschlag auf seine territorialen Grenzen hingenommen werden. Die Bestimmung des Territoriums in einer Weise, die jegliche annexionsistischen Anschläge ausschließt, muß daher die Grundlage jeglicher Unterhandlungen zwischen den Verbündeten bilden...“ In der letzten Sitzung des Staatsrates erklärte in Vertretung des erkrankten Ministerpräsidenten der Landwirtschaftsminister Dzierżbicki im gleichen Sinne: „Nur in dem Falle, wenn wir wissen werden, daß die Frage der Souveränität und Unantastbarkeit Kongreßpolens klar und deutlich im Sinne der Nation entschieden werden wird, werden wir unserem Volke sagen können: Du sollst Opfer bringen, denn es handelt sich um unsere Freiheit.“ (Beifall.) In diesem Sinne können Sie, meine Herren, sicher sein, daß wir den Okkupationsbehörden gegenüber auftreten werden, ohne zu weichen. Wir können darum bemüht sein, ein Bündnis zwischen Polen und den Zentralmächten zu schaffen, insofern unsere nationalen Interessen im vollen Umfange sichergestellt werden. Unsere Regierung will den Standpunkt einnehmen, daß diese Frage durch das gegenseitige Verhalten beider Parteien klar und deutlich bestätigt werde...“ Damit war in aller Schärfe zum Ausdruck gebracht, daß für deutsche militärische Annexionspläne nicht einmal die durch Ernennung zustandegekommene polnische Regierungsmehrheit zu haben war; was freilich jeder einigermaßen Unterrichtete längst hätte wissen müssen.

Der Staatsrat arbeitete in den Formen eines Parlaments. Es bildeten sich Fraktionen, Klubs genannt, wobei der Aktivismus seine uneinheitliche soziale Zusammensetzung dadurch zeigte, daß er in drei Klubs zerfiel. Nicht weniger als 15 Kommissionen wurden gewählt. Die sachlich wichtigste war die Landtagskommission, der am 4. Juli durch Beschluß des Plenums aufgegeben wurde, innerhalb von 4 Monaten einen Gesetzentwurf für die Landtagswahlen vorzulegen.

In den 13 Plenarsitzungen, die der Staatsrat abhielt, nahmen die politischen, nationalen und wirtschaftlichen Beschwerden gegenüber den Okkupationsmächten einen breiten Raum ein. In der Form der Debatte wurde Maß gehalten, zumal ja die schärfsten Opponenten im Staatsrat nicht vertreten waren. Berührt wurden so ziemlich alle Konfliktpunkte: Lage der Industrie, Ernährungsfrage, Requisitionen<sup>1)</sup>, Ausholung der polnischen Wälder; Rückkehr der in deutscher Kriegsgefangenschaft befindlichen Polen, wobei der Minister Stecki eine Zusage der österreichischen Regierung mitteilen konnte; Freigabe des verurteilten Staatsratsmitglieds de Rossiet, die glatt abgeschlagen wurde, und des aus unbekanntem Gründen verhafteten Mitglieds Blyskosz aus dem Cholmer Land, die Ende Juli auch erreicht wurde<sup>2)</sup>; Einbeziehung des zu Litauen geschlagenen Teils des Gouvernements Suwalki sowie der Budgetappe in den Verwaltungsbereich des Kongreßkönigreichs, wobei Prinz Radziwill die Zusage des Generalgouvernements Lublin für den südlichen Teil dieses Gebietes bekanntgeben konnte<sup>3)</sup>; die Lage der polnischen Arbeiter in Deutschland, was den deutschen Kommissar Graf Lerchensfeld zu einer längeren Erklärung veranlaßt, derzufolge diese Frage nunmehr befriedigend geregelt sei; Regelung der Walfutfrage; Aufhebung der verhassten Reisescheine im Okkupationsgebiet und vieles andere mehr. Berabschiedet wurde in dieser ersten Session nur ein Gesetz über Mieterschutz.

In der Zeit der Staatsratstagung vollzogen sich einige weniger bedeutende Parteiänderungen, die der Vollständigkeit halber registriert

<sup>1)</sup> Hierbei spielte eine besondere Rolle die Requirierung von 3000 Stück Vieh für Rückwanderer aus Rußland, unter denen sich viele deutsche Kolonisten befanden. Den deutschen Rückwanderern, die auf diese Weise Vieh bekommen hatten, wurde es natürlich nach dem Sturz der deutschen Okkupation wieder abgenommen.

<sup>2)</sup> Doch wurde ihm nicht gestattet, nach Warschau zu reisen. Außer diesen beiden fehlte im Staatsrat der Kieler Bischof Losiński, der während der ganzen Okkupationszeit seine ausgesprochen zentralmächtefeindliche Gesinnung wiederholt dokumentiert hatte und wohl demonstrativ fernblieb.

<sup>3)</sup> Dieser Teil gehörte bereits militärisch, aber noch nicht administrativ und wirtschaftlich zum Militärgeneralgouvernement Lublin.

seien. In der aktivistischen, sozial gemäßigten Volksvereinigung trat eine Spaltung ein, da in ihr die radikalen Elemente die Mehrheit erlangten. Hauptsächlich aus Aktivisten demokratischer Richtung, die aus Rußland zurückgekehrt waren, bildete sich die gemäßigte aktivistische Partei der demokratischen Politik. Von der international gerichteten Linken der polnischen sozialistischen Partei spaltete sich in Łódź eine Gruppe ab, die das Unabhängigkeitsprogramm der Polnischen Sozialistischen Partei annahm und sich im Dezember mit ihr vereinigte.

Im August endlich, mehrere Monate nach der Note der polnischen Regierung vom 29. April, kamen die Verhandlungen in Fluß, die die natürliche Konsequenz dieses Schrittes waren. Von polnischer Seite führte die Verhandlungen vor allem Prinz Janusz Radziwiłł. Am 13. August weilte er im deutschen Hauptquartier, wurde vom Kaiser und von Lubendorff empfangen und konferierte mehrmals mit dem neuen Staatssekretär von Hinzp. Unmittelbar darauf traf Kaiser Karl mit Baron Burian im deutschen Hauptquartier ein. Am 21. August verhandelte Prinz Radziwiłł in Wien, wo auch kurz vorher eine ständige Vertretung der polnischen Regierung mit dem Grafen Przezdziecki an der Spitze eingerichtet worden war. Von dort reiste er nach Krakau, wo er Besprechungen mit polnischen Politikern abhielt. Am 28. August erstattete er dem Regentschaftsrat und dem polnischen Kabinett in Warschau auf einer Kronratsitzung Bericht.

Die zahlreichen Interviews und Berichte des Prinzen Radziwiłł aus Berlin, Wien und Warschau geben kein ganz klares Bild. Der weitere Verlauf der Ereignisse macht es aber wahrscheinlich, daß Radziwiłłs Verhandlungen ursprünglich auf die Realisierung der Note vom 29. April im Sinne der deutsch-polnischen Lösung abzielten. Integrität der Westgrenze, Ausdehnung nach Litauen und Weißrußland, Neutralisierung der unteren Weichsel sollten die Gegengabe bilden gegen Bündnis und Militärkonvention mit den Zentralmächten. Die Wahl des österreichischen Erzherzogs Karl Stephan zum König von Polen<sup>1)</sup> sollte Osterreich für die entgangene austropolnische Lösung entschädigen. Im Falle der austropolnischen Lösung erklärte man deutscherseits, auf der Warthener Narowgrenze bestehen zu müssen, zeigte sich aber der deutsch-polnischen Lösung im Sinne der Vorschläge Radziwiłłs geneigt, wobei wohl der

<sup>1)</sup> Die Königsfrage war in der Presse wieder einmal aktuell. Es wurden dabei in der deutschen Presse folgende 5 (!) Kandidaten genannt: Prinz August Wilhelm von Preußen; Erzherzog Karl Stephan; Herzog Albrecht Eugen, der zweite Sohn des Prinzen Albrecht von Württemberg; Prinz Friedrich Christian, der zweite Sohn des Königs von Sachsen, und Prinz Kyryll, der zweite Sohn des Königs von Bulgarien.

Umschwung an der Westfront bestimmend wirkte. Graf Burian dagegen hielt an der austropolnischen Lösung fest, und die österreichische Presse forderte sogar die Realunion statt der Personalunion. Gleichzeitige Kompensationsforderungen Ungarns, das für den Fall der austropolnischen Lösung Bosnien und die Herzegowina, womöglich auch Dalmatien verlangte, drohten das ganze österreichische Problem aufzurollen. Jetzt rächte es sich also, daß man jahrelang das Kernproblem, die Stellung Polens zu den beiden Zentralmächten, in der Schwebe gelassen hatte. Nunmehr, wo die Zentralmächte dem Zusammenbruch entgegengingen, war es für die Lösung zu spät.

Prinz Radziwiłł hatte in Warschau keinen leichten Stand. Er suchte sich zu halten, indem er immer und immer wieder erklärte, seine Reisen hätten nur informatorischen Charakter, es sei nichts Verbindliches abgemacht worden. Auch die austropolnische Lösung sei noch nicht ausgeschieden. Wichtig sei als Ergebnis, daß die Polen in der Thronfrage, die übrigens erst nach Erledigung anderer Fragen entschieden werden könne, freie Hand hätten und daß keine endgültige Lösung ohne ihre Teilnahme erfolgen werde. Aber er hielt damit die Kabinettskrisis nicht auf. Denn jetzt traten alle Parteien und Parteigruppen auf den Plan, die gegen eine Bindung Polens an die Zentralmächte oder gegen die deutsch-polnische Lösung im besonderen waren: der Interparteiliche Klub, die Linke, ein Teil der Aktivisten unter Führung der Liga des polnischen Staatswesens.

Die Verständigungskommission der Linken erklärte, „daß sie die von der sogenannten ‚polnischen Regierung‘ mit den Okkupationsmächten geführten Verhandlungen und Engagements als den Ausdruck einer willkürlichen Politik dieser Regierung ansehen, einer Politik, die den Interessen des polnischen Volks zuwiderläuft. Nur der demokratische konstituierende polnische Landtag wird das Recht besitzen, über internationale Verpflichtungen Polens zu entscheiden“.

Die Liga des polnischen Staatswesens veranstaltete am 31. August mehrere Konferenzen in Krakau, an denen u. a. Kucharzewski teilnahm. Man kam überein, an der austropolnischen Lösung festzuhalten, wofür sich Kucharzewski besonders eingesetzt haben soll. Für das entschiedene Auftreten des Interparteilichen Klubs endlich war wohl nicht nur dessen prinzipieller Standpunkt, sondern auch zum guten Teil der Umstand maßgebend, daß die Veränderung der Lage an der Westfront die Aussichten für ein Kriegsende zugunsten der Zentralmächte rapid sinken ließ. Jedenfalls erklärte der Führer des Klubs unmittelbar nach der Demission des Kabinetts in einem Interview: „Unsere leitende Idee war folgende: die polnische Frage nicht durch Verträge und Konventionen



einseitig zu entscheiden, da wir sie für eine internationale Frage halten, die nur auf internationalem Wege entschieden werden kann. Die Note vom 29. April, die den Zentralmächten ein Bündnis anbietet und nur die Unantastbarkeit Kongresspolens sich vorbehält als die einzige notwendige Grundbedingung zur Anknüpfung von Bündnisverhandlungen, stand unserer Ansicht nach den nationalen Interessen entgegen und somit auch unserem Programm ...“ Nach alledem mußte das Kabinett damit rechnen, daß in der ersten Staatsratsitzung der neuen Session seine Politik einer scharfen Kritik unterzogen werden würde und daß es dabei auf keine Mehrheit mehr rechnen dürfte. Unter diesen Umständen gab Steczkowski seine Demission; ihm folgten die übrigen Mitglieder der Regierung. Der Regentschaftsrat nahm am 5. September diese Demission an und vertagte gleichzeitig den Staatsrat. Das Kabinett wurde mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte beauftragt.

Man rechnete zunächst mit einer kurzfristigen Verschiebung des Zusammentritts des Staatsrates. Die aktivistischen Gruppen, die hinter dem Kabinett Steczkowski standen, gaben auch ihre Sache zunächst noch nicht verloren. Studnicki trat sogar für eine Ministerpräsidentenschaft des Prinzen Radziwiłł ein, womit er ihm freilich einen Bärenienst erwies. Aber es zeigte sich, daß der Ausgleich zwischen der deutsch-polnischen und der austropolnischen Lösung nachgerade zur Quadratur des Kreises geworden war. Und bald traten Ereignisse ein, die die Lage völlig veränderten.

## 5. Von der Demission des Kabinetts Steczkowski bis zum Zusammenbruch der Okkupation (5. 9. 18—11. 11. 18).

Fast einen Monat zog sich die durch Steczkowskis Demission hervorgerufene Kabinettskrise hin. Diese ungewöhnliche Verzögerung einer Regierungsbildung lag teilweise in der fast unlösbaren Aufgabe begründet, zwischen deutsch-polnischer und austropolnischer Lösung einen Ausgleich zu finden, teilweise wurde es aber auch von verschiedenen Seiten nicht ungern gesehen, daß die internen Verhandlungen sich in die Länge zogen. Denn so gewann man Zeit, um das Ergebnis des militärischen und politischen Umschwunges bei den Zentralmächten abzuwarten und darnach die eigene Politik einzurichten. Dadurch erklärt es sich, daß im September das politische Leben in Warschau fast stagnierte, während von Anfang Oktober ab, nach dem Rücktritt Hertlings und dem deutschen Friedensangebot, die Ereignisse sich geradezu überstürzten.

Mit der Kabinettsbildung beauftragte der Regentschaftsrat den ersten polnischen Ministerpräsidenten, Kucharszewski, wünschte aber die Beibes-

haltung des Prinzen Janusz Radziwiłł als Direktor des sogenannten politischen oder Staatsdepartements, d. h. als Minister des Äußeren. Mit dieser Personalverbindung war die Aufgabe gestellt, eine Formel zu finden, die weder die deutsch-polnische noch die austropolnische Lösung ausschloß und mit dieser Aufgabe mühte sich Kucharszewski wochenlang ab. Eine neue Tagung in Krakau Mitte September, wobei von galizischer Seite durchweg Anhänger des ehemaligen Nationalkomitees, aus Warschau Aktivisten verschiedener Parteien vertreten waren, scheint wiederum gegen die deutsch-polnische Lösung gewirkt zu haben. Die polnische Pressagentur in Wien agitierte in einer offiziellen Auslassung sehr geschickt für die austropolnische Lösung unter Zuhilfenahme der Autorität des Grafen Burian und betonte dabei, daß Polen sich völlig frei entschließen solle. Freilich müsse die Personalunion durch „pragmatische Verordnungen“ ergänzt werden. Recht gewandt operierte das Warschauer Blatt der austropolnischen Richtung, der „Kurjer Polski“, mit einer Gegenüberstellung der Vorteile beider Lösungen „von maßgebender Seite“<sup>1)</sup>. Die Niederschlagung des Legionärprozesses in Ungarn mehrte

<sup>1)</sup> Die Gegenüberstellung, die recht klar ist, und offenbar auf guten Informationen beruht (in Warschau weilte u. a. Graf Larnowski), besagt im Wortlaut: „Die österreichische Lösung besteht in der Vereinigung des Königreichs Polen mit Galizien in einen Staat, der mit Österreich unter dem erblichen Szepter Kaiser Karls I. durch eine Union verbunden sein würde. Diese Union soll eine Personalunion mit einer gewissen Tendenz zur Realunion sein.“

Die nationalen Vorteile der österreichisch-polnischen Lösung sind nach den Anhängern dieser Konzeption die folgenden: 1. die Vereinigung der beiden größten Teilungsgebiete in ein rechtlich-politisches Ganzes, das einen Staat mit einem Gebiet von etwa 200 000 Quadratkilometer und über 20 Millionen Bevölkerung mit beinahe 80 Prozent polnischen Elementes, also mit einer politisch einheitlichen und starken Bevölkerung darstellen würde; 2. Eintritt in ein größeres Staatssystem, das dem jungen polnischen Staat eine Reihe von Vorteilen auf dem Gebiete des internationalen Lebens bieten und ihn durch keinen fremdländischen Druck bedrohen würde; 3. endgültige Sicherstellung von Ostgalizien.

Die deutsche Lösung besteht in der Bildung eines besonderen polnischen Staates mit eigener Dynastie, also unter Ausschluß jeglicher Personalunion. Dieser Staat würde mit den Zentralmächten und in erster Linie mit Deutschland durch eine Reihe von militärischen, politischen und wirtschaftlichen Konventionen verbunden sein. Der Charakter dieser Konventionen ist bis jetzt nicht näher bekannt. Die Vorteile der deutschen Lösung könnten die folgenden sein: 1. die Sicherstellung der Integrität des Königreichs Polen, wobei die Abtretung der drei nördlichen Kreise des Suwalkier Landes an Preußen durch den Vertrag von Bialystok und das Gouvernement Grodno entschädigt werden soll; 2. die Möglichkeit der Erlangung der Zustimmung Deutschlands zu unserer Expansion nach der Richtung von Südlitauen und Wilna, sowie von Weißrußland und Minsk, so daß auf diese Weise ein polnischer Staat mit einem Gebiet von etwa

die Sympathien für Kaiser Karl. Die Wage neigte sich offenbar auf polnischer Seite wieder zugunsten Oesterreichs, und es dürften nicht bloß Gerüchte gewesen sein, wenn Warschauer Blätter behaupteten, Graf Ronkier sei in Berlin auf Schwierigkeiten wegen der Bestätigung Kucharzowskis gestoßen. Ein Konflikt des Generalgouvernements mit dem polnischen Justizministerium wegen der Aufhebung polnischer Gerichtsurteile durch den Militärgouverneur von Mlawka, was das Generalgouvernement ausdrücklich billigte, die Hinausschiebung der Übergabe des Gefängniswesens, die bereits für den 1. Oktober vorgesehen war, das Einschreiten gegen polnische Offiziere in Ostrow, die einen Trinkspruch auf den Brigadier Haller ausgebracht hatten — alles das zeigte, daß das Verhältnis der deutschen Okkupationsbehörden zur Bevölkerung sich bis zuletzt weiter verschlechterte. Auch daß der neue Staatssekretär von Hünze im Hauptausschuß des Reichstags am 24. September zur polnischen Frage u. a. äußerte, polnische Wünsche würden bei den weiteren Verhandlungen „gehört“ werden, war eine wenig glückliche Formulierung. Überhaupt wurden fast bis unmittelbar vor dem Zusammenbruch die amtlichen deutschen Kundgebungen den Ton des Vorgesetzten oder des Schulmeisters nicht los<sup>1)</sup>. Am 2. Oktober endlich konnten die Kommissare der Centralmächte in Warschau die Bestätigung Kucharzowskis überreichen. Einige Tage dauerte die Kabinettsbildung trotz der langen Vorbereitungen. Im letzten Augenblick verweigerte Stecki seine Beteiligung, weil seiner vorausschauenden Forderung nach der Bildung eines Koalitionskabinetts unter Beteiligung der Linken nicht entsprochen wurde. Am 6. Oktober konnte endlich die neue Ministerliste veröffentlicht werden<sup>2)</sup>. Man könnte es als aktivistisches Kom-

180 000 Quadratkilometer und 16 bis 17 Millionen Einwohnern entstehen würde.“

<sup>1)</sup> Eine Ausnahme bildet ein Schreiben des Generalgouverneurs an den Regentenschaftsrat vom 7. Oktober, in dem der Generalgouverneur auf die sehr entschiedenen Forderungen nach Übergabe weiterer Verwaltungszweige einzugehen sich bereit erklärt, um Vorschläge bittet und seine wohlwollende Haltung betont. Dieser Schriftwechsel, der seinerzeit durch eine Indiskretion aus amtlichem Material in die deutsche Presse gebracht wurde, wurde vielfach kommentiert als Beweis für die allzu große Nachgiebigkeit des Generalgouvernements. Aber erstens ist der Brief des Generalgouverneurs tatsächlich eine Ausnahme, zweitens war Beseler an seiner Abfassung überhaupt nicht beteiligt, und drittens sind bei der Rückübersetzung aus dem Polnischen die üblichen Höflichkeitsfloskeln des Briefstils übertrieben herausgekommen.

<sup>2)</sup> Die Zusammensetzung war folgende: Kucharzowski — Ministerpräsident; Witulowski-Pomorcki — Minister des Innern; Prinz Janusz Radziwill — Direktor des Staatsdepartements; Steczkowskii — Finanzminister; Poniakowski — Minister für Kultus und Unterricht; Higersberger — Justizminister; Janicki —

promisskabinett bezeichnen; in der Angelegenheit der Lösung der polnischen Frage dürfte man sich auf Abwarten geeinigt haben. Prinz Janusz Radziwiłł war Direktor des Staatsdepartements geblieben, Stęczyński hatte das Finanzministerium übernommen. Aber zur offiziellen Ernennung dieses Kabinetts kam es überhaupt nicht, denn der Regierungswechsel in Deutschland und die deutsche Note an Wilson gaben den Dingen in Polen mit einem Schlage eine ganz andere Wendung.

Der Regentschaftsrat erfaßte die neue Situation sofort. Indem Deutschland die Wilsonschen Friedensbedingungen anerkannte, unter denen der bekannte Punkt 13 die Vereinigung aller Gebiete mit unzweifelhaft polnischer Bevölkerung bestimmte, mußte es darauf verzichten, von sich aus oder durch Vereinbarungen mit Österreich-Ungarn über das Geschick Polens zu bestimmen. Die Entente und vor allem Polen selbst traten damit als maßgebende Faktoren in die Entscheidung der polnischen Frage ein. Polen selbst aber hatte noch kein Organ seines Willens, das im Namen der Gesamtheit zu sprechen berechtigt gewesen wäre. Es handelte sich also darum, ein solches Organ zu schaffen, und um den ausschlaggebenden Einfluß hierbei konkurrierten der Interparteiliche Klub, der Regentschaftsrat selbst und die Linke. Der Aktivismus trat sofort in den Hintergrund. Es half ihm nichts, daß er sich zunächst zögernd auf den Boden der neuen Tatsachen stellte und später, nach dem Zusammenbruch der Okkupation, mit fliegenden Fahnen in seiner großen Mehrheit in das Lager der Entente überging. Das über einen Monat währende Ringen um die politische Vorherrschaft endete schließlich mit dem Sieg der Linken.

Schon am 5. Oktober hatte der amtliche „Monitor Polski“ einen Leitartikel gebracht, in dem er die bevorstehenden Veränderungen in Berlin warm begrüßte und der Hoffnung Ausdruck gab, daß die deutsch-polnischen Beziehungen nunmehr die von polnischer Seite seit langem gewünschte Form annehmen würden. „Nicht auf Zwang gestützt, sondern auf freiwillige Loyalität.“ Zwei Tage darauf erließ dann der Regentschaftsrat einen Aufruf, in dem er aus der Annahme der Prinzipien Wilsons den Schluß zog, daß es sich für Polen nunmehr handele „um Schaffung eines unabhängigen Staates, der alle polnischen Gebiete umfaßt, mit einem Zugang zum Meer, mit politischer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit wie auch mit territorialer Integrität, was durch internationale Verträge garantiert werden wird“.

Minister für Landwirtschaft und Krongüter; Broniewski — Minister für Handel und Industrie; Chodźko — Minister für öffentliches Gesundheitswesen, soziale Fürsorge und Arbeitsschutz; Humnicki — Direktor der Seereskommission.

Gleichzeitig ordnete der Regentschaftsrat die Auflösung des Staatsrates und die Bildung einer „aus Vertretern der breitesten Schichten des Volkes und der politischen Richtungen zusammengesetzten Regierung“ an. Diese Regierung sollte innerhalb Monatsfrist das Wahlstatut eines Landtages ausarbeiten, in dessen Hände der Regentschaftsrat seine Gewalt niederlegen wollte. Mit der Bildung dieses Koalitionskabinetts wurde zunächst Rucharzowski beauftragt, der aber schon nach zwei Tagen auf diese Mission verzichtete, weil die Linke nicht mit ihm verhandeln wollte.

Die scharfe Agitation, die die Nationaldemokratie wie die Linke und die äußerste Linke insgeheim seit Jahr und Tag gegen die Okkupationsherrschaft betrieben, bekam durch den Umschwung der weltpolitischen Ereignisse ein ganz anderes Gesicht. Bis her war sie eine verbissene Kritik an dem Gewalthaber, dem gegenüber man zunächst ohnmächtig war. Jetzt aber begann man mit der baldigen Abschüttelung der Okkupation ernsthaft zu rechnen. Immer dringlicher forderte die unterirdische Flugschriftliteratur dazu auf, sich für diesen Augenblick zu rüsten. Zweifellos fanden auch organisatorische Vorbereitungen mit dem Endzweck einer bewaffneten Empörung statt, so insbesondere unter der Studentenschaft und in der Polnischen Heeresorganisation. Mehrfache terroristische Attentate, bei denen u. a. Anfang Oktober deutsche Polizeibeamte am hellen lichten Tag in Warschau auf der Straße erschossen wurden, zeigten, wie weit die Gärung schon gediehen war. Die polnische öffentliche Meinung, die ohnedies stets gern an den Sieg der Entente geglaubt hatte, sah sich jetzt diesem Ziel und damit auch dem Triumph über die Okkupation nahe. Denn so sehr sich die einzelnen Parteigruppen untereinander beföhden, in der Abneigung gegen die Okkupation waren sie sich fast durchweg einig.

In den Verhandlungen der offiziellen polnischen Stellen mit den Okkupationsbehörden traten vor allem drei Forderungen als Konsequenz der neuen Lage entschieden hervor: Übergabe der Okkupationsverwaltung, Bildung eines polnischen Heeres, Freilassung der Internierten, vor allem Pilsudskis.

Unmittelbar nach seinem Amtsantritt hatte Prinz Max an den Regentschaftsrat ein Telegramm gerichtet, in dem er seinen festen Entschluß versicherte, „das Verhältnis des Deutschen Reiches zum neu entstehenden Königreich Polen im Geiste der Gerechtigkeit und des Verständnisses für die gegenseitigen Lebensinteressen zu gestalten“, sowie sich „um eine tunlichst schnelle Beseitigung der noch bestehenden Lasten der Okkupation zu bemühen“. Auf polnischer Seite wurde dies

so aufgefaßt, als sei der sofortige Abbau der Okkupation zugesagt. Als bald aber erschien in Berliner Blättern eine offiziöse Nachricht, daß lediglich „manche unbequem empfundene Erscheinungen der Okkupationsverwaltung gemildert und hierüber geführten Klagen abgeholfen werden solle“. Es wurden auch tatsächlich die Passierscheine aufgehoben und die Zensur gemildert<sup>1)</sup>. Aber darüber hinaus drängten die Verhältnisse um so mehr zu einem schleunigen Abbau der Okkupationsverwaltung, als bereits Mitte Oktober die österreichisch-ungarische Regierung durch ihren Delegierten in Warschau, Baron Ugron, ihre volle Bereitwilligkeit zur sofortigen Übergabe mitteilen ließ, bei der Einarbeitung des polnischen Beamtenpersonals jede Unterstützung zusagte und nur die Erwartung aussprach, daß Polen Österreich-Ungarn mit Lebensmitteln, Kohlen und Rohstoffen unterstützen würde. Bei den entsprechenden Verhandlungen zwischen deutschen und polnischen Behörden wurde deutscherseits die Übergabe der Verwaltung am 2. November für den 1. Januar in Aussicht gestellt, aber abhängig gemacht vom Abschluß von Verträgen über Rohstoff- und Lebensmittellieferungen sowie rechtliche und wirtschaftliche Sicherungen für das Deutsche Reich. Die polnische Regierung lehnte diese Verknüpfung entschieden ab und bestand auf der schon vorher ausgesprochenen Forderung der Übergabe der gesamten Verwaltung bis zum 15. November. Am 9. November, als die Katastrophe schon bevorstand, kündigte der Generalgouverneur dem Regentschaftsrat die Übergabe der Verwaltung bis zum 1. Dezember und die Auflösung des Generalgouvernements für die nächsten Tage an. Zurückbleiben sollten nur Besatzungstruppen, soweit sie zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und zum Schutz der in deutscher Hand verbleibenden Bahn- und Telegraphenlinien nötig wären. Aber schon war es zu spät. Während der Lubliner Generalgouverneur, General Liposcał in einem Abschiedsausruf am 31. Oktober erklären konnte, er wolle in guter Freundschaft von Land und Leuten scheiden, mußte der Generaloberst von Beseler am 12. November, mitten während des Zusammenbruches, unter polnischem Schutz noch vor Tagesgrauen aus Warschau flüchten. Freilich konnte dem österreichischen Staat, der ja schon in voller Auflösung begriffen war, der Verzicht auf das Lubliner Generalgouvernement auch erheblich leichter fallen.

<sup>1)</sup> Tatsächlich kümmerten sich die Zeitungen um die Zensur kaum mehr, was man stillschweigend duldete. Jedoch wurde wegen ihres herausfordernden Verhaltens die „Nowa Gazeta“ geschlossen; es war dies die erste und einzige, zu dieser Zeit wohl besonders unglückliche Maßnahme dieser Art während des Bestehens des Generalgouvernements Warschau.

Schon am 28. September hatte der Regentenschaftsrat einen neuen Werbeauftrag für das polnische Heer erlassen, um seine Stellung nach innen und außen auf eine bewaffnete Macht stützen zu können. Am 12. Oktober erschien ein Dekret, demzufolge alle polnischen Truppen der obersten Gewalt des Regentenschaftsrates unterstellt und auf eine neue entsprechende Eidesformel vereidigt werden sollten. Einige Tage später rief der Regentenschaftsrat alle früheren Legionäre und sonstigen Angehörigen polnischer Formationen zum Eintritt in das Heer auf. Der Generalgouverneur verzichtete auf seine Stellung als oberster militärischer Befehlshaber der polnischen Truppen, und die entsprechende Abteilung des Generalgouvernements, die „Inspektion der polnischen Wehrmacht“ wurde aufgelöst. Zum Chef des Stabes der polnischen Truppen ernannte der Regentenschaftsrat den General Rozwadowski. Anfang November schlossen die Warschauer Hochschulen, um den Studenten ihrem Wunsche gemäß Gelegenheit zu geben, ins Heer einzutreten. Das erste, was die Studenten taten, war freilich die sofortige Vorbereitung des Putsches gegen die Okkupation vom 11. November.

Gleichzeitig mit dem Erlasse seines Aufrufes vom 7. Oktober hatte der Regentenschaftsrat um die Freilassung einiger aus politischen Gründen internierter oder verurteilter Persönlichkeiten nachgesucht. Diese immer und immer wieder vorgebrachten Forderungen wurden von deutscher Seite nur sehr zögernd erfüllt, vor allem wurde Piłsudski erst in den letzten Tagen vor dem Zusammenbruch freigelassen. Als in dem Kabinett Świeżyński, von dessen Bildung noch die Rede sein wird, Piłsudski zum Kriegsminister bestimmt worden war, wollte sich Świeżyński wegen dessen Freilassung an Deseler persönlich wenden. Als dieser ihn krankheitshalber an den Chef des Stabes, Oberst Netze, verwies, wandte Świeżyński sich telegraphisch an den Reichskanzler, da er mit dem bei den Polen verhassten Stabschef nicht verhandeln wollte. In einem langen Antwortschreiben forderte Prinz Max, daß Piłsudski zuvor „seine gegenüber den Okkupationsbehörden feindliche Stellung“ aufgebe und daß die polnische Regierung für seine Haltung „Garantien und Bürgschaften“ übernehme. Dieser Telegrammwechsel fand etwa vierzehn Tage vor dem 11. November statt und beweist, wie wenig man in Berlin und in Warschau auf deutscher Seite die Lage übersah.

Nachdem Kucharszewski die Bildung des vom Regentenschaftsrat proklamierten nationalen Koalitionskabinetts abgelehnt hatte, wurde zunächst Prinz Janusz Radziwiłł hiermit beauftragt. Der Interparteiliche Klub war zur Teilnahme sofort bereit. Bis zur Berufung eines Landtages wollte er diesen durch einen Nationalrat aus Vertretern

aller Teilgebiete ersetzen, in dessen Hände der Regentschaftsrat seine Mandate niederlegen sollte. Der Gesichtspunkt der Vereinigung aller polnischen Gebiete war allen polnischen Parteien gemeinsam, und ausdrücklich erbat der Regentschaftsrat am 12. Oktober vom Polenklub in Wien und von der polnischen Reichstagsfraktion in Berlin die Entsendung von Vertretern zur Besprechung der Lage; die Posener Vertreter erhielten freilich keine deutschen Pässe. Daß der Interparteiliche Klub von vornherein darauf rechnete, die politische Leitung in die Hand zu bekommen, geht aus dem Vorschlag über die zahlenmäßige Verteilung der Sitze hervor, die er Mitte Oktober machte; danach sollte das Kabinett bestehen aus acht Vertretern des Interparteilichen Klubs, vier der Linken und zwei Aktivisten. Die Aktivisten wären zur Beteiligung an einer Kabinettsbildung bereit gewesen, aber die Linke verzichtete sich abwartend. Sie zog sich von den Verhandlungen wegen des Nationalrates völlig zurück, die darauffhin eingestellt wurden, und abgesehen davon, daß sie als Vorbedingung einer Beteiligung an der Regierung die Aufhebung der Okkupation und die Befreiung der Internierten forderte, hatte sie überhaupt kein großes Interesse, womöglich als Minderheit in einem Kabinett zu sitzen. Sie sah wohl richtig voraus, daß die von Deutschland ausgehende demokratische Welle auch sie in die Höhe tragen würde und bereitete sich eifrig auf diesen Moment vor. Nach Prinz Radziwiłł übernahm am 17. Oktober der ehemalige Staatsratsmarschall Pulaski die Verhandlungen. Dieser trat vor allem mit dem Interparteilichen Klub in Verbindung, und dessen Führer Świeżyński gelang es, am 23. Oktober ein Kabinett zustande zu bringen. Aber abgesehen davon, daß darin Piłsudski als Kriegsminister figurierte — wohl um der Volksstimmung und der Linken entgegenzukommen —, war dieses Kabinett bei weitem kein Koalitionskabinett, sondern dem Interparteilichen Klub, und zwar zumeist der Nationaldemokratie, entnommen. Portefeuilles für Galizien und Posen war vorgesehen, aber noch nicht besetzt<sup>1)</sup>. Um die nach dem Septemberpatent nötige Bestätigung des Premierministers suchte der Regentschaftsrat nicht nach, und die österreichische Regierung verzichtete ausdrücklich auf diese Kompetenz.

<sup>1)</sup> Die Zusammensetzung des Kabinetts war folgende: Świeżyński Premierminister; Ślaskinski Auzeres; Ehrjanowski Inneres; Brigadier Piłsudski Heeresangelegenheiten (zurzeit valat); Ponikowski Kultus und Unterricht; Higeršberger Justizminister; Grański Landwirtschaft und Krongüter; Wierzbicki Handel und Industrie; Wolecyński Arbeit und soziale Fürsorge; Paşkowski Verkehrsminister; Minkiewicz Approvisionnement; Finanzministerium (valat); Minister ohne Portefeuille für Galizien (valat); Minister ohne Portefeuille für Großpolen (Posen) (valat).



Am 29. Oktober trat das Kabinett mit seinem Programm vor die Öffentlichkeit. Verwirklichung des vereinigten unabhängigen Polens mit einem eigenen Zugang zum Meer, gänzliche Unabhängigkeit der Regierung von den Okkupationsbehörden, baldige Einberufung des gesetzgebenden Landtages, Aufstellung einer Armee, Besserung der Lebensmittelversorgung und Aufrechterhaltung der Ordnung im Lande waren die Hauptpunkte dieses Programms. Gegenüber den Okkupationsbehörden vertrat das Kabinett die Forderungen politischer und wirtschaftlicher Selbständigkeit sehr entschieden. Aber bald veränderte sich die allgemeine Lage so, daß die Regierung Świeżyński selbst ihre Stellung als unhaltbar erkannte.

In Krakau und in Lublin war die Ablösung der österreichischen Herrschaft bereits vollzogen oder im Gange. Der Regentschaftsrat ernannte zum Generalkommissar für Galizien Fürst Witold Czartoryski, zum Generalkommissar für das österreichische Okkupationsgebiet Płonowski. Die österreichischen Truppen zogen ab, die Polen unter ihnen traten vielfach in die polnischen Formationen über. Dem Regentschaftsrat entglitt jedoch bald die unmittelbare Gewalt über diese beiden Gebiete. In Krakau bildete sich eine Liquidationskommission aus Vertretern aller Parteien, die sich allmählich zu einer Regierungskommission unter dem Vorsitz des galizischen Volksparteilers Witos<sup>1)</sup> entwickelte. In Lublin konzentrierte die Polnische Sozialistische Partei ihre Kräfte; sie verfügte dort, wie die einige Monate vorher abgehaltenen Staatsratswahlen zeigten, über starken Anhang, außerdem machte vor allem dort die Polnische Heeresorganisation mobil. Im Generalgouvernement Warschau gährte es auch, dabei stand im Hintergrund stets das bolschewistische Gespenst. Diesen Gefahren des Zerfalles entschloß sich das Kabinett Świeżyński dadurch zu begegnen, daß es am 4. November erneut zur Bildung einer Regierung aufrief, „die ein getreuer und kraftvoller Ausdruck des allgemeinen Volkswillens sei“. Ausdrücklich erklärte es, eine nationale Regierung bilden zu wollen, die in ihrer Mehrheit aus Vertretern des arbeitenden Volkes bestehe; bis zu deren Zusammentritt wolle das Kabinett Świeżyński auf seinem Posten bleiben.

Mit der Publikation dieses Aufrufes hatte aber das Kabinett Świeżyński einen Staatsstreik begangen, indem es den Regentschaftsrat dabei übergangen hatte, allerdings gegen den Willen einer Minderheit des Kabinetts, unter der sich auch der Ministerpräsident selbst befand.

<sup>1)</sup> Die Konstituierung dieser Liquidationskommission begann schon Ende Oktober. Bei ihrer ersten Vollsitzung am 9. November bestand sie aus 6 Mitgliedern der Volkspartei, 4 Nationaldemokraten, 5 Sozialdemokraten, 3 Mitgliedern der Polnischen Demokratie, 2 Konservativen und 1 Mitglied der katholischen Volkspartei.

Absicht bei diesem Staatsstreich war wohl, den Regentschaftsrat, der als von den Okkupationsmächten eingesetzte Behörde nach dieser Seite immerhin noch gebunden war, durch Brückierung zum Rücktritt zu veranlassen und so die Bahn frei zu machen für eine nach innen und außen vom Interparteilichen Klub inspirierte Politik. Noch einmal aber behauptete sich, vor allem dank der Uneinigkeit des Kabinetts, der Regentschaftsrat. Das Kabinett mußte demissionieren, und der Regentschaftsrat erließ seinerseits am 5. November eine Botschaft an das Volk. Er erklärte es darin für gefährlich und unzulässig, zwischen das Volk und den Landtag, der noch im Dezember nach Warschau berufen werden solle, „trägerische und einseitige Parteibestrebungen und -bildungen zu schieben“, und forderte alle Parteien auf, ihm eine nationale Regierung vorzuschlagen. Als Provisorium wurde ein Beamtenkabinett aus Unterstaatssekretären unter dem Vorsitz des Direktors des Präsidialbureaus des Ministerrates Wróblewski bestellt<sup>1)</sup>.

Die Linke war aber inzwischen bereits auf ganz anderem Wege ihrem Ziele nahegekommen und lehnte ein Zusammenarbeiten mit dem Regentschaftsrat überhaupt ab. Die linksstehenden Parteien des Königreiches hatten sich auch mit denen Galiziens verständigt. In Krakau hatten sie gemeinsam ein fünfgliederiges Direktorium gebildet und dieses wiederum proklamierte am 7. November in Lublin eine Provisorische „Volksgovernment der polnischen Republik“, die überwiegend aus Mitgliedern der Polnischen Sozialistischen Partei, der Sozialdemokratie Galiziens und Schlesiens und der Volkspartei<sup>2)</sup> bestand<sup>3)</sup>. Zum Oberstkommandierenden aller polnischen Truppen wurde als Stellvertreter Piłsudski der Oberst Rydz-Śmigły ernannt; Premierminister war der galizische Sozialist Daszyński. Die neue Regierung erklärte den Regentschaftsrat für gestürzt; bis zum Zusammentritt des gesetz-

<sup>1)</sup> Es bestand aus: Dr. Wróblewski Vorsitz, Ussjanowski Ministerium des Äußeren, Joffe Finanzministerium, Dr. Dębiński Kultusministerium, Oberst Wroczyński Kriegsministerium, Jernicki Landwirtschaft, Eberhard Eisenbahnen, Sawadzki Justiz, Dr. Straßburger Handel, Sokal öffentliche Arbeiten, Machnicki Lebensmittelversorgung.

<sup>2)</sup> Die Volksparteien Galiziens und des Königreiches hatten sich Ende Oktober zu einer Partei vereinigt.

<sup>3)</sup> Es bestand aus: Daszyński Ministerpräsident und Minister des Äußeren; Ługutt Minister des Inneren; Rydz-Śmigły Kriegsminister; Moraczewski Verkehrsminister; Duliel Unterrichtsminister; Witos Approvisationsminister; Malinowski Minister für öffentliche Arbeiten; Arciszewski Minister für Arbeitsschutz; Ziemięcki Minister für Handel und Industrie; Poniatowski Minister für Landwirtschaft; Dowonarowicz Minister für Genossenschaftswesen; Cieroszewski Minister für Propaganda; Rocznicki ohne Portefeuille; Stolarzki ohne Portefeuille.

gebenden Landtages werde sie die Gewalt in vollem Umfange in die Hand nehmen. Gegenüber diesem Vorgehen der Linken kam in Warschau sogar ein gemeinsamer Protest des Interparteilichen Klubs und der wichtigsten aktivistischen Parteien zustande, der an der nationalen, d. h. aus Vertretern aller Parteien gebildeten Regierung festhielt; praktischen Erfolg hatte er nicht.

In diesem Herenkessel saß nun noch die unglückselige deutsche Okkupationsverwaltung. Wer mit offenem Auge die Ereignisse verfolgte, dem mußte spätestens in den ersten Novembertagen klar sein, daß die Entwicklung einer Katastrophe zutrieb. Inhalt und Ton der illegalen Literatur, terroristische Attentate, darunter die Ermordung zweier Polizeibeamter auf offener Straße, die Demonstrationen in Warschau am 14. Oktober<sup>1)</sup>, die Haltung der polnischen Behörden, die Entwicklung in Galizien, wo die Oesterreicher kapitulierten und abzogen, und manche andere Umstände bewiesen, daß Polen, das bis dahin im großen und ganzen sich der Okkupation tatsächlich geduldig gefügt hatte, sich zur Erhebung auch gegen die deutsche Okkupation rüstete. Unter diesen Umständen gab es zwei Möglichkeiten: Entweder die Abwehr vorbereiten oder den schleunigen Abbau. Keines von beidem geschah rechtzeitig. Nur den Termin der Verwaltungsübergabe setzte man auf polnisches Drängen immer zeitiger an.

Die polnische Erhebung wäre nach den Vorgängen in Krakau und Lublin auch in Warschau in jedem Falle bald erfolgt. Die deutsche Revolution vom 9. November bot den Polen lediglich Anlaß und Gelegenheit, loszuschlagen. Schon am Abend desselben Tages, vor allem aber am 10. November, begann in Warschau die Bildung von deutschen Soldatenräten; am Abend des 10. November traten die Soldatenräte der einzelnen Formationen miteinander in Verbindung, am Morgen des 11. November bildete sich der große „Deutscher Soldatenrat Warschau“. Die Stimmung bei den Truppen war überall die gleiche: Sie wollten nach Hause, wollten kein Blutvergießen und erklärten ihre gänzliche Interesselosigkeit an den Dingen in Polen. Je nach der Charakterfestigkeit der einzelnen Leute oder derer, die die Führung erlangten, blieb der Sinn für Ordnung und Disziplin erhalten. Es gab Leute und Formationen — aber auch Behörden und Offiziere — die ohne Rücksicht auf die Allgemeinheit lediglich die eigene Haut in Sicherheit zu bringen trachteten und den ersten besten Zug nach Westen bestiegen; die Polen halfen ihnen gern fort. Es gab aber auch genug

<sup>1)</sup> Den 14. Oktober feierten sowohl die nationalen Parteien als die Sozialisten wegen des Umschwungs der Ereignisse. Es kam bei den Umzügen zu keinen Zusammenstößen mit dem deutschen Militär.

Elemente, die derartiges schmähhches Verhalten brandmarkten, zum Zusammenhalten und zum Schutz der Tausende von deutschen Frauen und Lazarettkranken aufforderten und den geordneten Abtransport zu organisieren suchten. Das war vor allem der Standpunkt des deutschen Soldatenrates, dem es zu verdanken ist, daß aus dem Chaos noch gerettet wurde, was zu retten war<sup>1</sup>).

Den Moment der Verwirrung, wo die alten Gewalten matt gesetzt, die neuen noch nicht konstituiert waren, machten sich die Polen zunutze. Ihr systematisches Vorgehen bewies die sorgfältige Vorbereitung, wenn auch ihre tatsächliche Macht schwach, insbesondere ihre Bewaffnung mangelhaft war. Bemerkenswert ist auch, daß die Leitung nicht einheitlich war, sondern verschiedene politische Richtungen auftraten und sich Positionen zu sichern, vor allem Waffen zu erbeuten suchten. Polnische Wehrmacht, Dowbor-Rusnickleute, Polnische Heeresorganisation (die aber ihre Hauptkräfte noch in Lublin hatte), Sozialisten, Bolschewisten operierten vielfach nebeneinander. Es kam vor, daß dieselbe deutsche Behörde mehrmals von Anhängern verschiedener polnischer Parteien besetzt wurde. Schon am Abend des 10. November wurden einzelne deutsche Offiziere, Soldaten und Beamte auf der Straße umringt und entwaffnet. Hausdurchsuchungen in der darauffolgenden Nacht dienten dem gleichen Zweck. Zum vollen Ausbruch kam die Erhebung am Vormittag des 11. November. Die Entwaffnung einzelner Deutscher wurde allgemein und planmäßig betrieben. Bewaffnete, meist Studenten, drangen in die ungeschützten Behörden der Zivilverwaltung ein und besetzten oder räumten sie, Magazine und Proviantämter, die nur die gewöhnlichen Posten hatten, auch Kasernen, soweit sie nicht verteidigt wurden, wurden durch Handstreich überrumpelt, Materialien und Waffen genommen. Nur wenige deutsche Formationen blieben intakt, wie z. B. das in Jablonna bei Warschau stehende Aspirantenregiment und die Maschinengewehrkompanie in Warschau. Aber da die polnischen Kräfte schwach, unausgebildet und schlecht bewaffnet waren, hätte

<sup>1</sup>) Einige deutsche Zeitungen und Zeitschriften brachten scharfe Angriffe auf den Warschauer Soldatenrat oder einzelne seiner Mitglieder. Schuld an dem Zusammenbruch in Warschau ist, wie die obige Darstellung zeigt, der Soldatenrat am allerwenigsten. Letzten Endes trägt die Schuld für die lokalen Ereignisse in Warschau auf deutscher und polnischer Seite die Politik, die im Reich und in Polen zu diesem Zusammenbruch führte; und da dürften viele dieser Artikelschreiber mit inbegriffen sein. Erwünscht wäre es freilich noch gewesen, die Bahnlinien wegen des Rücktransports der deutschen Truppen aus dem Osten in der Hand zu behalten. Aber für diesen in den Soldatenräten bisweilen vertretenen Gedanken fanden sich nicht die nötigen Leute, auch wären die Polen nicht darauf eingegangen.

noch mehrere Tage später der Soldatenrat mit den ihm zur Verfügung stehenden Truppen Warschau zurückerobern können; freilich um den Preis eines Blutbades unter der Bevölkerung und unter den wehrlosen, nach Tausenden zählenden, über Warschau und das ganze Land verstreuten Deutschen.

Der kritische Moment, in dem es sich entschied, ob ein solches Blutbad vermeidbar war oder nicht, war der Vormittag des 11. November. Polnische Trupps und Trüppchen besetzten eine deutsche Amtsstelle nach der anderen. Im deutschen Gouvernementsgebäude tagte noch ziemlich chaotisch der in der Konstituierung begriffene Soldatenrat, draußen tobte und drohte die Menge. Die Lösung des sich gefährlich zuspitzenden Konfliktes brachte Pilsudski, der endlich am Tage zuvor aus Deutschland zurückgekehrt war. Der Soldatenrat trat mit ihm in Verbindung und erreichte den Abschluß eines Vertrages, der allen Deutschen sicheren Abzug, den Truppen gesicherten Abmarsch unter Mitnahme der Waffen bis zur Grenze gewährleistete. Unter Leitung des Soldatenrates wurde der Abtransport bis zum 19. November durchgeführt. Er war für viele der Abtransportierten nicht angenehm, wenn auch manche der in der deutschen Presse hierüber veröffentlichten Schauer geschichten übertrieben waren. Jedenfalls ist in solchen Fällen nicht ohne weiteres böser Wille auf polnischer Seite anzunehmen. Wenn man das Maß von Haß bedenkt, daß die jahrelange Okkupation bei den Polen angehäuft hatte, muß man anerkennen, daß sich die große Mehrzahl ihrer Funktionäre bei der Auflösung der Okkupation korrekt benahm.

Das war das Ende der deutschen Okkupation in Polen, das nicht anders bezeichnet werden kann als ein schmälicher Zusammenbruch. Es war aber noch nicht das Ende der innerpolitischen Auseinandersetzungen in Polen selbst, sondern eigentlich erst ihr Anfang. In diese Konflikte wurde Deutschland leider erneut hineingezogen.

#### IV. Die weiteren Ereignisse in Polen nach dem Zusammenbruch der Okkupation bis zum Zusammentritt der polnischen Konstituante (11. 11. 18—11. 2. 19).

Das Ende der deutschen Okkupation schließt keinen Abschnitt der politischen Entwicklung in Kongresspolen ab. Im Gegenteil, mit dem Wegfall der jahrelangen Hemmung brechen alle politischen Strömungen gleichzeitig und übersäumend hervor, und das Gesamtbild der politischen Lage nach dem 11. November ist das der allgemeinen ungeklärten Gärung. Selbst die bolschewistische Linke fehlt in dem nun sich entspinnenden Kampf um die Macht nicht, wenn sie auch nur stellenweise, z. B. im Kohlenbezirk von Dombrowa, größere Bedeutung gewinnen konnte. Jedenfalls ist es nicht möglich, eine Darstellung der politischen Entwicklung in Polen während der Okkupationszeit mit dem 11. November zu beenden, wenn ein einigermaßen abgerundetes Bild entstehen soll. Es muß vielmehr der Kampf der Parteien um die Macht, der nach dem 11. November einsetzte, so weit verfolgt werden, bis ein gewisser Beharrungszustand erreicht ist. Als naturgemäße Ergänzung der bisherigen Kapitel ergibt sich daher eine Schilderung der weiteren Ereignisse in Polen bis zum Zusammentritt der polnischen Konstituante am 11. Februar 1919.

Von den polnischen Hauptparteigruppen scheid mit dem Zusammenbruch der Okkupation der Aktivismus ohne weiteres aus. Um so erbitterter aber kämpften die Linke unter Führung der Sozialisten und der Interparteiliche Klub unter Führung der Nationaldemokraten um die politische Macht. Der tiefgehende Gegensatz zwischen diesen beiden Gruppen beruhte auf zwei Momenten, dem sozialen und dem außenpolitischen. In sozialer Hinsicht fürchtete das bürgerliche Lager die radikalen Reformen, die der Sozialismus anstrebte. In der äußeren Politik drängte der Interparteiliche Klub auf den rückhaltlosen Anschluß Polens als eines verbündeten Staates an die Entente, während die Sozialisten die Neutralität Polens durchsetzen wollten. Noch einmal, wie so oft im Laufe des Krieges, waren es die Fragen der äußeren Politik, die den Ausschlag gaben. Die Linke konnte den Sieg, den sie teils mit, teils unmittelbar nach dem Zusammenbruch der Okkupation errang,

nicht dauernd behaupten; die siegreiche Entente siegte schließlich auch in Polen.

Es war für Polen ein Glück, daß im Augenblick der Auflösung der Okkupationsregierung Piłsudski in Warschau eintraf. Sein Name und seine Person gaben die Möglichkeit, eine einheitliche Gewalt aufzurichten; ohne ihn wäre den Polen der Bürgerkrieg damals schwerlich erspart geblieben. Der Regentschaftsrat übertrug ihm in richtiger Erkenntnis der Sachlage zunächst den Oberbefehl über alle polnischen Truppen und die Kabinettsbildung, dankte aber am 14. November, da er seine unhaltbare Stellung einsah, gänzlich ab und ernannte Piłsudski zum Staatsoberhaupt, d. h. zum Diktator. Piłsudski berief darauf ein Kabinett, das überwiegend aus Sozialisten und Volksparteilern bestand, und zwar zum großen Teil aus denselben Leuten, die bereits die Lubliner Provisorische Volksregierung gebildet hatten. Überhaupt betrachtete sich dieses Kabinett als Fortsetzung der Lubliner Regierung, während von der Gegenseite agitatorisch ausgenutzt wurde, daß es formell noch im Auftrage des von den Okkupationsbehörden eingesetzten Regentschaftsrats entstanden sei. Ministerpräsident war zunächst Daszyński, doch trat nach einigen Tagen an seine Stelle Moraczewski, der ebenfalls zur galizischen Sozialdemokratie gehörte. Möglicherweise war dies ein kleines Zugeständnis an die Rechte, da Moraczewski der Gemäßigtere war, während Daszyński internationalen Ideen näherstand<sup>1)</sup>. In einem Aufruf vom 14. November erklärte Piłsudski, daß die Regierung nur provisorischen Charakter trage und in möglichst kurzer Frist eine gesetzgebende Versammlung zusammentreten solle. Das Programm der Regierung selbst setzte den Wahltermin für diese Versammlung auf den 26. Januar 1919 fest. Gewählt werden sollte nach allgemeinem direkten Proportionalwahlrecht; aktives Wahlrecht wurde allen über 21 Jahre alten Männern und Frauen zuerkannt. Als eine der Hauptaufgaben der Regierung bezeichnete das Programm die „endgültige Vereinigung aller durch das polnische Volk bewohnten Länder und derjenigen, die freien Anschluß an Polen suchen wollen“. Schon vorher hatte Piłsudski allen Regierungen die Entstehung des

<sup>1)</sup> Die Zusammensetzung des Kabinetts war nach Meldungen deutscher Blätter: Präsidium und Verkehrsminister Moraczewski, Heeresangelegenheit und Oberste Heeresleitung Piłsudski, Inneres Kugutt, Äußeres Wasilowski, Unterricht Praus, Justiz Supiński, Finanzen Byrta, Landwirtschaft Bojda, Wespfliegungswesen Minkiewicz, Arbeit und öffentliche Fürsorge Siemlecki, Kunst und Wissenschaft Downarowicz, Post und Telegraphie Arciszewski, Handel und Industrie Iwanowski; Minister ohne Portefeuille: Witos Kocjinecki und Masinowski, während drei Sitze für die Vertreter des preussischen Teilungsgebietes vorbehalten blieben.

aller Teilgebiete ersetzen, in dessen Hände der Regenschaftsrat seine Mandate niederlegen sollte. Der Gesichtspunkt der Vereinigung aller polnischen Gebiete war allen polnischen Parteien gemeinsam, und ausdrücklich erbat der Regenschaftsrat am 12. Oktober vom Polensklub in Wien und von der polnischen Reichstagsfraktion in Berlin die Entsendung von Vertretern zur Besprechung der Lage; die Posener Vertreter erhielten freilich keine deutschen Pässe. Daß der Interparteiliche Klub von vornherein darauf rechnete, die politische Leitung in die Hand zu bekommen, geht aus dem Vorschlag über die zahlenmäßige Verteilung der Sitze hervor, die er Mitte Oktober machte; danach sollte das Kabinett bestehen aus acht Vertretern des Interparteilichen Klubs, vier der Linken und zwei Aktivistern. Die Aktivistern wären zur Beteiligung an einer Kabinettsbildung bereit gewesen, aber die Linke verhielt sich abwartend. Sie zog sich von den Verhandlungen wegen des Nationalrates völlig zurück, die daraufhin eingestellt wurden, und abgesehen davon, daß sie als Vorbedingung einer Beteiligung an der Regierung die Aufhebung der Okkupation und die Befreiung der Internierten forderte, hatte sie überhaupt kein großes Interesse, womöglich als Minderheit in einem Kabinett zu sitzen. Sie sah wohl richtig voraus, daß die von Deutschland ausgehende demokratische Welle auch sie in die Höhe tragen würde und bereitete sich eifrig auf diesen Moment vor. Nach Prinz Radziwiłł übernahm am 17. Oktober der ehemalige Staatsratsmarschall Pukałski die Verhandlungen. Dieser trat vor allem mit dem Interparteilichen Klub in Verbindung, und dessen Führer Świeżyński gelang es, am 23. Oktober ein Kabinett zustande zu bringen. Aber abgesehen davon, daß darin Piłsudski als Kriegsminister figurierte — wohl um der Volkstimmung und der Linken entgegenzukommen —, war dieses Kabinett bei weitem kein Koalitionskabinett, sondern dem Interparteilichen Klub, und zwar zumeist der Nationaldemokratie, entnommen. Portefeuilles für Galizien und Posen war vorgesehen, aber noch nicht besetzt<sup>1)</sup>. Um die nach dem Septemberpatent nötige Bestätigung des Premierministers suchte der Regenschaftsrat nicht nach, und die österreichische Regierung verzichtete ausdrücklich auf diese Kompetenz.

<sup>1)</sup> Die Zusammensetzung des Kabinetts war folgende: Świeżyński Premierminister; Okabiniski Außerer; Ehrjanowski Innerer; Brigadier Piłsudski Heeresangelegenheiten (jurzeit vakat); Ponikowski Kultus und Unterricht; Higerberger Justizminister; Grabski Landwirtschaft und Krongüter; Wierzbicki Handel und Industrie; Boleszynski Arbeit und soziale Fürsorge; Paźkowski Verkehrsminister; Minkiewicz Approvisionnement; Finanzministerium (vakat); Minister ohne Portefeuille für Galizien (vakat); Minister ohne Portefeuille für Großpolen (Posen) (vakat).



Am 29. Oktober trat das Kabinett mit seinem Programm vor die Öffentlichkeit. Verwirklichung des vereinigten unabhängigen Polens mit einem eigenen Zugang zum Meer, gänzliche Unabhängigkeit der Regierung von den Okkupationsbehörden, baldige Einberufung des gesetzgebenden Landtages, Aufstellung einer Armee, Besserung der Lebensmittelversorgung und Aufrechterhaltung der Ordnung im Lande waren die Hauptpunkte dieses Programms. Gegenüber den Okkupationsbehörden vertrat das Kabinett die Forderungen politischer und wirtschaftlicher Selbständigkeit sehr entschieden. Aber bald veränderte sich die allgemeine Lage so, daß die Regierung Swieżyński selbst ihre Stellung als unhaltbar erkannte.

In Krakau und in Lublin war die Ablösung der österreichischen Herrschaft bereits vollzogen oder im Gange. Der Regenschaftsrat ernannte zum Generalkommissar für Galizien Fürst Witold Czartoryski, zum Generalkommissar für das österreichische Okkupationsgebiet Jdanowski. Die österreichischen Truppen zogen ab, die Polen unter ihnen traten vielfach in die polnischen Formationen über. Dem Regenschaftsrat entglitt jedoch bald die unmittelbare Gewalt über diese beiden Gebiete. In Krakau bildete sich eine Liquidationskommission aus Vertretern aller Parteien, die sich allmählich zu einer Regierungskommission unter dem Vorsitz des galizischen Volksparteilers Witos<sup>1)</sup> entwickelte. In Lublin konzentrierte die Polnische Sozialistische Partei ihre Kräfte; sie verfügte dort, wie die einige Monate vorher abgehaltenen Staatsratswahlen zeigten, über starken Anhang, außerdem machte vor allem dort die Polnische Heeresorganisation mobil. Im Generalgouvernement Warschau gärte es auch, dabei stand im Hintergrund stets das bolschewistische Gespenst. Diesen Gefahren des Zerfalles entschloß sich das Kabinett Swieżyński dadurch zu begegnen, daß es am 4. November erneut zur Bildung einer Regierung aufrief, „die ein getreuer und kraftvoller Ausdruck des allgemeinen Volkswillens sei“. Ausdrücklich erklärte es, eine nationale Regierung bilden zu wollen, die in ihrer Mehrheit aus Vertretern des arbeitenden Volkes bestehe; bis zu deren Zusammentritt wolle das Kabinett Swieżyński auf seinem Posten bleiben.

Mit der Publikation dieses Aufrufes hatte aber das Kabinett Swieżyński einen Staatsstreich begangen, indem es den Regenschaftsrat dabei übergangen hatte, allerdings gegen den Willen einer Minderheit des Kabinetts, unter der sich auch der Ministerpräsident selbst befand.

<sup>1)</sup> Die Konstituierung dieser Liquidationskommission begann schon Ende Oktober. Bei ihrer ersten Vollziehung am 9. November bestand sie aus 6 Mitgliedern der Volkspartei, 4 Nationaldemokraten, 5 Sozialdemokraten, 3 Mitgliedern der Polnischen Demokratie, 2 Konservativen und 1 Mitglied der katholischen Volkspartei.

Die lange Dauer der mühseligen Verhandlungen über die Frage der Räumung der Bug-Etappe nimmt der Lösung dieser Frage, weil zu spät erfolgt, jede praktische Wirkung.

Die Unterstützung, welche die deutschen Militärbehörden im Gebiet von Cholm und Poblachien der ukrainischen Bewegung haben zuteil werden lassen, beweist einerseits, daß die deutschen Behörden dahin streben, zum Schaden der Interessen Polens vollendete Tatsachen zu schaffen und trägt andererseits dazu bei, die polnische und ukrainische Nation durch eine Kluft zu trennen.

In keiner der angeführten Fragen ist es der Polnischen Regierung gelungen, sich rechtzeitig mit den Vertretern Deutschlands zu verständigen.

Die Organisation des Heimatschutzes Ost und die herausfordernde Haltung des Ostmarkenvereins, wie auch die Erschwerungen, die für den freien Verkehr zwischen Warschau und den polnischen Gebietsteilen Preußens bestehen, haben sehr dazu beigetragen, die feindlichen Gefühle der polnischen Bevölkerung gegen Preußen zu verstärken und Zweifel an der Aufrichtigkeit Deutschlands, sich an die vom Präsidenten der Vereinigten Staaten proklamierten Friedensgrundsätze zu halten, hervorgerufen.

Mit Rücksicht auf die nur sehr kurze Spanne Zeit, die uns noch vom Friedenskongreß trennt, erachtet die Polnische Regierung jede Auseinandersetzung außerhalb des Rahmens der Verhandlungen, die auf dem Friedenskongreß stattfinden werden, für unnütz und sogar in Anbetracht der gegenwärtigen Lage für die innere Ordnung Polens und auch für die künftigen guten gegenseitigen Beziehungen für schädlich.

In der Hoffnung, daß nach Wiederherstellung normaler Verhältnisse die Beziehungen zwischen dem polnischen und dem deutschen Staate wieder in geordnete Bahnen geleitet werden, glaubt die polnische Regierung, auf Grund der angeführten Tatsachen die diplomatischen Beziehungen zwischen diesen beiden Staaten unterbrechen zu müssen.

Indem ich dieser Überzeugung Ausdruck verleihe, sehe ich mich gezwungen, Ew. Excellenz zu bitten, mit allen Mitgliedern der Gesandtschaft das Gebiet der Polnischen Republik unverzüglich zu verlassen.

Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten.  
gez. L. Wasilewski.

Zu dieser Note bemerkte das Wolffsbureau folgendes:

1. Der polnischen Regierung fehlt jeder Rechtstitel, die Räumung des Oberostgebietes zu fordern. Ein Eingehen auf diese Forderung seitens der deutschen Regierung hätte im Widerspruch zu den von ihr angenommenen Waffenstillstandsbedingungen gestanden.

2. Im Gegensatz zu den behaupteten Verdrückung der polnischen Bevölkerung im Oberostgebiet ist durch den von der polnischen Regierung nach Oberost entsandten Vertreter des polnischen Generalstabes ausdrücklich festgestellt worden, daß das Verhältnis in diesen Gebieten zwischen den deutschen Behörden und der polnischen Bevölkerung gut ist. Hieraus geht schon hervor, daß die in der Note aufgestellte weitere Behauptung, die deutschen Behörden begünstigten die den Polen feindlichen Bevölkerungsteile, der Grundlage entbehrt.

3. Zwischen den deutschen Militärbehörden und der Sowjetregierung besteht keinerlei freundschaftliches Verhalten, wie der polnischen Regierung genau bekannt ist.

4. Verhandlungen über die baldige Räumung der Bug-Etappe haben sofort nach Eintreffen des deutschen Gesandten in Warschau begonnen. Daß sie zu spät zu Ende kamen, lag lediglich am Verhalten der polnischen Regierung, die die deutschen Vorschläge wochenlang unbeantwortet ließ.

5. Die Behauptung, daß deutsche Militärbehörden in den Kämpfen zwischen den Ukrainern und Polen für die ersteren Partei ergriffen hätten, widerlegt sich schon dadurch, daß bekanntlich die deutschen Truppen sich verpflichtet haben, bei den Partiekämpfen in der Ukraine neutral zu bleiben, und selbstverständlich unter Aufsicht ihrer Führer und Soldatenräte diesen Beschluß gewissenhaft aufrechterhalten haben.

6. Die Unterstellung, daß der Friede zwischen Deutschland und Polen seitens Deutschlands durch Organisierung des Heimatschutzes Ost gefährdet werde, wird schon dadurch Lügen gestraft, daß die Gefährdung des Friedens offenkundig von der polnischen Regierung selbst ausgegangen ist, indem sie in den Ostprovinzen eine zügellose Agitation entfaltete und nunmehr dazu übergegangen ist, in flagranter Verletzung nicht bloß des Völkerrechts, sondern auch der speziellen Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages Wahlen zum polnischen Landtag auf reichsdeutschem Gebiet auszuschreiben. Alle Anregungen des Gesandten vom ersten Tage seines Aufenthaltes an, den Grenzschutz gemeinsam in friedlicher Weise zu organisieren, sind ohne Beantwortung geblieben.

7. Während der Anwesenheit der deutschen Gesandtschaft in Warschau ist die deutsche Gesandtschaft unerhörten Anpöbelungen durch die polnische Presse oder gewalttätigen Anschlägen der Warschauer Bevölkerung ausgesetzt gewesen. An allen Straßenecken durften heizerische Aufrufe und Plakate mit Aufforderungen zu den Waffen gegen das Deutschtum prangen, ohne daß irgend jemand auch nur versucht hätte, diesem Treiben der chauvinistischen Hezer sich zu widersetzen.

Der erzwungene Abbruch der deutsch-polnischen Beziehungen war für das Kabinett Moraczewski eine schwere Niederlage. Es hielt sich aber darüber hinaus noch unerwartet lange. Daraufhin setzten von Warschau und von Posen her Aktionen größeren Stils ein. Am 20. Dezember versammelten sich in Warschau Vertreter des Obersten Volksrats in Posen und sämtlicher polnischer Parteien mit Ausnahme der Sozialisten und nahmen eine Erklärung an, die durch das polnische Nationalkomitee in Paris den Ententemächten übermittelt werden sollte. Die Erklärung beginnt: „Es ist der unerschütterliche Wille und die entschiedene Forderung des ganzen polnischen mit den verbündeten Mächten durch die Gemeinsamkeit der Ideen und der historischen Traditionen verbundenen Volkes, daß das enge, während der Kriegszeit mit den Ententemächten geschlossene Bündnis des Volkes . . . nach Friedensschluß in voller Kraft bleibe und weitere Jahre dauere.“ Am Ende wird die Hoffnung ausgesprochen, „daß die Weisheit und Gerechtigkeit der beratenden Staatsmänner uns unser Polen wiedergeben wird, das, gestützt auf eine eigene Meeresküste und den alten polnischen Hafen Danzig, stark und lebensfähig in politischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht, eine dauernde Garantie der neuen Prinzipien des Rechts und der

Ordnung . . . und damit zugleich der Kultur und des Friedens auf dem ausgedehnten Grenzgebiet zwischen dem erobersüchtigen deutschen Element und ganz Osteuropa werden wird". Um diesen Appell der Parteien an die Entente zu verstärken, rief ferner der Posener Oberste Volksrat, der überwiegend aus Nationaldemokraten bestand, durch eine Kundgebung vom 3. Januar 1919<sup>1)</sup> zur Bildung einer provisorischen polnischen Vertretung in Warschau auf, die aus 50 Delegierten Kongresspolens und je 25 Posens und Galiziens bestehen sollte. Die Bildung einer solchen von den Parteien zu stellenden Vertretung wenige Wochen vor dem Zusammentritt der Konstituante konnte nur den Zweck haben, auf die Regierung einen entsprechenden Druck auszuüben. Diese provisorische Vertretung trat auch tatsächlich am 16. Januar in Warschau zu kurzen Beratungen zusammen, war aber zu dieser Zeit schon nicht mehr nötig. Denn am gleichen Tage war die Bildung des Kabinetts Paderewski bereits beendet.

Paderewski war über Posen, wo während seiner Anwesenheit die bekannten Konflikte wegen des Aushängens von Ententefahnen ausbrachen, die im weiteren Verlauf zu der polnischen Erhebung in Deutschland führten, in den ersten Tagen des Januar in Warschau eingetroffen. Er hatte in Warschau und Krakau lange Beratungen wegen der Berufung eines neuen Kabinetts abgehalten und hatte schließlich von Piłsudski nach der Demission des Kabinetts Moraczewski den Auftrag erhalten, die neue Regierung zu bilden. Als Ursache des Rücktritts des alten Kabinetts bezeichnete der bisherige Minister des Äußeren ausdrücklich die Weigerung der Posener Banken, die Staatsanleihe zu unterstützen<sup>2)</sup>. Das neue Kabinett bestand nicht aus ausgeprägten politischen Persönlichkeiten<sup>3)</sup>; die Sozialisten schlossen sich grundsätzlich von der Teilnahme aus. Aber der Umstand, daß Paderewski, der

<sup>1)</sup> In den Posener Blättern vom 9. Januar veröffentlicht.

<sup>2)</sup> Die Kabinettsmitglieder waren: Inneres — Wojciechowski, Justiz — Supiński, Handel und Industrie — Hacia, Landwirtschaft und Staatsgüter — Janicki, Arbeit und öffentliche Fürsorge — Iwanowski, Post und Telegraph — Linde, Kultur und Kunst — Przemicki, öffentliche Arbeiten — Próchnik, Verkehr — Eberhardt, Finanzen — Englich, Verpflegung — Mintkiewicz, Gesundheitswesen — Janiszewski, Heereswesen — Wroczyński, Unterricht — Łukasiewicz.

<sup>3)</sup> Die unbefriedigende Zeichnung der 500 Millionen-Staatsanleihe beklagte aber auch der erste Finanzminister des Kabinetts Paderewski, Englich. Am 20. Februar waren erst 275 Millionen Mark gezeichnet. — Wie sehr die Posener Finanzkreise ihr Verhalten zu der Warschauer Regierung von Parteirücksichten abhängig machten, zeigt u. a. das Beispiel der Posener Genossenschaftsbank, die — noch dem „Dziennik Poznański“ vom 7. Mai 1919 — 160 Millionen Mark, die sie aus Berlin zurückgezogen hatte, sie er zinslos liegen ließ, als daß sie sie im Interesse der ihr „nicht konvenierenden Regierung“ Moraczewski anlegte.

während des Kriegs in Amerika auf Seiten und im Sinne der Entente tätig war, außer dem Vorsitz zunächst auch das Ministerium des Äußeren übernahm, der Triumph der Nationaldemokraten, die Vertrauenskundgebungen des Posener Nationalrats und der von ihm nach Warschau einberufenen „Provisorischen Vertretung“, endlich das Erposé, das Paderewski alsbald nach seinem Amtsantritt offiziell kundgab, bewiesen, daß dieser Umschwung den Sieg der Entente und ihrer Anhänger in Polen bedeutete. „Unerläßlich ist“, hieß es in diesem Erposé, „die Feststellung unseres Verhältnisses zu den siegreichen Alliierten und die ausdrückliche Erklärung, daß die polnische Republik sich als ihren Verbündeten betrachtet.“ Der bisherigen Regierung wurde bestätigt, daß sie ihr Amt nach bestem Wissen und Willen geführt habe; die neue Regierung solle keinen Parteicharakter haben. Als ihre erste Aufgabe sehe sie die Durchführung der Landtagswahlen und die Einberufung des Landtags an, dessen Zusammentritt auf den 9. Februar anberaumt wurde.

Die Wahlen zur gesetzgebenden polnischen Versammlung unterblieben im Posener Gebiet auf Einspruch von deutscher Seite und in Ostgalizien, das in ruthenischen Händen war. Ihr Ergebnis ist schon deswegen bemerkenswert, weil hier eine politische, noch längst nicht durchorganisierte Bevölkerung zum erstenmal nach einem äußerst demokratischen Wahlrecht wählte. Dieser Mangel an parteimäßiger Durchbildung des Volkes zeigte sich in zwei Umständen. Wo ein politisches Leben bereits bestand, insbesondere in Warschau und den anderen Großstädten, trat eine außerordentliche Parteizersplitterung ein. In Warschau z. B. waren 21 Listen aufgestellt. Wo es aber an politischer Schulung fehlte, also vor allem auf dem Lande, überwogen die Berufsinteressen. Da nun die Bauernschaft  $\frac{3}{4}$  bis  $\frac{4}{5}$  der Bevölkerung ausmacht, geben ihre Vertreter in der Konstituante den Ausschlag. Diese Vertreter lassen sich aber parteipolitisch nicht mit unbedingter Sicherheit klassifizieren, so daß das gegenwärtige Bild der polnischen Konstituante sich nur in großen Zügen darstellen läßt und Änderungen hierbei nicht ausgeschlossen sind.

In Warschau wählten von 433 000 Wahlberechtigten 287 346, also etwa zwei Drittel, was wohl als eine starke Wahlbeteiligung angesehen werden kann, zumal die internationale Sozialdemokratie die Landtagswahlen boykottierte. Die meisten von den 21 aufgestellten Listen fielen ganz aus, die ehemaligen Aktivisten brachten es nur auf einige hundert Stimmen. Es siegte das Nationale Wahlkomitee der demokratischen Parteien, das ziemlich genau dem alten Interparteilichen Klub entsprach. Es brachte 10 Kandidaten durch, mit Paderewski und Roman Dmowski an erster Stelle; auch de Kossiet wurde in dieser

Liste gewählt. 3 Sitze eroberte die Polnische Sozialistische Partei, die letzten drei entfielen auf einige jüdische Parteien. Ganz Kongresspolen wählte 191 Abgeordnete. Nicht weniger als 91 Sitze erhielten verbündete „nationale Gruppen“, größtenteils Bauernbünde verschiedener Färbung, die aber im ganzen doch zur Nationaldemokratie neigten. Die erklärten Nationaldemokraten brachten es nur auf 16, die Polnische Sozialistische Partei auf 13<sup>1)</sup> und die linksstehenden Volksparteiler unter Führung Lhugutts auf 32 Sitze. Von den fremden Nationalitäten wurden nur 8 Juden und 2 Deutsche gewählt. Die Wahlbeteiligung unter den Juden, besonders unter den jüdischen Frauen, war schwach. Die Deutschen waren wohl geographisch zu sehr zersplittert, außerdem machte sich anscheinend nach dem politischen Umschwung das deutsche-polnische Assimilantentum sehr stark geltend<sup>2)</sup>.

Das Gesamtbild der polnischen gesetzgebenden Versammlung mit Einschluß der in Galizien vollzogenen Wahlen ist dem in Kongresspolen ähnlich. Die entschiedene Linke, die Opposition der gegenwärtigen Regierung, hat nur ein knappes Drittel der Sitze inne. Ausschlaggebend ist ein großer Block von etwa 120 meist bäuerlichen Abgeordneten, die stark unter Klerikalem und damit auch unter nationaldemokratischem Einfluß stehen, aber als Parteien noch nicht konsolidiert sind und daher von beiden Seiten stark umworden werden. Nur durch diesen Sukkurs kann der nationaldemokratische Flügel eine Mehrheit bilden; ob er deren in innerpolitischen, insbesondere sozialen Fragen immer sicher ist, bleibt abzuwarten. In nationalen Fragen, d. h. vor allem hinsichtlich der Gebietsansprüche gegen Deutschland ist eine sichere Mehrheit für maximalistische Forderungen da. Die Frage der Zuziehung von Posener Vertretern zur Konstituante ist gegenwärtig — Anfang April 1919 — noch nicht geklärt<sup>3)</sup>. Die polnischen Abgeordneten des früheren deutschen Reichstags hat man ohne weiteres aufgenommen; gegen das Verlangen des Posener Obersten Nationalrats, in corpore zugelassen zu werden, sträubte sich vor allem die Linke.

In der ersten geschäftlichen Sitzung des konstituierenden Landtags am 14. Februar wurde mit 3 Stimmen Mehrheit zum Marschall der ehemalige deutsche Reichstagsabgeordnete Trzampczyński gewählt, ein gemäßigter Nationaldemokrat, seit Anfang Januar vom Polnischen

<sup>1)</sup> Nach anderen Meldungen auf 15.

<sup>2)</sup> Bei den Stadtverordnetenwahlen in Lodz am 23. Februar 1919, die nach demselben Wahlrecht stattfanden, wurden auf 75 Stadtverordnete nur 6 Deutsche gewählt!

<sup>3)</sup> Inzwischen haben am 1. Juni in dem in polnischer Hand befindlichen Gebiet Wahlen stattgefunden.

Obersten Volkstrat ernannter Regierungspräsident in Posen. Gegenkandidat war der galizische Volksparteiler Witos. In der Sitzung vom 20. Februar legte Pilsudski sein Amt in die Hände der Nationalversammlung, die es ihm aber unter Ovationen zurückgab. Ebenso übertrug die Konstituante der Regierung Paderewski die zur Verfügung gestellten Portefeuilles von neuem.

In den ersten Wochen nach dem Zusammentritt der Konstituante erkannten die Ententemächte die neue polnische Regierung an. Schon vorher waren Beziehungen durch Delegationen der Entente angeknüpft worden. Insbesondere trafen amerikanische Lebensmittel über Danzig ein. Ob im übrigen die Entente alle weitgespannten Forderungen des polnischen Nationalismus erfüllen wird, bleibt abzuwarten. Bisher hat es den Anschein, als ob zur vorbehaltlosen Anerkennung jedes gegen Deutschland gerichteten polnischen Anspruchs nur Frankreich bereit sei<sup>1)</sup>.

Die Behandlung der polnischen Frage auf der Friedenskonferenz liegt jedoch bereits außerhalb des Rahmens unserer Darstellung. Den Abschluß der politischen Entwicklung in Kongreßpolen, die wir schildern wollten, bildet die Bildung des Kabinetts Paderewski und der Zusammentritt der polnischen gesetzgebenden Versammlung. Aus beiden staatsrechtlichen Akten geht hervor, daß die polnisch-deutschen Beziehungen vor dem Krieg, die Okkupation und der Ausgang des Kriegs dabei zusammengewirkt hatten, das neue Polen im bewußten Gegensatz gegen Deutschland entstehen zu lassen.

<sup>1)</sup> Inzwischen haben die Versailler Friedensbedingungen gezeigt, daß die Entente in der polnischen Frage wie im Allgemeinen die Wilsonschen Prinzipien des Selbstbestimmungsrechts der Völker verlassen hat.

## V. Die politische Entwicklung im polnischen Judentum während der Zeit der deutschen Okkupation.<sup>1)</sup>

Von Wilhelm Stein.

### 1. Die politische Lage des polnischen Judentums bei Beginn der Okkupation.

Die zum weit überwiegenden Teile aus Deutschland in zahlreichen Wellen vom 9. bis 15. Jahrhundert, vielfach unter dem Drucke von Judenverfolgungen nach Polen eingewanderten Juden bilden mit annähernd 2 Millionen Köpfen reichlich 14 Prozent der Bevölkerung Kongresspolens<sup>2)</sup>. Ihre jahrhundertlang durch weitgehende Privilegien geförderte Mission im neuen Vaterlande war für die wirtschaftliche Entwicklung Polens von größter Bedeutung. Sie bildeten hier zunächst zwischen Adel und Bauern den „dritten Stand“ der Städter, Kleinbürger und Kaufleute und blieben bis in die jüngste Zeit fast ausschließlich die Träger des Kleinhandels, vorwiegend die des Außenhandels und zum guten Teile die der für Polen wichtigsten Industrien<sup>3)</sup>. In den letzten Jahrzehnten befanden sie sich im Stadium der Depossidierung — das Aufkommen eines polnischen Mittelstandes

<sup>1)</sup> Als Quellen dieser Darstellung sind in erster Linie die Publikationen der Presseabteilung des Verwaltungschefs beim Generalgouvernement Warschau (Warschauer Tafeln, Warschauer Mitteilungen, Lagesberichte aus der polnischen und jüdischen Presse), an denen der Verfasser beteiligt war, zu nennen. Weiter standen als Ergänzung eigener Anschauung und Beobachtung von Frühjahr 1915 bis über das Ende der Okkupationszeit eigene gelegentliche Aufzeichnungen und Arbeiten und eine Sammlung von Ausschnitten aus der deutsch-jüdischen, der jiddischen und hebräischen Presse zur Verfügung.

<sup>2)</sup> Es ist schon hier hervorzuheben, daß das Judentum im österreichischen Okkupationsgebiet, für das annähernd gleiche Voraussetzungen galten, das aber infolge der österreichischen Polenpolitik und insbesondere infolge der dortigen Personenverhältnisse eine andere Entwicklung nahm, nur insoweit berücksichtigt wird, als es zur Beleuchtung einzelner Fragen unvermeidlich erscheint. Das Judentum in Galizien, für das von vornherein gänzlich andere Bedingungen und Verhältnisse vorlagen, bleibt unberücksichtigt.

<sup>3)</sup> Vor dem Kriege waren etwa 35 Prozent Juden in der polnischen Industrie beschäftigt. In die Textilindustrie teilten sie sich mit Deutschen und Polen, in Serberei, Papierindustrie und Konfektion hatten sie das Übergewicht.



fährte in ständig steigendem Maße zum wirtschaftlichen Antisemitismus — und wurden daher einerseits dem Industrieproletariat, andererseits dem kleinen und kleinsten Makler- und Zwischenhändlerstand zugeführt. Der Stillstand eines großen Teiles der Industrie hat während des Krieges auch die jüdische Arbeiterschaft — abgesehen von den in Deutschland Arbeit findenden — der letztgenannten Kategorie zugefellt. Der unter den Juden stark vertretene Kleinhandwerker- und Händlerstand konnte sich bislang trotz aller Erschwernisse in seiner Lage halten. Den höheren sozialen Schichten der (im europäischen Sinne) Gelehrten und akademisch Gebildeten, sowie der Finanzaristokratie gehört nur ein Prozentsatz der polnischen Juden an, der im Verhältnisse zur Gesamtzahl als recht gering zu bezeichnen ist. Dieser Umstand beruht auf den russischen Ausnahmegesetzen, die den Zugang zur höheren Schule und Hochschule für die Juden außerordentlich erschwerten.

Die kulturelle Lage der polnischen Juden ist das Gebiet, das sie am sinnfälligsten von der Umwelt scheidet und unterscheidet. Das Festhalten an der jüdischen Religion streng traditioneller Observanz hat sie vor einem Aufgehen, ja vor jeglicher nennenswerten Mischung mit dem Wirtsvolk bewahrt und bestimmt ihre Lebensgestaltung bis in die kleinsten Außerlichkeiten, z. B. im Festhalten an der aus Deutschland mitgebrachten mittelalterlichen Kleidung hinein. Auch die Gefahr wirtschaftlicher Schädigung (z. B. durch Ruhen aller Geschäfte an den Sabbaten neben der Einhaltung der für den polnischen Konkurrenten allein geltenden staatlichen Ruhetage) hat nicht zu einer Milderung in der Beobachtung religiöser Forderungen geführt. Nur in den Reihen der Hochgebildeten einerseits und der sozialistischen oder ihnen nahestehenden Elemente andererseits finden sich liberale religiöse Anschauungen oder auch religiöse Indifferenz; die Masse dagegen gehört der Orthodorie an. Eng mit der jüdischen Religion verbunden und von ihr abhängig ist das jüdische Geistesleben überhaupt, in dem der Drang zum Lernen und zur Bildung einen der hervorstechendsten Züge bildet. Die jüdische Schulbildung<sup>4)</sup>, die freilich ganz auf das Erlernen jüdischen Wissens an der Hand der religiösen Urkunden und Literatur eingestellt ist und selten „weltliche“ Lehrgegenstände, wie Profangeschichte, Geographie usw. berücksichtigt, ist Allgemeingut, so daß Analphabeten (im Gegensatz zu den Russen und Polen) äußerst selten

<sup>4)</sup> Die niederen und höheren Schulen sind überwiegend Privatanstalten, doch unterhalten die Kultusgemeinden zum Teil eine Anzahl zumeist unentgeltlicher Schulen für die ärmste Bevölkerung, außerdem Handwerker- und ähnliche Fach- und Fortbildungsschulen.

sind. Der Drang nach Bildung dokumentiert sich außerdem in auffallend zahlreichen Autobiakten.

Neben der Religion ist das wichtigste Bindemittel — und gleichzeitig Trennungsmoment gegen die Ummwohner — die Sprache der polnischen Juden. Trotz des jahrhundertelangen Aufenthaltes in Polen sind nur 4 bis 5 Prozent zum ständigen Gebrauch der polnischen Sprache übergegangen, und unter den übrigen gibt es manche, die nicht einmal Polnisch verstehen, und beträchtliche Massen, die es jedenfalls nicht sprechen, lesen und schreiben können. Die russische Sprache ist bei den in den letzten Jahrzehnten aus Rußland zugewanderten Juden zwar bekannt, aber sehr selten Umgangssprache. Hebräische Kenntnisse vermittelte die Schule, gesprochen wurde es nur in nicht sehr zahlreichen zionistischen Kreisen. Die Sprache der Masse, mit alleiniger Ausnahme der wenigen völlig Polonisierten, ist das Jiddische<sup>5)</sup>. Diese einst aus Deutschland mitgebrachte Sprache, die infolge der Emigrationen der Ostjuden in einem großen Teile der Welt von Millionen Juden gesprochen wird, ist zu reichlich  $\frac{4}{5}$  ihres Sprachschatzes gutes, mittelalterliches (ans Alemannische anklingendes) Deutsch. Ihm sind für gewisse Begriffskategorien hebräische Wörter (vielfach mit deutschen Endungen und deutscher Flexion) eingemischt und einzelne Ausdrücke aus den Landessprachen zugefügt. In jiddischer Sprache, die sich im Druck der hebräischen sog. Quadratschrift, handschriftlich eines dem Syrischen nahestehenden Kursivs bedient, sind Presse, Literatur, Theater, Übersetzungen fremder Literaturen, Geschäftsbücher, Akten, Briefe usw. der polnischen Juden gehalten; daneben existiert — nicht für alle verständlich — natürlich auch eine stattliche hebräische Literatur und in Warschau eine hebräische Zeitung<sup>6)</sup>. Das straffe Festhalten an der jiddischen Sprache machte die polnischen Juden an der Grenze Deutschlands einerseits zu den gegebenen Vermittlern deutschen Handels und Gewerbefleißes, andererseits als Träger deutscher Kultur in mancher Hinsicht zu Pionieren der deutschen Einwanderung. Ihre durch die Sprache gegebene Mittlerrolle ist naturgemäß auch im Kriege bedeutend zur Geltung gekommen.

Auf die Gestaltung der politischen Lage der polnischen Juden, wie sie die deutsche Okkupation vorfand, wirkten drei Faktoren

<sup>5)</sup> Diese, der Sprache selbst entnommene Bezeichnung ist im folgenden durchweg angewendet, da „jüdisch“ vom deutschen Leser in der Regel als Religions- oder Volksbezeichnung verstanden wird. Der Ausdruck „jüdisch-deutsch“ ist als unklar, die Benennung „Jargon“ als der antisemitischen Terminologie entstammend abzulehnen.

<sup>6)</sup> Hasefirah, gegr. 1862.

ein: die Gesetzgebung des Landes, die polnisch-jüdischen Beziehungen und die innerjüdischen Gegensätze.

Die einstigen Privilegien und Freiheiten der polnischen Juden gehören ferner Vergangenheit an und sind für unsere Darstellung belanglos. Die gesetzliche Lage des polnischen Juden war bei Beginn der deutschen Okkupation durch die Judengesetze der russischen Regierung, durch alle jene bekannten Ausnahmeerlasse und Beschränkungen bestimmt, die den russischen Juden zu einem Bürger zweiter Klasse machten. Für das polnische Judentum waren neben den sonstigen Beschränkungen (Prozentsnorm im höheren Schulwesen, Verbot des Erwerbs häuerlichen Landes usw.) insbesondere wichtig die anti-jüdischen Gesetze Ignatjew's vom 3. Mai a. St. 1882 und der Ukas vom 28. März a. St. 1891, die den für die Juden erlaubten Ansiedlungsrayon (durch die Tscherta osjedlosti) auf eine Anzahl westrussischer Gouvernements, darunter das Gebiet Kongreßpolens, bestimmten. Durch diese Erlasse und ihre Handhabung in zielbewußter Politik wurde die schon in Polen vorhandene jüdische Masse vollends eingepfercht und durch die aus dem übrigen Rußland in den Ansiedlungsrayon abwandernden Juden verstärkt. Im allgemeinen darf die Lage des polnischen Judentums in der Praxis als politische Rechtlosigkeit bezeichnet werden, wenn ihm theoretisch auch ein Minimum bürgerlicher Rechte dem Buchstaben nach zugebilligt war. Tatsächlich besaßen sie in Polen nicht einmal in den Kommunen irgendwelchen Einfluß, obwohl sie z. B. in Warschau 35 bis 37 Prozent der Bevölkerung bilden und in manchen polnischen Städten auch 40, 60, 70 Prozent, vereinzelt sogar gegen 90 Prozent ausmachen.

Für die letzten Jahre vor dem Kriege sind im Hinblick auf die vorliegende Darstellung die polnisch-jüdischen Beziehungen wichtiger zur Einschätzung der Lage der Juden als die russische Gesetzgebung. Diese Beziehungen hatten sich gerade im letzten Jahrzehnt ungemein verschärft und zu einem Anwachsen des weniger religiös und kulturell, als wirtschaftlich begründeten Antisemitismus geführt, der durch das Hinzutreten politischer Motive und durch seine Ausnutzung als Mittel der Parteiagitatioin ganz besonders scharfe Formen annahm und in seiner Widerspiegelung in der polnischen Masse als fanatischer Judenhaß bezeichnet werden darf.

Die Kompression jüdischer Massen in Polen als Ausfluß der russischen Polenpolitik hat in Verbindung mit der allgemeinen Erstarkung des nationalen Bewußtseins der Völker zu einem eigenartigen Aufschwung des jüdischen Nationalismus in Polen geführt, der sich bis zum Ausbruch des Krieges als Zionismus und als sozialistisch-nationale Bewegung zeigte. Die nationalen Bestrebungen der Zionisten waren

Die lange Dauer der mühseligen Verhandlungen über die Frage der Räumung der Bug-Etappe nimmt der Lösung dieser Frage, weil zu spät erfolgt, jede praktische Wirkung.

Die Unterstützung, welche die deutschen Militärbehörden im Gebiet von Cholm und Poblachien der ukrainischen Bewegung haben zuteil werden lassen, beweist einerseits, daß die deutschen Behörden dahin streben, zum Schaden der Interessen Polens vollendete Tatsachen zu schaffen und trägt andererseits dazu bei, die polnische und ukrainische Nation durch eine Kluft zu trennen.

In keiner der angeführten Fragen ist es der Polnischen Regierung gelungen, sich rechtzeitig mit den Vertretern Deutschlands zu verständigen.

Die Organisation des Heimatschutzes Ost und die herausfordernde Haltung des Ostmarkenvereins, wie auch die Erschwerungen, die für den freien Verkehr zwischen Warschau und den polnischen Gebietsteilen Preußens bestehen, haben sehr dazu beigetragen, die feindlichen Gefühle der polnischen Bevölkerung gegen Preußen zu verstärken und Zweifel an der Aufrichtigkeit Deutschlands, sich an die vom Präsidenten der Vereinigten Staaten proklamierten Friedensgrundsätze zu halten, hervorgerufen.

Mit Rücksicht auf die nur sehr kurze Spanne Zeit, die uns noch vom Friedenskongreß trennt, erachtet die Polnische Regierung jede Auseinandersetzung außerhalb des Rahmens der Verhandlungen, die auf dem Friedenskongreß stattfinden werden, für unnütz und sogar in Anbetracht der gegenwärtigen Lage für die innere Ordnung Polens und auch für die künftigen guten gegenseitigen Beziehungen für schädlich.

In der Hoffnung, daß nach Wiederherstellung normaler Verhältnisse die Beziehungen zwischen dem polnischen und dem deutschen Staate wieder in geordnete Bahnen geleitet werden, glaubt die polnische Regierung, auf Grund der angeführten Tatsachen die diplomatischen Beziehungen zwischen diesen beiden Staaten unterbrechen zu müssen.

Indem ich dieser Überzeugung Ausdruck verleihe, sehe ich mich gezwungen, Ew. Erzellenz zu bitten, mit allen Mitgliedern der Gesandtschaft das Gebiet der Polnischen Republik unverzüglich zu verlassen.

Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten.  
gez. L. Wasilewski.

Zu dieser Note bemerkte das Wolffsbureau folgendes:

1. Der polnischen Regierung fehlt jeder Rechtstitel, die Räumung des Oberostgebietes zu fordern. Ein Eingehen auf diese Forderung seitens der deutschen Regierung hätte im Widerspruch zu den von ihr angenommenen Waffenstillstandsbedingungen gestanden.

2. Im Gegensatz zu den behaupteten Bedrückung der polnischen Bevölkerung im Oberostgebiet ist durch den von der polnischen Regierung nach Oberost entsandten Vertreter des polnischen Generalstabes ausdrücklich festgestellt worden, daß das Verhältnis in diesen Gebieten zwischen den deutschen Behörden und der polnischen Bevölkerung gut ist. Hieraus geht schon hervor, daß die in der Note aufgestellte weitere Behauptung, die deutschen Behörden begünstigten die den Polen feindlichen Bevölkerungsteile, der Grundlage entbehrt.

3. Zwischen den deutschen Militärbehörden und der Sowjetregierung besteht keinerlei freundschaftliches Verhalten, wie der polnischen Regierung genau bekannt ist.

4. Verhandlungen über die baldige Räumung der Bug-Etappe haben sofort nach Eintreffen des deutschen Gesandten in Warschau begonnen. Daß sie zu spät zu Ende kamen, lag lediglich am Verhalten der polnischen Regierung, die die deutschen Vorschläge wochenlang unbeantwortet ließ.

5. Die Behauptung, daß deutsche Militärbehörden in den Kämpfen zwischen den Ukrainern und Polen für die ersteren Partei ergriffen hätten, widerlegt sich schon dadurch, daß bekanntlich die deutschen Truppen sich verpflichtet haben, bei den Partiekämpfen in der Ukraine neutral zu bleiben, und selbstverständlich unter Aufsicht ihrer Führer und Soldatenräte diesen Beschluß gewissenhaft aufrechterhalten haben.

6. Die Unterstellung, daß der Friede zwischen Deutschland und Polen seitens Deutschlands durch Organisation des Heimatschutzes Ost gefährdet werde, wird schon dadurch Lügen gestraft, daß die Gefährdung des Friedens offenkundig von der polnischen Regierung selbst ausgegangen ist, indem sie in den Ostprovinzen eine zügellose Agitation entfaltete und nunmehr dazu übergegangen ist, in flagranter Verletzung nicht bloß des Völkerrechts, sondern auch der speziellen Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages Wahlen zum polnischen Landtag auf reichsdeutschem Gebiet auszuschreiben. Alle Anregungen des Gesandten vom ersten Tage seines Aufenthaltes an, den Grenzschutz gemeinsam in friedlicher Weise zu organisieren, sind ohne Beantwortung geblieben.

7. Während der Anwesenheit der deutschen Gesandtschaft in Warschau ist die deutsche Gesandtschaft unerhörten Anpöbelungen durch die polnische Presse oder gewalttätigen Anschlägen der Warschauer Bevölkerung ausgesetzt gewesen. An allen Straßenecken durften heftige Aufrufe und Plakate mit Aufforderungen zu den Waffen gegen das Deutschtum prangen, ohne daß irgend jemand auch nur versucht hätte, diesem Treiben der chauvinistischen Hezer sich zu widersetzen.

Der erzwungene Abbruch der deutsch-polnischen Beziehungen war für das Kabinett Moraczewski eine schwere Niederlage. Es hielt sich aber darüber hinaus noch unerwartet lange. Daraufhin setzten von Warschau und von Posen her Aktionen größeren Stils ein. Am 20. Dezember versammelten sich in Warschau Vertreter des Obersten Volksrats in Posen und sämtlicher polnischer Parteien mit Ausnahme der Sozialisten und nahmen eine Erklärung an, die durch das polnische Nationalkomitee in Paris den Ententemächten übermittelt werden sollte. Die Erklärung beginnt: „Es ist der unerschütterliche Wille und die entschiedene Forderung des ganzen polnischen mit den verbündeten Mächten durch die Gemeinsamkeit der Ideen und der historischen Traditionen verbundenen Volkes, daß das enge, während der Kriegszeit mit den Ententemächten geschlossene Bündnis des Volkes . . . nach Friedensschluß in voller Kraft bleibe und weitere Jahre dauere.“ Am Ende wird die Hoffnung ausgesprochen, „daß die Weisheit und Gerechtigkeit der beratenden Staatsmänner uns unser Polen wiedergeben wird, das, gestützt auf eine eigene Meeresküste und den alten polnischen Hafen Danzig, stark und lebensfähig in politischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht, eine dauernde Garantie der neuen Prinzipien des Rechts und der

Ordnung . . . und damit zugleich der Kultur und des Friedens auf dem ausgedehnten Grenzgebiet zwischen dem erobersüchtigen deutschen Element und ganz Osteuropa werden wird". Um diesen Appell der Parteien an die Entente zu verstärken, rief ferner der Posener Oberste Volksrat, der überwiegend aus Nationaldemokraten bestand, durch eine Rundgebung vom 3. Januar 1919<sup>1)</sup> zur Bildung einer provisorischen polnischen Vertretung in Warschau auf, die aus 50 Delegierten Kongresspolens und je 25 Posens und Galiziens bestehen sollte. Die Bildung einer solchen von den Parteien zu stellenden Vertretung wenige Wochen vor dem Zusammentritt der Konstituante konnte nur den Zweck haben, auf die Regierung einen entsprechenden Druck auszuüben. Diese provisorische Vertretung trat auch tatsächlich am 16. Januar in Warschau zu kurzen Beratungen zusammen, war aber zu dieser Zeit schon nicht mehr nötig. Denn am gleichen Tage war die Bildung des Kabinetts Paderewski bereits beendet.

Paderewski war über Posen, wo während seiner Anwesenheit die bekannten Konflikte wegen des Aushängens von Ententefahnen ausbrachen, die im weiteren Verlauf zu der polnischen Erhebung in Deutschland führten, in den ersten Tagen des Januar in Warschau eingetroffen. Er hatte in Warschau und Krakau lange Beratungen wegen der Berufung eines neuen Kabinetts abgehalten und hatte schließlich von Pilsudski nach der Demission des Kabinetts Moraczewski den Auftrag erhalten, die neue Regierung zu bilden. Als Ursache des Rücktritts des alten Kabinetts bezeichnete der bisherige Minister des Auseren ausdrücklich die Weigerung der Posener Banken, die Staatsanleihe zu unterstützen<sup>2)</sup>. Das neue Kabinett bestand nicht aus ausgeprägten politischen Persönlichkeiten<sup>3)</sup>; die Sozialisten schlossen sich grundsätzlich von der Teilnahme aus. Aber der Umstand, daß Paderewski, der

<sup>1)</sup> In den Posener Blättern vom 9. Januar veröffentlicht.

<sup>2)</sup> Die Kabinettsmitglieder waren: Inneres — Wojciechowski, Justiz — Supisiski, Handel und Industrie — Pacia, Landwirtschaft und Staatsgüter — Janicki, Arbeit und öffentliche Fürsorge — Iwanowski, Post und Telegraph — Linde, Kultur und Kunst — Przemicki, öffentliche Arbeiten — Próchnik, Verkehr — Eberhardt, Finanzen — English, Verpflegung — Mintiewicz, Gesundheitswesen — Janiszewski, Heereswesen — Wroczyński, Unterricht — Lulawicz.

<sup>3)</sup> Die unbefriedigende Zeichnung der 500 Millionen Staatsanleihe beklagte aber auch der erste Finanzminister des Kabinetts Paderewski, English. Am 20. Februar waren erst 275 Millionen Mark gezeichnet. — Wie sehr die Posener Finanzkreise ihr Verhalten zu der Warschauer Regierung von Parteirücksichten abhängig machten, zeigt u. a. das Beispiel der Posener Genossenschaftsbank, die — nach dem „Dziennik Poznański“ vom 7. Mai 1919 — 160 Millionen Mark, die sie aus Berlin zurückgezogen hatte, sie er zinslos liegen ließ, als daß sie sie im Interesse der ihr „nicht konvenierenden Regierung“ Moraczewski anlegte.

während des Kriegs in Amerika auf Seiten und im Sinne der Entente tätig war, außer dem Vorsitz zunächst auch das Ministerium des Äußeren übernahm, der Triumph der Nationaldemokraten, die Vertrauenskundgebungen des Posener Nationalrats und der von ihm nach Warschau einberufenen „Provisorischen Vertretung“, endlich das Exposé, das Paderewski alsbald nach seinem Amtsantritt offiziell kundgab, bewiesen, daß dieser Umschwung den Sieg der Entente und ihrer Anhänger in Polen bedeutete. „Unerläßlich ist“, hieß es in diesem Exposé, „die Feststellung unseres Verhältnisses zu den siegreichen Alliierten und die ausdrückliche Erklärung, daß die polnische Republik sich als ihren Verbündeten betrachtet.“ Der bisherigen Regierung wurde bestätigt, daß sie ihr Amt nach bestem Wissen und Willen geführt habe; die neue Regierung solle keinen Parteicharakter haben. Als ihre erste Aufgabe sehe sie die Durchführung der Landtagswahlen und die Einberufung des Landtags an, dessen Zusammentritt auf den 9. Februar anberaumt wurde.

Die Wahlen zur gesetzgebenden polnischen Versammlung unterblieben im Posener Gebiet auf Einspruch von deutscher Seite und in Ostgalizien, das in ruthenischen Händen war. Ihr Ergebnis ist schon deswegen bemerkenswert, weil hier eine politische, noch längst nicht durchorganisierte Bevölkerung zum erstenmal nach einem äußerst demokratischen Wahlrecht wählte. Dieser Mangel an parteimäßiger Durchbildung des Volkes zeigte sich in zwei Umständen. Wo ein politisches Leben bereits bestand, insbesondere in Warschau und den anderen Großstädten, trat eine außerordentliche Parteizersplitterung ein. In Warschau z. B. waren 21 Listen aufgestellt. Wo es aber an politischer Schulung fehlte, also vor allem auf dem Lande, überwogen die Berufsinteressen. Da nun die Bauernschaft  $\frac{3}{4}$  bis  $\frac{4}{5}$  der Bevölkerung ausmacht, geben ihre Vertreter in der Konstituante den Ausschlag. Diese Vertreter lassen sich aber parteipolitisch nicht mit unbedingter Sicherheit klassifizieren, so daß das gegenwärtige Bild der polnischen Konstituante sich nur in großen Zügen darstellen läßt und Änderungen hierbei nicht ausgeschlossen sind.

In Warschau wählten von 433 000 Wahlberechtigten 287 346, also etwa zwei Drittel, was wohl als eine starke Wahlbeteiligung angesehen werden kann, zumal die internationale Sozialdemokratie die Landtagswahlen boykottierte. Die meisten von den 21 aufgestellten Listen fielen ganz aus, die ehemaligen Aktivisten brachten es nur auf einige hundert Stimmen. Es siegte das Nationale Wahlkomitee der demokratischen Parteien, das ziemlich genau dem alten Interparteilichen Klub entsprach. Es brachte 10 Kandidaten durch, mit Paderewski und Roman Dmowski an erster Stelle; auch de Kossiet wurde in dieser

Regierung eine leere Phrase war. Der bald folgende Autonomieerlaß Nikolaj Nikolajewitschs diente zu einer Verschärfung der polnisch-jüdischen Beziehungen. Er forderte von den Polen auch die „Achtung der Rechte derjenigen Völker, welche die Geschichte mit euch verknüpft hat“. Da hierunter möglicherweise die Juden verstanden werden konnten, ging man auf polnischer Seite zur Rechtfertigung des bisherigen Antisemitismus zu der Laktik über, die Juden bei den Russen als Verräter zu kompromittieren. Dadurch zeitigte in den ersten Kriegsjahren der Antisemitismus die schlimmsten Früchte und ließ — äußerlich betrachtet — die in Polen vorrückende deutsche Armee als den Befreier aus schlimmster Bedrängnis empfinden<sup>1)</sup>.

Das erste Manifest der deutsch-österreichischen Okkupationsarmeen an die Juden in Russisch-Polen aus den ersten Wochen des Kriegs fand daher eine freudige Aufnahme als Unterpfand, daß die Zentralmächte auch die Judenfrage einer befriedigenden Lösung zuführen wollten. Die in hebräischer und jiddischer Sprache erlassene Kundgebung sagte den Juden mit der Befreiung vom russischen Joch volle religiöse und bürgerliche Freiheit und Gleichstellung auf allen Gebieten des ökonomischen und geistigen Lebens zu. Die programmatische Erklärung erregte im Judentum aller Länder erhebliches Aufsehen und gewann gerade bei den einflußreichen amerikanischen Juden den Zentralmächten deutlich sichtbare Sympathien, da diese Zusagen eine Mittellinie einhielten, die damals die meisten jüdischen Strömungen befriedigen konnte<sup>2)</sup>.

Dieses Programm mißfiel allerdings den Assimilatoren; denn die „Gleichstellung auf ökonomischem Gebiete“ mußte die Polen nach der Boykottzeit zu erhöhtem Widerstand gegen die Juden reizen, und die „bürgerliche Freiheit“ besaßen nach assimilatorischer (und polnischer) Ansicht die Juden seit Wielopolstis<sup>3)</sup>.

<sup>1)</sup> Die Måte der polnischen Juden in den ersten Kriegsmonaten sind weithin bekannt geworden. Den Russen wurden sie als Spione erfolgreich von den polnischen Nachbarn denunziert. An den Räubereien, Plünderungen, Mord und Gewalttaten beteiligte sich neben der Soldateska die Einwohnerschaft.

<sup>2)</sup> Die Stimmung der Juden Amerikas, deren Einfluß auf die öffentliche Meinung und Politik des Landes sehr hoch einzuschätzen war, nützte damals Graf Bernstorff geschickt aus, indem er diese Proklamation in einem Briefe an die jiddische Zeitung „Der Tag“ (New York) nachdrücklich kommentierte. (Deutscher Abdruck: Jüd. Rundschau, Berlin, 1914 Nr. 49.)

<sup>3)</sup> Die Bestimmungen Wielopolstis vom 24. Mai 1862, die von den Polen wie den Assimilatoren stets als Grundlage des polnisch-jüdischen Verhältnisses angesehen werden, obgleich sie immer nur auf dem Papier geblieben sind, gaben den Juden die bürgerliche Gleichberechtigung auf Kosten der kulturellen Eigenart (S 7).



Die Assimilatoren, die trotz der Mißerfolge in der Boykottzeit und der vielfach ablehnenden Haltung der Polen unentwegt an dem Grundgedanken ihrer Politik festhielten, daß das Judentum nur „Religionsgemeinschaft“ sei und die jüdische Masse durch Assimilierung an die polnische Kultur zu „Polen mosaischen Glaubens“ gemacht werden müsse, ließen die Änderung der Verhältnisse nicht vorüber, ohne neuerlich den Versuch zu machen, um die Gunst der Polen zu werben. Sie erließen am 12. Dezember 1914 im „Kurjer Warszawski“ eine „Erklärung“<sup>4)</sup>, die die jüdische Loyalität betonte und ihr treues Festhalten an den „Idealen des polnischen Vaterlandes“ hervorhob. „Unser Ziel bleibt die Hebung der jüdischen Masse durch Aufklärung und durch ihre Solidarisierung mit dem Lande und mit der polnischen Nation.“ „Wir glauben auch, daß die polnisch-jüdische Frage eine rein innere autonome ist, die eine günstige Lösung allein auf hiesigem Boden, ohne Dazwischenkunft fremder politischer Gruppen finden kann“<sup>5)</sup>.

Die Assimilatoren, die ja als „Polen“ verschiedenen Parteien angehören, sind dennoch, da sie über eine Organisation und eine Presse<sup>6)</sup> verfügten, bei Behandlung der Judenpolitik als parteiartige Gruppe zu werten. Waren sie auch gering an Zahl, so zehrten diese „oberen 10 000“ doch noch von ihrem früheren starken Einfluß, zumal sie in allen wichtigen jüdischen Gemeinden die Leitung und Vertretung in Händen hatten und hielten. Andererseits hatten sie in der Boykottzeit den Rückhalt an den Polen ziemlich verloren, und ihr Einfluß auf das Judentum war zu dieser Zeit bereits stark erschüttert, um weiterhin mit dem Erstarken des Nationalismus mehr und mehr niederzugehen.

Mit der Okkupation des Landes, in dem der polnisch-jüdische Gegensatz eine brennende Frage bildete, zumal das Judentum und seine wieder befreite Presse nach dem Abzuge der Russen äußerst rührig wurden und deutliche Organisationsbestrebungen zeigten, mußten sich die maßgebenden Stellen für eine Judenpolitik entscheiden. Da ihnen zumeist die Kenntnis der Verhältnisse und der Probleme fehlte, ist es nicht verwunderlich, daß die deutsche Verwaltung weder damals

<sup>4)</sup> Unter den Unterzeichnern waren die beiden Hauptführer der Warschauer Assimilanten: Ratanjon und Dickstein.

<sup>5)</sup> Die Erklärung war ursprünglich weniger gegen das deutsche Programm, als gegen die russischen Fortschrittler gerichtet, wurde aber bald vorwiegend benutzt, um gegen die Deutschen den „inneren, autonomen Charakter“ der polnischen Judenfrage zu betonen.

<sup>6)</sup> Tageszeitung „Nowa Gazeta“ (seit Herbst 1917 Organ der polnischen Unabhängigkeitsrichtung) und Zeitschrift „Jraelita“ in Warschau waren von Bedeutung.

noch später zu einer zielbewußten Politik gelangte, sondern während der ganzen Okkupationszeit an dem Problem herumdozierte.

Von Anbeginn an fehlte sowohl eine klare Zielsetzung wie die Erkenntnis von der Bedeutung der Judenfrage für die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Polen. Die Behandlung der Judenfrage orientierte sich ausschließlich an dem jeweiligen Stande der deutsch-polnischen Beziehungen<sup>7)</sup>. An sich wäre das auch eine feste Richtlinie gewesen, wenn die Polenpolitik eben fest und einheitlich geführt worden wäre. Man mußte sich dann ganz auf den Standpunkt stellen, den Kleinow anfangs vertrat<sup>8)</sup>: die Lage der Juden durch Sorge für gerechte Behandlung bessern, im übrigen aber die Judenfrage grundsätzlich als innerpolitische polnische Angelegenheit betrachten und ihre spätere Lösung den Polen überlassen. Freilich durfte man dann nicht darauf rechnen, früher oder später das Judentum als deutschfreundliches Element in die politische Rechnung einstellen zu können. Denn für die polnischen Juden war es durchaus zweifelhaft, ob nicht die russische Bedrückung erträglicher war, als die Auslieferung an die Polen.

Die Erkenntnis, daß die Juden recht wohl eine Stütze der deutschen Ostpolitik in der Zukunft werden könnten, wenn man ihnen ihre nationale Bewegungsfreiheit gab und damit aufbauende Kräfte bei ihnen sich auslösen ließ, scheint Kleinow zu einer Milderung seines Grundsatzes geführt zu haben. Das empordrängende nationale Wollen der Juden kam dem entgegen. So erstreckte Kleinow schon Anfang 1915 seine Pressepolitik auch auf die Juden, indem er eine jiddische Tageszeitung<sup>9)</sup> unter gleichzeitiger fortgesetzter Bedrückung des bestehenden Konkurrenten gründete. Für die politische Entwicklung im Judentum bedeutete die Gründung dieses radikal-nationalistischen Blattes sowohl die Anerkennung der nationalistischen Bestrebungen durch die deutsche Behörde als auch den Beginn ihrer Organisation. Gleichzeitig konnten damit die wichtigen und zahlenmäßig bedeutenden Elemente des Kleinbürger-, Händler- und Handwerkermittelstandes in eine deutschfreundliche Stimmung übergelenkt werden, der ja Sprache und Kulturgüter der Juden<sup>10)</sup> entgegenkamen. Die Sympathien der

<sup>7)</sup> Die Rückwirkungen, die die deutsche Judenpolitik auf die Judenheit anderer Länder, vor allem Amerikas, haben mußte, wurden niemals in Rechnung gezogen.

<sup>8)</sup> Etwa in seinem Aufsatz „Die Zukunft Polens“ im Januarheft (1915) der „Neuen Rundschau“ (Berlin, S. Fischer).

<sup>9)</sup> Lodzer Volksblatt, Herausgeber Lazar Kahan.

<sup>10)</sup> Die deutschen Klassiker in jiddischer Übersetzung bildeten seit langem einen wichtigen Teil geistiger Nahrung der Ostjuden.

Ostjuden waren nicht von vornherein deutsch orientiert, wie viel zu oft einfach angenommen wurde<sup>11)</sup>. Die Schwierigkeiten, die die preussische Regierung seit Jahrzehnten der Naturalisierung galizischer und russischer Juden bereitet hatte, waren frisch im Gedächtnis und die oft geringschätzige und verächtliche Behandlung durch die untergeordneten Organe der Okkupationsbehörden, und nicht selten auch durch die höheren, war der Überwindung dieser Abneigung nicht förderlich, wenn auch das Selbstgefühl der jüdischen Masse durch die Zustände, in denen sie lebte, beträchtlich herabgedrückt war. Die jüdischen Sympathien gehörten zunächst vielmehr den Ententevölkern, den Engländern, Franzosen und Amerikanern, die trotz mancher Beschränkungen gegenüber der jüdischen Einwanderung liberale Tendenzen gezeigt hatten. Es kam hinzu, daß diese Juden, in ihren Lebensgewohnheiten und geschäftlichen Gepflogenheiten auf die russische Willkürherrschaft eingespielt, in der deutschen Ordnung nur Pedanterie und Härte sahen. Bei vielen endlich, besonders in den sozialistischen Arbeiterkreisen, lebte neben dem Haß gegen die zarische Regierung der Glaube an die künftige soziale Sendung des russischen Volkes und eine hohe Schätzung der russischen Volksseele. Endlich übersah man auf deutscher Seite oft, daß die breite jüdische Masse weder polnisch noch russisch noch deutsch empfindet, sondern jüdisch.

So war es politisch zunächst von nicht zu unterschätzender Bedeutung, sowohl für die Verhältnisse im Lande, wie unter dem außenpolitischen Gesichtspunkt, daß die Anfänge einer nationaljüdischen Organisationsbestrebung sich unter der Förderung der deutschen Behörde vollzogen<sup>12)</sup>.

Neben dieser Strömung, die sich zunächst noch nicht zur Parteibildung verdichtete, fand der nationale Gedanke in den nach Beseitigung der russischen Herrschaft sich entfaltenden zionistischen Vereinen und Organisationen neue Nahrung. Der polnisch-jüdische Zionismus legte unter den veränderten Verhältnissen langsam mehr Gewicht auf das sogenannte „Gegenwartsprogramm“, d. h.

<sup>11)</sup> Das freundliche Entgegenkommen der Juden wurde mißverstanden. Es bedeutete vielfach nicht mehr als ein rasches, praktisches Einstellen auf die neue Lage.

<sup>12)</sup> Das Anschwellen der national-jüdischen Stimmung wurde mit besonderem Interesse von den Juden Amerikas verfolgt, deren Presse in jeder Weise den jüdischen Nationalismus zu stärken suchte. Neben dem gemeinsamen Gegensatz zu Rußland förderte die Billigung des Nationalismus in Polen die amerikanisch-jüdischen Sympathien für Deutschland. Die jüdische Presse in Amerika begleitete damals jeden deutschen Erfolg mit offener Freude.

eben auf die Betonung der nationalen Ansprüche der Juden auch in Polen.

Der Ausschabung der zionistischen Organisationen, der in dieser Periode der deutschen Okkupation begann, aber von ihr unbeachtet blieb, resultierte nicht nur aus dem verstärkt zur Geltung kommenden Gegenwartsprogramm, sondern auch aus der allgemeinen Neubelebung des Zionismus durch den Eintritt der Türkei in den Krieg. Er legte den ostjüdischen Zionisten nahe, die Erfüllung ihrer Zukunftshoffnung (Schaffung eines nationalen Zentrums in Palästina, um das Aufgehen des Judentums in fremder Kultur zu verhindern) von der ihre nationalen Aspirationen fördernden deutschen Regierung durch eine Verständigung mit der Türkei zu erwarten<sup>13</sup>).

Von indirektem Einfluß auf die Entwicklung des polnischen Judentums war das Eintreten russischer Fortschrittler für die jüdischen Wünsche. Die Polen fühlten sich durch diese Einmischung in die polnisch-jüdische Frage provoziert und versuchten um so mehr diese in ihrem Sinne zu regeln, indem sie nach Ausdehnung der Selbstverwaltung auf Polen (bekanntgegeben 4. April 1915) Mittel für die jüdischen Schulen ablehnten, die Einführung der polnischen Unterrichtssprache in den Chederschulen forderten und anderes mehr. Die städtische Selbstverwaltung nach dem Gesetz von 1892 war durch aus geeignet, auch außerhalb der schon besetzten Okkupationszone den jüdischen Nationalismus zu fördern, denn sie lieferte die Juden den Polen aus. Die Juden durften nach diesem Gesetz nicht nur keine städtischen Ämter bekleiden, sondern auch ihre Vertretung durfte höchstens  $\frac{1}{10}$  und, wo sie die Majorität bildeten,  $\frac{1}{5}$  der Gesamtzahl betragen. Das polnische Bürgerkomitee in Warschau, dem der Assimilator Natanson als einziger Jude angehörte, ließ es an unfreundlichen Maßnahmen gegen die Juden nicht fehlen, die sich auch nach der Einnahme Warschaws durch die Schikanen der „Bürgermiliz“, durch die Benachteiligung der jüdischen Flüchtlinge und ihre Zurücksetzung bei der Hilfstätigkeit fortsetzten.

Alle diese Momente trugen in ihren Rückwirkungen zur Erstarkung der jüdischen Nationalisten bei.

Abschließend kann die erste Periode der deutschen Okkupation bis zur Errichtung des Generalgouvernements Warschau etwa dahin charakterisiert werden: Sie zeigt Anzeichen des sinkenden Einflusses der

<sup>13</sup> Inwiefern es die deutsche Politik mit Rücksicht auf die Türkei versäumte, sich bei dieser Gelegenheit den allweltlichen Zionismus zu verpflichten, kann hier nicht näher erörtert werden.

Affimilatoren, eine beginnende Konsolidierung der Zionisten, eine sehr starke Gärung des Nationalismus und das Anhalten der politischen Apathie der orthodoxen Masse. Die sozialistischen Parteien, deren politische Führung in Warschau liegt, konnten bis zur Okkupation Warschaus für diese Darstellung unberücksichtigt bleiben.

### 3. Von der Errichtung des Generalgouvernements Warschau bis zur Veröffentlichung der Verordnung über die jüdische Religionsgesellschaft (24. 8. 15—15. 11. 16).

Die Errichtung des Generalgouvernements Warschau gab den Juden die Möglichkeit freier Kraftentfaltung. Insbesondere war für das deutsche Okkupationsgebiet mit der Hauptstadt Warschau, deren Mauern die größte und für den Osten wichtigste jüdische Gemeinde Europas birgt, die Periode nach Errichtung des Generalgouvernements die Zeit, in der alle Organisationsbestrebungen der polnischen Juden Form und Farbe gewannen, in der die Gruppen und Richtungen auch der nicht sozialistischen Juden sich nun konsolidierten und als bürgerlich-jüdische Parteien neben die älteren sozialistischen<sup>1)</sup> traten.

Auf der Grundlage erheblich größerer politischer Bewegungsfreiheit<sup>2)</sup> erstand der Bau der jüdischen Parteien, dessen Mittelpunkt das erwachte und nun ungestüm hervordrängende Nationalitätsgefühl darstellt. An diesem Volksbewußtsein schieden sich in Betonung oder Verneinung die Parteien und ihre innerjüdische wie jüdisch-polnische Politik; unter dem gleichen Gesichtspunkt gewannen auch die deutsche Politik und die Politik der Polen ihre Bedeutung für die weitere Gestaltung des polnischen Judentums.

Den gärenden Kampf um das nationale Prinzip brachte wenige Wochen nach Errichtung des Generalgouvernements die am 17. September 1915 erfolgte Veröffentlichung der auf das ganze Generalgouvernement ausgedehnten Verordnung des Oberbefehlshabers Ost über die Regelung des Schulwesens vom 24. April 1915 zum Ausbruch. Sie bestimmte (nach Fortfall des russischen Sprachzwanges) als Unterrichtssprache für die polnischen Schulen Polnisch, für die deutschen und jüdischen Schulen aber Deutsch. Diese Verordnung, die eine gar zu primitive Formel an das komplizierte Judentum heranbrachte, fand eine Einmütigkeit der Ablehnung seitens aller in

<sup>1)</sup> Bund, Poale-Zionisten (P.Z.), Zionisten-Sozialisten (S.S.).

<sup>2)</sup> Die gesamte Zeit Anfang Juli von den russischen Behörden unterdrückte jüdische Presse erschien wieder seit der Einnahme Warschaus.

Betracht kommenden Faktoren, wie sie selbst bei den späteren mißglückten Judenverordnungen der Okkupationsbehörde nicht wieder erreicht worden ist.

Die Polen sahen in der Bestimmung der deutschen Unterrichtssprache für die jüdischen Schulen eine unliebsame Durchkreuzung ihrer Bestrebungen, ein einheitliches „nationales“ Schulwesen zu erreichen, und zugleich eine äußerst unerwünschte Stärkung der separatistischen Tendenzen des Judentums. In diesem aber regte sich gleichfalls gegen die Verordnung energischer Widerspruch von allen Seiten. Ohne weiteres verständlich ist die ablehnende Stellung der Assimilatoren, deren Arbeit an der Polonisierung der jüdischen Massen bei Einführung dieser Schulordnung von vornherein die Wurzeln abgeschnitten wurden. Wichtiger war, daß der Widerspruch gegen die deutsche Unterrichtssprache der dankbarste Agitationsstoff aller nationalistisch gesinnten Elemente in Orthodoxie, zionistischen, bürgerlich-demokratischen und sozialistischen Kreisen wurde. Für sie alle, deren gemeinsame Forderung die Erhaltung ihrer nationalen Eigenart war, wurde die „Unterrichtssprache“ zum Programm. Seit Jahrzehnten hatten sie mit Erfolg gegen Russifizierung und Polonisierung ihres Schulwesens<sup>3)</sup> angekämpft; jetzt fühlten sie sich vor der Gefahr der Germanisierung. Obgleich diese „Gefahr“ einer sachlichen Prüfung<sup>4)</sup> nicht standhalten konnte, beherrschte sie längere Zeit die allgemeine Stimmung. Ihr kam die richtige praktische Erwägung entgegen, daß es den Juden ungemein schaden würde, vor den Polen als „Träger des Deutschtums“ abgestempelt zu werden. Dieser Umstand führte zu einer raschen inneren Festigung der nationalistischen Gedanken. Die Sprachenfrage, oder konkret, die Schulfrage, war ja ihrer Natur nach, wie immer bei nationalen Kämpfen, das am heftigsten umstrittene Gebiet. Bei den polnischen Juden standen bisher die Assimilatoren mit der Forderung polnischer Unterrichtssprache fast dem gesamten übrigen Judentum gegenüber, das die „jüdische“ Schule forderte oder pflegte. Über

<sup>3)</sup> Das aus eigenen Mitteln erhaltene jüdische Schulwesen, dessen Unterrichtssprache mit geringen Ausnahmen (polnisch; hebräisch) jiddisch war, stand trotz völliger Freiwilligkeit in hoher Blüte. Eine religiöse Volksschule (Cheber) existierte im kleinsten Städtchen; Warschau zählte 1905 206 Knabenscheber, 19 für Mädchen und 9 Ardensschulen (Talmud-Thora) der jüdischen Gemeinde.

<sup>4)</sup> Bedeutet „Germanisierung“ die völlige Aufgabe der jüdischen Eigenart, so brauchte der aussichtslose Prozeß einen Zeitraum vieler Generationen, um auch nur obenhin zu gelingen. Verstand man unter der Germanisierung ein Unterstellen unter den deutschen Kultureinfluß, so war der Widerstand überflüssig; denn von der deutschen Kultur waren die Juden schon seit Jahrhunderten beeinflusst.

deren Gestaltung herrschte allerdings eine unterschiedliche Auffassung bei den Orthodoxen, Nationalisten und Sozialisten auf der einen und den Zionisten auf der anderen Seite, da die letzteren nicht Jiddisch, sondern allein Hebräisch als Sprache der jüdischen Nation anerkannten und gepflegt wissen wollten. Die deutsche Schulverordnung machte sich beide Richtungen zu Gegnern und führte sie zu einer Annäherung. Nachdem unter dem Eindruck der deutschen Bestimmungen der „Jiddischismus“ zum politischen Schlagwort geworden war, mußten auch die „Hebraisten“ von ihrem entschiedenen Standpunkt abgehen und langsam sich auf die (später ausdrücklich anerkannte) Kompromißformel<sup>5)</sup> der Zweisprachigkeit der polnischen Juden einstellen. Es darf hier als ein kleiner Beitrag zur „zielbewußten“ Behandlung der Judenfrage in Polen nicht unerwähnt bleiben, daß in der auf die Schulverordnung folgenden umfangreichen Aktion von Protesten und Bittschriften zugunsten des Jiddischen die beiden von der deutschen Presseverwaltung herausgegebenen Blätter<sup>6)</sup> durchaus Wortführer auf Seiten der Jiddischisten waren, wenn auch die Zensur ihren Vorstößen die ärgsten Schärpen nahm.

Der allseitige Widerspruch gegen die Verordnung hatte zur Folge, daß sie nicht in Wirksamkeit trat; nach vielem Hin und Her einigte man sich stillschweigend dahin, daß sie zwar „bestehen“ blieb, daß aber in der Praxis das Jiddische als deutscher Dialekt betrachtet und der Dialekt der eigentlichen Sprache (wenigstens für eine geraume Übergangszeit) gleichgestellt wurde, so daß nun in der „Muttersprache“ der Kinder weiter unterrichtet werden konnte. Endgültig wurde die Angelegenheit, die durch ungeschickten Beginn<sup>7)</sup> und Kläg-

<sup>5)</sup> Eine Resolution der Warschauer Zionisten forderte am 28. November 1915 Hebräisch für die rein jüdischen Lehrfächer, Jiddisch für die übrigen. Die weiteren Schritte zur praktischen Gleichstellung beider Sprachen seitens der polnischen Zionisten förderte auch der Umstand, daß die Zionisten in Galizien zwecks Erlangung jüdischer Wahlkurien für die jiddische Sprache eintraten.

<sup>6)</sup> Lodzer Volksblatt, Warschauer Tageblatt.

<sup>7)</sup> Hätte man die Jiddischisten nicht durch diese Verordnung zum Widerstande gereizt, so konnte sich damals der bei den engen Zusammenhängen zwischen Jiddisch und Deutsch reibungslos mögliche Prozeß anbahnen, daß die jiddische Sprache langsam sich der deutschen näherte. Mit der wachsenden kulturellen Aufklärung wäre das Judentum selber diesen Weg gegangen, den — nach dem Fortfall des hermetischen Abschlusses zwischen Deutschland und Polen und der Errichtung einer russisch-polnischen Grenze — seine praktischen Interessen nahelegten. Die deutsche Verwaltung hätte ohne Entfaltung des Sprachkampfes durch Schutz der kulturellen Eigenart der polnischen Juden unter gleichzeitiger inhaltlicher Hebung ihres Schulwesens eine zukunftsreiche Politik getrieben. Bei der Verbreitung der Ostjuden über die halbe Welt, ihrem engen

lichen Verlauf gleich unerfreulich war, erst ein Jahr später beigelegt, als ein Erlaß Befehlers am 13. Oktober 1916 den einschlägigen Paragraphen der Schulordnung des Oberbefehlshabers Ost für seinen Befehlsbereich wieder aufhob. Die Kämpfe um diese Schulordnung sahen den jüdischen Nationalismus auf der ganzen Linie siegreich. Wenn auch den Assimilatoren die Konzession<sup>8)</sup> gemacht wurde, daß in Schulen, wo dieser Zustand bestand oder die Zöglinge nicht Jiddisch als Muttersprache hatten, die polnische Unterrichtssprache anzuwenden sei, so war doch bei allen übrigen Gruppen der Juden fortan die Erhaltung der jiddischen Schule gemeinsamer Programmpunkt: die chassidische und sonstige Orthodoxie hielt an sich aus Tradition an ihr fest; die sozialistischen Parteien gaben ihrer Stellungnahme in zahlreichen Versammlungen und Resolutionen scharfen Ausdruck; in den bürgerlich-demokratischen Kreisen fand die Forderung der Nationalschule in der Gründung zahlreicher jiddischer Volksbildungsvereine, Kurse, Schulvereine usw. ihren Niederschlag<sup>9)</sup>.

Die starke Betonung nationaler Erziehung war eines der Momente, die den gewaltigen Aufschwung des Zionismus in Polen förderte. Die Zionisten blieben zwar theoretische Gegner des Jiddischen, als einer nicht nationalen, aus einer Periode der Assimilierung mitgebrachten Sprache, und strebten für die Zukunft zur hebräischen Schule, aber in der Praxis waren sie in Berücksichtigung der Tatsache, daß Jiddisch die Sprache der Mehrheit und die Lösung des nationalen Kampfes war, zu Kompromissen geneigt und verschmähten im weiteren Verlaufe auch keineswegs die Benutzung der jiddischen Presse zur Propagierung ihrer Ideen. Die Anziehungskraft der zionistischen Organisationen, deren Verfolgung und Bedrückung mit der Russenherrschaft aufgehört hatte, lag zunächst vorwiegend in ihrer kulturellen und wirtschaftlichen Tätigkeit. Neben einer Anzahl Schulen<sup>10)</sup> schufen die Zionisten ein ganzes Netz von Volksbildungsvereinen,

---

Zusammenhänge und den zu erwartenden weiteren Emigrationen hätte eine solche Politik wertvolle Früchte tragen können.

<sup>8)</sup> Eine Eingabe der Assimilatoren „namens der jüdischen Gemeindeverwaltung“ um allgemeine Einführung der polnischen Unterrichtssprache, wurde vom deutschen Polizeipräsidenten abgelehnt.

<sup>9)</sup> Von Einzelheiten abgesehen, kristallisierte sich als gemeinsame Grundforderung allmählich heraus: Jiddische Unterrichtssprache, Polnisch als Lehrgegenstand, Aufsicht und Leitung der — im übrigen möglichst staatlichen oder städtischen — Schulen durch einen „jüdischen Schulkar“.

<sup>10)</sup> Besonders in Warschau wiesen einige hebräische Schulen und Gymnasien mit modernem Lehrplan gute Erfolge auf.



Fortbildungskursen, Vortragsveranstaltungen, Bibliotheken usw. und wendeten sich auch kräftig der Pflege einer jüdischen Turn- und Sportbewegung<sup>11)</sup> zu. Die weitverzweigte Hilfstätigkeit gegenüber der zunehmenden Verarmung und dem Flüchtlingselend, die von den Zionisten mit Hilfe der von allen Seiten, besonders von den amerikanischen Juden, zuströmenden Geldmittel entfaltet werden konnte, trug gleichfalls zur Ausdehnung der zionistischen Organisationen bei. Es kam weiter fördernd hinzu, daß das zionistische Zukunftsprogramm an Anziehungskraft gewann, einerseits durch praktische wirtschaftliche Vorbereitungsarbeit für etwaige Abwanderungen nach Palästina<sup>12)</sup>, andererseits dadurch, daß Palästina Kriegsgebiet wurde und daß die durch die Presse aller Länder gehenden Auseinandersetzungen über den amerikanischen jüdischen Kongreß<sup>13)</sup> die Palästinafrage in den Vordergrund des Interesses schoben. In gleichem Sinne wirkten auch die ersten Nachrichten über die Gründung einer „jüdischen Legion“ im englisch-ägyptischen Heere<sup>14)</sup> und die ersten Gerüchte, nach denen die Türkei der Errichtung einer jüdischen Republik Palästina nicht abgeneigt sein sollte<sup>15)</sup>.

Alle diese Momente brachten den zionistischen Organisationen einen geradezu rapiden Aufschwung, und in enger Wechselwirkung damit eine Erklarung des jüdischen Nationalbewußtseins. Eine unübersehbare Fülle zionistischer wirtschaftlicher und kultureller Männer-, Frauen-, Volks- und Jugendorganisationen blühte in den Großstädten und in

<sup>11)</sup> Derartige Vereine wurden auch von nichtzionistischen Nationalisten gegründet, doch ging die Bewegung allmählich ganz ins zionistische Fahrwasser. Die deutschen Behörden standen ihr objektiv gegenüber, zumal sie (abgesehen von der Stärkung nationaljüdischen Empfindens durch hebräische Kommandosprache usw.) völlig unpolitisch war. Typisch für die Ungeschicklichkeit mancher deutscher Maßnahmen ist aber, daß späterhin die jüdischen Scout- (Pfadfinder-) Vereine plötzlich verboten wurden. Der Grund war das Verbot der polnischen Scoutvereine wegen ihrer politischen Tätigkeit. Man fühlte sich verpflichtet, es aus Rücksicht auf die Polen auch auf die jüdischen Vereine gleichen Namens anzuwenden.

<sup>12)</sup> Die „Hachaluz“-Bewegung (praktische Vorbereitung von Auswandererpionieren) wurde in Polen gefördert, den landwirtschaftlichen Farmen erhöhtes Interesse zugewendet.

<sup>13)</sup> Die Konferenz begann am 26. März 1916 in Philadelphia.

<sup>14)</sup> Die Gründung fällt in das Frühjahr 1915; die Nachricht sickerte Mitte des Sommers nach Polen durch.

<sup>15)</sup> Die Sensationsmeldung, die sich als Mystifikation erweist, machte eine lange Wanderung durch die internationale Presse. Sie ging angeblich auf ein Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter in Konstantinopel, Henry Morgenthau, zurück, der im Sommer 1916 seinen Posten an Abraham Eliaz abtrat.

der Provinz empor. Prinzipielle Gegensätzlichkeiten in innerjüdischen und jüdisch-polnischen Fragen gegen die anderen Richtungen im Judentum lassen seitdem den Zionismus in Polen als jüdische Partei werten. Die Krönung der Organisation, deren Größe und nationalistische Tendenz sich bei dem Lag-Beomer-Feste<sup>16)</sup> 1916 demonstrativ nach außen zeigte und die bei den Warschauer städtischen Wahlen auch aktiv als politische Partei auftrat, bildete der Kongreß polnischer Zionisten in Warschau vom 13.—15. September 1916, der als Leitung der Partei für das ganze Land ein Zentralkomitee in Warschau bestimmte.

Diese bürgerlich-zionistische Partei, neben der — unvereinigt — die sozialistischen Parteien mit zionistischem Einschlag (Poale-Zion und Zionisten-Sozialisten) standen, suchte zur Stärkung ihrer Mitgliederzahl ihre Ideen auch in die Masse der Orthodoxie zu tragen und gewann aus deren Reihen, namentlich in den größeren Städten, manche Anhänger<sup>17)</sup>.

Die zionistischen Versuche zur Gewinnung der Orthodoxie trafen auf eine starke Gegenströmung, deren ausgesprochenes Ziel es war, die breite apolitische orthodoxe oder chassidisch-orthodoxe Masse aufzurütteln, zu organisieren und zu politisieren. Von vornherein nahm diese Strömung eine feindliche Stellung gegen den Zionismus wie gegen jeglichen Nationalismus überhaupt ein. Der Anstoß zu der neuen orthodoxen Partei, deren Zentralorganisation sich Agudas Haorthodoxim (Verband der Orthodoxen) nannte und allenthalben Unterverbände gründete (daneben Abzweigungen<sup>18)</sup>, kam nicht aus dem polnischen Judentum, sondern aus Deutschland. Daß die Parteigründung dadurch von Anbeginn an bei den Polen wie bei den Juden wegen „germanisatorischer Tendenzen“ aufs schärfste diskreditiert sein mußte, hat weder Herr von Mutius, der damals die deutsche Politik in Warschau lenkte, noch sein Referent für jüdische Angelegenheiten, Dr. Ludwig Haas, richtig eingeschätzt. Seit etwa Anfang 1916 stand die deutsche Judenpolitik ganz im Banne der Begründer dieser neuen Organisation, der beiden Rabbiner Dr. Emanuel Carlebach aus Köln und Dr. Pinchas Kohn aus Ansbach, die eine Gruppe deutscher orthodoxer Juden der so-

<sup>16)</sup> Dieses Jugendfest konnte 1916 erstmalig in Polen in der Öffentlichkeit begangen werden. In Warschau und Lodz fanden imposante Umzüge mit zionistischen Fahnen statt.

<sup>17)</sup> Die orthodoxen Zionisten wurden zu Mistrachi-Gruppen (Mistrach = Osten) zusammengeschlossen. Ihre Vereinigung zu einem Verbände erfolgte am 9. September 1916 in Warschau.

<sup>18)</sup> Jugendorganisationen, Organisationen für orthodoxe Proletarier u. a.

genannten Trennungsorthodoxie zur Wahrnehmung der Interessen der Orthodoxie nach Polen sandte. Diese beiden Rabbiner, die sofort engsten Anschluß an die deutsche Verwaltung fanden, wollten mit Hilfe einer großzügigen Organisation der polnischen orthodoxen Masse die entnationalisierenden Theorien der deutschen assimilierten Orthodoxen ihrer Färbung einpflanzen. Gegen die hochgehenden Bogen des zionistischen und sonstigen Nationalismus sollte das Zahlengewicht der noch abseits der Politik lebenden Orthodoxie als Damm aufgerichtet werden, der man das Bewußtsein beibringen wollte, daß das wirklich fromme Judentum etwas rein Religiöses sei, das mit völkischem Empfinden nicht gemischt sein dürfe. Die orthodoxe Masse sollte sich erheben und als die überwiegende Mehrheit der polnischen Juden erklären, daß diese sich ausschließlich als Religionsgemeinschaft empfänden, daher von den Polen nichts als Religionsfreiheit und die Durchführung der längst bewilligten bürgerlichen Gleichberechtigung verlangten. Im Kampfe gegen die jüdischen Parteien, die nationalkulturelle oder noch weitergehende Ansprüche erhoben, sollten sie mit den Polen Hand in Hand gehen. Wenn die Gründer auch mit der jiddischen Sprache als Tatsache rechneten, so bewiesen ihre Schulgründungen und andere Schritte doch, daß ihnen als ferneres Ziel auch die Überführung in die polnische Sprachgemeinschaft vorschwebte. Auf die Tendenz gesehen, war ihr Programm also eine Assimilation der Juden unter Beibehaltung ihrer Religion. Die scharfe Betonung des letztgenannten Moments konnte einen Gegensatz zur Partei der Assimilatoren konstruieren lassen, die zwar theoretisch auch nur „Polen mosaischen Glaubens“ heranbilden wollten, aber praktisch sehr leicht zur Laufe gelangte. Die Konstruktion eines Gegensatzes zu ihnen war für die Aguda taktisch notwendig, da die Abneigung gegen die Assimilatoren aus religiösen und kulturellen Gründen auch in den Kreisen sehr stark war, die die neue Partei erfassen wollte. Das Programm schien in der Tat in die Politik des Botenschaftsrats von Mutius durchaus zu passen, da seine Unterstützung die deutsch-polnischen Beziehungen nur günstig beeinflussen konnte. Es wurde dabei übersehen, daß die neue Partei — neben der Anrüchigkeit, die sie als „deutsche“ Gründung hatte — Kunstprodukt war und ihr Programm nur auf Grund völliger Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse im polnischen Judentum aufstellen konnte und schließlich aus beiden Gründen mit dem Aufhören der deutschen Okkupation, des machtvollen Schutzes beraubt, in sich zusammenbrechen mußte. Trotz aller Förderung durch die deutsche Verwaltung, die sich bis auf die Knebelung nicht ganz sanfter Gegenstimmen mit Hilfe der Zensur erstreckte, gelang

es der Agudas Haorthodoxim nicht, mehr als einen geringen Teil der Orthodoxie für ihre Ideen zu gewinnen. Sie mußte sich mit der Unterstützung einiger, z. T. allerdings zahlenmäßig großer Kreise der Chassiden begnügen, vornehmlich solcher, die bis dahin Stützen der Assimilatoren bei den jüdischen Wahlen u. dgl. gewesen waren.

Der Widerspruch gegen die Aguda war in allen jüdischen Lagern ungemein lebhaft und führte dazu, daß Sozialisten, Zionisten und Nationalisten ihre Anstrengungen, neue Anhänger aus der breiten Masse zu gewinnen, verdoppelten und daß auch orthodoxe Gegenorganisationen entstanden.

In diesem Ringen gewannen neben den Zionisten ganz besonders die Nationalisten an Boden. Von dem Anwachsen der nationalen jüdischen Ideen und den mannigfachen Faktoren, die es begünstigten — allgemeine Erstarkung des Nationalgefühls in der Umwelt, Bewegungsfreiheit, Förderung durch die deutschen Behörden, Bedrohung durch den polnischen Antisemitismus usw. — war schon im vorstehenden mehrfach die Rede. Daß diese nationalen Ideen parteibildend wirkten, wie es in dieser Periode 1915/16 geschah, beruhte auf dem Wunsche nach einer bürgerlichen Partei, die einzig und allein „national“ orientiert sei. Alle sich als Volk mit eigener Sprache und Kultur fühlenden Juden des städtischen Kleinbürgertums und des intelligenten Mittelstandes — in letzterem besonders die litwakischen Elemente — verlangten nach einem Zusammenschluß, um gegenüber den Bedrohungen durch Polen und Assimilatoren nationale Forderungen kraftvoll erheben zu können. Gefördert wurde dieses lebhafte Organisationsbestreben durch die weitere Gefahr, die der vielfach von der deutschen Verwaltung unterstützte, aber sachlich völlig unzutreffende Anspruch der Agudas Haorthodoxim bedeutete, die „wirkliche Repräsentanz“ der ungeheuren Mehrheit der polnischen Juden zu sein. Die Machtansprüche der Aguda, die alles „Nationalistische“ heftig bekämpfte, konnten — wenn die Nationalisten nicht zur Zusammenfassung ihrer Kräfte kamen — alle diese aufgeklärteren Kreise politisch unter die Herrschaft kulturell rückständiger chassidischer Gruppen bringen, d. h. gegenüber der in den jüdischen Gemeinden bestehenden Herrschaft der Assimilatoren vom Regen in die Traufe. Ganz ähnlich lagen die Dinge in Hinsicht auf die jüdisch-polnischen Beziehungen. Hier wäre, wenn die Aguda die Oberhand für die Zukunft gewann, an Stelle der einen Assimilationsrichtung die andere getreten, die, wenn sie wirklich die Massen unter dem Deckmantel des Kampfes für die Erhaltung der Religion gewann, ein für allemal dem Nationalismus den Todesstoß versetzt hätte. Die jüdischen sozialistischen Parteien konnten, obgleich sie nationalistische

Forderungen in kultureller Hinsicht insgesamt in dieser Zeit stärker betonten<sup>19)</sup>, wegen ihres „Sozialismus“ nicht als Vertreter der „bourgeois“ Nationalisten in Betracht kommen. Der Zionismus endlich, der ja unter rein politischen Gesichtspunkten betrachtet, diese Lücke im Parteileben ausfüllen konnte, befriedigte gerade die Kreise des kleinen Handwerker- und Krämerstandes nicht, da sie nicht ein Zukunftsprogramm in Palästina suchten, sondern die Sicherung ihrer Zukunft in Polen selbst. Hier waren für sie auch künftig materielle Existenzbedingungen zu erwarten, die verbessert werden konnten, wenn sich ihnen eine Sicherung der politischen und rechtlichen Lage — etwa durch Gewährung nationaler Minderheitsrechte — zugesellte.

In dieser Situation bedurfte es nur eines leichten äußeren Anstoßes, um einen geschickten Führer auf dem durch einen großen Teil der jüdischen Presse vorbereiteten Boden die Aufstellung einer starken nationalistischen bürgerlichen Partei demokratischer Färbung zu ermöglichen, deren Rückgrat die seit Herbst 1915 zahlreich entstandenen nationalistischen Vereine (Jugendklubs, Studentenvereine, Turn- und Sportvereine, Fortbildungs- und Schulvereine, literarische Kurse, Bildungskurse jeder Art, Volkshäuser usw.) bilden konnten.

Den Anstoß gaben die im Sommer 1916 ausgeschriebenen Wahlen zum Warschauer Stadtparlament. Sie waren — von den Wahlen zur russischen Duma abgesehen — die erste Gelegenheit, bei der sich Polen und Juden im eigenen Hause politisch entgegentraten und zugleich die erste Gelegenheit, bei der die jüdischen Parteien ein Bild ihrer Kräfteverteilung und ihres Außenprogramms entrollten. Die von der deutschen Behörde erlassenen Wahlbestimmungen gaben trotz einiger Unklarheiten<sup>20)</sup> und Beschränkungen<sup>21)</sup> den jüdischen Bürgern der Hauptstadt die Möglichkeit, ihre Bürgerrechte wahrzunehmen.

Die Assimilatoren alter Richtung beschloßen, kein Wahlkomitee

<sup>19)</sup> Unter Führung des „Bund“, dessen Anfang 1916 wieder genehmigtes Organ „Lebensfragen“ unter der Leitung des von den Russen 1912 verhafteten, nach der Einnahme Warschaws durch die Deutschen freigelassenen Wladimir Medem, ohne der nationalistischen Bourgeoisie Konzessionen zu machen, klare Forderungen nach nationalkultureller Autonomie erhob.

<sup>20)</sup> Die Bestimmungen über das Wahlrecht konnten hinsichtlich der Umgrenzung der Begriffe „Bürger“ und „Einbürgerung“ z. T. gegen einzelne Kategorien der Juden ausgelegt werden. Es war immerhin bemerkenswert, daß u. a. der „Goniec“ frohlockte, „daß die aus dem Osten Aufgebürdeten, die der Stadt ihr Aussehen geben wollten, vom Wahlrecht ausgeschlossen seien“.

<sup>21)</sup> Z. B. Nachweis der Beherrschung der polnischen Sprache in Wort und Schrift.

und keine eigenen Listen aufzustellen. Gegen die sich regende jüdische Wahlagitatio gab es in der polnischen Presse als Lösung aus, jeder Jude solle von den allgemeinen jüdischen Gruppen diejenige wählen, die seinen politischen und sozialwirtschaftlichen Interessen entspreche. Als aber die anderen jüdischen Parteien die Aufstellung eigener Listen beschlossen hatten, veröffentlichten sie<sup>22)</sup> einen Protest gegen die Bildung jüdischer Wahlkomitees, die zu religiöser Separierung führe, dem Staatsgedanken und dem Liberalismus widerspreche. Sie ertreten mit diesen Erklärungen keinen Dank: Von keiner polnischen Partei wurde ein Assimilator in den Stadtrat entsandt.

Die jüdisch-sozialistischen Parteien kamen gemäß der sozialen Schichtung ihrer Anhänger nur für die sechste Kurie in Betracht. Poale-Zion und Zionisten-Sozialisten schlossen sich den bürgerlichen jüdischen Parteien an. Der „Bund“ verband seine Liste mit der Linken der Polnischen Sozialistischen Partei, deren polnischer Vertreter gewählt wurde.

Die Mehrzahl der jüdischen Parteien und Gruppen (Orthodoxe, Chassiden, Neoassimilatoren, Eigergruppe<sup>23)</sup>, Zionisten und in ihrem Gefolge Poale-Zionisten und Zionisten-Sozialisten, dazu vereinzelt Nationalisten) vereinigten sich zu einem Zentralen Jüdischen Wahlkomitee, das als politisches Zukunftsziel bürgerliche, soziale und nationalkulturelle Gleichberechtigung der Juden anstrebte und mit dem Programm: Reform der städtischen Wirtschaft und Anerkennung der jüdischen Vollberechtigung sich zum Wahlkampf rüstete. Die Gefahr dieser jüdischen Blockbildung wurde von den Polen rechtzeitig erkannt, und es gelang ihnen, die Juden, bei denen viele von einer Selbstbeschränkung Dank in der Zukunft erwarteten, zu einem Kompromiß zu verpflichten, nach dem für die in Betracht kommenden Kurien 1, 2, 4, 5 eine gemeinsame Liste aufgestellt wurde. Nach ihr fielen den nationalen Polen 26 Sitze, den demokratischen 19 und den Juden 15<sup>24)</sup> zu. Das Bekanntwerden dieses Kompromisses, das nur für die Polen vorteilhaft war und weder dem Kräfteverhältnis<sup>25)</sup>, noch dem nationalen Willen der Juden entsprach, veranlaßte die nichtsozialistischen Kleinbürgerlichen Nationalisten, deren Führung Noach Priluzki über-

<sup>22)</sup> Am 29. Juni 1916.

<sup>23)</sup> Eine gemäßigt assimilatorische Gruppe, benannt nach dem Führer B. Eiger.

<sup>24)</sup> Je 3 für die Neoassimilatoren, Eigergruppe, Parteilose, Zionisten, Orthodoxe; d. h., da die 3 erstgenannten Gruppen bald nach der Wahl assimilatorische Richtung zeigten: 9 Assimilationsfreunde und 6 Gegner, von diesen nur 3 entschiedene Nationalisten.

<sup>25)</sup> Kurz vor der Wahl, am 6. Juli, waren in die Wahllisten 78 567 Wähler eingetragen, davon 34 679 Juden, d. h. mehr als 44 Prozent.

nahm, ein „Volkskomitee“ zu gründen und eigene Wahllisten aufzustellen. Mit diesem Beschluß war die „Volkspartei“ (Volklisten) ins Leben getreten, wenn sie sich den Namen auch erst später gab. Das bedeutendste Warschauer Blatt<sup>26)</sup> und das „behörbliche“ Warschauer Lageblatt<sup>27)</sup> wurden die Förderer des Volkismus in der Öffentlichkeit. Ein Zusammengehen mit den „vereinigten“ jüdischen Parteien wurde abgelehnt, da die nationalen Forderungen von ihnen nicht scharf genug betont wurden, was ja bei der Zugehörigkeit der Neoassimilatoren u. a. verständlich war.

Der Ausfall der Wahlen in der 6. Kurie zeigte die Berechtigung der volkstümlichen Gründung und bewies außerdem, daß das polnisch-jüdische Kompromiß in den ersten Kurien auf Seite der Juden ein schwerer Fehler gewesen war: In der sechsten Kurie wurden 4 Juden gegen 11 Polen durchgebracht, alle 4 Volklisten, obwohl auch die „vereinigten Juden“ sowie der Bund kandidiert hatten. Dem Warschauer Stadtrat gehörten also endgültig 19 Juden (gegen 71 Polen) an, und zwar 4 in der Fraktion der „Volksgruppe“, 15 in der Fraktion der „Vereinigten“, aus der aber die 3 Zionisten sehr bald ausschieden und eine eigene Fraktion mit entschiedener Betonung nationalistischer Forderungen bildeten<sup>28)</sup>.

Die späteren städtischen Wahlen in der Provinz, ganz besonders die in Lodz, brachten den nationalistischen Parteien (Zionisten und Volklisten) durchschlagende Erfolge<sup>29)</sup>.

Bei der Eröffnung des Warschauer Stadtparlamentes (24. Juli 1916), deren religiöse Feier ein ungewohntes Bild polnisch-jüdischer Friedlichkeit bot — am Gottesdienst in der Synagoge nahmen die polnischen Spitzen der Stadt teil —, meldeten die Juden bereits ihre Forderungen an, um die sich in der Folge die heftigsten Kämpfe im Stadtrat abspielten. Da in der gemeinsamen Deklaration aller Par-

<sup>26)</sup> „Moment“ geleitet von Zebi Priluzki, dem Vater des Rechtsanwalts Noach Priluzki.

<sup>27)</sup> Allerdings sehr gegen die Wünsche der Herren v. Mutius, Haas und Lohn.

<sup>28)</sup> Zu einem Zusammenschluß der Zionisten mit den Volklisten ist es trotz der großen Übereinstimmung in den wesentlichen praktischen Zielen und trotz mancher Versuche weder im Stadtrat noch sonst gekommen. Beide Parteien waren auf die Rekrutierung aus den gleichen Schichten angewiesen und daher parteipolitisch zu starke Rivalen.

<sup>29)</sup> Der Lodzer Stadtrat (gewählt 22. März 1917) zählte in den ersten fünf Kurien: 9 Deutsche, 13 Polen und 28 Juden. Von den Juden waren nur 6 assimilatortischer Färbung; in der 6. Kurie waren von 3 Juden 2 Poale-Zionisten (die nationale Forderungen erhoben).

teien die Juden mit keinem Worte erwähnt wurden, gaben Zionisten, Volksgruppe und Bund<sup>30)</sup> eigene Erklärungen ab. Die Zionisten gaben der Zuversicht Ausdruck, daß das freie polnische Volk die bürgerlichen und nationalen Rechte der Juden sichern werde. Der Bund forderte die kulturelle nationale Autonomie der Juden und insbesondere Schulen mit jiddischer Unterrichtssprache. Die Volksgruppe meldete eine Reihe praktischer Forderungen an, darunter vor allem: Zulassung arbeitsloser Juden zu städtischen öffentlichen Arbeiten, Unterhalt jüdischer Schulen (unter Aufsicht eines jüdischen Schulrates) durch die Stadt, Gleichberechtigung der Juden bei der Besetzung städtischer Ämter und Ermöglichung der Sabbatrube ohne den Zwang, auch noch am Sonntag zu ruhen. Im übrigen erklärte sie ausdrücklich ihr Solidaritätsgefühl mit den Polen.

Derartige Solidaritäts- und Loyalitätserklärungen, die im Laufe der weiteren Entwicklung besonders seitens der Assimilatoren und der Agudas Haverthodorum bei jeder passenden Gelegenheit abgegeben wurden, machten auf die Polen nicht den geringsten Eindruck. Für sie blieb der Antisemitismus Richtschnur für die Gestaltung ihrer Beziehungen zu den Juden. Daß man — um „gerecht“ zu erscheinen — hier und da einen Juden zu verantwortlicher Arbeit mit heranzog, läßt sich nicht als Gegenbeweis verwerten, denn man beschränkte sich dabei ständig auf extreme Assimilatoren, d. h. vom Standpunkte der jüdischen Bevölkerung aus auf Leute, die zweifellos nicht „jüdische“ Interessen vertraten<sup>31)</sup>. Die polnische Politik, die durchaus zielbewußt war und blieb<sup>32)</sup>, hatte daher auf die politische Gestaltung des Judentums nur die indirekte Wirkung, daß sie alle nationalistischen Elemente durch die Bekämpfung zu stärkster Kraftentfaltung veranlaßte. Diese Politik konnte als Politik des Stärkeren gefahrlos geführt werden, solange das Judentum nicht etwa von außen her Unterstützung fand. Von seiten der deutschen Verwaltung fiel die

<sup>30)</sup> Betreten durch den Polen Eiszewski (Linke der Polnischen Sozialistischen Partei).

<sup>31)</sup> Dem Warschauer Bürgerrat gehörte Kazimierz Ratanson an, dem Universitätslehrer S. Diakstein und M. Handelsmann, dem Magistrat 2 Assimilatoren, dem Provisorischen Staatsrat und dessen Übergangskommission wiederum R. Ratanson, den späteren Ministerien bzw. Departements gleichfalls nur Assimilatoren wie Wasserzug, Kirszrot, Grünwasser usw.

<sup>32)</sup> Das polnisch-jüdische Verhältnis wird an dieser Stelle zusammenfassend kurz bis zum Ende der Okkupationszeit skizziert, um die Wiederholung ähnlicher Gedankengänge im nächsten Teile zu vermeiden. Ob es auch nur wenig im elementaren Sinne „politische“ Wirkungen auf das Judentum aus, so darf es angestrebten Vollständigkeit des Bildes nicht fehlen.



Befürchtung einer solchen Unterstützung fort, seit sie hinsichtlich der Judenfrage von den Gedanken Dr. Kohns und seiner Aguda bestimmt war. Vor den Augen der Entente aber trieb man — seit dieser Gesichtspunkt wichtiger wurde — eine geschickte Dementi- und Preßpolitik, der es immer wieder gelang, eine internationale Aufrollung des polnischen Judenproblems zu verhindern, zumal man jederzeit angesehene jüdische Kronzeugen vorweisen konnte, deren Stimme bewies, daß das polnische Judentum keine nationalen Aspirationen habe, sondern daß lediglich zugewanderte Litwaki in russophiler Tendenz in dem jungen Staatswesen verwerfliche Wühlarbeit trieben. Der Tendenz der polnischen antisemitischen Politik entspricht die Beobachtung, daß die Intensität und Aggressivität der anti-jüdischen Haltung sich in dem gleichen Maße steigerte, wie die eigenen nationalen Wünsche der Polen ihrer Verwirklichung näher kamen. Das Warschauer Bürgerkomitee und seine Bürgermiliz begnügten sich mit persönlichen Schikanen, die selbständige Stadtverwaltung und Hochschulverwaltung gingen systematisch gegen alle national-jüdischen Wünsche vor und erkannten bürgerliche Gleichberechtigung nur den Polen mosaischen Glaubens zu, der Provisorische Staatsrat, die Ministerpräsidenten folgten dem gleichen Kurse, die völlige Befreiung (nach dem Zusammenbruch der Okkupation) brachte scharfe Judenbedrückungen, das Wahlgesetz zum Landtag (Sejm) beschränkte das Wahlrecht der Litwaki usw.<sup>33)</sup>

Bei dieser Haltung der Polen und der schweigenden Duldung eines amtlichen, städtischen und staatlichen Antisemitismus durch die deutsche Verwaltung ist es verständlich, daß die großen politischen Ereignisse des Landes, die wohl Anlaß hätten geben können, die polnisch-jüdische Frage einer Lösung näher zu bringen (auch ohne Eingreifen der Okkupationsmacht), nachhaltige politische Wirkungen nicht ausübten. Was sich an naheliegenden Annäherungsmomenten bei der Feier der Konstitution von 1791<sup>34)</sup> oder gar bei der Proklamation des polnischen Königreiches (am 5. November 1916) zeigte — gegründet auf das staatliche Loyalitätsgefühl aller jüdischen Parteien, die im „freien“ polnischen Staate, dessen Aufbau die friedliche Zusammenarbeit aller seiner Kräfte nahelegte, auf tolerante Erfüllung ihrer vorwiegend kulturell bestimmten nationalen Wünsche hofften —, wurde stets durch

<sup>33)</sup> Auf die Wiedergabe der Einzelheiten vom Verbot zum Betreten städtischer Parks bis zur Ablehnung jüdischer Schulen, von der Beeinträchtigung der Juden im öffentlichen Wohlfahrtswesen bis zur Anwendung der sonst außer Kraft gesetzten russischen Gesetze, sobald sie sich gegen die Juden richten und vieles andere mehr kann in diesem Zusammenhange grundsätzlich verzichtet werden.

<sup>34)</sup> Am 3. Mai 1916.

den Antisemitismus, der vielfach weniger politische als wirtschaftliche Gründe hatte, rasch wieder erstickt.

Seitens der deutschen Behörden geschah des Judenproblems bei der Proklamation vom 5. November 1916 keine Erwähnung. Die Politik der Anbahnung eines freundlichen Verhältnisses zwischen Polen und Deutschen gebot ohne weiteres, die polnische Judenfrage grundsätzlich als innerpolnische Angelegenheit zu betrachten und ihre Lösung völlig dem künftigen polnischen Staatswesen anheimzugeben. Vor Herrn v. Mutius hatte die deutsche Politik in Polen allerdings entweder diesen Standpunkt nicht gehabt oder — was wahrscheinlicher ist —, war sich der Tragweite ihrer Maßnahmen infolge mangelnder Kenntnis in der Ostjudenfrage, in die ohne Hinzuziehung sachkundiger Berater eingegriffen wurde, nicht bewußt gewesen. Dadurch waren die Verhältnisse in einem Maße kompliziert worden, daß der Umschwung zur Mutius'schen Politik eine Aufopferung der Juden bedeutete, die tiefste Verbitterung auslösen mußte; denn eben die Okkupationsverwaltung, die die Erstarkung des Nationalismus und damit das Anwachsen des polnischen Hasses gefördert hatte, zog sich jetzt mit kühlem Achselzucken aus der Affäre und erklärte ihr Desinteressement. Bei einem Gelingen der Polenpolitik, die Mutius befolgte, konnte der Verlust der Unterstützung durch eine starke Minderheit in Kauf genommen werden, aber die Judenpolitik konnte auch in diesem Sinne nur fruchtbar werden und die Gesamtpolitik unterstützen, wenn sie konsequent und geradlinig durchgeführt wurde. Sie hätte sich darauf zu beschränken gehabt, den polnischen Bürgern jüdischer Art in allen von der deutschen Verwaltung festgelegten Gesetzen, Verordnungen usw. die gleichen bürgerlichen Rechte zuzuweisen wie den Nationalpolen und hätte in die Auseinandersetzung der Polen mit den Ansprüchen der Juden auf Anerkennung als nationale Minderheit in keiner Weise eingreifen dürfen. Die sich mit vielfachen jüdischen Wünschen deckende Errichtung eines besonderen jüdischen Referates lag insofern in der richtigen Linie, als dieses einen Unter-  
teil des Dezernates für Kirchen und Schulen bildete. Es war damit eines politischen Charakters entkleidet und präjudizierte in keiner Weise die Entscheidung, ob das polnische Judentum von dem entstehenden polnischen Staate als „Religion“ oder „Nation“ eingegliedert werden würde<sup>25)</sup>.

<sup>25)</sup> Die Stellungnahme weiter jüdischer Kreise in Deutschland gegen dieses Referat beruhte zum Teil auf der Unzufriedenheit, daß infolge seiner engen Kompetenzbegrenzung eben diese grundsätzliche Frage nicht zur Entscheidung kam. Späterhin wendete man sich dann allerdings gegen die Person des Referenten.

Das jüdische Referat (Dr. Ludwig Haas) enthielt sich jedoch der Betätigung in politischer Hinsicht nicht. Da außerdem eine Reihe von Verwaltungsbehörden jüdische Dinge berühren mußten, ohne mit diesem Referat im Einvernehmen handeln zu müssen (und mitunter auch zu wollen), so entstand ein heillooses Durcheinander, das in der Praxis die Richtlinie der „Judenfrage als innerpolnische Angelegenheit“ über den Haufen warf. Entgegen diesem Grundsatz machte sich aber auch das jüdische Referat selber an die Lösung der Judenfrage, indem es die dargelegten Aguda-Pläne der Herren Rohn und Carlebach förderte, die als Orthodoxe mit dem Anspruch der Sachkenner gegenüber dem religiös-liberalen Dr. Haas auftraten. Die Pläne dieser beiden Rabbiner waren ja nicht auf das kulturelle Gebiet beschränkt, sondern sind durch ihre Bekämpfung des Nationalismus, eben der großen Grundfrage, um die sich das ganze Judenproblem drehte, durchaus als politisches Programm gekennzeichnet. Ihnen die Initiative überlassend, begab sich der fortschrittliche Abgeordnete Haas auf die unerquickliche und völlig erfolglose Bahn der Versuche, die Masse des polnischen Judentums unter dem Deckmantel orthodox-religiöser Ideen mit Hilfe kulturfeindlicher chassidischer Renewes<sup>26)</sup> zu entnationalisieren.

In dieser Richtung bewegte sich die von Dr. Haas entworfene „Verordnung, die Organisation der jüdischen Religionsgesellschaft im Generalgouvernement Warschau betreffend“<sup>27)</sup>, die die weitere politische Entwicklung des polnischen Judentums bestimmte.

Einer sachlichen Würdigung dieses Judengesetzes, dessen Hauptvorzüge der Zusammenschluß und die feste Organisation der jüdischen Gemeinden, sowie die Festlegung der Kompetenzen der neu zu wählenden Gemeindevertretung sind, kann hier nicht Raum gegeben werden. Für die vorliegende Darstellung kommt nur der politische Gesichtspunkt in Betracht. Die in Polen selbst, besonders aber zunächst in der deutsch-jüdischen Presse lebhaft kritisierte Verordnung wurde amtlich und halbamtlich ständig mit dem Hinweis verteidigt, daß sie lediglich die Regelung der jüdischen Organisation bringe, deren Möglichkeit die russische Regierung vorenthielt. Nun habe der Generalgouverneur die Verordnung erlassen, „die an innerer Geschlossen-

<sup>26)</sup> Renewe gleich Rabbiner; in dieser Form zur Bezeichnung der chassidischen Führer gebräuchlich.

<sup>27)</sup> Nach dem Datum ihrer Unterzeichnung durch den Generalgouverneur wurde sie in Polen als Verordnung vom 1. November 1916 zitiert. Diese Bezeichnung ist auch im folgenden angewendet. Tatsächlich wurde sie erst am 15. November 1916 im Verordnungsblatt für das Generalgouvernement Warschau Nr. 53 publiziert.

heit die veralteten Verfassungen jüdischer Religionsgesellschaften anderer Staaten übertrifft, Fehler jener Verfassungen glücklich vermeidet, die die besonderen Verhältnisse des polnischen Judentums gebührend berücksichtigt und das schwierige Problem seiner Organisation zweckmäßig löst<sup>38)</sup>.

Gern wurde auch betont, daß die Frage der nationalen Autonomie hier nicht vorweg genommen werden konnte, da sie nur durch die polnische Verfassung geregelt werden könne nach vorangegangener Verständigung zwischen Juden und Polen, ferner, daß die Verordnung eine repräsentative Körperschaft zur Wahrnehmung der jüdischen Interessen schaffe und durch die Verwaltungsräte der Kreisgemeinden und den Obersten Rat den Juden ermögliche, an der künftigen Regierung Polens teilzunehmen<sup>39)</sup>.

Außerungen der erstgenannten Art sind natürlich richtig, wenn man die Verordnung rein formell betrachtet; gegen die Erklärungen der zweiten Art ist vor allem zu sagen, daß die Verordnung keinerlei entsprechende Bestimmungen enthält, sondern eben nur die „Möglichkeit“ offen läßt.

Wichtiger zur Einschätzung der politischen Bedeutung der Verordnung ist der Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung und ihre Aufnahme bei den Juden.

Bereits seit Ende 1915 zeigte sich im nationalistischen Lager der lebhafteste Wunsch nach einer Neubildung der jüdischen Gemeindevertretung; durch den Anspruch der Agudas Haorthodorim, die wirkliche Vertretung der Juden darzustellen, wurde er verstärkt. Nach dem nationalistischen Wahlsiege über die Assimilatoren bei den städtischen Wahlen wurde der Wunsch brennend, ihnen nun auch die Führung der jüdischen Gemeinden zu entwenden. In der Öffentlichkeit fand dieses Verlangen gleichzeitig mit der Forderung nach nationalen Minderheitsrechten Ausdruck in einem Aufruf des Jüdischen Volkskomitees an die Warschauer Bevölkerung<sup>40)</sup>. Neben den Nationalisten schienen aber auch der Aguda Neuwahlen in der jüdischen Gemeinde erwünscht, um durch den erhofften Erfolg ihrer der Verwaltung erwünschten Politik den nötigen Rückhalt zu geben. Es ist daher nicht ganz zufällig, daß hart nach der Novemberproklamation dieser gewichtige Schritt in der Judenfrage geschah. Die Aufnahme der Verordnung in der

<sup>38)</sup> Aus der (amtlichen) Deutschen Warschauer Zeitung.

<sup>39)</sup> Diese beiden Gedanken finden sich scharf formuliert in einem Telegramm des Staatssekretärs Zimmermann an American Jewish Chronicle (New York).

<sup>40)</sup> Am 19. Juli 1916.

jüdischen Presse — die Presse der Polen registrierte sie ohne jeden Kommentar — zeigte in aller Deutlichkeit die Erkenntnis ihrer weittragenden politischen Bedeutung. Die gesamte nationalistische Presse gab unter Würdigung der positiven Werte der Verordnung ihren Bedenken und ihrer Nichtbefriedigung Ausdruck: „Man muß betonen, daß die Neuorganisation der jüdischen Gemeinde nichts mit einer Vergrößerung der jüdischen bürgerlichen, geschweige denn der nationalen Rechte zu tun hat“ („Moment“); „Die Fehler hätten leicht beseitigt werden können, wenn die Urheber sich beizeiten mit den Vertretern der demokratischen und nationalen jüdischen Kreise in Verbindung gesetzt hätten“ („Moment“); „Wenn die Reform praktisch durchgeführt werden wird, werden die Behörden gewiß zur Überzeugung kommen, daß in den Vorschriften noch manches zu verbessern ist“ („Gazetfira“); „Eine Verordnung kann nur den Rahmen für irgendeine Tätigkeit geben, kann das Gefäß sein, in das man Wein oder Wasser oder sonst etwas hineingießt“ („Warschauer Tageblatt“). Nur das Blatt der Assimilatoren — „Nowa Gazeta“ — gab der uneingeschränkten Freude Ausdruck, daß durch die Verordnung „dem Streite über die jüdische nationalkulturelle Autonomie ein für allemal ein Ende“ gemacht sei<sup>41)</sup>.

Die letzte Äußerung trifft den Kern der Sache; die sich apolitisch gebende Verordnung griff tatsächlich in das Ringen zwischen der polnischen Nationalstaats- und der jüdischen Nationalitätenstaatsidee zu ungunsten des jüdischen Nationalismus ein. Sie betonte ausdrücklich, daß es sich um die Organisation der jüdischen „Religionsgesellschaft“ handele und sprach — ganz in der Terminologie der alten wie der neuen (orthodoxen) Assimilation — von „Personen jüdischen Glaubens“. Und diesen schweren politischen Fehler des Eingriffes in die „innerpolnische Angelegenheit“ beging sie im Augenblick, wo mit dem Entstehen eines polnischen Staates die Frage des Schutzes der nationalen Minderheiten und der etwaigen Zurechnung der Juden zu diesen akut wurde. Wie die Dinge lagen, mußte die deutsche Behörde auf diesen Versuch der Festlegung der polnischen Juden als „Religionsgesellschaft“ verzichten, wenn sie nicht die jüdisch-polnischen Gegensätze zur Siebeißigkeit treiben wollte, indem sie den jüdischen Nationalismus zum Verzweiflungskampf drängte, der wieder erhöhten Antisemitismus auslösen mußte. Die Ordnung der religiösen Angelegenheiten war bei den polnischen Juden nicht möglich unter künst-

<sup>41)</sup> Die Agudas Haorthodoxim besaß noch kein Organ, zeigte sich aber später in ihrem Blatte des Lobes voll über die Verordnung.

licher, anscheinender Ausschaltung der politischen und nationalen Fragen. Wollte man deren Regelung den Polen überlassen, so lag nicht die geringste Notwendigkeit vor, seitens der deutschen Verwaltung die religiösen Fragen vorweg zu regeln, bei denen an sich nicht auf nennenswerte Schwierigkeiten seitens der Polen zu rechnen war. Der weitere Verlauf der Ereignisse hat die Überflüssigkeit und Schädlichkeit der Verordnung vom 1. November 1916 erwiesen; ihre Unzweckmäßigkeit war von vornherein dadurch klar, daß ihre Gültigkeit sich nur auf die Juden im deutschen Generalgouvernement erstreckte, daß also diese auf rein religiöser Grundlage geschaffene „jüdische Repräsentanz“ nur die Juden in einem Teile des polnischen Staates vertreten konnte.

#### 4. Von der Verordnung über die Organisation der jüdischen Religionsgesellschaft bis zum Zusammenbruch der deutschen Okkupation (15. 11. 16—10. 11. 18).

Die letzten beiden Jahre der deutschen Okkupation dürfen hinsichtlich der politischen Entwicklung im polnischen Judentum zusammenfassend dargestellt werden, da die polnisch-politischen Ereignisse dieser Zeit nicht von einschneidender und neue Perioden eröffnender Bedeutung für die Juden waren.

Der Zeitraum 1916—1918 stellt sich als die Blütezeit und der vorläufige Höhepunkt des jüdischen Ringens um die Anerkennung des Volkstums, des Charakters als Nation, dar.

Mit den Reibungen der freier sich regenden Politik des jungen, polnischen Staates, mit der Erkenntnis, bei dem Wandel der deutschen Politik auf Selbsthilfe angewiesen zu sein, mit dem Widerstande gegen das politische Programm, das die Okkupationsbehörde mit Hilfe der Agudas Haorthodoxim aufoktroieren wollte, mit dem Kampf um die deutsche Judenverordnung ging ein reges Aufblühen des jüdischen Parteilbens Hand in Hand. Die Rückwirkungen dieser Faktoren schoben das Judentum, soweit es politisch reif war, unaufhaltsam auf die Bahn des Nationalismus. Eine Reihe äußerer Anstöße wirkten auf die Entwicklung fördernd ein.

Im vorigen Abschnitt wurde bereits darauf hingewiesen, daß die beginnende polnische Freiheit in fortgesetzt zunehmendem Maße politischen Antisemitismus auslöste. Das mächtig gesteigerte Nationalitätsgefühl drängte zum Ausdruck in heftigster Befehdung der jüdischnationalen Wünsche. Die befreite Nation duldete nicht, daß eine starke Minderheitsnation, der sie mit Verachtung vom kulturellen,

mit Feindschaft vom wirtschaftlichen Standpunkte aus gegenüberstand, neben ihr und in ihrem Staatswesen Anerkennung forderte. Die Möglichkeit, daß die zahlreiche jüdische Bevölkerung unter Umständen einer russischen oder gar deutschen Orientierung zuneigen und dann als „Staat im Staate“ das von ihnen stark beeinflusste Wirtschaftsleben gefährden könnte, führte die Polen zu einer Politik des Kampfes um jeden Preis gegen den jüdischen Nationalismus. Für eine Verständigungspolitik war das Polentum nur in der Theorie zu haben, — in der Praxis wendete es rücksichtslos das Recht des Stärkeren an, um die unerwünschten Elemente in möglichstem Umfange zur Abwanderung zu drängen, den unvermeidlichen Rest aber der polnischen Nation zu assimilieren. Von Einzelheiten aus dem Kampfe gegen das Nationaljudentum kann hier abgesehen werden, nur sei erwähnt, daß er — in erster Linie wohl mit Rücksicht auf das Ausland — offiziell vorwiegend gegen die „russophilen Litwaki“ geführt wurde, während man den „eigentlichen“ polnischen Juden gern die größte Toleranz und volle bürgerliche Gleichberechtigung zusagte und stets darauf sah, einige „Vertreter der Juden“ — Assimilatoren — in einflußreichen Stellen aufweisen zu können.

In erster Linie war das Schulwesen das Gebiet, auf dem hartnäckig der Hebel zur Polonisierung der Juden eingesetzt wurde. Vor und nach der Übernahme des Unterrichtswesens durch die polnischen Behörden (1. Oktober 1917) ging keine Erörterung des Budgets oder der Schulfrage ohne den heftigsten Zusammenprall der polnisch-jüdischen Gegensätzlichkeit vorüber. Das grundlegende Schulgesetz der Okkupationsbehörde sah nur einen Schutz der deutschen Minderheit vor, während die Bestimmungen über die Schulen anderer Minoritäten so dehnbar waren, daß sie den Juden keine Garantien für ein eigenes Schulwesen bieten konnten, sofern sie es nicht aus eigenen Kräften sich zu erhalten vermochten. Die polnische Schulpolitik — die immer wieder den nationaljüdischen Kampf belebte — erhellte aus der Antwort des Bildungsdepartements des Provisorischen Staatsrates auf eine Anfrage aus dem österreichischen Okkupationsgebiet. Es wurde darin gesagt, daß zwar die Gründung besonderer Volksschulen für jüdische Kinder (mit Berücksichtigung der jüdischen Feiertage) erwünscht sei, daß aber für diese wie für die Anerkennung der Cheder als Privatschulen maßgebend sei, daß sie „nicht in Widerspruch stehen sollen zu dem allgemeinen Prinzip, wonach die Unterrichtssprache in allen öffentlichen Schulen Polnisch sein müsse“.

Seitens der Juden fehlte es nicht an Versuchen, zu einer polnisch-jüdischen Annäherung zu gelangen.

Daß die Assimilatoren unentwegt an ihrer Politik festhielten, ist selbstverständlich. Namens der Warschauer jüdischen Gemeinde richteten sie, in dem Bestreben, die Loyalität der jüdischen Bevölkerung zu betonen, an den Provisorischen Staatsrat bald nach seinem Zusammentritt eine Ergebenheitsadresse (28. Januar 1917). In ihr hieß es: „Wir begrüßen die augenblicklich höchste polnische Staatsbehörde in dem festen Glauben, daß wir durch ihre Arbeit bald das große Ziel erreichen werden, nach dem wir alle streben, den Aufbau eines unabhängigen polnischen Staates.“ „Freudig begrüßen wir die Worte in dem Aufruf des Hohen Rates, die . . . alle Bürger ohne Unterschied von Stand und Geburt im Namen gleicher Rechte und Pflichten zum Dienste für das Vaterland aufrufen.“ „Einig im Fühlen und Streben wollen wir . . . an die . . . Arbeit zum Wohle des Vaterlandes treten.“

Wichtiger als diese assimilatorische Adresse, hinter der nur ein geringer Bruchteil der Juden stand, war die Adresse der Agudas Haorthodoxim, die damals noch im Aufstiege war. Sie begrüßte den Provisorischen Staatsrat „als Verkörperung des unabhängigen Polens“ und gab dem Vertrauen Ausdruck, daß die Juden bei religiöser Toleranz „zum Heile des polnischen Staates als treue und gleichberechtigte Bürger arbeiten können“. Der Staatsrat nahm „mit lebhafter Befriedigung die patriotischen und edelmütigen Erklärungen“ entgegen und sagte den Juden religiöse Duldsamkeit zu „in der Überzeugung, daß sie . . . treu dem unabhängigen Polen als seine gleichberechtigten Bürger dienen werden“.

Auch von mehr national gerichteter jüdischer Seite wurde die Gelegenheit der Einsetzung des Staatsrats zu loyalen Rundgebungen benutzt. Der Stadtrat von Bedzin<sup>1)</sup> brachte bei seinem ersten Zusammentreten dem Staatsrat „Worte der Huldigung“ dar mit „warmen Wünschen, daß die aufopfernde Arbeit um die Erlösung des allen gleich teuren Vaterlandes“ von Erfolg gekrönt sein möchte.

Aber auch die Parteien, die sich zurückhielten, um erst Later des Staatsrates abzuwarten, vereinigten sich an dem Tage, als die Abtretung des Cholmer Landes an die Ukraine bekannt wurde, mit den polnischen Parteien: unter den am 14. Januar 1918 veröffentlichten Protesterklärungen befanden sich auch die der Zionisten und der jüdischen Volkspartei.

Wie gern die nationaljüdischen Parteien zu einem friedlichen Ausgleich mit den Polen gekommen wären — allerdings unter der Be-

<sup>1)</sup> Im März 1917 gewählt; infolge Wahlboykottes durch die Polen als einziger Stadtrat nur aus Juden zusammengesetzt.



dingung einer kulturellen Autonomie —, zeigte die lebhafteste Freude im ganzen nationalistischen Blätterwalde, als der Ministerpräsident Kucharzewski bald nach den polnischen auch die jüdischen Pressevertreter empfing (21. November 1917) und betonte, daß er auf die Mitarbeit der Juden Wert lege. Den Worten Kucharzewskis folgten keine entsprechenden Taten, und sein Nachfolger Steczkowski ging wieder vollends auf die Politik völliger Ignorierung der Juden zurück. Da außerdem der allgemeine Antisemitismus weiter in Blüte blieb, zeitigten diese Verständigungsversuche keinerlei Erfolg.

Die deutsche Okkupationsverwaltung tat in Verfolg ihres Grundsatzes, die Regelung der jüdisch-polnischen Beziehungen als innerpolnische Angelegenheit zu betrachten — der sie, wie gesagt, allerdings nicht hinderte, sich erheblich in innerjüdische Dinge einzumischen und auch den polnischen Kampf gegen den jüdischen Nationalismus zu unterstützen — nichts, was einen polnisch-jüdischen Ausgleich zu fördern geeignet gewesen wäre. Auch ihre Fürsorge für die politische Gleichberechtigung der Juden als Bürger des okkupierten Landes war außerordentlich sprunghaft: Bei den städtischen Wahlen sicherte sie den Juden die Möglichkeit proportionaler Berechtigung, für den vorgesehenen Landtag war diese Möglichkeit außerordentlich beschränkt, unter den Staatsratsmitgliedern war als einziger Jude der assimilatorische Führer R. Natanson, das Schulgesetz vollends ließ die elementarsten Interessen der Juden unberücksichtigt, und so ließen sich die Beispiele mehren.

Das mächtige und gegen alle Widerstände nur um so gewaltzamere Empordrängen des jüdischen Nationalismus, das immer bewußtere Bekenntnis zum jüdischen Volkstum und das brennende Verlangen, in der neuen Ära, die der Weltbrand heraufzuführen schien, die allgemeine Anerkennung als Nation und die entsprechende Sicherung der nationalen Eigenart zu finden, wurden durch bedeutsame äußere Ereignisse wesentlich gefördert.

Zunächst veränderte die russische Revolution im März 1917 die Gesamteinstellung auf die Zukunft grundlegend. Konnte bis dahin der Blick auf die zarische Regierung und die Lage der russischen Juden nur den Antrieb geben, sich im befreiten Polen etwas günstigere Bedingungen zu erringen, so trat nach der Revolution die Forderung hervor, für das polnische Judentum das gleiche Maß bürgerlicher und nationaler Freiheit zu erlangen, wie sie den Ostjuden in Rußland durch das allgemeine Emanzipationsedikt<sup>2)</sup> und die weitere Ent-

<sup>2)</sup> Von Fürst Swow und Kerenskij am 21. März/3. April 1917 veröffentlicht.

wicklung auf dieser Grundlage gegeben wurden. Daneben verschob sich unter dem Einfluß der Nachrichten aus Rußland natürlich auch die außenpolitische Orientierung der Juden durch eine merkliche Gravitation nach Osten. Diese Erscheinung, die eine Entspannung des polnisch-jüdischen Gegensatzes hätte fördern können, wurde von den Polen falsch eingeschätzt. Sie vermuteten darin eine Hinneigung des Judentums zu revolutionären, später zu bolschewistischen Tendenzen. Diese Verkennung der Motive — die Juden lockte nicht die Sowjet-herrschaft, sondern die wirtschaftliche Perspektive, die ein nicht judenfeindliches Rußland bot; dem Bolschewismus mußten sie nach ihrer wirtschaftlichen Struktur ablehnend gegenüberstehen — hat gegen Ende und nach der deutschen Okkupation zu neuen heftigen Bekämpfungen durch die Polen geführt. Von der deutschen Verwaltung wiederum wurde mit Hilfe schärfster Zensurhandhabung gleichfalls dieser aufkommenden Neigung nach Osten entgegengearbeitet.

In gleichem Sinne wie die Emanzipation des russischen Judentums wirkte später die nationale Befreiung der Juden in der Ukraine, die Gewährung der kulturellen und nationalen Autonomie durch die ukrainische Rada.

Eine weitere Förderung des Nationalempfindens und des Verlangens, das Ostjudentum als Volk behandelt zu sehen, brachte die Hoffnung auf die Erfüllung der zionistischen Palästinapolitik, durch die sogenannte „englische Palästinaerklärung“<sup>3)</sup>. Sie brachte, da die polnischen Juden seit jeher infolge der zu engen Zusammendrängung zur Abwanderung neigten, den Zionisten stärksten Zuzug, so sehr auch hier wieder die wenig weitsichtige deutsche Behörde — dieses Mal offiziell aus Rücksicht auf die Empfindungen des türkischen Bundesgenossen — die Bewegung durch Zensurmaßnahmen und andere Beschränkungen zu hemmen suchte. Gleichgültig, wie man über den Zionismus denken mag — in Polen hätte jedenfalls sein ungehemmtes Wachsen die Judenfrage nur günstig beeinflussen können. Schon allein die Propaganda für die Abwanderung eines Teils der Juden mußte diesen wie den Polen — wenn auch aus sehr verschiedenen Gründen — willkommen sein. Da die Zionisten aber nicht nur die Palästinapolitik betrieben, sondern auch praktische Gegenwartarbeit in nationalem Sinne leisteten — was sehr viel zur zahlenmäßigen Stär-

<sup>3)</sup> Das heißt das Schreiben Balfours vom 2. November 1917, das die Sympathie der englischen Regierung mit dem zionistischen Ziel der Schaffung eines nationalen Heims in Palästina ausdrückte. Im weiteren Verlauf stützten Äußerungen Wilsons und das Vordringen der Engländer in Palästina die erwachten Hoffnungen auf den jüdischen Staat.

kung ihrer Gefolgschaft beitrug —, so sah das deutsche „jüdische Referat“ auch in dieser Bewegung nur die Erstarkung des ihm nun einmal grundsätzlich verhassten jüdischen Nationalismus und befahlerte sie daher nach Kräften.

In dem gärenden Gewoge aller dieser durcheinanderflutenden Stimmungen, die in das morsche Bollwerk der Assimilation Breschen schlugen und gegen die festen Dämme des polnischen Antisemitismus immer wilder anbrandeten, stand als einsamer Fels die deutsche Judenverordnung vom 1. November 1916, der von allen Seiten unterhöhlt bald im Strudel verschwunden wäre, wenn ihn nicht die Macht der Okkupanten immer wieder gestützt hätte. Daß die Verordnung nicht mit der Okkupation gänzlich weggefegt wurde, ist dem Umstande zu danken, daß die Polen, mit den Tatsachen rechnend, ihr einen Ausbau zu geben suchten, der ihren Zwecken noch besser entsprach.

Die Opposition gegen die Judenverordnung führte in Verbindung mit den geschädigten Momenten zur festen parteimäßigen Konsolidierung aller jüdischen Gruppen.

Der kräftige Anstoß zum raschen Zusammenschluß ging von der Arbeit der Agudas Haorthodoxim aus.

Die Verordnung vom 1. November 1916, deren Tendenz der Aguda völlig entsprach, veranlaßte sie zur Aufnahme einer emsigen Propagandaarbeit. Die Okkupationsbehörde kam ihr darin so weit entgegen, daß sie das von der Presseverwaltung gegründete radikalnationalistische „Warschauer Tageblatt“, dessen Richtung freilich längst nicht mehr in den neuen Kurs paßte, schloß und seine Konzession an die Agudas Haorthodoxim verpachtete, die nunmehr eine Tageszeitung, „Das Jüdische Wort“, herausgab. Die Tatsache der Schließung des „Warschauer Tageblattes“ war an sich völlig berechtigt; bei seinem Gegensatz zur Politik des Dr. Haas hätte es schon lange vorher eingestellt werden sollen. Aber die Schließung und die Gründung des „Jüdischen Wortes“ wurden so ungeschickt inszeniert, daß Polen wie Juden vom ersten Tage an in diesem Organ ein deutsches „Reptil“ sahen. Das „Warschauer Tageblatt“ verabschiedete sich von seinen Lesern am 30. Januar 1917 „nicht aus Mangel an literarischen Kräften oder an Lesern, sondern weil es einer anderen Zeitung den Platz räumen muß“. Besonders kompromittierend aber war, daß wenige Wochen nach dem Erscheinen des „Jüdischen Wortes“ deutschjüdische Blätter (die in Polen viel gelesen wurden) einen Auszug aus dem Frankfurter Handelsregister veröffentlichten über die Gründung des „Jüdischen Zeitungsverlages G. m. b. H.“, in dem es heißt: „Die

Gesellschaft wird die von ihr zu pachtende Zeitung „Warschauer Tageblatt“ im Geiste des orthodoxen Judentums redigieren lassen und zwecks Wahrung der staatlichen Interessen für die Dauer der Okkupation Polens in steter Fühlung mit den deutschen Verwaltungsbehörden bleiben.“ Die Bekanntgabe dieser Zweckbestimmung verurteilte die Aguda- und Verwaltungs-Judenpolitik von vornherein natürlich zur Ergebnislosigkeit trotz aller gegenteiligen Bemühungen und trotz des „Programms“, das die Aguda am 14. März 1917 annahm. Es war sehr unbestimmt gehalten und mehr auf die Außenwelt berechnet als für den Verband selbst. Es besagt u. a., daß die Aguda die Beziehungen zwischen der christlichen und jüdischen polnischen Bevölkerung bessern und alle jüdischen Angelegenheiten auf friedliche Weise verteidigen wolle. Ferner „will sie alles beseitigen, was zur Assimilation führt“. Der letzte Satz zeigt, daß in den eigenen Reihen die Mißstimmung gegen das Schalten der Assimilatoren beachtet werden mußte. Er ist zugleich eine leise Konzession an die Elemente im eigenen Lager, die zwar nicht bewußt national fühlten, aber doch durch Ablehnung der Assimilation dem schon nahe kamen.

Die Verordnung vom 1. November 1916, die zunächst baldige Wahlen in der jüdischen Gemeinde erwarten ließ, mobilisierte auch die übrigen Parteien. Assimilatoren und Neoassimilatoren bereiteten sich zum Kampfe, um bei den Neuwahlen möglichst viel von ihrer bisherigen Machtstellung zu retten. Die Bestimmungen über die Kurie I (Intelligenzkurie) ließen die Hoffnung offen, hier einen assimilatorischen Sieg zu erringen. Durch allerlei organisatorische Neugründungen (Turnvereine, Jugendvereine, Verein der Handelsangestellten) suchte man Kräfte zu gewinnen.

Die Orthodoxie und einzelne chassidische Gruppen organisierten sich gleichfalls um verschiedene „Wahlkomitees“. Die wichtigste dieser Gründungen, die im weiteren Verlaufe die Führung aller orthodoxen Kreise übernahm, die der chassidischen Agudas Haorthodoxim und ihrem „deutschen“ Einfluß abhold waren, war die Agudas Jeschurun. Sie nahm nach anfänglichem Schwanken gemäßigte, aber doch deutliche nationallistische Forderungen in ihr Programm auf. Insbesondere verlangte sie Ausbau und moderne Reform des Erziehungs- und Schulwesens, wobei die Unterrichtssprache die „Muttersprache“ sein sollte.

Die Zionisten, deren Organisationen schon im Laufe des Jahres 1916 stramm zusammengefaßt worden waren, vollendeten den Partebau durch Zusammenschluß in die „Zionistische Vereinigung für Polen“, die am 3. Juni 1917 legalisiert wurde. Einen Monat

früher war die 1. Mistrachi-Konferenz in Polen zustande gekommen. Von großer Bedeutung war es für die Zionisten, daß sie nach wiederholten vergeblichen Bemühungen um die Konzession einer Tageszeitung die Erlaubnis zur Herausgabe einer Zeitschrift („Das Jüdische Volk“) erhielten und gleichzeitig (März 1917) die einige Wochen zuvor eingegangene hebräische Tageszeitung „Hajefirah“ als Wochenblatt in ihre Leitung nehmen konnten. Das zionistische Programm zeigt u. a. die Resolution einer Massenversammlung (in Lodz, 10. April 1917), in der es heißt, daß die Juden „als gesonderte Nation mit dem ausdrücklichen Willen zu weiterer nationaler Existenz“ das Recht haben, „Garantien für die freie Entwicklung ihrer eigenartigen nationalen Kultur zu fordern“. Sie verlangen daher: „Die Anerkennung der Juden als Nation und auf Grund dessen die Verleihung verfassungsmäßiger Garantien an die jüdische nationale Minderheit in Polen, um nicht nur ihre bürgerlichen, sondern auch ihre nationalen Rechte zu sichern.“ Ferner fordern sie „entsprechende Vertretung in allen staatlichen und kommunalen Institutionen“ und „das volle Recht der Selbstverwaltung in allen innerjüdischen nationalen Angelegenheiten“.

In dieser Zeit der Parteikonsolidierungen und Parteiprogramme, die durch die für März oder April 1917 erwarteten Wahlen auf Grund der Verordnung vom 1. November 1916 hervorgerufen waren, organisierten sich auch die demokratischen reinen Nationalisten, die bisher vom „Volkklub“ geführt und von der „Volkgruppe“ im Stadtparlament vertreten wurden, parteimäßig fester und gaben sich in einer Organisationsversammlung (in Warschau am 11. März 1917) den Namen „Volkspartei“. Parteiorgan wurde die von Lazar Kahan (nach Eingehen des „Warschauer Tageblattes“) herausgegebene Zeitschrift „Das Volk“<sup>4</sup>). Als grundlegendes Programm der Volkspartei kann die Resolution der von ihr veranstalteten ersten jüdischen Kulturkonferenz (in Warschau; 26.—28. März 1917) angesehen werden. Sie stellte fest, daß die „Juden, die in Polen seit vielen Jahrhunderten leben und es als ihr Vaterland betrachten“ . . . „sich ständig als Nation fühlen“. Ihre Forderungen lauteten: „Wir wollen vollständige bürgerliche Gleichberechtigung, die durch die Grundgesetze des polnischen Staates in der Art gesichert wird, daß

<sup>4</sup>) Erschien seit Mitte Februar 1917. Gleicher Tendenz war das „Lodzer Tageblatt“, das von L. Kahan und J. Kahan herausgegeben wurde. Die Beziehungen des „Volkblattes“ zur deutschen Verwaltung wurden in ein Pachtverhältnis geändert.

sie niemals beseitigt oder geschmälert werden kann; wir verlangen eine wirkliche Gleichberechtigung für die Juden auf allen Gebieten des Staats und kommunalen Lebens. Wir verlangen die Anerkennung des polnischen Judentums in der Verfassung als einer nationalen Minderheit und auf Grund dessen die Einführung einer nationalen jüdischen Kurie bei den Wahlen zu den gesetzgebenden Institutionen und zu allen gewählten Vertretungen der örtlichen Selbstverwaltung. Wir verlangen vollständige Freiheit des nationalkulturellen und religiösen Lebens, das durch eine besondere jüdische nationalautonome Organisation geleitet wird, der ein entsprechender Teil der staatlichen und kommunalen Fonds überwiesen werden muß, von dem diese das jüdische Schulwesen unterhält und überhaupt die jüdisch-kulturellen Bedürfnisse befriedigt.“

Für die sozialistischen jüdischen Parteien bot die Zeit der ersten Wahlagitation zu den Gemeindevahlen keine Veranlassung zur Aufstellung neuer Programme. Sie beobachteten gegen die Verordnung vom 1. November 1916 kühle Zurückhaltung, da sie an der Regelung der Kultusgemeinde mit deren vorwiegend religiösen Aufgaben kein Interesse hatten. Ihre nationalen Forderungen nach Minderheitsrechten, die praktisch zunächst in der aus öffentlichen Mitteln unterhaltenen weltlichen Volksschule mit jiddischer Unterrichtssprache gipfelten, lagen fest.

Nur die Poale-Zion, die der bürgerlichen zionistischen Organisation einigermaßen nahe standen, wollten sich an den Gemeindevahlen beteiligen, forderten aber<sup>5)</sup> allgemeines Wahlrecht, demokratische Grundsätze in der Gemeindeverwaltung und Ausbau derselben als Grundlage eines nationalautonomen Verwaltungskörpers.

Forderungen nach einer Verbesserung des Wahlrechts tauchten auch seitens der nationalistischen und demokratischen Kreise auf, als die (von den Assimilatoren geleitete) Warschauer Gemeindeverwaltung immer länger mit den nötigsten Vorbereitungen für die Wahlarbeit zögerte und die deutsche „Wahlordnung“ vom 23. April 1917 nur den Steuerzahlern Wahlrecht gab. Diese Bestimmungen legte die Gemeindeverwaltung dahin aus, das nur die Umlagezahlungen nach dem bisherigen Zensus<sup>6)</sup> Wahlrecht verleihen sollten. Dadurch wurde die Zahl der Wahlberechtigten auf 5—7000 von etwa 300 000 Juden beschränkt, während man bislang auf mindestens 40 000 Wahlberechtigte

<sup>5)</sup> Programm vom Juni 1917.

<sup>6)</sup> Minimalzensus 2 Rubel, Wahlrecht verlieh aber erst der Zensus von 15 Rubel aufwärts.

geschätzt hatte. Die Mißstimmung über das Gebaren der Assimilatoren bei den Wahlvorbereitungen und über die „Wahlordnung“ wurde so allgemein — auch die Agudas Haorthodoxim sah bei dieser Beschränkung des Wahlrechts ihre Pläne auf eine zahlreiche Vertretung in der Gemeindeverwaltung bedroht —, daß die Gefahr eines allgemeinen Boykotts der Wahlen nahe rückte. Auf zahlreiche Proteste und Petitionen von allen Seiten, verfügte endlich die deutsche Behörde im September 1917 die „Demokratisierung“ des Wahlrechts durch die Festsetzung, daß jeder Steuerzahler wahlberechtigt sei und daß der Mindestgenuss eine Mark betrage.

Auf diese Verordnung hin neigten auch die sozialistischen Parteien einer Wahlbeteiligung zu, doch blieben sie in abwartender Haltung; erst etwa ein Jahr später beschloßen sie, sich an den Wahlen zu beteiligen, um sich Einfluß auf die Gemeindeverwaltungen zu sichern, da dieser außer den religiösen auch eine Reihe wichtiger kultureller, wirtschaftlicher und sozialer Aufgaben harrten.

In den kleinen jüdischen Gemeinden fanden allmählich im Laufe vieler Monate (1917/18) die Gemeindevahlen nach der Wahlordnung vom April und September 1917 statt, die in den kleinsten Städten Orthodoxe, sonst Zionisten, Nationalisten und Orthodoxe — oft durch Kompromißlisten — ans Ruder brachten. Die allein wichtigen Wahlen aber in den beiden Großstädten Warschau und Lodz sind niemals zustande gekommen. Volle zwei Jahre lang schwankte die deutsche Verwaltung von einer Erwägung zur andern und geriet bald unter den assimilatorischen Einfluß, bald unter den der Agudas Haorthodoxim, dann wieder schreckten sie die Nationalisten und endlich war die Rücksicht auf die Polen hinderlich. Im ganzen bot sie in dieser Angelegenheit das unerfreuliche Bild hilfloser Verzweiflung — sie wurde die Geister nicht mehr los, die sie gerufen hatte. Der ersten Wahlagitationszeit vom März 1917 folgte die zweite nach im September 1917. Dann griff das polnische Kultusdepartement im Oktober 1917 ein und beauftragte eine aus Assimilatoren bestehende Kommission mit der Durchprüfung der Verordnung. Diese beendete ihre Arbeiten im wesentlichen im Frühjahr 1918, doch wurde aus ihrem Entwurf wenig bekannt. Seitens der deutschen Behörde wurde Anfang April der Wahltermin für die zweite Hälfte des Mai 1918 festgesetzt. Kurz vor der Wahl beantragte der Minister für Religions- und Bildungsangelegenheiten, Pomikowski, Aufschub der Wahlen, bis er seine Abänderungsvorschläge gemacht habe. Der Aufschub wurde zunächst abgelehnt, dann aber wurden die Wahlen schließlich doch abgesetzt. Das Spiel wiederholte sich ein halbes Jahr später ähnlich. Mitten in den politisch

hochbewegten Zeiten Ende Sommer 1918 wurden plötzlich die Wahlen von deutscher Seite auf den 16. und 17. Oktober angesetzt. Polnische (behördliche und private) und jüdische Kreise hielten den Termin für überaus ungünstig; die deutsche Verwaltung zog sich aus der Affäre, indem sie der Gemeindeverwaltung die Entscheidung überließ. Diese beschloß am 10. Oktober die Vertagung auf unbestimmte Zeit.

Das klägliche Fiasco der deutschen Judenpolitik in Polen erhellt aus dem Schicksal der Judenverordnung zur Genüge. Von all den volltönenden Versprechungen, dem unterdrückten Volke den Weg zum freien Leben zu öffnen, ist keine eingelöst worden. Die Judenfrage ist von allen Teilen des polnischen Problems mit am schlechtesten in Angriff genommen, am wenigsten irgendeiner Lösung zugeführt, der polnisch-jüdische Gegensatz ohne irgendwelchen Zweck verschärft worden. Ein Hauptfehler lag in der Regelung der Personalfragen. Wollte man überhaupt an die Judenfrage herantreten, so mußte man vor allem sachkundige Männer in die Verwaltung berufen. Mit ganz geringen Ausnahmen ist dies nicht geschehen, nicht einmal an den wichtigsten Stellen. Daß auch bei den Juden Polens gegen die Okkupanten viel Erbitterung zurückbleibt, mag für die Zukunft unwichtig sein, muß aber ausgesprochen werden, um das Bild von der deutschen Politik in Polen zu ergänzen. Das polnische Judentum fühlte sich — abgesehen von den Verärgerungen durch unverständige, das Empfinden der Juden verletzende Maßnahmen —, nachdem man es anfangs der Hilfe im nationalen und bürgerlichen Befreiungskampf versichert hatte, zwecklos aufgeopfert.

Der Zusammenbruch der Okkupation stellte die Juden unvermittelt vor eine neue Situation. Die Regelung ihrer Lage erhoffen nunmehr die Assimilatoren und die von der Agudas Haorthodoxim erfaßten Teile der chassidischen Orthodoxie von den Polen, auf Grund ihres „Verständigungsprogramms“. Die Nationalisten aller Schattierungen und die Sozialisten, die sich auf der Grundlage der Forderung nationaler Minderheitsrechte annähern, lehnen eine Lösung der Judenfrage durch die Polen allein ab.

Im einzelnen zeigte das jüdische Parteilieben nach den ersten Erschütterungen am Ende der Okkupationszeit folgende Gruppierung: 1. Auf der Grundlage der Verständigung mit den Polen unter der Bedingung bürgerlicher Gleichberechtigung bei Betonung des Judentums als Religionsgemeinschaft stehen die Assimilatoren und die Agudas Haorthodoxim, beide zahlenmäßig schwach. 2. Auf der Grundlage der Anerkennung des Judentums als religiöser und nationaler Gemeinschaft fordern kulturelle bzw. nationale Autonomie, bzw. verfassungsmäßige



Sicherung der Rechte einer nationalen Minderheit ein Teil der Neo-assimilatoren, die Orthodoxie der Agudas Jeschurun, die Misrachisten, die (hart nach der Okkupationszeit aus liberalen Bürgerkreisen gegründete) Jüdisch-Demokratische Partei, die Zionisten, die Jüdische Volkspartei. 3. Auf der Grundlage der Anerkennung des Judentums als nur nationaler Gemeinschaft fordern Autonomie und Minderheitsrechte: Poales-Zion, Vereinigte jüdische sozialistische Arbeiterpartei (die bisherigen Zionisten-Sozialisten) und der Bund. 4. Ein internationalistisches Programm unter Ablehnung „jüdischer“ Forderungen vertreten: Juden in der Sozialdemokratie Polens und Litauens, Juden im linken Flügel des Bund, sowie eine von der Poales-Zion (unmittelbar nach der Okkupationszeit) abgesprengte Gruppe.

Die künftige Entwicklung der politischen Lage des polnischen Judentums wird für die deutsche Politik nur von indirektem Interesse sein. Ganz unbeachtet wird man die weitere Gestaltung und den Kampf um das völkische Selbstbestimmungsrecht bei einer mehrere Millionen starken Minderheit im Nachbarstaate jedoch nicht lassen dürfen.

## Schluß.

### Die Lehren der Okkupationszeit und die deutsch-polnischen Beziehungen der Zukunft.

Der Verlauf unserer Darstellung hat es mit sich gebracht, daß im großen wie im Kleinen an der deutschen Politik in Polen Kritik geübt werden mußte. Daraus ergibt sich die berechtigte Frage, wie die deutsche Politik während der Okkupationszeit hätte besser geführt werden können, und der Einwurf, ob denn die politische Haltung auf polnischer Seite von jedem Vorwurf frei war.

Die Ziele der größten polnischen Parteigruppen, der Passivisten und der Unabhängigkeitsparteien, waren im Grunde einfach und klar. Sie strebten nach einem größeren und freieren Polen und hatten dabei zweifellos die Mehrheit des politisch interessierten Teils der Bevölkerung hinter sich. Schwieriger wurde ihre Position erst, wenn sie in Verhandlungen mit den Okkupationsmächten traten, die unbedingt zu Kompromissen führen mußten. Darin lag auch die innere Schwäche des Aktivismus, daß er einem Volk von starkem Nationalgefühl die Notwendigkeit von Verzicht aus realpolitischen Gründen darlegen mußte, eine innere Schwäche, die zur äußeren wurde durch den geringen Anhang, den er bei dieser undankbaren Aufgabe fand. Wie ausschließlich der überwiegende Teil des Aktivismus in seinen Leitsätzen von reinen Nützlichkeitsbetrachtungen bestimmt war, zeigt die nicht sehr sympathische Eile, mit der er nach dem Zusammenbruch der Okkupation sich der neuen Situation anpaßte.

Während der Okkupation war die Mehrzahl der polnischen Parteien in der politischen Defensive, und das erleichterte ihnen ihre Stellung natürlich ungemein. Die Aufgabe der Okkupationspolitik war demgegenüber bei weitem schwieriger. In eine recht mißliche Lage wären aber die nicht aktivistischen polnischen Parteien gekommen, wenn die Entscheidung des Weltkriegs, zu der sie kaum etwas beigetragen haben, nicht zu ihren Gunsten ausgefallen wäre. Bei einem Remis oder gar einem Sieg der Zentralmächte würde ein Grundübel des polnischen Parteiwesens, die Zersplitterung und der gegen-

seitige Hader in einem Maße hervorgetreten sein, daß die positive Arbeit empfindlich gelitten haben mußte. Diese Parteizersplitterung ist zum Teil ein Zeichen einer noch in den Kinderschuhen stehenden politischen Entwicklung, zum Teil aber auch die Folge des starken Hervortretens persönlicher Momente<sup>1)</sup>. Allerdings waren während der Okkupationszeit die inneren und äußeren politischen Lebensbedingungen in Polen durchaus abnorm. Aber bisher hat das Fallen dieser Schranken noch keine wesentlichen Rückwirkungen auf das polnische Parteeleben gezeigt. Wie rasch Polen in dieser Beziehung eine größere politische Reife erreicht, muß die Zukunft lehren.

Die polnische Presse liebt es sehr, den Ausgang des Weltkriegs als den Sieg der gerechten Sache hinzustellen und im Zusammenhang damit zu betonen, daß der „Geist der Geschichte Polens“<sup>2)</sup> von jeher erfüllt war von Fortschrittlichkeit, Toleranz und demokratischer Gesinnung, und daß es daher nur recht und billig sei, wenn das wieder-  
 auferstandene Polen zusammen mit den großen Kulturmächten des Westens über die finstere Reaktion der drei „Erobererstaaten“ — der Teilungsmächte — triumphiere. Diese Geschichtsphilosophie steht der landläufigen deutschen diametral gegenüber, und es würde nur im Rahmen eines eigenen Werkes möglich sein, die widerstreitenden Auffassungen einer gründlichen Erörterung zu unterziehen. Aber gerade der Umstand, daß die bürgerlichen polnischen Parteien die Demokratie so viel im Munde führen, erweckt den Verdacht, daß sie nicht so tief in ihnen sitzt, wie sie das gern als Glaubenssatz hingestellt wissen möchten. Das alte Polen war ja demokratisch und republikanisch, aber doch nur für die Schlachta, den Adel, und es scheint, daß auch im modernen Polen noch etwas von den alten Schlachzientraditionen steckt. Der alte Gegensatz von niederem Volk und herrschendem Adel ist auch heute noch

<sup>1)</sup> Vergleiche hierzu folgendes Zitat aus der national-demokratischen „Gazeta Poranna“ in Warschau, die sich in ihrem Leitartikel vom 15. Juli 1918 gegen die „Ranie“ der Parteibildung wendet: „Ein anscheinend ganz harmloses A: endessen endigt gewöhnlich zur allgemeinen Zufriedenheit der Versammelten mit dem Entstehen einer neuen politischen Gruppe . . . Diese Zerstückung und Atomisierung im Parteewesen, diese kaninchenartige Vermehrung der kleinen Parteien, diese Unfähigkeit mittelmäßiger Größen, sich unterzuordnen, bietet gewöhnlich mehr Material für den Possenschreiber, als für den zukünftigen Staatsmann, der aus diesem bröckeligen Ton einen starken parlamentarischen Organismus zurechtzneten muß.“

<sup>2)</sup> Polnisch: „Duch dziejów polskich“, der Titel eines auch deutsch 1917 in Krakau erschienenen sehr lesenswerten Buches von Choloniewski, dessen Quintessenz lautet: „Polen ist zugrunde gegangen, weil es ein vollkommenes und höher entwickeltes Staatswesen gewesen war, als jene, die es umgaben.“ (S. 81).

nicht geschwunden. Es ist z. B. charakteristisch, daß man nicht nur beim polnischen Bauern dem Gutbesitzer gegenüber, sondern auch bei der einfachen städtischen Bevölkerung, soweit sie noch nicht politisch beeinflusst ist, häufig ein deutliches Mißtrauen gegen die Regierung der eigenen Volksgenossen findet, oft verbunden mit einer leisen Sehnsucht nach der Rückkehr der Russenherrschaft und — der damaligen Lebensmittelpreise. Eine genaue Untersuchung der polnischen Volkspsyche müßte freilich nicht nur diese eine historische Entwicklungsreihe in Betracht ziehen, sondern sich zeitlich, räumlich und ethnographisch viel weiter ausdehnen. Für die Gegenwart scheint aber in jedem Falle die Behauptung berechtigt, daß Polen sich erst zu einem demokratischen Land entwickeln muß. Es ist eine staunenswerte Leistung des polnischen Volkstums, sich etwa 1½ Jahrhunderte hindurch ohne staatliche Organisation behauptet zu haben, und es ist verständlich, daß die Reaktion des lange unterdrückten nationalen Lebens, wie bei anderen slawischen Völkern in ähnlicher Lage, jetzt über das Ziel hinauschießend sich vielfach nationalistisch und stark imperialistisch gebärdet. Dies aber sind gerade die undemokratischen Züge der politischen Psyche Polens nach außen, so wie ihr nach innen ein aristokratischer Zug, und sei er nur im Parteipapsttum ausgeprägt, eigen ist.

Es liegt uns dabei fern, gegen polnische Parteien und Parteiführer den Vorwurf der Unehrlichkeit erheben zu wollen, wenn sie Demokratie und nationales Selbstbestimmungsrecht als ihre Losungen bezeichnen. Gesteigertes und übersteigertes Nationalgefühl hat von jeher und nicht nur bei den Polen klare Selbstkritik und nationale Selbstbescheidung erschwert, und die Schärfe, mit der der polnische Nationalismus sich gerade gegen das Deutschtum wendet, ist ja zum guten Teil die Reaktion auf die preußische Politik. Es muß auch anerkannt werden, daß die Polnische Sozialistische Partei bemüht ist, in nationalen Fragen, z. B. den Ukrainern gegenüber, die Wilsonschen Prinzipien rein zur Anwendung zu bringen. Das eine Gute hat dieses starke, selbst im nationalen Flügel des Sozialismus mächtige, völkische Bewußtsein für Polen jedenfalls, daß es das Aufkommen des Bolschewismus erschwert, der bei der bedrohlichen Nähe der russischen Agitationszentren, den noch bevorstehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der leichten Entflammbarkeit des slawischen Naturells, das doch auch den Grundzug der polnischen Psyche bildet, für den neuen Polenstaat eine große Gefahr bedeutet.

Im übrigen lassen wir uns gern widerlegen, daß unsere Auffassung vom nationalistischen und imperialistischen Zuge in der politischen Physiognomie Polens falsch ist. Aber nur Tatsachen könnten hier zwingende

Beweiskraft haben. Eine solche Tatsache wäre es z. B., wenn von polnischer Seite die gegenwärtigen Ansprüche auf deutsches Reichsgebiet nur mit ethnographischen Gesichtspunkten motiviert würden, statt je nach Bedarf mit historischen oder wirtschaftlichen. Für die Zukunft wird aber vor allem der Prüfstein das Schicksal der deutschen und jüdischen Minderheiten in Polen sein.

Vorläufig hat aber der Ausgang des Kriegs den Fehlern und Schwächen der polnischen Politik zunächst Indemnität erteilt, und erst, wenn das internationale Leben wieder einigermaßen hergestellt und im Gange ist, wird Polen eine ernsthafte politische Reifeprüfung abzulegen haben. Die Fehler der deutschen Politik dagegen sind durch den Kriegsausgang zu einer Schuld und Anklage geworden. In der polnischen Frage lassen sich vier solche Grundfehler aufzeigen; aus ihrer Betrachtung ergibt sich zugleich die Beantwortung der eingangs gestellten Frage, wie die deutsche Politik in Polen hätte betrieben werden sollen.

In erster Linie fehlte es auf deutscher Seite an tüchtigen Sachverständigen, die zugleich maßgebenden Einfluß auf die politische Gestaltung im Osten gehabt hätten. Es gilt das zwar nicht für Polen allein, aber doch in besonderem Maße. Es ist bezeichnend, daß über das Ostjudentum während des Krieges qualitativ und quantitativ verhältnismäßig mehr bei uns publiziert wurde als über die polnische Frage. Das wertvolle informatorische Material, das die Presseabteilung der Warschauer Zivilverwaltung in den letzten beiden Jahren herausbrachte, wurde nicht nur von Seiten der überbürdeten Presse, sondern auch von den Amtsstellen im Reich viel zu wenig ausgenutzt. Auch dieses Material konnte natürlich eigene Anschauung und eigenes Studium nicht ersetzen.

Da die maßgebenden Stellen die polnischen Verhältnisse nicht übersehen, konnten sie zweitens kein klares Programm in der Polenfrage aufstellen. Bei der Suche nach einer Lösung der polnischen Frage mußte jedem Sachkundigen sehr bald klar werden, daß es eine eigentliche „Lösung“ unter den äußeren Bedingungen, wie sie vor dem Zusammenbruch der Zentralmächte bestanden, überhaupt nicht gab. Es handelte sich vielmehr nur darum, unter den verschiedenen Möglichkeiten der zukünftigen Gestaltung Polens die mit den geringsten Mängeln behaftete herauszufinden. Aber über eines mußte man sich auf Grund der gegenwärtigen Lage und der geschichtlichen Erfahrung klar sein: Halbe Mittel halfen hier nicht. Und gerade mit halben Mitteln hat man in Polen fortgesetzt gearbeitet. Genau umgekehrt mußte aber verfahren werden, und hierfür gab es zwei Wege: Entweder man verzichtete darauf, während des Kriegs an das polnische Problem der Zukunft zu rühren, verwaaltete das Land liberal und tolerant, mit möglichster Heranziehung

der Bevölkerung, überließ aber die Entscheidung über seine staatsrechtliche Zukunft den Friedensverhandlungen oder der Friedenskonferenz. Mit einem derartigen abwartenden Verhalten hätte man sich die Möglichkeit gesichert, mit Rußland wieder zu einer späteren Verständigung, vielleicht sogar zu einem Sonderfrieden zu kommen; von diesem beachtenswerten Gesichtspunkt der gemeinsamen deutsch-russischen Interessen aus hat z. B. der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Cohen die deutsche Polenpolitik bekämpft. Oder man verfuhr, um ein schlechtes, aber hier passendes Wort zu gebrauchen, von vornherein bei der Wiederaufrichtung eines Polenstaates großzügig, in der Erkenntnis, daß ein unabhängiges Polen, das nicht über das erreichbare Maximum an politischer und territorialer Selbständigkeit verfügte, in der Zukunft nur ein Feuerbrand und ein Zankapfel sein würde.

Ein Umstand hätte freilich in jedem Falle die deutsche Politik in Polen außerordentlich erschwert, nämlich die wirtschaftliche Not, insbesondere die Lebensmittelknappheit im Inland. Der furchtbare, immer zunehmende Druck, den die Abschürfung der Zentralmächte durch die englische Blockade auf Deutschland legte, mußte sich unvermeidlich auf die besetzten Gebiete mit fortpflanzen. Dadurch aber mußten jeder Politik in den Okkupationsgebieten Hemmungen und Widerstände bereitet werden, ja, die politische Zielsetzung war von vornherein durch die Notwendigkeit beeinträchtigt, diese Gebiete bis zu einem gewissen Grade ausbeuten zu müssen. So wäre in der Tat auch bei klarem Ziel und einwandfreier Methode die deutsche Politik in Polen ein außerordentlich schweres Problem gewesen.

Die verschiedenen Ideen, die während des Krieges über die Lösung der polnischen Frage aufgetaucht sind, kann man etwa überschreiben als: deutsch-österreichisches Kondominium; Idee der „Isolierung“ Polens<sup>1)</sup>; deutsch-polnische Lösung; austropolnische Lösung.

Von diesen verschiedenen Projekten erscheinen uns die ersten beiden als die am wenigsten glücklichen. Das österreichisch-deutsche Kondominium, für das Dr. Adolf Grabowski eintrat<sup>2)</sup>, hatte doch eigentlich während des Krieges seine verhängnisvollen Mängel deutlich genug gezeigt, und zu den prinzipiellen Gefahren eines Kondominiums überhaupt, wie sie aus der Geschichte Schleswig-Holsteins bekannt sind, kam im polnischen Falle noch das bei dieser Lösung unvermeidliche Gravitieren des gemeinsam beherrschten Teils nach Österreich hinüber. Ein derartiger seltsamer staatsrechtlicher Zustand Polens mußte die

<sup>1)</sup> Siehe S. 88.

<sup>2)</sup> Gra.owski, Die polnische Frage, Berlin 1916.

ganze östliche Politik Deutschlands an Österreich ketten und ihr die gefährlichsten Blößen geben.

Die Idee der Isolation Polens kann nur bezeichnet werden als unglückselige Ausgeburt militärischer Politik; sie hatte ihre Wurzel in den Kreisen rechtsstehender Parteien und der Politik treibenden höheren und höchsten Militärs. Sie war in diesem Zusammenhang ein Teil des Planes, die russischen Randstaaten vom Russischen Reich abzulösen, insbesondere an der Ostsee einen Kranz baltischer Staaten in enger Verbindung mit Deutschland aufzurichten. Auch bei einem „Siegfrieden“ konnte eine derartige Gestaltung der europäischen Landkarte, die nicht mit Unrecht als Balkanisierung des Ostens bezeichnet worden ist, nur durch dauernde militärische Beherrschung erzwungen werden, was doch ein kaum möglicher, geschweige denn erwünschter Zustand gewesen wäre. Aus Polen aber hätte diese Lösung einen ständigen Herd der Opposition, ja des Aufruhrs gemacht und Kämpfe entfesselt, gegen die der Nationalitätenstreit im preussischen Osten ein Kinderspiel gewesen wäre. Basis eines Dauerfriedens war eine derartige Lösung sicher nicht.

Als ernsthaft diskutierbar erschienen demnach nur die deutsch-polnische und die österreichisch-polnische Lösung. Die deutsch-polnische Lösung erstrebte z. B. der Generalgouverneur von Besseler; eine sehr lesenswerte Begründung für sie hat u. a. von Massow in der „Deutschen Politik“ gegeben<sup>1)</sup>. Sie ging aus von der Notwendigkeit, Polen gegenüber keine Gefühlspolitik zu treiben, sondern die wirtschaftlichen und militärischen Interessen beider Teile nach Möglichkeit zu wahren. Gegen einen Bündnisvertrag und den Verzicht auf Preussisch-Polen sollte der neue Staat politische Selbständigkeit, ausreichende territoriale Basis und den freien, wenn auch nicht eigenen Zugang zum Meer erhalten. In der österreichisch-polnischen Lösung sah diese Richtung dagegen nicht nur eine militärische Bedrohung der südöstlichen Provinzen Preußens, sondern vor allem auch eine Gefährdung des Bündnisverhältnisses der beiden Kaisermächte.

Es erscheint aber strittig, ob diese Argumente gegen die österreichisch-polnische Lösung durchschlagend waren. Denn auch in der deutsch-polnischen Lösung lag wieder eine Halbheit. Die gegenseitige Anziehungskraft eines autonomen Galiziens und eines selbständigen Polens mußte so stark sein, daß sie über kurz oder lang doch zu einer engeren Verbindung führte. Diese voraussichtlich unvermeidbare Verschmelzung

<sup>1)</sup> Von Massow, Zur Lösung der Polenfrage, Deutsche Politik, 3. Jahrgang 1918, Heft 34.

Konnte bei einer Lösung der polnischen Frage während des Krieges oder bei der Friedenskonferenz mit einbezogen werden. Später drohte sie mit neuen Verwicklungen, die viel tiefer gehen und dem deutsch-österreichischen Bündnis viel gefährlicher werden konnten als eine restlose rechtzeitige Auseinandersetzung. Freilich hätte man von deutscher Seite im Falle dieser Lösung nicht, wie es beabsichtigt war, auf Annexionen von erheblichen Teilen Kongresspolens bestehen dürfen. Nach der Wiener Rede Czernins vom 11. Dezember 1918 wäre die sogenannte austropolnische Lösung sogar ohne Anschluß des neuen Staates an Österreich möglich gewesen. Czernin sagte hierüber: „Im Jahre 1917 haben wir in Berlin erklärt, daß Kaiser Karl bereit sei, Galizien mit Polen vereinigen zu lassen, sowie alles dafür zu tun, damit dieses Reich an Deutschland angegliedert werde, für den Fall, daß Deutschland durch territoriale Konzessionen im Westen den Frieden ermögliche. Wir stießen auf ein „non possumus“.“

In jedem Falle aber war es ein dritter Grundfehler der deutschen Politik in Polen, daß die Auseinandersetzung mit Österreich nie erlebigt wurde. Jedesmal, wenn ein Ansatz zur Fortentwicklung des polnischen Problems gemacht wurde, stand der nicht aus der Welt geschaffte österreichisch-deutsche Gegensatz wie ein Block im Wege. Wie aus den Darstellungen der früheren Kapitel hervorgeht, konnte noch beim Sturz des Kabinetts Steczkowski, also nach mehr als vier Kriegsjahren, in der inneren und äußeren Politik Polens dieser Gegensatz eine lähmende Rolle spielen. Deutschland hätte aber auch im eigensten Interesse auf eine Ausschaltung der offenen und verstärkten Kämpfe um die eine oder andere Lösung bringen müssen. Denn solange eine Klärung nicht herbeigeführt war, mußte es in Polen selbst bei diesen Kämpfen stets den kürzeren ziehen.

Aus den aufgezählten drei Grundfehlern der deutschen Politik in Polen folgt nun der vierte: Statt klar und zielbewußt vorzugehen, ließ man sich von den Ereignissen treiben, und fast von jedem Fortschritt, den die polnische Frage machte, kann gesagt werden, daß er zu spät erfolgte, aber ein ganzes oder halbes Jahr vorher nicht aussichtslos gewesen wäre. So schuf man nicht nur eine Kette verpaßter Gelegenheiten, sondern erweckte auch den peinlichen und diskreditierenden Eindruck, daß nur Opportunitätsgründe von Fall zu Fall einzelne Zugeständnisse auf deutscher Seite hervorriefen. Dies gilt schon von der Novemberproklamation selbst, die in allzu enger Verbindung stand mit dem Werbeauftrag an die polnische Bevölkerung. Die Proklamierung eines Polenstaates wenige Tage nach dem Fall Warschaus, unter dem frischen Eindruck des russischen Rückzuges,



sofortiger Ausbau einer polnischen Verwaltung unter dem Zusammenschluß Polens und Galiziens, lediglich militärische Okkupation, Heranziehung der Unabhängigkeitselemente, im allgemeinen aber Vermeidung der aufdringlichen politischen Bevormundung — das wäre ein Weg gewesen, der sicher nicht ohne Risiko war, aber doch der einzige, auf dem politische Ziele, wie sie die Novemberproklamation verfolgte, überhaupt erreichbar gewesen wären. Allerdings hätten unsere Staatsmänner diesen Weg auch zum guten Teil gegen die öffentliche Meinung Deutschlands durchkämpfen müssen, die vom Kriegspresseamt nach ganz anderen Richtlinien orientiert wurde.

Man könnte nun freilich einwenden, daß auch ein auf diesem Weg erzielter Erfolg nach dem Zusammenbruche Deutschlands in nichts zerfallen sein würde, und es steht in der Tat außer Frage, daß auch ein mit den Zentralmächten verbündetes Polen in solchem Falle Ansprüche auf Posen, Danzig, Oberschlesien angemeldet haben würde. Aber abgesehen davon, daß dann Polen durchaus nicht wie jetzt in der Rolle des von der Entente befreiten Volkes hätte auftreten können, hätte eine grundsätzlich andere Gesamtpolitik Deutschlands, in deren Rahmen doch schließlich allein eine andere Polenpolitik denkbar gewesen wäre, vielleicht auch diesen Kriegsausgang verhütet.

Eine Kritik post festum<sup>1)</sup> hat freilich nur bedingten Wert. Wie in der gesamten äußeren und inneren Lage, gilt es für uns jetzt nur noch, sich auf den Boden der Tatsachen zu stellen und der schweren und ungewissen Zukunft mit festem Blick ins Auge zu sehen. Klare Erwägung und harte Arbeit sind die einzigen Voraussetzungen eines inneren und äußeren Wiederaufbaus Deutschlands. In diese nüchternen Erwägungen sind allerdings die in den nationalen Sympathien und Antipathien liegenden Imponderabilien als Faktoren mit einzusetzen, und wenn der Völkerriede von Haß und Vergewaltigung, statt von Gerechtigkeit diktiert werden wird, werden diese Faktoren recht gewichtige werden. Aber auch in diesem Falle muß die Stimme der Vernunft fordern, daß zu unserem nächsten östlichen Nachbar, mit dem uns enge wirtschaftliche Interessen verbinden, ein erträgliches Verhältnis gefunden werde, eine Forderung, die von würdelosem Nachlaufen in Form und Inhalt weit entfernt ist.

Durch die deutsche Presse gingen etwa seit Mitte März dieses

---

<sup>1)</sup> Der Verfasser hat den im vorliegenden Buch dargelegten Standpunkt seit dem Frühjahr 1915 vertreten.

Jahres mehrfache kritische Erörterungen, daß die deutsche auswärtige Politik es nach wie vor an Voraussicht fehlen lasse, daß sie jetzt schon beginnen müsse, sich für eine Richtung zu entscheiden, etwa die kontinentale oder die angloamerikanische. Uns scheint, daß eine solche Forderung stark verfrüht ist. Das um seine Existenz ringende Deutschland ist wohl kaum schon in der Lage, spätere Wege auswärtiger Politik vorzuzeichnen. Es würde vollauf genügen, wenn es sich für die späteren Aufgaben dieser Art rüstet. Dazu gehört zunächst, lediglich korrekte politische Beziehungen und Wirtschaftsverbindungen anzubahnen.

Frankreich und Polen werden nach dem Frieden diejenigen unserer Nachbarstaaten sein, mit denen wir die längsten Grenzen gemeinsam haben. Mit Frankreich wieder in ein leidliches Verhältnis zu kommen, wird auf viele Jahre hinaus schwer sein. Schon dieser Umstand lenkt die Aufmerksamkeit auf Polen. Polen wird, besonders durch den Erwerb neuer Gebiete, ein landwirtschaftliches Ausfuhrland werden, zumal die Ertragsfähigkeit der polnischen Landwirtschaft sich noch erheblich steigern läßt. Dagegen wird es seinen Bedarf an Industrieprodukten nicht aus eigenen Mitteln decken können. Dies gilt zwar nicht für die Textilindustrie, die ja wohl zum Teil wieder erstehen wird, aber vor allem für die chemische, die Veredelungs- und die Metallindustrie. Der natürliche Warenaustausch ist damit gegeben. Ferner wird Polen für uns das Durchfuhrland nach der Ukraine und nach Großrußland, beides Gebiete, an denen wir bei Wiederherstellung einigermaßen normaler politischer und wirtschaftlicher Verhältnisse starke Interessen haben. Es müssen also Transitverträge mit Polen geschlossen werden. Alle derartige Aufgaben wirtschaftlicher Art erfordern bekanntlich eine sorgfältige und sachkundige Vorbereitung.

Nun kann man natürlich das polnische Problem der Zukunft nicht losgelöst von dem gesamten Problem des Ostens betrachten. Polen strebt sehr stark nach einer dauernden Verbindung mit den Westmächten. Aber es wird sich der Gewalt der Tatsachen nicht entziehen können, daß seine nächsten Nachbarn nicht England und Frankreich, sondern Deutschland, Rußland, die Ukraine, die Tschecho-Slowakei, Ungarn, Rumänien sein werden, das heißt, es wird in diesem südöstlichen Komplex seine Stellung suchen müssen. Es wird dabei auch nach Abschluß des Friedens und der damit verbundenen Entledigung der Grenzkonflikte, in denen es jetzt gegen wenigstens vier dieser seiner Nachbarstaaten steht, noch schwer zu ringen haben, bis es innere staatliche Festigkeit gewonnen hat. Die sozialen Kämpfe,

die ihm zweifellos noch bevorstehen, wobei der Bolschewismus<sup>1)</sup> eine nicht geringe Rolle spielt, die Wiederaufrichtung des Wirtschaftslebens, die Fundierung der Staatsfinanzen werden seine Kräfte stark in Anspruch nehmen. Es wird also selbst ein Interesse daran haben, sich auf diese inneren Aufgaben konzentrieren zu können. Auch für Deutschland hat der Südosten Europas in Zukunft voraussichtlich erhöhte Bedeutung. Deutschland teilt mit diesen Ländern das traurige Schicksal, wirtschaftlich und finanziell am meisten unter dem Kriege gelitten zu haben. Umgekehrt sind daher auch die Notwendigkeiten, Möglichkeiten und Bedingungen des Wiederaufbaus verwandte. Es erscheint uns also sachgemäß, das gesamte Problem des Ostens und Südostens heiziten unter diesem Gesichtspunkt ins Auge zu fassen, und die Möglichkeiten wirtschaftlicher Interessengemeinschaften zu prüfen. Für verkehrt und einen Rückfall in eine veraltete diplomatische Schule würden wir es dagegen ansehen, die neuen Staatenbildungen im Osten sofort von dem Gesichtspunkt aus zu betrachten, ob sich hier Koalitionen und Parteiungen bilden oder ausnutzen lassen, etwa zu ungunsten des von diesen Staaten eingekreisten Polens. Der Zukunft kann es überlassen bleiben, ob dieses alte Diplomatenpiel im Osten wieder notwendig wird, etwa als Notwehr gegen eine gegenwärtig wohl schon betriebene französisch-polnisch-tschechische Einkreisungspolitik gegenüber Deutschland. Wir sind auch auf solche Fälle am besten gerüstet, wenn wir vor allen Dingen die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse dort wirklich kennen.

Noch liegt Dunkel über der Zukunft. Auch wenn die nächsten Wochen und Monate die schwereren Bedingungen zutage bringen, die für uns das äußere Ende des unheilvollen Krieges bedeuten, wird unser, ja Europas Schicksal noch nicht klar vor uns liegen. Wissen wir doch heute noch nicht, ob nicht der Feuerbrand, der aus dem zusammenbrechenden Zarentum emporschwelte, Europa und die europäische Kultur verzehren wird. Dann freilich wird es gleichgültig sein, ob die deutsche Politik im polnischen Okkupationsgebiet Fehler und Versäumnisse begangen hat. Aber ein Schulbeispiel dafür wird sie immer bleiben, daß auch zur Politik zweierlei gehört: Sachkunde und Klarheit des Willens.

<sup>1)</sup> Die beiden internationalen sozialistischen Parteien Polens, die Sozialdemokratie Polens und Litauens und die Linke der polnischen sozialistischen Partei, haben sich inzwischen zur kommunistischen Partei zusammengeschlossen.

## Parteien, Parteigruppen und Organisationen.

### A. Polnische.

**Aktivist**en, diejenigen Parteien, die einem Aufbau des polnischen Staates während des Kriegs und unter Führung der Zentralmächte zustimmten. Ursprünglich umfaßte der Aktivismus alle polnischen Parteien außer dem Interparteilichen Klub und den internationalen Sozialisten. Nach der Demission des Provisorischen Staatsrates im August 1917 ging der linke Flügel des bisherigen Aktivismus, die sogenannten Unabhängigkeitsparteien, in die Opposition gegen die polnischen Staatsbehörden wie gegen die Okkupanten. In dem übrig bleibenden Aktivismus bildeten sich zwei Gruppen. Der entschiedene oder radikale Aktivismus erstrebte den sofortigen Ausbau des polnischen Staates in enger Verbindung mit den Zentralmächten, der gemäßigte Aktivismus stellte hierfür bestimmte Mindestforderungen, darunter insbesondere die der territorialen Integrität Kongreßpolens.

**Arbeiteropposition** der Polnischen Sozialistischen Partei (Linke), Mitte 1918 in Lodz durch Abspaltung von der Polnischen Sozialistischen Partei (Linke) entstandene Gruppe, die das Unabhängigkeitsprogramm der Polnischen Sozialistischen Partei annimmt und Ende 1918 sich mit dieser vereinigt.

**Bund der Unabhängigkeit**, Sezession der Nationaldemokratie, aktivistisch, verschmilzt Anfang 1917 mit der „Bürgerlichen Vereinigung“ und einigen Mitgliedern des Klubs der Anhänger des Polnischen Staatswesens zur Partei der polnischen Demokratie.

**Christliche Demokratie**, konservativ-merikale Gruppe, der Partei für Realpolitik nahestehend, aber vorwiegend unter Bauern und Arbeitern tätig; stark antisemitisch.

**Demokratische Union**, im Sommer 1917 gegründeter Verband radikaler Unabhängigkeitsparteien; sein Organ ist die sogenannte Versöhnungskommission.

**Fortschrittliche Vereinigung**, zwischen dem Unabhängigkeitsgedanken und dem Anschluß an Rußland schwankende Partei. Bis Mitte 1916 Mitglied des passivistischen Interparteilichen Klubs, ging sie nach der Proklamation vom 5. November 1916 zum

- Aktivismus über und verschmolz mit der Gruppe der nationalen Arbeit und den Nationalradikalen zur aktivistischen Vereinigung demokratischer Parteien.
- Gruppe der aktiven Politik, Mitte 1917 aus der Liga des polnischen Staatswesens ausgeschiedene Gruppe, die die damalige Wendung der Liga nach links nicht mitmachte. Im Frühjahr 1918 entsteht aus einem Teil der Gruppe für aktive Politik die Staatspartei, ein anderer verbindet sich mit der Partei der polnischen Demokratie zur Polnischen demokratischen Partei.
- Gruppe der nationalen Arbeit, von Mitgliedern der Partei für Realpolitik gebildete Gruppe, die nach der Okkupation vorübergehend dem Interparteilichen Klub angehörte, noch vor der Novemberproklamation zum Aktivismus überging und Ende 1917 mit den Nationalradikalen und der Fortschrittlichen Vereinigung die Vereinigung demokratischer Parteien bildete.
- Interparteilicher Klub, im September 1916 begründeter, bis zum Ende der Okkupationszeit bestehender Verband der passivistischen Parteien.
- Klub der Anhänger des Polnischen Staatswesens, deutschfreundliche, entschieden aktivistische Partei.
- Klub der nationalen Arbeit, von Ende 1917 bis Mitte 1918 bestehende Sezession der Vereinigung demokratischer Parteien.
- Liga des Polnischen Staatswesens, aktivistische Partei, die besonders für die Vereinigung Galiziens und Kongresspolens eintrat.
- Liquidationskommission, Anfang November 1918 in Galizien aus allen galizischen polnischen Parteien gebildete provisorische Regierung Galiziens, die sich dann der polnischen Regierung in Warschau unterstellte.
- Nationaldemokratie, 1896 gegründete Partei. Ursprüngliches Ziel: Unabhängigkeit und Vereinigung der polnischen Gebiete. Trat nach der russischen Revolution von 1914/15 für Autonomie Polens unter russischer Herrschaft ein. Ausgesprochen deutsch- und jüdenfeindlich, erstrebt die Partei jetzt den engen Anschluß an die Ententemächte. Entschieden antisozialistisch.
- Nationale Partei, vornehmlich aus ländlichen Großgrundbesitzern bestehende, von der Nationaldemokratie abgespaltene Gruppe, die 1916 zum Aktivismus überging.
- Nationaler Arbeiterbund, von der Nationaldemokratie abgespaltene Partei, während der Okkupation aktivistisch, aber aus sozialen Motiven oppositionell gegenüber Regentschaftsrat und Staatsrat.
- Nationaler Bauernbund, deutschfreundliche Bauerngruppe, die

- sich Anfang 1917 mit anderen kleineren Gruppen zur Polnischen Volksvereinigung verband.
- Nationaler Block, Mitte 1917 unter Führung Lubomirskis gebildete Gruppe parteiloser Passivisten, die dem Aufbau des polnischen Staates sympathisch gegenüberstehen; ohne große Bedeutung und klares Programm.
- Nationales Zentrum, im Frühjahr 1917 entstandener Zusammenschluß von drei entschieden aktivistischen Parteien.
- Nationale Vereinigung, Name verschiedener, in den Jahren 1911/17 in mehr oder weniger engem Zusammenhang mit der Nationaldemokratie gegründeten Parteien. Die 1915 und 1917 hervortretende Nationale Vereinigung ist lediglich Provinzorganisation der Nationaldemokratie.
- Nationalkomitee, bald nach Kriegsbeginn in Warschau vornehmlich von Nationaldemokraten und Angehörigen der Partei für Realpolitik in Warschau begründete Organisation, die vor dem Fall Warschaws nach Petersburg übersiedelte und im Verlauf der russischen Revolution Filialen vor allem in Paris und London errichtete. Bis zum Zusammenbruch Rußlands russophil, dann ausgesprochen ententefreundlich, stets zentralmächtefeindlich. Im gleichen Sinn und im Zusammenhang mit dieser Organisation arbeitete die polnische Zentralagentur in Lausanne.
- Nationalradikale Partei, Gruppe radikaler, dem Sozialismus nahestehender Intelligenz, aktivistisch, Ende 1917 mit den Nationalradikalen und der Fortschrittlichen Vereinigung zur Vereinigung demokratischer Parteien verschmolzen.
- Nationalrat, im November 1916 gegründeter, fast alle aktivistischen Parteien umfassender Verband; zerfällt im Lauf des Jahres 1917.
- Nationalregierung, vorübergehend bestehende, unmittelbar nach Kriegsausbruch von den Unabhängigkeitsparteien in Warschau gebildete geheime Regierung.
- Oberstes Nationalkomitee, unmittelbar nach Kriegsbeginn in Krakau gegründeter Verband der wichtigsten polnischen Parteien Galiziens, der den Zusammenschluß Galiziens und Kongreßpolens und die Verbindung des neuen Staatsgebildes mit Österreich-Ungarn erstrebte; begründete die polnischen Legionen.
- Partei der demokratischen Politik, Mitte 1918 aus den Mitgliedern des kurz vorher aufgelösten Klubs der nationalen Arbeit und aktivistischen Reemigranten aus Rußland gebildete aktivistische Partei.

- Partei der nationalen Unabhängigkeit, Ende 1916 aus radikalen Intelligenzkreisen, insbesondere der Polnischen Sozialistischen Partei, gebildete Gruppe, die sich den radikalen Unabhängigkeitsparteien anschließt.
- Partei der polnischen Demokratie, Anfang 1917 hauptsächlich aus dem Bund der Unabhängigkeit und der Bürgerlichen Vereinigung entstandene aktivistische Gruppe; nimmt im Frühjahr 1918 einen Teil der Gruppe für aktive Politik auf und nennt sich nunmehr Polnische demokratische Partei.
- Partei für Realpolitik, zahlenmäßig nicht sehr starke, feudalkapitalistische konservative Partei, die für den polnisch-russischen Ausgleich („Ugoda“) eintrat.
- Passivisten, diejenigen Parteien, die die Lösung der polnischen Frage während des Kriegs und durch die Zentralmächte ablehnten, den internationalen Charakter der polnischen Frage betonten und ihre Entscheidung durch den Friedenskongreß forderten. Ihre Organisation war der Interparteiliche Klub. Besonderen Nachdruck legten sie auf die Vereinigung der polnischen Gebiete. Bis zur russischen Revolution erstrebten sie diese in Form einer Autonomie im Rahmen des russischen Staates, später durch Bildung eines selbständigen polnischen Staates auf Seiten der Ententemächte.
- Patriotenbund, Gruppe radikaler Intelligenz, aktivistisch, verschwindet etwa Mitte 1917 als selbständige Gruppe, ein Teil seiner Mitglieder geht in die Partei der nationalen Unabhängigkeit über.
- Polnische demokratische Partei, im Frühjahr 1918 aus der Partei der polnischen Demokratie und einem Teil der Gruppe für aktive Politik gebildete aktivistische polnische Partei.
- Polnische Fortschrittspartei, passivistische Partei, die nach Kriegsausbruch für die polnische Autonomie eintrat, wobei sie ein föderatives Verhältnis zu Rußland anstrebte.
- Polnische Heeresorganisation, schon vor dem Krieg in Kongreßpolen bestehende Geheimorganisation, die mit dem Ziel, Polen durch bewaffneten Aufstand von Rußland loszureißen, Truppenformationen in der Art der gallizischen Schützenorganisationen Wilsufskis vorbereitete und ausbildete; stand politisch der Polnischen Sozialistischen Partei nahe.
- Polnische Sozialistische Partei, auch Rechte oder Fraktion der Polnischen Sozialistischen Partei genannt, nationale und sozialistische Ziele verbindende Partei, Vorkämpferin des polnischen Unabhängigkeitsgedankens, nach der Okkupation zunächst aktivistisch, nach der Demission des Provisorischen Staatsrats oppositionelle

Unabhängigkeitspartei. Nimmt Ende 1918 die „Arbeiteropposition der Polnischen Sozialistischen Partei (Linke)“ auf.

Polnische Sozialistische Partei (Linke), durch Spaltung der Polnischen Sozialistischen Partei 1906 entstandene Partei, vertritt den Gedanken des Internationalismus und des reinen Klassenkampfes. Mit der Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens um die Jahreswende 1918/19 zur Kommunistischen Partei verschmolzen.

Polnische Volkspartei, durch Zusammenschluß einer Reihe kleiner, durch kulturell-nationale Aufklärungstätigkeit radikaler Intelligenz gebildeter Gruppen entstandene Bauernpartei, zunächst aktivistisch, nach Demission des Provisorischen Staatsrats oppositionelle Unabhängigkeitspartei.

Seniorenkonvent, Ende 1917 entstandene lose Verbindung der meisten aktivistischen Parteien, die aber keinen dauernden Bestand hatte.

Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens, international gerichtete Gegengründung gegen die auch nationale Ziele verfolgende Polnische Sozialistische Partei. Mit der Polnischen Sozialistischen Partei (Linke) um die Jahreswende 1918/19 zur Kommunistischen Partei verschmolzen.

Staatspartei, aus der Gruppe der aktiven Politik im Frühjahr 1918 hervorgegangene, entschieden aktivistische und deutschfreundliche Partei.

Unabhängigkeitsblock, im November 1914 erfolgter Zusammenschluß der Unabhängigkeitsparteien in Warschau, ohne längeren Bestand.

Unabhängigkeitsparteien, diejenigen meist schon vor Kriegsausbruch bestehenden Parteien, die die staatliche Unabhängigkeit Polens erstrebten und dabei entschieden antirussisch waren. Im Interesse der Loslösung Polens von Rußland waren sie zunächst bereit, sich an der Bildung des polnischen Staates auf der Basis der Novemberproklamation zu beteiligen, gingen aber im Sommer 1917 zur Opposition über, da ihnen die Zugeständnisse der Zentralmächte nicht genügten. Diese Opposition verschärfte sich dadurch, daß diese Parteien in sozialer Hinsicht links standen. In der weiteren Entwicklung stellten diese Parteien neben der Forderung der Unabhängigkeit Polens nach allen Seiten hin auch die der Vereinigung aller polnischen Gebiete in den Vordergrund.

Verband für den Aufbau des polnischen Staates, Anfang 1918 gebildeter Zusammenschluß gemäßigter Aktivistin und aktivistischer Parteien, in sozialer Hinsicht rechts stehend; wird der eigentliche



- Träger der polnischen Regierungspolitik bis zum Sturz des Kabinetts Steczkowski.
- Vereinigung demokratischer Parteien**, Ende 1916 aus der Fortschrittlichen Vereinigung, der Gruppe der Nationalen Arbeit und den Nationalradikalen zusammengeschlossene aktivistische Partei, die sich Mitte 1917 der Verständigungskommission der linksstehenden Unabhängigkeitsparteien anschließt und mit diesen zur Opposition übergeht.
- Vereinigung für wirtschaftliche Selbständigkeit**, Ende 1916 gebildete Gruppe polnischer Industrieller, die aus wirtschaftlichen Gründen an der Verbindung Polens mit Rußland interessiert und daher passivistisch sind; tritt dem Interparteilichen Klub bei.
- Verständigungskommission** s. Demokratische Union.
- Volksvereinigung**, Anfang 1917 aus dem Nationalen Bauernstand und anderen kleinen Gruppen gebildete rechtsstehende Bauernpartei, schließt sich dem entschiedenen Aktivismus an, erleidet aber im Sommer 1918 eine Spaltung in einen sozial gemäßigten und einen radikalen Flügel.
- Zentralbürgerkomitee**, im September 1914 in Warschau gegründete Wohltätigkeits- und Unterstützungsorganisation für ganz Polen; verlegte mit der Räumung Warschaus seine Tätigkeit zum Teil nach Petersburg; der in Warschau verbleibende Teil wurde im September 1915 von den Okkupationsbehörden mit der Begründung aufgelöst, daß er politische Kompetenzen usurpiert habe.
- Zentralnationalkomitee**, Ende 1915 gegründeter Verband der sozial links stehenden aktivistischen Parteien, insbesondere der Unabhängigkeitsparteien; zerfällt Anfang 1917.

## B. Jüdische.

- Agudas Jeschurun** (dem Sinne nach: „Verband der Juden“), seit 1916/17, gemäßigte nationalistische Gruppe, vorwiegend aus Orthodoxen (Misnagdim), daneben aus bürgerlichen Liberalen bestehend. Zum großen Teil neuerdings in der jüdisch-demokratischen Partei aufgegangen.
- Agudas Haorthodoxim** (Verband der Orthodoxen), seit Ende 1915, durch Kohn (Ansbach) und Carlebach (Köln) gegründet. Anhänger vorwiegend chassidische Kreise.
- Assimilatoren**, zahlenmäßig gering, doch als sozial hochstehende und begüterte Schicht einflußreich. Streben nach Polonisierung der polnischen Juden, „Polen mosaikchen Glaubens“.

- Bund**, bei weitem stärkste jüdische sozialistische Partei, seit Ende des 19. Jahrhunderts, in Wilna entstanden, über Litauen, Polen, Rußland, Galizien, Amerika verbreitet. Teilnahme an internationalen Sozialistenkongressen, enge Verbindung mit nichtjüdischen Sozialisten.
- Chassiden** (Chassidim: Plural von Chassid, der Fromme), siehe Orthodorie. Anhänger einer an das Auftreten des Baal Schem Lob (Bescht) in Ostgalizien anknüpfenden religiösen Richtung, seit Anfang des 18. Jahrhunderts. Die Führer, zum Teil erblichen Amts, haben bedeutenden Einfluß auf die bis zum Fanatismus ergebenden Anhänger. Großenteils apolitisch; seit der Okkupationszeit teilweise in der Agudas Haorthodoxim organisiert; einzelne auch in der Agudas Tschurum und den Misrach-Gruppen.
- Eiger-Gruppe**, kleine assimilatorische Gruppe, Mittelstellung zwischen Assimilatoren und Neoassimilatoren, nach dem Führer Boleslaw Eiger benannt.
- Jüdisch-demokratische Partei**, nach dem Ende der Okkupationszeit gegründet (Dezember 1918). Vgl. Agudas Tschurum. Außer der Gefolgschaft der Agudas Tschurum eine Anzahl „bourgeoiser“ Organisationen umfassend, gemäßigt nationalistisch.
- Litwaki** („Litauische“), aus Litauen und anderen Teilen Rußlands zugewanderte Juden. Verschiedenen Parteien, doch zumeist nationalistischen zugehörig.
- Misnagdlim**, s. Orthodorie.
- Misrachi**, orthodoxe Gruppen der Zionisten. Gehen politisch mit den Zionisten zusammen.
- Nationalisten**, Betonung des Judentums als „Volk“. Stärkere Entwicklung seit Beginn des 20. Jahrhunderts mit Entstehen jiddischer Zeitungen. Nationalisten im weiteren Sinne: Zionisten, Teile der Orthodorie, Teile der Sozialisten; im engeren Sinne: Volkisten.
- Neoassimilatoren**, jüngere Richtung der Assimilatoren, seit der Boykottzeit, Gegner der zwangsweisen Assimilation, ihr Judentum stärker betonend als die Assimilatoren.
- Orthodorie**, große Mehrheit (ca. 80 Prozent) der polnischen Juden, äußerlich zumeist durch die Tracht, im täglichen Leben durch strengstes Einhalten aller Ritualvorschriften ausgezeichnet. In politischer Hinsicht verschiedenen Parteien zugehörig, außerhalb der Großstadt meist politisch uninteressiert. Gespalten in Chassidim (Mehrheit) und Misnagdlim („die sich Entgegenstellenden“; Minderheit; eigentliche Orthodorie), Grund der Spaltung Gegensätze auf religiösem Gebiet.

Poale-Zion („Arbeiter Zions“), Sozialisten mit starkem zionistischen Einschlag, den Zionisten vielfach näherstehend als den Sozialisten. Teilnahme an zionistischen Weltkongressen. Zusammenhang mit außerpolnischen Poale-Zion. Bemühen sich, der sozialistischen Internationale zugerechnet zu werden.

Vereinigte jüdische sozialistische Arbeiterpartei, nach dem Ende der Okkupationszeit für die Zionisten-Sozialisten als Partei-name angenommen, Dezember 1918.

Volkspartei (Volkisten), erstmalig 1916 bei den Warschauer Stadtratswahlen als radikal-nationalistisch-demokratische Gruppe aufgetreten („Volksgruppe“), dann vom „Volkskomitee“ geführt bis zur Gründung des „Volksklubs“ und der „Volkspartei“ am 11. März 1917.

Zentralkomitee, s. Zionisten.

Zionisten, seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, große Entwicklung erst seit der Okkupationszeit, enge Verbindung mit zionistischen Organisationen anderer Länder, besonders Amerika, Deutschland, Rußland. Seit 1915 Aufstieg zu starker Partei. Geleitet vom „Zentralkomitee“ in Warschau (seit 15. September 1916). Zusammenschluß zur „Zionistischen Vereinigung für Polen“ 13. Juni 1917.

Zionisten-Sozialisten, stärkere Betonung der sozialistischen als der zionistischen Programmpunkte. Uneigentliche Zionisten (Territorialisten). Bemühungen um Zulassung zu internationalen Sozialistenkongressen, doch auch auf zionistischen Weltkongressen vertreten. Zionistische Vereinigung für Polen, s. Zionisten.

## Namenregister.

- Albrecht Eugen**, Herzog, polnischer Kronpräsident S. 116.  
**Albrecht**, Prinz von Württemberg S. 115.  
**Androssy**, Graf, ungarischer Politiker S. 40.  
**von Andrian**, Freiherr, österreichischer Delegierter in Warschau S. 75.  
**Kreisjowski**, polnischer Minister S. 126, 131.  
**August Wilhelm**, Prinz von Preußen, polnischer Kronpräsident S. 115.  
**Baal Schem Tob**, Begründer des Chassidismus S. 198.  
**Balfour**, englischer Staatssekretär S. 174.  
**Bernstorff**, Graf deutscher Botschafter in den Vereinigten Staaten S. 148.  
**von Beseler**, Generaloberst, Generalgouverneur in Warschau S. 20, 24, 25, 26, 29, 35, 41, 42, 49, 51, 52, 61, 64, 69, 70, 71, 76, 77, 83, 84, 119, 122, 123, 156, 187.  
**von Bethmann Hollweg**, deutscher Reichskanzler S. 12, 24, 29, 38, 40, 68, 85.  
**Bismarck**, deutscher Reichskanzler S. 11, 101.  
**Blyskoski**, Mitglied des polnischen Staatsrates S. 114.  
**Branica**, Gemahlin des Fürsten Lubomirski S. 80.  
**von Breitenbach**, preussischer Minister S. 60.  
**Broniewski**, polnischer Minister S. 103, 120.  
**Brudziński**, Rektor der Universität Warschau S. 40.  
**Brussilow**, russischer Heerführer S. 39, 85.  
**Bukowiecki**, Direktor des Justizdepartements im Provisorischen polnischen Staatsrat S. 57; polnischer Minister S. 92.  
**Burian**, Baron, österreichischer Minister des Äußeren S. 40, 105, 115, 116, 118.  
**Byrka**, polnischer Minister S. 131.  
**Carlebach**, Dr., Seminardirektor aus Köln S. 158, 167, 197.  
**Eisjowski**, Führer der Linken der Polnischen Sozialistischen Partei S. 164.  
**Chelmiccki**, Prälat, S. 56; Generalsekretär des polnischen Regentenschaftsrats S. 89, 90, 93.  
**Chmielewski**, Bürgermeister von Warschau S. 40.  
**Chodzko**, polnischer Minister S. 103, 120.  
**Choloniewski**, polnischer Schriftsteller S. 183.  
**Chrzanowski**, polnischer Minister S. 124.  
**Clam-Martinič**, österreichischer Ministerpräsident S. 65.  
**Cleimow**, Schreiber Regierungsrat, Chef der Presseverwaltung Lberoff S. 18, 19, 21, 30, 31, 150.  
**Cohen**, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter S. 186.  
**Czartoryski**, Fürst, polnischer Generalkommissar für Galizien S. 125.  
**Czartoryski**, Prinz, Schwiegersohn des Erzherzogs Karl Stephan S. 46.  
**Czernin**, Graf, österreichischer Minister des Äußeren S. 75, 82, 86, 88, 96, 99, 105, 188.  
**Dalbör**, Erzbischof von Posen-Gnesen S. 24.  
**Dąbrynski**, Führer der galizischen Sozialdemokratie S. 66, 87, 95; polnischer Ministerpräsident S. 126, 131.  
**David**, Dr., Reichstagsabgeordneter S. 102.  
**Debiński**, polnischer Unterstaatssekretär S. 126.

- Dickstein, Führer der jüdischen Assimilatoren S. 149, 164.
- von Diller, Freiherr, Militärgeneralgouverneur in Lublin S. 24, 25, 26, 35.
- Dmowski Führer der Nationaldemokratie S. 10, 137.
- Dombor: Musnicki, polnischer General im russischen Heer S. 59, 88, 107, 128; D. erstkommandierender in Posen S. 107.
- Downarowicz, polnischer Minister S. 126, 131.
- Drews, preussischer Minister S. 105.
- Drudi-Lubeki, Vertreter der Verständigungsrichtung der deutschen Polen S. 84.
- Dubiel, polnischer Minister S. 126.
- Dzierzwicki, Mitglied des Provisorischen polnischen Staatsrats S. 66; Minister S. 103, 113.
- Dziemulski, polnischer Unterstaatssekretär S. 102.
- Eberhard, polnischer Unterstaatssekretär S. 126; Minister S. 136.
- Eichler, Führer des Deutschtums in Lodz S. 20.
- Eiger, Boleslaw, jüdischer Assimilator S. 182, 198.
- von Eisenhart-Rothe, preussischer Minister S. 105.
- Ellus, seit Mitte 1916 amerikanischer Gesandter in Konstantinopel S. 157.
- Englich, polnischer Minister S. 136.
- Erzberger, Reichstagsabgeordneter S. 102.
- von Faulhaber, Erzbischof von Münchens-Freising S. 82.
- Flierl, Führer des Deutschtums in Lodz S. 20.
- Friedrich Christian, Prinz von Sachsen, polnischer Kronpräsident S. 115.
- Friedrich der Große, König von Preußen S. 11.
- Glabincki, polnischer Minister S. 124.
- Geyer, Großindustrieller in Lodz S. 19.
- Gorezynski, polnischer Oberst im russischen Heer S. 24.
- Grabowski, Dr., Publizist S. 186.
- Grabski, polnischer Minister S. 124.
- Grabski, Wladyslaw, Vertreter des polnischen Nationalkomittees S. 132.
- Grendyszynski, aktivistischer polnischer Politiker S. 51.
- Grohmann, Führer der passivistischen „Gruppe für wirtschaftliche Selbständigkeit“ S. 47, 55.
- Grünwasser, Assimilator, Referent für jüdische Angelegenheiten bei der polnischen Behörde S. 164.
- Haas, Dr., M. d. R., Referent für jüdische Angelegenheiten beim Verwaltungschef Warschau S. 158, 163, 167, 175.
- Haller, Legionsbrigadier, Oberst S. 108; Kommandierender der polnischen Truppen auf Seiten der Entente S. 108, 119, 132.
- Handelsmann, Dozent an der Warschauer Universität, jüdischer Assimilator S. 164.
- Harusewicz, polnischer Dumaabgeordneter S. 44.
- Hassfeld, Fürst, Delegierter des auswärtigen Amtes S. 71.
- Hacia, polnischer Minister S. 136.
- Heinzel, Baron, Großindustrieller in Lodz S. 19.
- Hertling, Graf, deutscher Reichskanzler S. 86, 88, 93, 96, 105, 117.
- Higersberger, polnischer Minister S. 103, 119, 124.
- Hindenburg, Generalfeldmarschall S. 17, 21, 86, 106.
- von Hinge, Staatssekretär S. 115, 119.
- Hoffmann, Generalmajor, Vertreter der Obersten Heeresleitung in Brest-Litowsk S. 87, 99.
- Humnicki, designierter polnischer Minister S. 120.
- Hutten-Czapski, Graf, Vertreter des Deutschen Reichs beim Provisorischen polnischen Staatsrat S. 68.
- Ignatjew, russischer Minister S. 143.
- Iwanowski, polnischer Minister S. 131, 136.
- Jaech, deutscher Publizist S. 40.
- Jagiello, Vertreter Warschaus in der letzten russischen Duma S. 144.
- von Jagow, Staatssekretär S. 24, 33.

- Janicki, Direktor des volkswirtschaftlichen Departements im Provisorischen polnischen Staatsrat S. 57, 71; Unterstaatssekretär S. 102; Minister S. 119, 136.
- Janiszewski, polnischer Minister S. 136.
- Jarocki, polnischer Abgeordneter in der russischen Duma S. 13.
- Jernicki, polnischer Unterstaatssekretär S. 126.
- Joseph, Erzherzog, österreichischer Heerführer S. 72.
- Josse, polnischer Unterstaatssekretär S. 126.
- Kaczorowski, Direktor des Arbeitsdepartements im Provisorischen polnischen Staatsrat S. 57; Unterstaatssekretär S. 102.
- Kahan, Israel, Redakteur des Lodzger Volksblattes S. 177.
- Kahan, Lazar, Herausgeber und Redakteur des Lodzger Volksblattes, des Warschauer Tageblattes und des „Volk“ S. 150, 177.
- Katowski, Warschauer Erzbischof, Mitglied des polnischen Regenschaftsrats S. 71, 80.
- Kamenjew, russischer Friedensdelegierter in Brest-Litowsk S. 96.
- Karl, Kaiser von Österreich-Ungarn S. 60, 66, 72, 108, 115, 118, 119, 188.
- Karl Stephan, Erzherzog, polnischer Thronprätendent S. 46, 115.
- Kesler, Graf, deutscher Gesandter in Warschau S. 132.
- Kerenski, russischer Ministerpräsident S. 59; russischer Justizminister S. 173.
- Kirszrot, jüdischer Assimilator, Referent für jüdische Angelegenheiten bei der polnischen Behörde S. 164.
- Kohn, Dr., Rabbiner, Gründer der Agudas Haorthodoxim S. 158, 163, 165, 167, 197.
- von Konopka, österreichisch-ungarischer Regierungskommissar beim Provisorischen polnischen Staatsrat S. 50, 63.
- Korfanty, Mitglied des Reichstags und des preussischen Abgeordnetenhauses S. 53.
- Kosciuszko, Führer des polnischen Aufstandes von 1794 S. 81.
- von Kries, Verwaltungschef beim Generalgouverneur in Warschau S. 24, 109.
- Krusche und Ender, Textilgroßunternehmen in Pabianice bei Lodz S. 19.
- Kucharzewski, polnischer Ministerpräsident S. 90, 91, 92, 93, 96, 97, 103, 116, 117, 118, 119, 121, 123, 173.
- von Kühlmann, Staatssekretär S. 75, 93, 96.
- von Kuf, Feldzeugmeister, Militärgeneralgouverneur in Lublin S. 35, 52.
- Kunowski, Vertreter der Polnischen Sozialistischen Partei im Provisorischen polnischen Staatsrat S. 51, 57, 65, 68.
- Kyryll, Prinz von Bulgarien, polnischer Kronprätendent S. 115.
- Lednicki, Führer der polnischen demokratischen Parteien in Rußland S. 45, 59, 65, 89, 109; Vertreter des polnischen Regenschaftsrats in Moskau S. 110.
- Lempicki, aktivistischer polnischer Politiker, Mitglied des Provisorischen Staatsrats S. 51, 57, 71, 74, 102, 112.
- Lenin, Vorsitzender des russischen Rates der Volkskommissare S. 16, 75, 88.
- von Lerchenfeld, Graf, deutscher Regierungskommissar beim polnischen Staatsrat S. 40, 114.
- von Lewald, Unterstaatssekretär S. 71.
- Leszczyński, polnischer Kommissar bei der Sowjetregierung S. 59.
- Linde, polnischer Minister S. 136.
- von Lipska, Militärgeneralgouverneur in Lublin, S. 109, 122.
- von Loebell, preussischer Minister S. 53.
- Losinski, Bischof von Kielce S. 114.
- Lubomirski, Fürst, Departementsdirektor im Provisorischen Staatsrat S. 55, 57, 67; Mitglied des polnischen Regenschaftsrats S. 71, 72, 80, 81, 91, 93, 111.
- Ludendorff, Generalstabschef S. 17, 86, 114.
- Lukasiewicz, polnischer Minister S. 136.

- Luxemburg, Rosa, Begründerin der Sozialdemokratie Polens und Litauens S. 16.
- Lwow, Fürst, russischer Ministerpräsident S. 58, 173.
- Machniński, polnischer Unterstaatssekretär S. 126.
- Madensen, deutscher Armeeführer S. 18.
- Madziński, Zivilverwaltungschef in Lublin S. 97.
- Makowski, polnischer Unterstaatssekretär S. 102.
- Malinowski, polnischer Minister S. 126, 131.
- von Massow, Publizist S. 87, 187.
- Max, Prinz von Baden, deutscher Reichskanzler S. 121, 123.
- Medem, Wladimir, Herausgeber des bundistischen Organs „Lebensfragen“, S. 161.
- von Michaelis, deutscher Reichskanzler S. 86.
- Micheliński, polnischer General im russischen Heer S. 107.
- Mikulowski-Pomorski, Professor, aktivistischer polnischer Politiker, Mitglied des Provisorischen Staatsrats S. 57, 66, 77, 79; Minister S. 92, 119.
- Miljukow, russischer Minister des Auswärtigen S. 58.
- Miljutin, Urheber und Leiter gegen den Adel gerichteter Agrarreformen in Polen seit 1865 S. 9.
- Minkiewicz, polnischer Minister S. 124, 131, 136.
- Mohr, Dr., Leiter der Presseabteilung Warschau S. 41.
- Moraczewski, polnischer Minister S. 126; Ministerpräsident S. 131, 132, 133, 135, 136.
- Morgenthau, amerikanischer Gesandter in Konstantinopel S. 157.
- von Mutius, Botschaftsrat, Leiter der politischen Abteilung beim Verwaltungschef in Warschau S. 29, 47, 50, 62, 73, 158, 159, 163, 166.
- Napieralski, Reichstagsabgeordneter und Zeitungsvorleger S. 30.
- Natanson, Direktor des Finanzdepartements im Provisorischen polnischen Staatsrat S. 57; Führer der jüdischen Assimilatoren S. 149, 152, 164, 173.
- Raumann, D., Reichstagsabgeordneter S. 40, 102.
- Reidhardt, russischer Senator S. 8.
- Reihe, Oberst, Chef des Stabes beim Generalgouvernement Warschau S. 123.
- Niemcewicz, Vorsitzender des Provisorischen polnischen Staatsrats S. 52, 71, 72, 79.
- Nikolaj Nikolajewitsch, Großfürst, russischer Oberbefehlshaber S. 13, 14, 23, 148.
- Nocznicki, polnischer Minister S. 126, 131.
- von Dettingen-Wallerstein, Prinz, Vertreter des Auswärtigen Amtes bei der Zivilverwaltung in Warschau S. 50.
- Orłowski, polnischer General im russischen Heer S. 107.
- Ostrowski, Mitglied des polnischen Regentenschaftsrats S. 80, 81, 89.
- Paderewski, polnischer Ministerpräsident S. 132, 136, 137, 139.
- Paszkowski, polnischer Minister S. 124.
- Peter der Große, russischer Zar S. 100.
- Pfeil, Graf, Führer der deutschen Truppen, die Wilna einnahmen S. 81.
- Piłsudski, Führer der polnischen Unabhängigkeitsbewegung S. 14, 16, 32, 39, 51, 55, 61, 68, 70, 78, 81, 92, 93, 94, 95, 121, 123, 195; Mitglied des Provisorischen Staatsrats S. 51, 57, 68; Minister S. 124; Oberbefehlshaber der polnischen Truppen S. 126, 129, 136, 139; polnisches Staatsoberhaupt S. 131, 132.
- Poniatowski, polnischer Minister S. 126.
- Ponikowski, polnischer Minister S. 92, 101, 103, 119, 124, 179.
- Praus, polnischer Minister S. 131.
- Prilucki, Noach, Rechtsanwalt, Führer der jüdischen Volkspartei S. 162, 163.
- Prilucki, Zebi, Herausgeber der nationaljüdischen Zeitung „Moment“ S. 163.

- Próchnil**, polnischer Minister S. 136.  
**Przanowski**, polnischer Minister S. 92.  
**Przesmycki**, polnischer Minister S. 136.  
**Przeździecki**, Vertreter des polnischen Regenschaftrats in Wien S. 115.  
**Pulaski**, Vorsitzender des polnischen Staatsrats S. 111, 124.  
**Radziewicz**, Ferdinand, Fürst, Mitglied des Reichstags und des preussischen Herrenhauses S. 57, 103.  
**Radziewicz**, Franz, Prinz, polnischer Minister S. 103.  
**Radziewicz**, Janusz, Prinz, polnischer Minister S. 103, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 123, 124.  
**Radziewicz**, Prinz, Schwiegersohn des Erzherzogs Karl Stephan S. 46.  
**Ręzler**, Rechtsanwalt, Führer der polnischen Evangelischen S. 83.  
**Remiszewski**, Stadtorbener in Lodz S. 109.  
**Reymont**, polnischer Schriftsteller S. 80.  
**Ronkier**, Graf, aktivistischer polnischer Politiker S. 40, 72, 75, 84, 102; Vertreter des polnischen Regenschaftrats in Berlin S. 110, 119.  
**Rosiński**, polnischer Richter S. 94.  
**de Rossel**, Führer der polnischen Fortschrittspartei S. 109, 114, 137.  
**Rostworowski**, Graf, Direktor des polnischen Departements im Provisorischen polnischen Staatsrat S. 51, 57, 65, 72, 89, 113.  
**Rozwadowski**, General, polnischer Generalstabschef S. 123.  
**Rydz-Śmigły**, Stellvertreter des polnischen Kriegsministers S. 126.  
**von Sandt**, Verwaltungschef beim Generalgouverneur in Warschau S. 109.  
**Sapieha**, Fürst, konservativer polnischer Politiker S. 132.  
**Sasonow**, russischer Minister des Ausseren S. 44.  
**Scheibler**, Großindustrieller in Lodz S. 19.  
**Schmidt**, Richard, Universitätsprofessor S. 88.  
**von Seidler**, österreichischer Ministerpräsident S. 70, 86.  
**Sejda**, Reichstagsabgeordneter S. 56.  
**Sieroszewski**, polnischer Minister S. 126.  
**Solf**, Staatssekretär S. 133.  
**Sokal**, polnischer Unterstaatssekretär S. 126.  
**Staniszewski**, polnischer Minister S. 92.  
**Stedi**, nationaldemokratischer Führer S. 67; polnischer Minister S. 92, 103, 114, 119.  
**Steczowski**, polnischer Minister S. 92, 119, 120; Ministerpräsident S. 103, 104, 106, 109, 111, 112, 117, 173, 188, 197.  
**von Steinmeister**, Verwaltungschef beim Generalgouverneur in Warschau S. 109.  
**Stolarzki**, polnischer Minister S. 126.  
**Stolypin**, russischer Ministerpräsident S. 7.  
**Straßburger**, Dr., polnischer Unterstaatssekretär S. 126.  
**Studnicki**, deutschfreundlicher polnischer Politiker S. 27, 28, 51, 63, 66, 71, 74, 81, 112, 117.  
**Supiński**, polnischer Minister S. 131, 136.  
**Swieżynski**, Führer des Interparteilichen Klubs S. 79, 112, 113, 123; polnischer Ministerpräsident S. 123, 124.  
**Szebelo**, polnischer Abgeordneter im russischen Staatsrat S. 44.  
**Szeptycki**, Graf, Militärgeneralgouverneur in Lublin S. 60, 65, 77, 97, 109.  
**Tarnowski**, Graf, Kandidat für den Posten des polnischen Ministerpräsidenten S. 67, 72, 79, 90, 118.  
**Tetmajer**, galizischer Landtagsabgeordneter der Volkspartei S. 66.  
**Thugutt**, polnischer Minister S. 126, 131; Führer einer Bauernpartei S. 138.  
**Tisza**, Graf, ungarischer Ministerpräsident S. 39, 40.  
**Tramczyński**, Reichstagsabgeordneter S. 56, 109; Regierungspräsident in Posen, Präsident der polnischen Konstituante S. 138.



- Uchitscherin**, russischer Volkskommissar des Auswärtigen S. 110.  
**Ugton**, Baron, österreichisch-ungarischer Delegierter in Warschau S. 122.  
**Ukianowski**, polnischer Unterstaatssekretär S. 126.  
**Wasilewski**, polnischer Minister S. 131, 132, 134.  
**Wassereug**, Assimilator, Referent für jüdische Angelegenheiten bei der polnischen Behörde S. 164  
**von Welerle**, ungarischer Ministerpräsident S. 86.  
**Wielopolski** (der Ältere), Träger der russisch-polnischen Verständigungspolitik der sechziger Jahre, 1862/1863 Chef der Zivilverwaltung in Polen S. 7, 148.  
**Wieniaszki**, polnischer Unterstaatssekretär S. 102.  
**Wierzbicki**, polnischer Minister S. 124.  
**von Wilamowicz**, Universitätsprofessor S. 40  
**Wilson**, Präsident der Vereinigten Staaten S. 16, 53, 88, 120, 139, 174, 184.  
**Witos**, Führer der galizischen Volkspartei S. 125, 139; polnischer Minister S. 126, 131.  
**Wolejnyński**, polnischer Minister S. 124.  
**Wojechowski**, polnischer Minister S. 136.  
**Wojda**, polnischer Minister S. 131.  
**Wróblewski**, polnischer Unterstaatssekretär S. 101, 126.  
**Wroczyński**, Leiter des polnischen Kriegsministeriums S. 126, 136.  
**Zagleniezy**, polnischer Minister S. 92.  
**Zapolska**, polnische Schriftstellerin S. 12.  
**Zawadzki**, polnischer Unterstaatssekretär S. 126.  
**Zawadzki**, deutschfreundlicher polnischer Politiker S. 27.  
**Zdanowski**, polnischer Generalkommissar für das österreichische Okkupationsgebiet S. 125.  
**Zeromski**, polnischer Schriftsteller S. 12.  
**Ziemicki**, polnischer Minister S. 126, 131.  
**Zimmermann**, Unterstaatssekretär S. 168.  
**von Zwiedinck**, Geheimer Hofrat, Professor, Leiter der Presseabteilung Lodz S. 20.

## Inhaltsangabe.

	Seite
<b>Vorwort</b> . . . . .	5
<b>Einleitung. Deutsche und Polen</b> . . . . .	7
<b>I. Vom Kriegsbeginn bis zur Novemberproklamation (1. 8. 14—5. 11. 16)</b> . .	12
1. Die politische Lage in Polen bei Kriegsausbruch . . . . .	12
2. Die politischen Ereignisse in Polen bis zur Errichtung des Generalgouvernements Warschau (1. 8. 14—24. 8. 15) . . . . .	17
3. Von der Errichtung des Generalgouvernements Warschau bis zum Zusammentritt des Warschauer Stadtrats (24. 8. 15—24. 7. 16) . .	25
4. Vom Zusammentritt des Warschauer Stadtrats bis zur Novemberproklamation (24. 7. 16—5. 11. 16) . . . . .	38
<b>II. Von der Novemberproklamation bis zum Ende des Provisorischen Staatsrats (5. 11. 16—25. 8. 17)</b> . . . . .	43
1. Von der Novemberproklamation bis zum Zusammentritt des Provisorischen Staatsrats (5. 11. 16—14. 1. 17) . . . . .	43
2. Vom Zusammentritt des Provisorischen Staatsrats bis zur Tagung des Nationalrats (14. 1. 17—2./3. 5. 17) . . . . .	52
3. Von der Tagung des Nationalrats bis zur Mandatsniederlegung des Provisorischen Staatsrats (2./3. 5. 17—25. 8. 17) . . . . .	62
<b>III. Vom Ende des Provisorischen Staatsrats bis zum Zusammenbruch der Okkupation (25. 8. 17—11. 11. 18)</b> . . . . .	74
1. Vom Ende des Provisorischen Staatsrats bis zur Einsetzung des Regenschaftsrats (25. 8. 17—27. 10. 17) . . . . .	74
2. Von der Einsetzung des Regenschaftsrats bis zum Frieden mit der Ukraine (27. 10. 17—9. 2. 18) . . . . .	85
3. Vom Breslauer Frieden bis zum Zusammentritt des Staatsrats (9. 2. 18—22. 6. 18) . . . . .	99
4. Vom Zusammentritt des Staatsrats bis zur Demission des Kabinetts Stecykowski (22. 6. 18—5. 9. 18) . . . . .	112
5. Von der Demission des Kabinetts Stecykowski bis zum Zusammenbruch der Okkupation (5. 9. 18—11. 11. 18) . . . . .	117
<b>IV. Die weiteren Ereignisse in Polen nach dem Zusammenbruch der Okkupation bis zum Zusammentritt der polnischen Konstituante (11. 11. 18—11. 2. 19)</b> . . . . .	130
<b>V. Die politische Entwicklung im polnischen Judentum während der Zeit der deutschen Okkupation</b> . . . . .	140

